

# Niedersächsischer Landtag

## Stenografischer Bericht

## 120. Sitzung

## Hannover, den 2. Februar 2017

### Inhalt:

Tagesordnungspunkt 14:
Mitteilungen des Präsidenten
Tagesordnungspunkt 15:
Dringliche Anfragen12095
Zur Geschäftsordnung:  Jens Nacke (CDU)12095, 12097  Grant Hendrik Tonne (SPD)12096
a) Wie viele "Gefährder" gibt es in Niedersachsen - Anfrage der Fraktion der FDP - Drs. 17/731512098
Jan-Christoph Oetjen (FDP)12098, 12100, 12101
Boris Pistorius, Minister für Inneres und
Sport 12098 bis 12103
Dr. Stefan Birkner (FDP)12100, 12102
Thomas Adasch (CDU) 12101, 12102, 12103
b) Pannen oder Angst? - Warum wurde den Hinweisen auf hundertfachen Sozialbetrug nicht schnell und konsequent nachgegangen? - Anfrage der Fraktion der CDU - Drs. 17/7318 12103 Editha Lorberg (CDU)
Sport
Jan-Christoph Oetjen (FDP)

12
r · d ·   4   4   4   4   4   4   4   4   4
e- 20 25 21 22 23

Tagesordnungspunkt 17:	Dr. Stephan Siemer (CDU)
Abschließende Beratung:	<b>Axel Brammer</b> (SPD) 12155
Gründerschmiede Niedersachsen - mehr Enga-	Martin Bäumer (CDU) 12156
gement für eine neue Gründerkultur - Antrag der	Gabriela König (FDP)12158
Fraktion der FDP - Drs. 17/3533 - Beschlussempfeh-	Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie
lung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und	und Klimaschutz 12158, 12159
Verkehr - Drs. 17/7288 - Änderungsantrag der Frak-	Beschluss12159
tion der CDU - Drs. 17/733612125	(Erste Beratung: 114. Sitzung am 24.11.2016)
Dr. Gabriele Andretta (SPD)12125	
Christian Grascha (FDP) 12127, 12129, 12132	Tagesordnungspunkt 21:
Rainer Fredermann (CDU)12129, 12136	
Maaret Westphely (GRÜNE)12131	Erste Beratung:
Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und	Der Lang-Lkw gehört zum Logistikstandort und
Verkehr 12133, 12134, 12136	Transitland Niedersachsen! - Antrag der Fraktion
Karl-Heinz Bley (CDU)12134	der FDP - Drs. 17/7272 12160
<b>Christian Dürr</b> (FDP)12136	Gabriela König (FDP)
Beschluss12137	12160, 12162, 12166, 12169
(Erste Beratung: 66. Sitzung am 05.06.2015)	Gerd Ludwig Will (SPD) 12161, 12163
	Karsten Heineking (CDU)12163
Tagesordnungspunkt 19:	Susanne Menge (GRÜNE)
	12165, 12167, 12169
Erste Beratung:	Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und
Die Landesregierung soll der Einstufung der	Verkehr 12167, 12169
Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten im	Beschluss12170
Bundesrat zustimmen - Antrag der Fraktion der	
CDU - Drs. 17/727512137	Tagesordnungspunkt 22:
Angelika Jahns (CDU) 12137, 12141, 12143	
Doris Schröder-Köpf (SPD)	Erste Beratung:
12139, 12141, 12142, 12146	Einbruchskriminalität effektiv bekämpfen! - An-
Jan-Christoph Oetjen (FDP)12142	trag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis
Belit Onay (GRÜNE)12143, 12144	90/Die Grünen - Drs. 17/7273 12170
Boris Pistorius, Minister für Inneres und	Karsten Becker (SPD) 12170, 12178, 12179
Sport12144	Jan-Christoph Oetjen (FDP)
Jens Nacke (CDU)12145, 12146	12172, 12177, 12181
Ausschussüberweisung12147	Thomas Adasch (CDU) 12173, 12177, 12181
	Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)
Tagesordnungspunkt 18:	
_	Boris Pistorius, Minister für Inneres und
39. Übersicht über Beschlussempfehlungen der	Sport 12179
ständigen Ausschüsse zu Eingaben -	Ausschussüberweisung12182
Drs. 17/7290 - strittige und unstrittige Eingaben -	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU -	Tagesordnungspunkt 23:
Drs. 17/7335 - Änderungsantrag der Fraktion der	
FDP - Drs. 17/734212147	Erste Beratung:
<b>Dr. Gero Hocker</b> (FDP)12147, 12152	Doppelte Staatsangehörigkeit erhalten! - Antrag
Lutz Winkelmann (CDU)12148	der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis
Hans-Joachim Janßen (GRÜNE)12150	90/Die Grünen - Drs. 17/7274 12182
Beschluss12152	Dr. Christos Pantazis (SPD)12182
	Jan-Christoph Oetjen (FDP)12184
Tagesordnungspunkt 20:	<b>Ulf Thiele</b> (CDU) 12185, 12187
	Belit Onay (GRÜNE)12187
Abschließende Beratung:	Ausschussüberweisung12189
Handwerksbetriebe entlasten - Änderung der	
Abfallverzeichnis-Verordnung zurücknehmen -	
Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/6895 - Be-	
schlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt,	
Energie und Klimaschutz - Drs. 17/7277 12153	
<b>Dr. Gero Hocker</b> (FDP)12153	
Volker Bajus (GRÜNE)12153, 12155	

### Tagesordnungspunkt 24:

### Abschließende Beratung:

#### Vom Präsidium:

Präsident Bernd Busemann (CDU) Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta (SPD) Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann (SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare (CDU) Schriftführerin Ingrid Klopp (CDU)

Schriftführerin Gabriela Kohlenberg (CDU)

Schriftführer Klaus Krumfuß (CDU)

Schriftführer Clemens Lammerskitten (CDU)

Schriftführer Markus Brinkmann (SPD)

Schriftführer Stefan Klein (SPD) Schriftführerin Sigrid Rakow (SPD) Schriftführerin Sabine Tippelt (SPD) Schriftführer Belit Onay (GRÜNE) Schriftführerin Elke Twesten (GRÜNE) Schriftführerin

Hillgriet Eilers (FDP)

### Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident

Stephan Weil (SPD)

Minister für Inneres und Sport Boris Pistorius (SPD)

Finanzminister Staatssekretär Frank Doods,

Peter-Jürgen Schneider (SPD) Finanzministerium

Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Cornelia Rundt (SPD)

Staatssekretär Jörg Röhmann,

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Kultusministerin Staatssekretärin Erika Huxhold,

Frauke Heiligenstadt (SPD) Kultusministerium

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Olaf Lies (SPD)

Staatssekretärin Daniela Behrens. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbrau-

cherschutz

Christian Meyer (GRÜNE)

Staatssekretärin Stefanie Otte, Justizministerin

Antje Niewisch-Lennartz (GRÜNE) Justizministerium

Ministerin für Wissenschaft und Kultur

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)

Staatssekretärin Andrea Hoops, Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Stefan Wenzel (GRÜNE)

Beginn der Sitzung: 9.04 Uhr.

#### Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 120. Sitzung im 43. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 17. Wahlperiode. Gemeinsam mit den Schriftführern wünsche ich Ihnen einen guten Morgen!

(Zurufe: Guten Morgen, Herr Präsident!)

Tagesordnungspunkt 14: Mitteilungen des Präsidenten

Ich darf bereits jetzt die **Beschlussfähigkeit** des Hauses feststellen.

Zur Tagesordnung: Wir beginnen die heutige Sitzung mit Tagesordnungspunkt 15, Dringliche Anfragen. Anschließend setzen wir die Beratungen in der Reihenfolge der Tagesordnung fort.

Ich will noch einmal daran erinnern, dass hier vorne für einen Bericht über das Parlament und den Parlamentarismus Aufnahmen mit einer 360-Grad-Kamera gemacht werden. Wir danken dem Herrn Kollegen Dürr und Ihnen, Herr Grascha, dass Sie das ermöglichen. Es geht um 15 oder 20 Minuten. 360-Grad-Kamera heißt, meine Damen und Herren: Diese Kamera sieht alles.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Sind das eigentlich auch Tonaufnahmen?)

- Ohne Tonaufnahme. Die Nächste hört dann auch noch alles.

Die heutige Sitzung soll gegen 18.30 Uhr enden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr Herr Klein, der Schriftführer, mit.

#### Schriftführer Stefan Klein:

Guten Morgen! - Für heute haben sich entschuldigt: von der CDU-Fraktion Frau Kollegin Lorberg von 12.45 bis 16.00 Uhr sowie Herr Dr. Matthiesen von 9.45 bis 11.15 Uhr und von der SPD-Fraktion Herr Kollege Bosse.

### Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, wir können uns dem

Tagesordnungspunkt 15: **Dringliche Anfragen** 

zuwenden.

Es gibt eine Wortmeldung **zur Geschäftsordnung.** Herr Nacke, bitte sehr!

#### Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich im Vorfeld der Dringlichen Anfragen zur Geschäftsordnung gemeldet, weil ich auf einen Umstand aus dem letzten Plenarabschnitt zu sprechen kommen will.

Am 14. Dezember 2016, ebenfalls bei den Dringlichen Anfragen - Seite 11 799 des Protokolls -, hat die Kollegin Jahns gefragt - ich erinnere kurz: es ging unter der Anfrage "Was tut die Landesregierung gegen Asylmissbrauch?" um den Umstand, dass eine 14-köpfige Familie trotz Ablehnung ihrer Asylanträge und angedrohter Abschiebung nicht ausreist -:

"Ich frage die Landesregierung: Könnte sie sich vorstellen, dass es möglich ist, dass diese Familie Gesundheitsleistungen aus dem 1,5-Millionen-Euro-Programm in Anspruch nimmt?"

Die Antwort des Innenministers war:

"Das kann ich mir nicht vorstellen. Aber ob es so ist, lasse ich gern prüfen."

Ich habe dann noch dazwischengerufen:

"Bekommen wir denn die Antwort nachgeliefert?",

weil ich ungefähr geahnt habe, was passiert.

Was wir dann bekommen haben, ist eine Unterrichtung unter dem Datum 16. Januar, also etwa einen Monat später. Die Unterrichtung, die wir dann erhalten haben, geht aber ganz haarscharf an der Beantwortung der Frage vorbei. Es wird lediglich allgemein ausgeführt, welchen grundsätzlichen Regeln dieses Programm folgt, und die Unterrichtung endet mit dem Satz:

"Ob hier Leistungen beansprucht wurden, ist der Landesregierung nicht bekannt."

Die Frage war aber nicht, ob Leistungen beansprucht wurden. Die Frage war, ob Leistungen beansprucht werden könnten: ob genau dieses Programm genau einer solchen Familie möglich-

erweise dann auch noch eine kostenfreie anonyme Versorgung möglich macht.

Herr Innenminister, ich möchte Sie daher bitten, bei der Beantwortung Dringlicher Anfragen mehr Sorgfalt an den Tag zu legen

(Widerspruch bei der SPD)

und auch diese Frage noch nachzubeantworten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich weise daher ausdrücklich darauf hin, dass die CDU-Fraktion noch im Rahmen dieses Plenums eine korrekte Beantwortung der Frage aus der Dringlichen Anfrage erwartet. Um das zu ermöglichen - weil wir ja Ihre Hütchenspielermentalität kennen -.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

haben wir eine Kleine Anfrage - - -

(Johanne Modder [SPD]: Muss man sich hier eigentlich alles gefallen lassen? - Petra Tiemann [SPD]: Was ist das für eine Unverschämtheit? - Ulrich Watermann [SPD]: Keine Manieren! -Weitere Zurufe von der SPD)

Weil wir wissen, wie Sie üblicherweise mit Anfragen der CDU-Fraktion umgehen, haben wir eine Kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung für morgen eingereicht. Wir bitten, hier die korrekte Antwort auf die bislang unbeantwortete Frage aus der Dringlichen Anfrage des letzten Plenarabschnittes nachzureichen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Nacke. - Sie hatten sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Ich weise auf § 75 Abs. 2 der Geschäftsordnung hin:

"Ein Mitglied des Landtages, das das Wort zur Geschäftsordnung erhalten hat, darf sich nur zur verfahrensmäßigen Behandlung des gerade anstehenden oder des unmittelbar vor ihm behandelten Beratungsgegenstandes oder zum Ablauf der Sitzungen des Landtages äußern."

Ich kann Ihr Petitum - "wenn wir hier fragen, muss hinreichend geantwortet werden" - allenfalls dem Punkt "grundsätzlicher Ablauf der Sitzungen des Landtages" zuordnen.

(Zurufe von der SPD)

- Nun mal langsam!

Die Qualität für Antworten können wir hier nie abschließend klären. Dafür gibt es den Staatsgerichtshof. Ich halte es für grenzwertig, dies hier als Geschäftsordnungsthema zu thematisieren.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich werde aber auch eine Wortmeldung von Herrn Tonne zur Geschäftsordnung zulassen,

(Johanne Modder [SPD]: Weil er die Beleidigung zurückweisen wird!)

und dann können wir weitermachen. Herr Tonne, bitte!

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Was ist mit der "Hütchenspielermentalität"? - Johanne Modder [SPD]: Eine solche Beleidigung kann man nicht durchgehen lassen! - Gegenruf von Jörg Bode [FDP]: Aber wenn es stimmt? - Widerspruch bei der SPD)

- Herr Tonne hat das Wort. - Bitte!

### **Grant Hendrik Tonne (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte den Wortbeitrag des Kollegen Nacke nur zum Anlass nehmen, um anzukündigen, dass meine Fraktion diesen Beitrag zur Geschäftsordnung in die nächste Sitzung des Ältestenrates ziehen wird, weil das, was Kollege Nacke gerade gemacht hat, ein ganz klarer Missbrauch der Geschäftsordnungsdebatte war.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Um das zu unterfüttern: Er hat gerade ausgeführt, dass es am 16. Januar die Antwort gab. Das heißt, man hat zwei, zweieinhalb Wochen den Vorgang liegen gelassen, um ihn dann hier im Plenum künstlich hochzuziehen und dann auch noch auszuführen, dass man eine Mündliche Anfrage gestellt hat, die morgen beantwortet wird.

Herr Kollege Nacke, ich sage Ihnen: Es ist an Peinlichkeit nicht mehr zu überbieten, wie Sie das Plenum hier für Ihre übliche Show zu instrumentalisieren versuchen. Wir werden das nicht durchgehen lassen und es im Ältestenrat thematisieren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Präsident Bernd Busemann:

Herr Nacke, noch einmal zu Geschäftsordnung! - Wir stehen hier auch vor der Überlegung, ob wir für den Begriff "Hütchenspieler" einen Ordnungsruf erteilen. Vielleicht können Sie das aber begradigen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der SPD: Ja!)

### Jens Nacke (CDU):

Ich will gerne den Hinweis aufgreifen, Herr Präsident. Ich habe den Minister nicht als Hütchenspieler bezeichnet. Wenn schon die Bezeichnung einer Hütchenspielermentalität den parlamentarischen Gepflogenheiten nicht entspricht - - -

(Zurufe von der SPD - Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Großartig! Diese Differenzierung ist ja großartig!)

#### Präsident Bernd Busemann:

Ich darf um Ruhe bitten.

(Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von Ulrich Watermann [SPD])

- Herr Watermann, das macht es auch nicht besser.

### Jens Nacke (CDU):

Wenn also schon die Bezeichnung einer Hütchenspielermentalität, die ich für angemessen gehalten habe, die parlamentarischen Gepflogenheiten nicht trifft, will ich mich dafür sehr gerne entschuldigen.

Ich will allerdings darauf hinweisen, dass zwarwie ich gerade schon sagte - das Datum der Antwort auf die Dringliche Anfrage - der Unterrichtung - der 16. Januar war. Ausgegeben wurde diese Antwort, Herr Kollege Tonne, aber erst am 24. Januar, also am selben Tag, bis zu dem die Mündlichen Anfragen einzureichen waren. Wir haben daher eine Mündliche Anfrage eingereicht und erst anschließend die entsprechende Unterrichtung erhalten. Ihr Vorwurf geht daher fehl, Herr Kollege.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Wenn Sie allerdings glauben, dass die Opposition in diesem Hause es hinnehmen wird, dass der Minister immer dann, wenn es unangenehm wird, die Antworten nicht gibt, das dann monatelang erst einmal liegen lässt und erst ausgibt, wenn es soweit ist - - -

(Zuruf von Wiard Siebels [SPD])

- Herr Kollege, Sie haben offenkundig gerade eben nicht zugehört. Denn ich sagte ja bereits, dass -

(Erneuter Zuruf von Wiard Siebels [SPD])

### Präsident Bernd Busemann:

Herr Siebels!

### Jens Nacke (CDU):

 erst, nachdem wir die Mündliche Anfrage eingereicht hatten, uns die Antwort auf die Dringliche Anfrage erreicht hat.

Wenn Sie allerdings glauben, dass diese Opposition es hinnehmen wird, dass der Innenminister in der ihm eigenen Mentalität die Dinge beantwortet oder nicht, also so, wie ihm das Spaß macht oder nicht, und anschließend dieses Parlament Unterrichtungen duldet, die die Antwort gar nicht geben - - -

(Zurufe von der SPD: Abenteuerlich! Unglaublich!)

Wenn Sie glauben, dass wir mal eben im Innenministerium anrufen, anstatt das hier, an dem Ort, an dem die Frage gestellt wurde, zu thematisieren, dann haben Sie sich aber geschnitten. Dieses Fehlverhalten des Ministers wird auch in *diesem* Haus angesprochen. Das kann ich Ihnen versichern.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der FDP: Richtig!)

### Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung liegen mir nicht vor.

(Unruhe)

- Wenn Ruhe eingekehrt ist, Frau Kollegin, Herr Grascha, können wir weitermachen.

Heute Morgen liegen drei Dringliche Anfragen vor.

Die für die Behandlung Dringlicher Anfragen geltenden Geschäftsordnungsbestimmungen setze ich als allgemein bekannt voraus. Ich weise, wie üblich, darauf hin, dass einleitende Bemerkungen zu den Zusatzfragen nicht zulässig sind.

Um uns im Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich, dass Sie sich schriftlich zu Wort melden,

wenn Sie eine Zusatzfrage stellen möchten. Sie alle kennen das Verfahren.

Ich rufe auf

a) Wie viele "Gefährder" gibt es in Niedersachsen - Anfrage der Fraktion der FDP - Drs. 17/7315

Herr Kollege Jan-Christoph Oetjen möchte die Anfrage vortragen.

### Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich trage die Dringliche Anfrage der FDP-Landtagsfraktion vor.

Wie viele "Gefährder" gibt es in Niedersachsen?

Wie die Süddeutsche Zeitung am 9. Januar 2017 berichtet hat, besitzen 224 der insgesamt 548 als "Gefährder" eingestuften Islamisten in Deutschland keinen deutschen Pass. Außerdem sei bei 62 von ihnen ein Asylantrag abgelehnt worden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

- 1. Wie viele dieser Gefährder haben ihren Wohnsitz in Niedersachsen?
- 2. Wie viele Gefährder aus Niedersachsen haben keinen deutschen Pass?
- 3. Bei wie vielen davon ist ein Asylantrag abgelehnt worden?

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

### Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Landesregierung antwortet Herr Innenminister Pistorius. Bitte!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Erfolg der eigenen politischen Arbeit dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen kann man ja u. a. auch daran ablesen, wie verunsichert die Opposition ist, wenn sie solche Auftritte wie heute Morgen braucht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der FDP: Was meinen Sie genau? Meinen Sie die Anfrage? Wollen Sie uns beschimpfen? Sie sind nicht einmal Abgeordne-

ter! - Weiterer Widerspruch von der CDU und von der FDP)

Zur Dringlichen Anfrage: Mit Aufwachsen der Anzahl der Gefährder im gesamten Bundesgebiet auf aktuell rund 570 Personen ist auch in Niedersachsen eine entsprechende Zunahme von Personen zu verzeichnen, die von der Polizei als Gefährder klassifiziert werden.

Eine Einstufung einer Person als Gefährder erfolgt auf Grundlage eines bundeseinheitlichen Kriterienkataloges. Demnach ist eine Person ein Gefährder, wenn bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung, insbesondere im Sinne des § 100 a der Strafprozessordnung, begehen wird.

Im konkreten Einzelfall werden alle vorhandenen Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden, auch des Bundes und anderer Bundesländer, zu einer Person zusammengetragen. Dabei machen die Sicherheitsbehörden die Erfahrung, dass die jeweiligen Radikalisierungsprozesse und individuellen Lebensläufe von Gefährdern sehr unterschiedlich sind. Im Ergebnis kann eine erstmalige Einstufung oder Fortsetzung einer Einstufung als Gefährder oder auch eine Abstufung bzw. Ausstufung erfolgen.

Die nachhaltige Bekämpfung des islamistischen Terrorismus hat für die Landesregierung sowie für die niedersächsischen Sicherheitsbehörden einen zentralen Stellenwert und genießt höchste Priorität. Neben einer konsequenten Verfolgung von Straftaten liegt ein besonderer Schwerpunkt auch auf der Verhinderung von Gefahrenlagen und einer nachhaltigen Prävention.

Ich kann Ihnen versichern, meine Damen und Herren: Unsere Polizei in Niedersachsen ist bestens vorbereitet und aufgestellt.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Allerdings sind insbesondere zahlreiche terroristische Strafverfahren und Gefahrenermittlungsvorgänge natürlich auch eine hohe Herausforderung und eine Belastung für die Polizei. Umfangreiche und detaillierte Rahmenkonzepte und Handlungsempfehlungen auf nationaler und internationaler Ebene bilden die strategische Ausrichtung und definieren die erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus und gewährleisten so ein hohes Maß an Handlungssicherheit.

An dieser Stelle ist als gutes Beispiel der gemeinsame "Standardisierte Maßnahmenkatalog der niedersächsischen Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit salafistischen Brennpunkten sowie Dschihadausreisenden und -rückkehrern" von Polizei und Verfassungsschutz in Niedersachsen zu nennen.

Ich sage es ganz ausdrücklich, meine Damen und Herren: Ich vertraue auf die gute und enge Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz zur Erkenntnisgewinnung und zum Informationsaustausch. Wichtig ist mir eine intensive Verzahnung und Kooperation aller Akteure zur fortlaufenden Abstimmung und Weiterentwicklung der jeweiligen Interventions-, aber auch Präventionsansätze. Das Landeskriminalamt als Zentralstelle für den Polizeilichen Staatsschutz des Landes Niedersachsen spielt im Zusammenwirken mit dem Staatsschutz der Polizeidirektionen, aber natürlich auch dem Verfassungsschutz bei der Terrorismusbekämpfung eine wichtige Rolle. In Niedersachsen wird im Gemeinsamen Informations- und Analysezentrum ein fachbezogener Informations- und Erkenntnisaustausch zwischen Polizei und Verfassungsschutz gewährleistet.

Herausragende Ermittlungssachverhalte und zahlreiche Gefahrenermittlungsvorgänge zeigen, wie unverzichtbar es ist, überregional und auch länderübergreifend zu agieren. Dadurch können Informationen so gebündelt und bewertet werden, dass die richtigen Einsatzmaßnahmen und Ermittlungsschritte durchgeführt werden.

Neben der straf- und gefahrenrechtlichen Betrachtung durch die Polizeibehörden werden die Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden auch in der im MI eingerichteten AG Einzelfälle daraufhin untersucht, welche frühzeitigen aufenthalts-, asyl-, staatsangehörigkeits- und passrechtlichen Maßnahmen zur Abwehr einer Gefährdung der inneren oder äußeren Sicherheit möglich sind.

Unser Anspruch ist es, uns in der Terrorismusbekämpfung in unserem Land und auch über die Landesgrenzen hinweg stets weiterzuentwickeln, um sich engagiert den neuen Herausforderungen zu stellen. Aus diesem Grund ist das LKA im vergangenen Jahr in diesem Bereich personell um 18 Stellen verstärkt worden. Darüber hinaus haben wir weitere 24 Dienstposten zur Verstärkung der Zentralen Kriminalinspektion geschaffen, die eine wichtige Unterstützung bei dem Erkennen von islamistischen Strukturen und Gefahren bilden und bei der erforderlichen Ermittlungsarbeit einen wichtigen Beitrag leisten.

Von der Vernetzung und Bündelung der langjährigen Kompetenzen und Erfahrungen aus der OK-Bekämpfung mit denen des Polizeilichen Staatsschutzes verspreche ich mir das bestmögliche Potenzial zur Bekämpfung der terroristischen Bedrohung.

Die Einrichtung dieser zentralen Ermittlungseinheiten erfolgte übrigens auch vor dem Hintergrund, dass bei dem nach wie vor aufwachsenden Personenpotenzial an Gefährdern, relevanten Personen, Ausreisewilligen und Rückkehrern aus Dschihadgebieten sowie der steigenden Anzahl der zu bearbeitenden Gefahrenermittlungsvorgänge und Strafverfahren eine zentrale Bearbeitung aller Vorgänge durch das LKA ergänzt werden sollte und die Arbeit damit in der Fläche gestärkt wird.

Neben dem reaktiven Verhalten ist die Kriminalprävention ein weiterer wichtiger Baustein in der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus. Nur wenn wir es schaffen, Radikalisierungsprozesse frühzeitig zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren, haben wir eine Chance, dem dschihadistischen und selbstmörderischen Gedankengut und Handeln entgegenzutreten.

Aus diesem Grund wurde bereits im Jahr 2014 im LKA ein eigenständiger Bereich dafür geschaffen, die phänomenübergreifend ausgerichtete Präventionsstelle "Politisch Motivierte Kriminalität (PPMK)".

Im Hinblick auf die Präventionsarbeit gegen den Islamismus hat die Niedersächsische Landesregierung ferner am 5. Juli 2016 die Einrichtung der "Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen" beschlossen. Die Kompetenzstelle bündelt, institutionalisiert und intensiviert unter der Leitung der Polizei und des Verfassungsschutzes die Aktivitäten und die bereits bestehende Vernetzung der Akteure im Bereich der Islamismusprävention in Niedersachsen und dient ihnen als Koordinierungs- und Servicestelle.

Dies vorausgeschickt, meine Damen und Herren, beantworte ich die Anfrage auf der Grundlage der Berichterstattung des LKA Niedersachsen namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Alle mit Stand vom 25. Januar 2017 als Gefährder in Niedersachsen eingestufte 45 Personen haben bzw. hatten ihren Wohnsitz in Niedersachsen.

Zu Frage 2: 17 Gefährder aus Niedersachsen haben keine deutsche Staatsangehörigkeit und sind somit nicht im Besitz deutscher Ausweispapiere. 11 Gefährder haben neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit.

Zu Frage 3: Bei 2 niedersächsischen Gefährdern mit ausländischer Staatsangehörigkeit wurden Asylanträge abgelehnt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Minister Pistorius. - Wir können in das Stellen der Zusatzfragen eintreten.

Eine erste Zusatzfrage möchte Herr Kollege Dr. Stefan Birkner stellen. Bitte!

### Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister, erlauben Sie mir zunächst den Hinweis, dass sich die Souveränität eines Ministers auch darin zeigt, wie er mit Kritik und Nachfragen umgeht. Sie haben heute Morgen in eindrucksvoller Art und Weise bewiesen, dass Sie diese nicht aufweisen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -Ulrich Watermann [SPD]: Das gilt auch für ehemalige Minister!)

Dies vorweggeschickt, frage ich Sie: Wie viele der Gefährder, die nicht im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit sind, sind denn ausreisepflichtig?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Minister, bitte!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Birkner, keiner ist ausreisepflichtig.

(Jens Nacke [CDU]: Na, wenn das mal stimmt!)

### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt der Kollege Oetjen, FDP-Fraktion. Bitte sehr!

### Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte gern von der Landesregierung gewusst, wie viele der niedersächsischen Gefährder Rückkehrer aus dem Dschihad sind?

(Zustimmung bei der FDP)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Minister, bitte sehr!

### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oetjen, etwa ein Drittel der genannten Zahl der Gefährder fällt unter diese Gruppe.

### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt der Kollege Dr. Birkner.

(Ulrich Watermann [SPD]: Mal sehen, ob er jetzt souverän ist!)

### Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister, von wie vielen der in Niedersachsen bekannten Gefährder ist der Aufenthalt unbekannt?

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Jörg Bode [FDP]: Ich glaube, der saß!)

### Präsident Bernd Busemann:

Herr Minister, bitte sehr!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es verhält sich ähnlich wie auf Bundesebene und in anderen Ländern so, dass sich vermutlich etwa die Hälfte im Ausland aufhält.

(Jörg Bode [FDP]: Das war noch nicht die Antwort! - Christian Dürr [FDP]: Das ist der Aufenthalt aller bekannt, die in Deutschland sind?)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage kommt wiederum vom Kollegen Oetjen.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Herr Adasch hat auch einen Zettel abge-

geben! - Thomas Adasch [CDU]: Ich habe mich zu a gemeldet!)

- Das "a" auf dem Wortmeldezettel kann man auch wie ein "b" lesen. - Herr Adasch, Sie sind jetzt dran!

### Thomas Adasch (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich meine, dass es ein "a" ist, was ich da eingetragen habe, aber man kann das natürlich unterschiedlich interpretieren.

Herr Minister, ich frage die Landesregierung, ob es Erkenntnisse gibt, wonach Gefährder hier in Niedersachsen Kontakte zu Anis Amri hatten?

### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dazu liegen keine Erkenntnisse vor.

(Jörg Bode [FDP]: Ach! - Jens Nacke [CDU]: Das kann auch heißen, dass keiner hingeschaut hat! Das haben wir gelernt!)

### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Minister. - Jetzt wäre dann der Kollege Oetjen wieder dran. Bitte!

### Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund der Aussage des Herrn Minister, dass sich vermutlich die Hälfte der Gefährder im Ausland aufhalten, hätte ich gern von der Landesregierung gewusst, welche Maßnahmen sie auf den Weg bringt, um den tatsächlichen Aufenthaltsort dieser Gefährder festzustellen.

(Zustimmung bei der FDP)

### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Minister Pistorius, bitte!

#### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das läuft über das BKA, über die Bundesbehörden. Dazu haben wir als Landesbehörde keine Möglichkeiten. Im Übrigen weise ich noch einmal darauf hin, dass sich die Zahl der Gefährder, die sich im Ausland aufhalten, deren Aufent-

halt nicht bekannt ist, in der gleichen Größenordnung bewegt wie auf Bundesebene und in den anderen Ländern. Das ist ein standardisierter Zustand, würde ich sagen.

(Christian Dürr [FDP]: Das heißt, Sie tun nichts zur Klärung des Aufenthaltsortes? - Jörg Bode [FDP]: Ein standardisierter Zustand!? - Christian Dürr [FDP]: Das nennt man in Deutschland einen standardisierten Zustand? Wir wissen nicht, wo die gefährlichen Leute sind!)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Ruhe bitte, meine Damen und Herren! - Die nächste Zusatzfrage stellt wiederum der Kollege Adasch. - Einen Moment, Herr Kollege Adasch! - Herr Dürr, Ihre Fraktion hat noch eine Frage gut. Sie können hier noch antreten. Jetzt ist aber Herr Adasch dran. Bitte!

#### Thomas Adasch (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, ich frage die Landesregierung vor dem Hintergrund, dass der Bundesgesetzgeber gestern eine Regelung zur Einführung der sogenannten elektronischen Fußfessel angekündigt hat, wie diese sich von den Absichten hier im Lande unterscheidet.

(Zustimmung von Björn Thümler [CDU])

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke, Herr Kollege Adasch. - Der Minister ist ja geneigt, zu antworten, aber Sie sind mit dieser Frage schon recht weit weg von dem Inhalt der drei gestellten Fragen. Selbst wenn man die Vorbemerkung mit einbezieht: Wir müssen aufpassen, dass wir beim Thema bleiben.

(Jens Nacke [CDU]: Es betrifft Gefährder!)

Herr Minister, bitte!

### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Soweit ich den Gesetzentwurf des Bundeskabinetts kenne: Er ist den Plänen, die wir bereits formuliert haben, sehr ähnlich.

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Kollege Dr. Birkner!

### Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister, wie viele der 45 Gefährder, die Sie in Niedersachsen verorten, überwachen Sie?

(Ulrich Watermann [SPD]: Wer und welcher Name? - Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Wie alt? Wie groß? - Jens Nacke [CDU]: Die werden standardisiert überwacht!)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Minister, bitte sehr!

#### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie Sie sich denken können, werden nicht alle 45 Gefährder rund um die Uhr observiert. Das versteht sich, glaube ich, von selbst. Es gibt standardisierte Maßnahmen im Einzelfall.

(Lachen bei der CDU)

- Die Antwort mag Ihnen nicht gefallen, aber es gibt ganz normale Vorgänge bei Gefährdern, mit denen wir so umgehen, wie es im Einzelfall angezeigt ist. Jeder Einzelfall wird gesondert betrachtet.

(Christian Dürr [FDP]: "Wie viele?" war die Frage!)

- Hören Sie doch einfach bis zum Ende zu!

Von den genannten 45 sind, wie gesagt, etliche gerade nicht in Niedersachsen aufenthältlich. Bei den anderen gibt es keine durchgehende Observierung. Die genaue Zahl der Observierungen würde ich Ihnen gerne nachreichen.

(Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE] - Ulf Thiele [CDU]: Jedes Mal, wenn er etwas nicht weiß, redet er von Standardisierung! Das gibt's doch gar nicht! - Christian Dürr [FDP]: Sie wissen nicht, wie viele überwacht werden? - Jens Nacke [CDU]: Woher wissen Sie denn dann, dass die noch da sind, wenn Sie die nicht observieren?)

### Präsident Bernd Busemann:

Die nächste Zusatzfrage stellt wiederum Herr Kollege Adasch. Bitte sehr!

### Thomas Adasch (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, ich frage die Landesregierung: Wer legt gegenwärtig konkret fest, wer ein Gefährder ist?

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Innenminister, bitte!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das tut das Landeskriminalamt.

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt noch einmal Herr Adasch.

### Thomas Adasch (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, Sie haben ja, wie der Bund auch, angekündigt, die elektronische Fußfessel einzuführen. Wann konkret soll das hier in Niedersachsen geschehen?

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Minister, bitte!

### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vorschläge, die wir der Öffentlichkeit vorgestellt haben, sind mit den Regierungsfraktionen abgestimmt. Die Regierungsfraktionen entscheiden selbst darüber, wann sie diese Vorschläge in Form von Gesetzen oder Änderungsanträgen in das parlamentarische Verfahren einbringen. Ich gehe davon aus, dass das bald passiert und das Gesetz planmäßig verabschiedet werden kann.

(Ulf Thiele [CDU]: Was ist das für ein Parlamentsverständnis? - Gegenruf von Petra Tiemann [SPD]: Was das für ein Parlamentsverständnis ist? Das ist das richtige Parlamentsverständnis! Wer verabschiedet denn Gesetze?)

### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Ruhe, bitte! Frau Tiemann, Sie haben noch ein paar Wortmeldungen gut.

Nun noch einmal, zum fünften und letzten Mal, Kollege Adasch. Bitte!

### Thomas Adasch (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, ich knüpfe direkt an das eben von Ihnen Gesagte an. Ich bin schon einigermaßen verwundert: Sie haben vollmundig erklärt, dass die elektronische Fußfessel eingeführt wird, und jetzt können Sie zum konkreten Zeitplan hier nichts sagen.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Wie war das mit den Vorbemerkungen, Herr Präsident?)

Sagen Sie doch mal ganz konkret, wie das weitergehen soll.

(Zurufe)

#### Präsident Bernd Busemann:

Herr Minister, bitte!

**Boris Pistorius**, Minister für Inneres und Sport: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Unruhe)

#### Präsident Bernd Busemann:

Einen Moment, Herr Minister! - Herr Watermann, Ihre Fraktion kann noch fünf Zusatzfragen stellen.

(Heinz Rolfes [CDU]: Die dürfen nicht! - Lachen bei der SPD - Gegenruf von Petra Tiemann [SPD]: Herr Rolfes ist auch schon da!)

- Herr Kollege Rolfes! - Jetzt redet nur einer, und zwar der Minister. Bitte!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wäre vermessen, wenn ich versuchte, in den parlamentarischen Beratungsablauf einzugreifen.

(Zustimmung von Bernd Lynack [SPD])

Die Fraktionen haben die Vorschläge vorliegen; sie sind mit ihnen abgestimmt. Sie entscheiden, wie das Verfahren weitergeht und wann die entsprechenden Formulierungen in das Verfahren eingespeist werden. Das habe ich nicht zu entscheiden und nicht vorzugeben. Deswegen bin ich der falsche Adressat für die Frage, wann das passieren wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Johanne Modder [SPD]:

Das haben die immer anders gemacht!)

### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen zu diesem Komplex liegen mir nicht vor.

Wir können übergehen zu

b) Pannen oder Angst? - Warum wurde den Hinweisen auf hundertfachen Sozialbetrug nicht schnell und konsequent nachgegangen? - Anfrage der Fraktion der CDU - Drs. 17/7318

Die Frage wird eingebracht von unserer Kollegin Editha Lorberg. Bitte sehr!

### Editha Lorberg (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der NDR berichtete am 22. Januar 2017 über mehrere Hundert Fälle von Sozialleistungsbetrug am Standort Braunschweig der Landesaufnahmebehörde (LAB).

Eine ehemalige Mitarbeiterin der Landesaufnahmebehörde warf in der Sendung der Leitung des Standortes der LAB vor, dass von ihr gesammelte Hinweise auf Sozialbetrug ignoriert wurden. Sie hatte zusammen mit einer Kollegin zunächst im Januar 2016 30 Fälle und später im Mai 520 Fälle von mutmaßlichem Sozialbetrug durch Asylbewerber in Ordnern zusammengestellt. Diese sollen sich mehrfach mit unterschiedlichen Namen und leicht verändertem Aussehen als Asylbewerber registriert und Leistungen bezogen haben. Die Leitung des Standortes soll ihr dies später untersagt haben und sie angewiesen haben, die Unterlagen in den Keller zu bringen. Ihre direkten Chefs sollen gesagt haben, dass man nichts damit tun werde.

Sie wandte sich an die Polizei. Am 25. Mai 2016 wurde sie wegen "nicht autorisierten Verhaltens" zwei Wochen vor dem Ablauf ihres befristeten Arbeitsverhältnisses freigestellt. Der NDR fragt in seiner Berichterstattung, ob die Behörde nicht wollte, dass diese Fälle aufgedeckt werden.

Das Innenministerium bestreitet die im NDR gemachten Vorwürfe im Wesentlichen. Demnach habe es Fehler bei der Kommunikation gegeben. Man hätte sich außerdem ein anderes Vorgehen gewünscht. Eine Vertuschung der Fälle sei aber zu keinem Zeitpunkt angestrebt worden. In einer Pressekonferenz bezifferte das Innenministerium den durchschnittlichen Schaden je Fall auf 15 000 bis 20 000 Euro.

In der Unterrichtung des Innenausschusses am 27. Januar 2017 trug die Landesregierung vor, dass der Standortleiter damit Probleme gehabt habe, dass alle gesammelten Fälle ausschließlich Sudanesen betroffen hätten. Er befürchtete demnach den Vorwurf, diese vorzuverurteilen.

Ich frage die Landesregierung:

- 1. Wer wurde im Innenministerium zu welchem Zeitpunkt von wem über welche Details des Sachverhaltes informiert?
- 2. Welche Anweisungen hatte die Mitarbeiterin im Februar 2016 von wem im Zusammenhang mit den von ihr gefundenen Verdachtsfällen erhalten?
- 3. Was weiß die Landesregierung über den Aufenthaltsort der mutmaßlichen Täter in den 520 Verdachtsfällen des Sozialleistungsbetruges?

(Beifall bei der CDU)

#### Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Ich denke, auch in diesem Fall ist der Innenminister gefordert. Herr Pistorius, bitte!

### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Aufklärung von Mehrfachidentitäten und von möglichem Sozialleistungsbetrug durch Asylsuchende sind immer schon zentrale Anliegen des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport und der ihm nachgeordneten Behörden. Daher sind entsprechende Maßnahmen zur Aufklärung dieser Fälle bereits frühzeitig eingeleitet und verstärkt worden.

Ich möchte auch an dieser Stelle zunächst den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesaufnahmebehörde für ihre Arbeit nochmals herzlich danken.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben in einer absoluten Ausnahmesituation, in der bis zu 2 000 Flüchtlinge pro Tag nach Niedersachsen kamen, hervorragende Arbeit geleistet und dazu beigetragen, eine Obdachlosigkeit von Flüchtlingen zu verhindern.

Angesichts dieser Leistung finde ich es sehr bedauerlich, wenn auf dem Rücken aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LAB NI pauschale Kritik geübt wird.

(Ulf Thiele [CDU]: Kein Mensch macht das! - Weitere Zurufe von der CDU)

Viele scheinen aktuell zu vergessen, wie die Situation von Sommer 2015 bis Frühjahr 2016 während des enormen Zuzugs von Flüchtlingen war. In den Erstaufnahmeeinrichtungen mussten Menschen teilweise in den Gängen und Büros untergebracht werden, weil keine Räume mehr vorhanden waren. Der Innenausschuss des Landtages war im Oktober 2015 zu Besuch in Braunschweig und lobte einmütig die dort geleistete Arbeit. Die Überschrift in der *Braunschweiger Zeitung* lautete seinerzeit ich wiederhole sie gerne -: "Politiker loben LAB: Schwierige Lage wird gut gemanagt".

Die jetzt geäußerte unverhältnismäßige Kritik an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den dort Verantwortlichen erscheint mir scheinheilig.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Angelika Jahns [CDU]: Das hat damit gar nichts zu tun! - Editha Lorberg [CDU]: Sie lenken ab, Herr Minister! - Ulf Thiele [CDU]: Kein Mensch kritisiert die Mitarbeiter! Wir loben die Mitarbeiter!)

Die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen hat bereits in der Vergangenheit entsprechende Verdachtsfälle immer und sofort den zuständigen Polizeidienststellen gemeldet. Auch die in der von der fragestellenden Fraktion zitierten Berichterstattung dargestellten Fälle wurden vollständig der zuständigen Polizei in Braunschweig übergeben.

Mit Schaffung der rechtlichen und technischen Voraussetzungen für ein einheitliches Identitätsmanagement durch das Datenaustauschverbesserungsgesetz, für das ich mich mit anderen Kollegen auf Bundes- und Länderebene frühzeitig eingesetzt und das ich u.a. im Kanzleramt mitverhandelt habe und das im Februar 2016 in Kraft trat, wird eine eindeutige Identifizierung von Asylsuchenden ab dem ersten Kontakt und nicht, wie bisher, erst bei Asylantragstellung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sichergestellt. -Ich will das noch einmal unterstreichen: Bis dahin gab es eine geordnete Registrierung und Erfassung von Fingerabdrücken durch das BAMF erst bei Asylantragstellung. Wir alle wissen, wie viel Zeit bisweilen dazwischen lag.

Alle Flüchtlinge werden seitdem unmittelbar nach ihrer Ankunft durch das BAMF oder seit April 2016 auch durch die Landesaufnahmebehörde elektronisch registriert, weshalb Fälle wie die vorliegenden heutzutage bereits praktisch ausgeschlossen sind. Hierfür stehen der Landesaufnahmebehörde entsprechende technische Geräte, sogenannte Personalisierungsinfrastrukturkomponenten, abgekürzt PIK, zur Verfügung, die u. a. mit Fingerabdruckscannern ausgestattet sind. Sämtliche Datensätze einschließlich der Fingerabdrücke werden bundeseinheitlich an zentraler Stelle im Ausländerzentralregister gespeichert. Die Fingerabdrücke werden mittels Fast-ID mit den im Automatischen Fingerabdruckidentifizierungssystem für Ausländer gespeicherten Fingerabdrücken verglichen. Damit ist sichergestellt, dass keine Registrierungen unter verschiedenen Personalien mehr möglich sind. Außerdem wird mit diesem Verfahren ein systematisches Vorgehen zur Aufklärung von Mehrfachregistrierungen gewährleistet, ohne z.B. anhand eines manuellen Abgleichs von Fotos die Nadel im Heuhaufen suchen zu müssen.

Da für die Landesregierung ein solides Identitätsmanagement bereits am Anfang der Flüchtlingsbewegung im Herbst 2015 von herausragender Bedeutung war, war bereits im Oktober 2015 in einem Pilotverfahren - Niedersachsen war hier übrigens eines der ersten Bundesländer - mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in der Erstaufnahmeeinrichtung Bramsche der Landesaufnahmebehörde eine sogenannte Bearbeitungsstraße eingerichtet worden. In dieser wurde die Registrierung im System "Erstverteilung der Asylbegehrenden" - EASY - und in der Niedersächsischen Ausländersoftware - NIAS - durch Landespersonal und die ED-Behandlung im Bundessystem MARIS durch Bundespersonal zeitgleich in einem Büro vorgenommen. Darüber hinaus wurde seitens der Polizeidirektion Braunschweig im Februar 2016 die Erstaufnahmeeinrichtung Braunschweig der Landesaufnahmebehörde durch den Einsatz von sogenannten Live-Scan-Geräten unterstützt.

Die Landesaufnahmebehörde arbeitet aktiv und erfolgreich an der Aufklärung von Mehrfachidentitäten. So hatte sie hierzu bereits im Herbst 2016 eine Projektgruppe eingesetzt, die ein Verfahren entwickelt hat, um die Nutzung von Mehrfachidentitäten in der Vergangenheit aufzuklären und seit Einführung des einheitlichen Identitätsmanagements erkannte Mehrfachidentitäten effektiv und effizient zu bearbeiten. Das Verfahren wurde vom

Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport gebilligt und wird von der Landesaufnahmebehörde umgesetzt.

An allen Erstaufnahmeeinrichtungen werden nunmehr besonders zuständige Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter für die Thematik Mehrfachidentitäten eingesetzt. Durch diese vorbildhafte Einrichtung konnten zwischenzeitlich etliche Fälle von Sozialleistungsbetrug aufgedeckt werden. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden darüber hinaus mit Vertretern der Polizei in einer Expertengruppe zusammenarbeiten, um niedersachsenweit entsprechenden Verdachtsfällen nachzugehen. Durch diese Vernetzung eben aller Fachleute soll sichergestellt werden, dass in diesen Fällen überall und umfassend reagiert werden kann - eine, soweit hier bekannt, deutschlandweit einzigartige Einrichtung aus Sicht der Landesregierung mit Vorbildcharter.

Bereits seit Frühsommer 2016 arbeitet das Land Niedersachsen zudem mit den zuständigen kommunalen Ausländerbehörden und dem BAMF zusammen, um auch diejenigen erkennungsdienstlich zu erfassen, die zwar seit Herbst 2015 im EASY-System des Bundes registriert worden waren - aber eben nur dort -, aber nach dem damaligen etablierten Verfahren durch das zuständige BAMF noch nicht erkennungsdienstlich behandelt worden waren und einen Asylantrag stellen konnten. Das ist der sogenannte EASY-Gap.

Um diese Lücke zu schließen, unterstützte das Land Niedersachsen das BAMF frühzeitig insbesondere bei der Kommunikation mit den Ausländerbehörden, der Ladung und der Beförderung dieser bereits auf die Kommunen verteilten Personen zur Antragstellung. Personen, die dieser Einladung nicht nachkommen konnten bzw. nicht nachgekommen sind, wurden vom zuständigen BAMF ein zweites Mal persönlich eingeladen. Bei Personen, die auch nach dieser zweiten Aufforderung nicht zur Asylantragstellung erschienen sind, wird das Asylverfahren vom BAMF eingestellt. Die Betroffenen werden damit ausreisepflichtig.

Die nunmehr zuständigen kommunalen Ausländerbehörden ergreifen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit der Polizei, die weiteren aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen, wozu auch die nachträgliche erkennungsdienstliche Behandlung zählt. Sie werden hierbei ebenfalls vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport unterstützt.

Damit zeigt sich, meine Damen und Herren, dass die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen ein ganz eigenes, originäres Interesse daran hat, Fälle von Sozialleistungsbetrug durch Mehrfachidentitäten aufzuklären, und zwar durch ein gut organisiertes systematisches Vorgehen.

Die eigenmächtige Ermittlungsarbeit der Beschwerdeführerin war - das habe ich bereits betont - im Endeffekt hilfreich, wofür ich ihr auch ausdrücklich danken möchte. Sie war aber auch leider auf den Zufall gebaut, weil es eine Kollegin gab, die sich in besonderer Weise Gesichter merken kann. Da die Ereignisse rund um dieses Thema aktuell Gegenstand dienst- und strafrechtlicher Ermittlungsverfahren sind, werde ich mir nach dem Abschluss überlegen, inwiefern ich oder mein Haus mit der Beschwerdeführerin in Kontakt trete.

Zu Frage 1: Im Juni 2016 informierte die damalige Behördenleiterin der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen die damalige Leiterin des für die Fachaufsicht über die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen zuständigen Referats, dass der Standort Braunschweig der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen Akten an die Polizei übergeben habe. Dass Akten von einer Behörde an eine andere Behörde übergeben werden, stellt einen Routinevorgang innerhalb einer Verwaltung dar. Daher bestand seinerzeit seitens der Fachaufsicht keine erkennbare Notwendigkeit, weitere Schritte einzuleiten.

Der konkrete Vorwurf der Vertuschung wurde im Ministerium für Inneres und Sport im Dezember 2016 über die Beschwerde der ehemaligen Zeitarbeitsfirma-Mitarbeiterin in der Landesaufnahmebehörde bekannt. Die Beschwerdeführerin nahm erstmals am 7. Dezember 2016 telefonisch Kontakt zu der von der Landesregierung für derartige Fälle eingerichteten Beschwerdestelle für Bürgerinnen und Bürger und Polizei auf. Aufgrund des Umfangs und der Komplexität der Schilderungen wurde sie gebeten, ihr Anliegen schriftlich vorzutragen. Ihr auf den 8. Dezember datiertes Schreiben übersandte die Beschwerdeführerin am Freitag, dem 9. Dezember, per E-Mail persönlich an die Beschäftigte der Beschwerdestelle, mit der sie zuvor telefonischen Kontakt gehabt hatte. Das Schreiben wurde am 9. Dezember, also am selben Tag, der Leiterin der Beschwerdestelle vorgelegt und bewertet. Es erfolgte noch am selben Tage elektronisch eine Vorlage an den Beauftragten für Beschwerdemanagement und Museum Friedland, der aufgrund eines ganztägigen dienstlichen Termins am 9. Dezember ortsabwesend war.

Am Montag, dem 12. Dezember, fand eine interne Besprechung zwischen dem Beauftragten für Beschwerdemanagement und Museum Friedland und der Leiterin der Beschwerdestelle statt. Im Anschluss daran erfolgte die Vorlage des Schreibens der Beschwerdeführerin bei Herrn Staatssekretär Manke auf elektronischem Wege. Der Herr Staatssekretär verfügte ebenfalls elektronisch noch am selben Tage Rücksprache mit der Leitung der Beschwerdestelle und leitete das Schreiben zugleich an den zuständigen Abteilungsleiter 1 und die Referatsleiterin des Fachaufsichtsreferates im MI weiter.

Die Leiterin der Beschwerdestelle vereinbarte daraufhin noch im Laufe des 12. Dezember, also des gleichen Tages, mit dem Vorzimmer des Staatssekretärs einen Termin für eine telefonische Besprechung, die am Vormittag des 13. Dezember stattfand.

Am 13. Dezember bat die Beschwerdestelle die Abteilung 1 des Innenministeriums auf elektronischem Wege um eine Stellungnahme, die neben der Stellungnahme der betroffenen Beschäftigten auch die Bewertung der jeweiligen Dienststelle enthalten sollte. In diesem Zusammenhang erhielten sowohl der zuständige Sachbearbeiter wie auch der stellvertretende Referatsleiter des Fachaufsichtsreferates Kenntnis von der Beschwerde. Eine erste Stellungnahme der Referatsleiterin des Fachaufsichtsreferates lag noch am 13. Dezember vor. Diese Stellungnahme wurde dann auch der Pressestelle zugeleitet.

Infolge der Presseberichterstattung am 2. Januar 2017 wurde die Polizeidirektion Braunschweig gebeten, der Abteilung 2, Referat 23, einen Sachstand zu den Ermittlungen der Polizeiinspektion Braunschweig Soko Zerm in Fällen des Sozialleistungsbetrugs durch Flüchtlinge bzw. Asylbewerber mit Frist 4. Januar mitzuteilen.

Im Zuge dieser Anfrage wurde ferner über die hiesige Beschwerdestelle bekannt, dass zu diesem Sachverhalt bereits eine Beschwerde durch die Abteilung 1 in Bearbeitung war.

Herrn Minister Pistorius wurde der Sachverhalt mit dem Vorwurf der Vertuschung zuerst am 22. Januar durch die Presseberichterstattungen bekannt. Am 23. Januar gab es direkt im Anschluss an die Morgenlage des Ministers eine erste Unterrichtung des Ministers zu diesem Thema. Zu Frage 2: Die dienstlichen Erklärungen zu diesem Fragegegenstand sind im Ausschuss für Inneres und Sport am 27. Januar 2017 in vertraulicher Sitzung mitgeteilt worden. Diese Frage ist darüber hinaus Gegenstand laufender Disziplinarverfahren. Die Ermittlungen in diesen förmlichen Verfahren sind daher abzuwarten.

Zu Frage 3: Die Zahlen basieren auf einer Berichterstattung der Polizeidirektion Braunschweig vom 31. Januar 2017. Die insgesamt acht Aktenordner umfassenden Dokumente enthielten 520 Verdachtsfälle des Sozialleistungsbetrugs durch Flüchtlinge bzw. Asylsuchende.

Wie viele Einzeltäter sich im Einzelnen dahinter verbergen, kann heute noch nicht abschließend beantwortet werden. Bislang wurden 154 strafrechtlich relevante Sachverhalte identifiziert. Davon wurden bislang 13 Vorgänge aufgrund eines nicht ermittelbaren Aufenthaltsortes an die Staatsanwaltschaft Braunschweig abgegeben. Die Sichtung und Ausweitung der weiteren Unterlagen dauert aktuell an.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

### Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Es gibt den Wunsch nach Zusatzfragen. Es beginnt Frau Kollegin Lorberg von der CDU-Fraktion. Bitte!

### Editha Lorberg (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich frage die Landesregierung: Wurden alle hier angesprochenen Fälle von Sozialhilfebetrug in der LAB NI in Braunschweig begangen, haben also die Mehrfachregistrierungen ausschließlich in Braunschweig stattgefunden?

(Beifall bei der CDU)

### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Minister!

### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Lorberg, nach meinem Kenntnisstand nein, nicht nur in Braunschweig.

(Zuruf von der SPD: So ist es! - Jens Nacke [CDU]: Sondern?)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Oetjen.

#### Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Minister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Präsident! Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es am 11. November 2015 Leitlinien des Landespolizeipräsidiums im Kontext der Zuwanderung von Flüchtlingen gab, bei denen es um eine temporäre Zurückstellung, eine Reduzierung von Maßnahmen in nicht priorisierten Aufgabenbereichen ging - ich erinnere daran, damals war die Polizei sehr überlastet und ging es darum, dass bestimmte Delikte von der Polizei nicht mehr verfolgt werden sollten -, frage ich: Gab es eine solche oder eine ähnliche Leitlinie auch in der Landesaufnahmebehörde, die dazu geführt hat, dass die Straftaten letzten Endes nicht verfolgt wurden?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Minister!

#### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oetjen, eine solche Leitlinie, dienstliche Anweisung oder Vergleichbares hat es aus dem Innenministerium heraus weder schriftlich noch mündlich gegeben.

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt wiederum Kollegin Lorberg.

### Editha Lorberg (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung: In welchen Landesaufnahmebehörden hat es noch weitere Betrugsfälle gegeben, die Sie hier eben angesprochen haben, Herr Minister?

(Beifall bei der CDU)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Minister Pistorius, bitte!

### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es hat an allen Standorten solche Fälle gegeben.

(Zuruf von der CDU: An allen? - Jens Nacke [CDU]: "Das wissen wir nicht, darum hat sich niemand gekümmert!" - Mann, Mann, Mann!)

#### Präsident Bernd Busemann:

Die nächste Zusatzfrage stellt Kollege Dr. Birkner.

### Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister, vor dem Hintergrund, dass Sie gerade eingeräumt haben, dass es das an allen Standorten in ähnlicher Weise gegeben hat, frage ich die Landesregierung: Wie viele entsprechende Vorfälle sind Ihnen insgesamt für das Land Niedersachsen bekannt?

(Christian Dürr [FDP]: Eine sehr gute Frage!)

### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön.

(Christian Dürr [FDP]: Die Antwort lautet: Das sind standardisierte Verfahren! - Weitere Zurufe)

- Herr Dürr! - Einen Moment!

Herr Minister, bitte!

### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß, Sie amüsieren sich über das Wort "standardisiert". Aber es gibt in der deutschen Verwaltung nun einmal Verfahren, um geordnete Abläufe garantieren zu können.

(Zurufe von Jens Nacke [CDU] und Reinhold Hilbers [CDU])

#### Präsident Bernd Busemann:

Herr Minister, einen Moment! - Herr Hilbers, Sie können gerne Fragen stellen, Herr Nacke kann das genauso und alle anderen auch. Aber es antwortet jetzt nur einer, Herr Nacke.

(Zuruf von der FDP: Die Abläufe scheinen nicht sehr geordnet gewesen zu sein!)

### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Wir reden hier nicht über die Ausreise von Gefährdern. Wir reden hier über Sozialleistungsbetrug. Das sind zwei verschiedene Sachverhalte. Sie

sollten bitte die Dinge nicht miteinander vermischen.

(Christian Dürr [FDP]: Sie haben es doch vorhin eingeführt, Herr Minister!)

Es gibt ein klar abgestimmtes Verfahren zwischen der Landesaufnahmebehörde und den Polizeidienststellen. Wenn Sie mir zugehört hätten - was Sie bestimmt getan haben -, hätten Sie in der Beantwortung der Dringlichen Anfrage genau das gehört, dass es nämlich diese Verfahren gibt.

Jeder Fall, der bekannt wird - in der Anfangszeit wurden jede Woche Fälle bekannt -, wird unmittelbar der Polizei übergeben - unmittelbar, sobald er bekannt wird.

(Christian Dürr [FDP]: Wie viele?)

Das ist ein standardisierter Vorgang, meine Damen und Herren.

(Jens Nacke [CDU]: Die sind im Keller!)

Wenn die Landesaufnahmebehörde von einem Fall hört, dann geht dieser Fall unmittelbar an die Polizei.

(Jens Nacke [CDU]: Wie viele?)

Wenn die betreffende Person in der Landesaufnahmebehörde sogar noch anwesend ist, wird die Polizei sogar sofort hinzugezogen, um die entsprechende Person sofort festzusetzen bzw. die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten.

(Jens Nacke [CDU]: Wie viele?)

Das ist ein ganz normaler Vorgang, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der FDP: Wie viele Fälle?)

- Diese Fälle müsste ich abfragen. Das sind im Zweifel mehrere Dutzend oder Hundert. Keine Ahnung. Das wird ermittelt. Das bekommen Sie.

(Ulf Thiele [CDU]: Ja, das müssen Sie wohl! - Weitere Zurufe)

- Regen Sie sich doch nicht so künstlich auf! Sie kriegen das schriftlich nachgereicht.

(Christian Dürr [FDP]: Wieso bereiten Sie sich auf solch eine Fragestunde denn nicht vor? Bereiten Sie sich gefälligst vor auf eine Fragestunde! Das ist unerträglich, Herr Minister! - Jens Nacke [CDU]: Aber anständige konkrete Zahlen - nicht so wie beim letzten Mal! - Weitere Zurufe)

#### Präsident Bernd Busemann:

Herr Dürr! - Jetzt ist wiederum Kollegin Lorberg dran.

### Editha Lorberg (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung: Wann hat Herr Minister Pistorius oder sein Staatssekretär Kenntnis von den Sozialhilfebetrugsfällen in Braunschweig oder in anderen - - -

(Zuruf von der SPD: Die Frage ist schon beantwortet worden!)

- Nein, das ist noch gar nicht beantwortet worden!

(Christian Dürr [FDP]: Richtig!)

Ich frage präzise nach dem Minister und nach dem Staatssekretär, wann diese beiden Personen Kenntnis von den Sozialhilfebetrugsfällen, von der Existenz der Akten erhalten haben.

(Beifall bei der CDU)

#### Präsident Bernd Busemann:

Herr Minister, bitte sehr!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Lorberg, ich habe es in meiner Beantwortung sehr deutlich gesagt. Ich habe durch die Medienberichterstattung am 2. Januar von den Betrugsvorwürfen, von dem Verdacht des Sozialleistungsbetrugs erfahren.

Von dem Verdacht oder von dem Vorwurf, dass es dabei zu Vertuschungen gekommen sei, habe ich durch die Medienberichterstattung am 22. Januar erfahren. Das sind zwei unterschiedliche Ebenen des gleichen Sachverhalts - um es noch einmal sehr deutlich zu sagen.

(Editha Lorberg [CDU]: Danach habe ich gar nicht gefragt!)

Herr Staatssekretär Manke hat, wie ich ebenfalls ausgeführt habe, durch die Beschwerde, die am 9. Dezember - jetzt aus der Erinnerung; ich habe es ja vorgetragen - im Innenministerium eingegangen ist, Kenntnis erlangt.

(Editha Lorberg [CDU]: Danach habe ich nicht gefragt!)

- Wonach haben Sie denn gefragt?

(Editha Lorberg [CDU]: Ich habe gefragt, wann Sie Kenntnis von der Exis-

tenz der Akten erhalten haben, nicht von den Vertuschungen!)

- Von den Akten habe ich auch erst danach Kenntnis erlangt, also nach dem 22. Januar. Vorher hatte ich keine Kenntnis davon, dass Akten von einer Behörde an die andere weitergeleitet worden sind. Meine Damen und Herren, ich hatte aber auch viel zu tun. Wenn ich über jeden Stapel Akten, der von der Behörde A zur Behörde B übergeben worden ist, informiert worden wäre - - -

(Zurufe von der CDU)

- Frau Lorberg, mit etwas mehr Verwaltungserfahrung wüssten Sie das auch.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Sie wussten anderthalb Monate vorher davon, dass es eine solche Beschwerde gibt! Das darf doch nicht wahr sein! - Zuruf von der CDU: Die Frage richtete sich nach dem Staatssekretär!)

#### Präsident Bernd Busemann:

Herr Thiele, Herr Nacke, wollen Sie Fragen stellen?

(Zuruf von Jens Nacke [CDU])

- Herr Nacke, das wird hier nicht auspalavert. Jetzt ist es gut gewesen!

(Zuruf: Schön beantwortet! - Minister Boris Pistorius: Ich kann das gerne nachtragen! - Jens Nacke [CDU]: Der Minister hat sich gerade zu Wort gemeldet!)

- Wollen Sie Ihre Antwort ergänzen? - Bitte!

#### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Nacke, um die Frage nachträglich zu beantworten: Herr Staatssekretär Nacke hat, wie er mir gerade versicherte - - -

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Das hätten Sie wohl gern! Das wird er wohl nicht machen, glaube ich! - Zuruf: Jawoh!!)

 Ich muss ja zugeben: Lieber ein Staatssekretär Nacke als ein Innenminister Nacke! Aber lassen wir das! (Jens Nacke [CDU]: Dann würde bei Ihnen auch einiges laufen, Herr Minister!)

- Ja, Herr Nacke. Aber zumindest hätten wir beide viel Spaß im Innenministerium. Davon bin ich fest überzeugt.

Aber Spaß beiseite. Herr Staatssekretär Manke hat im Zuge der Aufarbeitung der Beschwerde, die im Dezember eingegangen ist, von der Übergabe der Akten an das Ministerium im Sommer erfahren.

(Christian Dürr [FDP]: Im Dezember? Und Sie wussten erst im Januar davon!)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Oetjen, jetzt sind Sie dran. Bitte!

(Unruhe)

- Und Ruhe!

(Jens Nacke [CDU]: Das war kein Thema? Hundertfacher Betrug, viereinhalb Millionen, und das war für den Staatssekretär kein Thema, das mit dem Minister zu besprechen? Das ist doch so was von unglaubwürdig! Wer soll denn das glauben?)

- Herr Nacke!

(Jens Nacke [CDU]: Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen! Aber diesen Vergleich darf ich wahrscheinlich auch nicht bringen! - Weitere Zurufe - Unruhe)

- Soll ich die Sitzung jetzt unterbrechen, damit Sie sich austauschen können?

(Zuruf: Gerne! - Jens Nacke [CDU]: Junge, Junge, da muss einem ja Angst und Bange werden bei diesem Minister!)

- Herr Kollege Oetjen ist dran und sonst keiner! Weiter geht es!

#### Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, vor dem Hintergrund Ihrer Aussage, dass Verdachtsfälle aus der Landesaufnahmebehörde unmittelbar an die Polizei gegeben werden, frage ich Sie: Halten Sie es für korrekt, dass die Verdachtsfälle, die

von der betreffenden Mitarbeiterin im Januar aufgearbeitet worden sind, bis Ende Mai beim Leiter des Standorts in Braunschweig zur Vorprüfung gelegen haben? Halten Sie es für korrekt, dass Vorprüfungen möglicher Verdachtsfälle in der LAB NI durchgeführt werden, nicht aber durch die Polizei?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Minister!

### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oetjen, ich habe vorhin dargestellt, dass es auf der Grundlage von Vereinbarungen zwischen der Landesaufnahmebehörde und den Polizeibehörden übliche Praxis ist, dass dann, wenn Verdachtsfälle in der LAB NI auftreten, diese sofort der Polizei gemeldet werden bzw. die Polizei sogar sofort hinzugezogen wird. Das ist immer der Status quo gewesen.

In diesem Fall haben wir aber die Situation, dass die Mitarbeiterin die Fälle, zu denen sie eigene Recherchen angestellt hat, in Form einer retrograden Betrachtung weitergegeben hat. Das heißt, die betroffenen Personen waren gar nicht mehr in der LAB NI. Von daher war von vornherein ein anderer Ablauf vorgegeben.

Ich werde jetzt aber nicht hingehen und eine Bewertung vornehmen.

(Jörg Bode [FDP]: Das ist aber die Frage!)

- Ich muss Bewertungsfragen aber nicht beantworten, nur weil Sie sie stellen, Herr Bode.

(Jörg Bode [FDP]: Das ist nur im PUA so!)

Der Ablauf war relativ einfach. Ich habe gestern dargestellt, dass der Standortleiter im Februar - - - Ich wiederhole das gerne, auch wenn Sie es nicht hören wollen, weil es Ihr Meinungsbild durcheinanderbringen könnte. Der Standortleiter hatte überhaupt kein Interesse daran, irgendetwas zu vertuschen oder zu verdrängen. Wenn er ein Interesse daran gehabt hätte, wäre er ziemlich dumm gewesen, die Polizei unmittelbar nach Vorlage der ersten 30 Vorgänge telefonisch zu unterrichten und sich mit der Polizei zu besprechen. Wer so etwas tut, der will nichts vertuschen, sondern der will ein Verfahren absprechen. Dabei mag es ja zu

Fehlern gekommen sein. Aber der Vertuschungsvorwurf geht nun so auf absurde Art und Weise ins Leere, dass auch Sie das endlich zur Kenntnis nehmen sollten.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Frage, ob das richtig ist oder nicht, was in den Folgemonaten passiert ist, wird jetzt staatsanwaltschaftlich, aber auch dienstrechtlich aufzuarbeiten sein.

Ich will aber auf noch etwas hinweisen: Wir reden hier über einen Sachverhalt und über Vorwürfe einer einzelnen Person. Ich finde, wir alle sollten uns gemeinsam die Mühe geben, der Unschuldsvermutung ein klein wenig Raum zu geben. Ich bin sehr daran interessiert - auch im Interesse gesicherter Abläufe innerhalb der Behörden des Landes Niedersachsen -, dass das aufgearbeitet wird. Aber das heißt doch nicht, dass die Aussage eines Menschen ausreichen kann, um schon heute alle Verurteilungen auszusprechen, die einem gerade durch den Kopf gehen. Ich bin sehr dafür, dass wir das aufklären. Wir werden das auch tun. Wir sind dabei.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Sie haben doch schon gesagt: Da ist nichts dran, das ist erledigt!)

- Ich habe lediglich erklärt, dass wir bislang, nach dem heutigen Kenntnisstand, nichts von einer Vertuschung erkennen können. Dass der Standortleiter, die Behörde im Mai innerhalb von einer Woche alle Akten nach Übergabe durch die Mitarbeiterin an die Polizei übergeben hat, ist nun wirklich so eindeutig wie nur irgendetwas.

(Jörg Bode [FDP]: Auf welcher Grundlage wurde das Disziplinarverfahren eingereicht?)

Wer angesichts dieses Zeitkorridors von Vertuschung oder Verschleppung spricht, verzerrt den Sachverhalt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt die Abgeordnete Lorberg. Bitte!

### Editha Lorberg (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung nach den Ausführungen des Ministers, ob Herr Minister Pistorius die

Aussagen der Mitarbeiterin Nadja N. für unglaubwürdig hält.

(Beifall bei der CDU)

#### Präsident Bernd Busemann:

Herr Minister, bitte!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Lorberg, das ist eine interessante Frage, die offenbart, wie Sie zur Unschuldsvermutung in diesem Land stehen.

(Editha Lorberg [CDU]: Nein, nein! Ich habe genau zugehört, Herr Minister!)

Ich habe weder gesagt, dass die Aussagen der Mitarbeiterin unglaubwürdig sind, noch habe ich etwas Ähnliches gesagt. Ich habe nur gesagt: Uns liegen bislang nur ihre Aussagen vor. - In einem rechtsstaatlichen Verfahren, in dem jeder das Institut der Unschuldsvermutung für sich in Anspruch nehmen kann, sollten wir bitte erst die Ermittlungen abwarten, bevor wir Leute verurteilen. Darum geht es hier in dieser Frage. Ich unterstelle der Frau überhaupt nichts.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Jetzt ist Herr Dr. Birkner, FDP-Fraktion, dran. Bitte!

(Jens Nacke [CDU]: "Vertuschen klappt nicht" steht in der *Braunschweiger Zeitung*!)

### Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister, warum haben Sie eigentlich nicht schon in der Pressekonferenz davon berichtet, dass es Anhaltspunkte dafür gibt, dass die Angst vor einem vermeintlichen Rassismusvorwurf in diesem Verfahren mit eine Rolle gespielt haben könnte?

(Christian Dürr [FDP]: Eine sehr gute Frage!)

### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Minister!

#### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Weil ich es zu diesem Zeitpunkt nicht wusste. Ganz einfach.

Ich will aber gerne einen Beitrag zur Aufhellung leisten. Ich habe heute Morgen mit dem Standortleiter - seinen Namen kennen Sie alle, sodass ich ihn hier nicht nennen muss - sprechen lassen, und ich habe ihn bitten lassen, uns, wenn er kein Problem damit hat, die Erlaubnis zu erteilen, den entscheidenden Absatz aus seiner dienstlichen Erklärung vorzulesen. Das würde ich mit der Erlaubnis des Präsidenten gerne tun.

Er erklärt hier: Es handelte sich nicht um die Feststellung von Mehrfachidentitäten von Personen. die persönlich im Sozialamt anwesend waren. Diese Personen wurden umgehend der Polizei zur weiteren Ermittlung übergeben. Vielmehr handelte es sich um die Prüfung der NIAS-Bildauskünfte. Frau N. legte mir exemplarisch einen Ordner zur Ansicht vor. Eine erste Durchsicht zeigte, dass in dem Ordner im Wesentlichen Schwarz-Weiß-Drucke der NIAS-Bildauskunft von Schwarzafrikanern zusammengestellt waren. Diese Datenbasis war vor dem Hintergrund der dargestellten, durch Zufall entdeckten Gabe und der Bildqualität meines Erachtens nicht in dem Maße valide, dass ich sie ohne weitere Prüfung hätte verwenden können. Die zusammengestellten Fälle ohne weitere Prüfung zur Anzeige zu bringen, hätte die Gefahr geborgen, in großem Umfang ungerechtfertigte Verdächtigungen auszusprechen. Auch die Auffälligkeit, dass es sich augenscheinlich ausschließlich um Schwarzafrikaner handelte, war zu prüfen, um einem etwaigen Vorwurf der Diskriminierung entgegnen zu können. - Zitat Ende.

Damit will er Folgendes sagen: dass er als Behördenleiter erstens die Verpflichtung hat, Vorgänge, die an die Polizei abgegeben werden, auf ihre materiell-rechtliche Plausibilität hin zu prüfen. Wenn ein Sozialamt in irgendeiner Stadt in Niedersachsen den Verdacht hegt, dass Menschen Sozialleistungsbetrug begehen oder in anderen Behördenbereichen, in anderen Fachbereichen Betrügereien oder Straftaten begehen werden, dann ist es Praxis, dass die entsprechenden Behörden diesen Sachverhalt materiell-rechtlich aufarbeiten und erst dann an die Polizei abgeben, damit dort die Ermittlungen geführt werden können.

Der Standortleiter hatte hier den Wunsch zu gucken: Ist das überhaupt so valide, dass man der Polizei diese 500 Fälle auf den Tisch legen kann?

Ist das so belastbar, und zwar nicht im Sinne einer strafrechtlichen Würdigung, sondern einfach vom Tatsachenmaterial her? - Das war seine Überlegung.

Seine andere Überlegung war: Wenn es nur Schwarzafrikaner sind, müssen wir gucken, warum es nur Schwarzafrikaner sind bzw. warum es sich auf diese Gruppe fokussiert. Das kann man ihm jetzt im Nachhinein vorwerfen. Was man ihm jedenfalls nicht vorwerfen kann, ist, dass er Angst vor dem Vorwurf hatte, als Rassist bezeichnet zu werden. Er wollte nur dem Vorwurf ausweichen, irgendjemanden deshalb, weil er Schwarzafrikaner ist, zu diskriminieren. Das ist der Hintergrund dieser dienstlichen Erklärung und auch seines Verhaltens. Ich finde, das ist ihm nicht vorzuwerfen, zumal kein nennenswerter zeitlicher Verzug eingetreten ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke, Herr Minister. - Die nächste Zusatzfrage stellt der Kollege Lynack, SPD-Fraktion. Bitte!

### Bernd Lynack (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Herr Minister, das ist vorhin ja schon mehrfach angeklungen. Zur Unschuldsvermutung haben Sie sich geäußert. Aber mir kommt es so vor, als versuche die Opposition, mit ihren Fragen zu suggerieren, als sei der Vertuschungsversuch amtlich.

(Jörg Bode [FDP]: Mir kommt das nicht so vor! - Zurufe von der CDU: Frage!)

Gilt die Unschuldsvermutung, oder ist es tatsächlich amtlich erwiesen, dass hier versucht wird, den Sozialmissbrauch zu vertuschen?

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Minister Pistorius, bitte!

### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Opposition hat bereits gestern im Rahmen der Aktuellen Stunde die Einhaltung des Rechtsstaates gefordert. In einem Rechtsstaat obliegt aber die endgültige Entscheidung darüber, ob ein Sachverhalt straf- oder disziplinarrechtlich relevant ist, den zuständigen Behörden und den Gerichten, meine Damen und Herren. Das ist übrigens Wesensgehalt der Gewaltenteilung.

(Zustimmung von Bernd Lynack [SPD])

Wie bereits in der Beantwortung der Frage 2 dieser Dringlichen Anfrage dargelegt, läuft inzwischen ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Braunschweig. Gegen den Standortleiter wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Dieses Verfahren gilt es nun abzuwarten. Auch aus diesem Grund habe ich mitgeteilt, dass nach derzeitigem Standnach derzeitigem Stand von Vertuschung keine Rede sein kann.

Und noch einmal an dieser Stelle, damit es bitte auch alle zur Kenntnis nehmen: Die Akten liegen seit Juni 2016 der Polizei vor. Diese ermittelt jetzt. Auch das gilt es abzuwarten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Jetzt ist für Bündnis 90/Die Grünen Kollegin Janssen-Kucz dran.

### Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Meine Damen und Herren! Um auch noch einmal auf das zurückzukommen, was wir in der umfangreichen Unterrichtung über die Arbeitsweise des Bundesamtes gehört haben, frage ich die Landesregierung: Wie ist eigentlich der Bearbeitungsrückstand des BAMF bis heute in Niedersachsen?

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Nebelkerze! - Gegenruf von Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Das hat nichts mit Nebelkerzen zu tun! - Björn Thümler [CDU]: Mit der Frage hat das erst einmal gar nichts zu tun!)

### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Minister!

### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das hat eine ganze Menge mit der Frage zu tun. Denn ausweislich des letzten Statusberichtes des BAMF vom 16. Januar 2017 hatte das BAMF in Niedersachsen noch 47 275 anhängige Verfahren. Im Bund sind es insgesamt 433 719.

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt Kollege Oetjen, FDP-Fraktion.

(Ulf Thiele [CDU]: Im eigenen Haus weiß er nichts, null! - Gegenruf von Jörg Bode [FDP]: Aber beim BAMF! - Gegenruf von Ulf Thiele [CDU])

- Meine Kollegen! Herr Thiele!

### Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, ich finde es schon erstaunlich, dass vier Monate, in denen nichts passiert ist, für Sie kein nennenswerter Verzug sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Aber zu meiner Frage, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Wenn es nach Ihrer Ansicht und nach Ihrer Aussage überhaupt keine Anhaltspunkte dafür gibt, dass es sich möglicherweise um eine Vertuschung gehandelt hat, warum eröffnen Sie dann ein Disziplinarverfahren?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Minister!

### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um auf Ihre einleitende Vorbemerkung zu der Frage einzugehen: Meine Bemerkung "keine nennenswerte Verzögerung" bezog sich auf die Vorgänge im Mai, als das große Konvolut von Akten übergeben worden war und dann innerhalb einer Woche bei der Polizei Braunschweig war.

Bezüglich der 30 Fälle, die im Februar vorgelegt waren, habe ich sehr deutlich gesagt, dass der Standortleiter unmittelbar Kontakt mit der Polizei aufgenommen hat und dass danach in der Tat zwischen Polizei und LAB NI nicht klar genug abgestimmt worden ist, wer jetzt was macht. Das betrifft diese 30 Fälle.

Alles andere ist im Mai dem Standortleiter vorgelegt worden, und er hat dann unmittelbar die Dinge weitergeleitet.

Zu Ihrer Frage, Herr Oetjen, warum - - - Jetzt muss ich noch einmal fragen: Wie war die Frage?

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Warum ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden?)

- Das ist eine relativ einfache Frage. Erstens wissen wir ja nicht, was am Ende passiert. Zweitens gibt es ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren, und deswegen - - -

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Sie haben gesagt: Es gibt keine Anhaltspunkte!)

- Ich habe gesagt: Es gibt *derzeit* keine Anhaltspunkte. - Das habe ich mehrfach betont.

(Zuruf von Dr. Stefan Birkner [FDP])

- Herr Birkner, Sie kennen doch das Verwaltungsrecht und das Beamtenrecht! Wenn es ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren gegen einen Beamten gibt, dann ist es Usus, dass ein Disziplinarverfahren eingeleitet wird und ausgesetzt wird, bis das staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren abgeschlossen ist. Das ist ein völlig normaler Vorgang.

Ich sage Ihnen etwas, Herr Dr. Birkner: Wenn wir das nicht getan hätten, dann würden Sie jetzt fragen: Warum haben Sie es nicht getan? - Das ist doch genau der Punkt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

### Präsident Bernd Busemann:

Die nächste Zusatzfrage kommt von der CDU-Fraktion. Ihre fünfte und letzte Zusatzfrage, Kollegin Lorberg!

### Editha Lorberg (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung: Hat die Polizei im Februar 2016 Kontakt zu dem Leiter der LAB Braunschweig aufgenommen, oder war es umgekehrt, und welche Details wurden in diesem Kontakt vereinbart und besprochen?

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Dr. Stefan Birkner [FDP])

### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den mir vorliegenden Erkenntnissen hat der Standortleiter Kontakt mit der Polizei aufgenommen.

(Editha Lorberg [CDU]: Was wurde vereinbart?)

#### Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Meine Damen und Herren, zu diesem Komplex liegen keine weiteren Zusatzfragenwünsche vor, sodass ich den Tagesordnungspunkt 15 b als abgehandelt betrachten kann.

Ich gehe über zu

c) "Reichsbürger" in Niedersachsen - Wie vernetzt ist die Szene? - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/7319

Die Frage sucht nach jemandem, der sie vorträgt! -Kollegin Hamburg! Den kleinen Zettel können Sie behalten. Wir haben Sie erkannt. Auf geht's! Bitte sehr!

## (Vizepräsident Karl-Heinz Klare übernimmt den Vorsitz)

### Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

"Reichsbürger" in Niedersachsen - Wie vernetzt ist die Szene?

Am 25. Januar 2017 kam es durch den Generalbundesanwalt zu mehreren Wohnungsdurchsuchungen im gesamten Bundesgebiet bei "Reichsbürgern". Unter anderem wurden die Wohnungen von sieben Beschuldigten durchsucht, die im Verdacht stehen, eine terroristische Vereinigung gebildet zu haben, die sich Waffen und Munition beschafft haben soll, um Angriffe auf Polizeikräfte und Geflüchtete durchzuführen. - In der Drucksache steht an dieser Stelle der Link zu einem Artikel im Focus, der diese Inhalte enthält.

Auch in Niedersachsen kam es ausweislich der Berichterstattung zu einer Durchsuchung. Eine in einigen Regionen erstarkende, vernetzte, rechtsextreme Szene in Niedersachsen ist schon seit Längerem zu beobachten. Inwiefern "Reichsbürger" hier einen zentralen Teil der Vernetzung darstellen, ist allerdings nicht klar. Im letzten Jahr kam es immer wieder zu Angriffen auf Geflüchtete, ihre

Helferinnen und Helfer und Unterkünfte, aber auch gegen Staatsbedienstete. Die Anzahl der rechten Gewalttaten ist angestiegen.

Wir fragen die Landesregierung:

- 1. Gibt es eine regionale oder inhaltliche Vernetzung von Einzelpersonen und/oder Gruppen der "Reichsbürger" mit anderen Gruppierungen oder Aktivisten der rechten Szene, der AfD oder der NPD?
- 2. Gibt es eine Vernetzung der "Reichsbürger" aus Niedersachsen zu anderen "Reichsbürgern" in Deutschland oder in anderen europäischen Ländern?
- 3. Inwieweit sind der Landesregierung Personen bekannt, die sowohl den "Reichsbürgern" als auch anderen Gruppierungen der rechtsextremen Szene angehören?

(Beifall bei den GRÜNEN)

### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Hamburg. - Herr Minister, bitte schön!

#### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Hamburg, die Landesregierung stellt auch in Niedersachsen eine deutliche Zunahme von Aktivitäten sogenannter Reichsbürger und Selbstverwalter fest. Diese Personen erkennen die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht an und gaukeln Bürgerinnen und Bürgern vor, sie bräuchten sich nicht an die bestehenden Gesetze zu halten. Übrigens: Bei vielen ist dies insbesondere dann der Fall, wenn sie Probleme mit Behörden oder Gerichten haben, wenn es beispielsweise darum geht, Steuern oder Bußgelder zu zahlen.

Manche bieten gegen Geld auch vermeintlichen Rechtsbeistand bei Gerichtsverfahren an, vorwiegend in Fällen von Zwangsvollstreckung. Sie treten als Störer bei Gerichtsverhandlungen auf oder widersetzen sich staatlichen Maßnahmen - und das, wie wir im vergangenen Jahr in Sachsen-Anhalt und in Bayern erleben mussten, zum Teil unter Anwendung von Gewalt, in einem Fall leider mit tödlichem Ausgang.

Allgemein stellen Reichsbürger keine einheitliche Bewegung dar. Sie setzen sich vielmehr aus unabhängig voneinander agierenden Einzelpersonen und Gruppierungen zusammen, die sich in ihrem Wesen zuweilen deutlich unterscheiden. Das Spektrum reicht von politisch interessierten Trachtenvereinen über esoterisch geprägte Gruppen bis hin zu rechtsextremistisch motivierten Personenzusammenschlüssen, die der Beobachtung durch den Verfassungsschutz unterliegen.

In Abgrenzung zu der in Niedersachsen bereits seit 2005 als verfassungsfeindlich beobachteten Gruppierung "Exilregierung Deutsches Reich" vertreten Reichsbürger und Selbstverwalter nicht per se rechtsextremistische Ansichten. Sie können somit nur zum Teil dem Phänomenbereich Rechtsextremismus zugeordnet werden.

Gleichwohl sind bei den Reichsbürgern hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen vorhanden. Allen gemein ist die grundsätzliche Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland, die Ablehnung ihrer Gesetze und Normen und ihrer Institutionen. Bei einigen Gruppierungen sowie bei einzelnen Selbstverwaltern kommen neben der Aufstellung kruder Weltverschwörungstheorien auch weitere Ideologieelemente des Rechtsextremismus wie Antisemitismus oder Fremdenfeindlichkeit zum Tragen.

In Niedersachsen wird die sogenannte Exilregierung Deutsches Reich bereits seit 2005 als Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes eingestuft. Diese Beobachtung wurde aktuell auf das gesamte Spektrum der Reichsbürger und Selbstverwaltung ausgedehnt.

Dies vorweggeschickt, beantworte ich die die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Der Niedersächsischen Landesregierung sind über die nachstehenden Sachverhalte hinaus derzeit keine Verbindungen zwischen Reichsbürgern und der AfD bekannt, die über persönliche Kennverhältnisse hinausgehen. Strukturelle Verbindungen oder mögliche Einflussnahmen liegen nach bisherigem Erkenntnisstand nicht vor.

Im Bereich der Polizeidirektion Braunschweig trat eine Person, die mit den Reichsbürgern in Verbindung gebracht wird, als Verantwortlicher einer AfD-Wahlkampfveranstaltung auf. Im Bereich der Polizeidirektion Osnabrück kandidierte im Jahr 2016 eine weibliche Person mit Reichsbürgerbezug bei der Kommunalwahl eines ostfriesischen Landkreises für die AfD. Des Weiteren wurde im Bereich der Polizeidirektion Göttingen eine Person bekannt, die der Gruppierung der Reichsbürger zuzuordnen ist und Mitglied der AfD, Kreisverband Weserbergland, ist. Zudem ist bekannt, dass im

Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Lüneburg eine Person, die den Reichsbürgern zugeordnet werden kann, der AfD angehört.

Zu Frage 2: Das gesamte Spektrum der Reichsbürger und Selbstverwalter in Niedersachsen unterliegt erst seit Kurzem der Beobachtung durch den niedersächsischen Verfassungsschutz. Daher kann die konkrete Frage nach Vernetzungsbestrebungen regional oder überregional agierender Gruppen zum jetzigen Zeitpunkt jedenfalls noch nicht abschließend beantwortet werden.

Im Rahmen polizeilicher Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Tötungsdelikt zum Nachteil eines Polizeibeamten in Georgensgmünd in Bayern im Jahre 2016 konnten bei dem Beschuldigten jedoch Aufzeichnungen aufgefunden werden, die auf Kontakte nach Niedersachsen verweisen. Weiterhin ist hier bekannt, dass Personen, die der sogenannten Reichsbürgerszene angehören, aus den Zuständigkeitsbereichen der Polizeidirektionen Lüneburg, Oldenburg und Hannover einzelne Kontakte innerhalb der Bundesrepublik Deutschland und/oder in das europäische Ausland unterhalten.

Zu Frage 3: Dem niedersächsischen Verfassungsschutz sind landesweit vereinzelt Rechtsextremisten bekannt, die über ideologische Bezüge zur sogenannten Reichsbürgerbewegung verfügen. Grundsätzlich ist festzustellen, dass innerhalb der Reichsbürgerszene vereinzelte rechtsgerichtete und/oder antisemitische Argumentationstheorien vorherrschen.

Des Weiteren sind Argumentationen von Reichsbürgern für Teile der rechtsextremistischen Szene durchaus anschlussfähig. Hierunter fallen vor allem gebietsrevisionistische Vorstellungen von Reichsbürgern oder in Teilen ebenfalls die Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland als Staat. Konkrete Personenbezüge von polizeilich bekannten Reichsbürgern zu anderen der rechtsextremistischen Szene zugehörigen Gruppierungen liegen den niedersächsischen Polizeibehörden in den nachfolgenden Fällen vor:

Im Bereich der Polizeidirektion Osnabrück ist eine Person wohnhaft, die als Teilnehmer einer rechtsgerichteten Veranstaltung aufgefallen ist. Diese Person gehörte dem extremistischen FOB - Freies Osnabrücker Bündnis -, einer der NPD nahestehenden Wählergemeinschaft, an, die zur Kommunalwahl im Jahre 2011 im Landkreis Osnabrück angetreten war. Darüber hinaus liegen Erkenntnisse vor, dass ein bundesweit agierender Rechtsext-

remist aus dem Landkreis Verden/Aller der Gruppierung "Freistaat Preußen" angehört.

Aus dem Bereich der Polizeidirektion Lüneburg ist eine den Reichsbürgern zuzurechnende Person bekannt, die als rechtsextremistisch einzustufen ist. Einer konkreten Gruppierung der Reichsbürgerbewegung konnte diese Person bisher aber nicht zugeordnet werden.

Im Bereich der Polizeidirektion Göttingen, PI Nienburg/Schaumburg, sind aktuell drei Personen bekannt, die auch der der Reichsbürgerbewegung zuzuordnenden rechtsextremistischen Gruppierung "Justiz-Opfer-Hilfe" angehören.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister Pistorius. - Es liegen jetzt zwei Zusatzfragen vor. Meta Janssen-Kucz von den Grünen, bitte die erste Zusatzfrage!

### Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Inwieweit sind Reichsbürger, die im Besitz eines Waffenscheins sind, zuverlässig im Sinne des Waffenrechts?

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie ich schon ausführte, lehnen die Reichsbürger - jedenfalls der überwiegende Teildiesen Staat, die Existenz der Bundesrepublik Deutschland, ab, verhalten sich gebietsrevisionistisch und verweigern sich den deutschen Gesetzen und Gerichtsentscheidungen. Im Falle der Negierung der Legitimation der Bundesrepublik Deutschland und der damit einhergehenden Ablehnung bundesdeutscher Gesetzgebung und Regelungen kann bei entsprechend festgestellten Reichsbürgern natürlich auf eine Unzuverlässigkeit im Sinne des Waffengesetzes geschlossen werden.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Da waffenrechtliche Erlaubnisse an die Zuverlässigkeit einer Person gebunden sind, sind diese zu versagen bzw. aufzuheben.

Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport hat den Waffenbehörden zum Zwecke der Arbeitserleichterung und Vereinheitlichung des Vorgehens bereits am 15. November 2016 einen Erlass zur waffenrechtlichen Unzuverlässigkeit von Reichsbürgern zur Verfügung gestellt, weil nicht einzusehen ist, dass jemand, der diesen Staat und seine Gesetze ablehnt, gleichzeitig aber glaubt, die Erteilung eines Waffenscheins, einer Waffenbesitzkarte beanspruchen zu können - auf der Grundlage von Gesetzen, die er ablehnt. Das erscheint nicht wirklich logisch, und deswegen muss man das, glaube ich, so sehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt Thomas Adasch, CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Adasch!

#### Thomas Adasch (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal finde ich es sehr bemerkenswert, dass hier von der Fraktion der Grünen Fragen gestellt werden, die eins zu eins deckungsgleich mit Fragen aus unserer Großen Anfrage sind, die noch nicht beantwortet worden ist. Das darf ich hier einmal feststellen. Das ist sehr bemerkenswert.

(Jörg Hillmer [CDU]: Die Grünen waren auch schon mal besser!)

- Die Grünen waren auch schon mal besser.

(Zuruf von Klaus-Peter Bachmann [SPD])

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege, einfach die Frage jetzt!

### Thomas Adasch (CDU):

Wir können das gerne nachher mal abgleichen. Die Fragen sind eins zu eins von der CDU-Fraktion übernommen.

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Bitte, Herr Adasch, wir machen es so, dass Sie jetzt die Frage stellen, wir aber keine Debatte führen.

### Thomas Adasch (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich frage die Landesregierung, ob es Erkenntnisse gibt, wonach Beschäftigte im Landesdienst Reichsbürger sind.

### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Herr Minister!

### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Adasch, mir sind keine solchen Fälle bekannt. Das sage ich aber mit allem Vorbehalt, weil es bei der großen Zahl von Landesbeschäftigten jemanden geben mag, der sich noch nicht geoutet hat. Bekannt geworden ist mir iedenfalls noch kein Einzelfall.

### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Herr Kollege Limburg stellt die nächste Frage. Bitte schön, Herr Limburg!

### Helge Limburg (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Adasch, ich denke, das Thema ist so wichtig, dass es durchaus angemessen ist, dass man diese Dringliche Anfrage heute und hier stellt.

(Jörg Hillmer [CDU]: Stellen Sie sich doch mal eine eigene Frage!)

Soweit wir ähnliche Fragen haben, freuen Sie sich doch einfach, dass die Antwort mit diesem parlamentarischen Mittel noch etwas schneller kommt als im Zusammenhang mit der Großen Anfrage.

(Jörg Hillmer [CDU]: Das ist ja das Problem dieser Landesregierung!)

Dann können Sie sich auf die Debatte vorbereiten.

(Jörg Hillmer [CDU]: Wir hätten das heute schon besprechen können, wenn die Antwort dagewesen wäre!)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Limburg, jetzt müssen Sie die Frage stellen. Bitte schön!

### Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident! - Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich frage die Landesregierung, ob eine der selbsternannten sogenannten Reichsregierungen, also der festen Bewegungen und Organisationsformen, ihren Hauptsitz in Niedersachsen hat, und, wenn ja, welche.

### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Herr Minister!

### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Niedersachsen hat sich im Mai 2004 die Exilregierung Deutsches Reich als selbsternannte Reichsregierung im Raum Hildesheim gegründet. Die Regierung strebt die Reorganisation des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 an. Sie verunglimpft die Bundesrepublik Deutschland als Besatzungskonstrukt und veröffentlicht auf ihrer Internetseite mitunter antisemitische und fremdenfeindliche Verschwörungstheorien. Ihr gehören nach unserem Kenntnisstand aktuell 25 Mitglieder an. Sie verfügt über verfestigte Strukturen. Die Aktivitäten beschränken sich auf mehr oder weniger regelmäßige Treffen und gelegentliche Ausflüge. Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten gehen von der sogenannten Exilregierung dabei nicht aus.

Die sogenannte Exilregierung Deutsches Reich ist seit 2005, wie schon ausgeführt, Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank! - Die nächste Frage stellt der Kollege Thomas Adasch. Bitte schön!

#### Thomas Adasch (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Limburg, darf ich Ihnen entgegnen? - Sie haben gerade eins zu eins die Frage Nr. 3 der Großen Anfrage der CDU-gestellt. Ich hätte den Grünen mehr Kreativität zugetraut.

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege, das hatten wir doch gerade eben. Ich habe Herrn Limburg gesagt, er möge seine Frage stellen. Ich darf auch Sie bitten, Ihre Frage zu stellen

### Thomas Adasch (CDU):

Herr Minister, vor dem Hintergrund, dass Sie gesagt haben, Sie hätten keine Erkenntnisse, ob sich unter Landesbediensteten Reichsbürger befinden, frage ich die Landesregierung, was sie zu tun gedenkt, um festzustellen, ob möglicherweise Reichsbürger im öffentlichen Dienst des Landes Niedersachsen beschäftigt sind.

### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön. - Herr Minister!

### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Adasch, ich habe gerade gesagt: Es gibt keine gesicherten Erkenntnisse darüber, in welchem Bereich der öffentlichen Verwaltung des Landes Niedersachsen Reichsbürger sind. - Es läuft gerade eine Abstimmung mit dem Finanzministerium und dem Kultusministerium. Alle Häuser sind dabei, in ihren eigenen Ressorts entsprechende Maßnahmen zu unternehmen, um festzustellen, wo sich Reichsbürger aufhalten. Das ist etwas schwierig.

(Jörg Bode [FDP]: Nein, das ist ganz einfach!)

Wenn jemand öffentlich nicht in Erscheinung tritt, ist es schwierig, das festzustellen. Man trägt das ja in der Regel auch nicht am Revers des Anzugs. Aber wir sind dabei, das nach Kräften zu ermitteln, weil wir natürlich ein eigenes Interesse daran haben zu wissen, wo gegebenenfalls Reichsbürger sitzen.

(Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön. - Herr Kollege Adasch, Ihre dritte Frage. Bitte schön!

(Ulrich Watermann [SPD]: Jetzt müssen Sie aber gleich eine Frage stellen!)

#### Thomas Adasch (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Watermann, Sie müssen schon mir überlassen, was ich hier vorne sage oder frage.

(Ulrich Watermann [SPD]: Sie haben eine Frage zu stellen! Das steht in der Geschäftsordnung!)

- Sie leiten hier nicht die Landtagssitzung. Insofern: Halten Sie sich doch bitte zurück!

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, vor dem Hintergrund, dass Sie selbst vorhin den Mord an dem Polizeibeamten in Bayern zitiert haben und dass wir es bei Reichsbürgern nicht nur mit Menschen zu tun haben, die keine Steuern zahlen und die die Verfassung nicht anerkennen, sondern von denen offenbar eine ganz konkrete Gefahr für Leib oder Leben ausgeht, frage ich die Landesregierung: Was gedenkt die Landesregierung zu tun, um die Bevölkerung und die Polizei vor sogenannten Reichsbürgern zu schützen?

(Zustimmung bei der CDU)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön. - Herr Minister Pistorius, bitte schön!

#### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Adasch, die Polizei macht in solchen Fällen das, was sie immer tut: Sie analysiert die Lage. Sie spricht mit den Verantwortlichen vor Ort. Sie untersucht, wo es Reichsbürgerbewegungen gibt, was sie tun, in welcher Form sie sich in der Öffentlichkeit artikulieren und in welcher Form sie auftreten.

Insbesondere über die Waffenbehörden der Kommunen sorgen wir dafür, dass Waffenbesitzerlaubnisse aufgehoben werden, soweit dies rechtlich trägt, um wenigstens die Entwaffnung solcher Menschen zu erreichen. Das ist der erste wichtige Schritt, den wir gehen müssen.

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt Jan-Christoph Oetjen, FDP-Fraktion. Bitte schön!

(Jörg Bode [FDP]: Jetzt wird es lustig!)

### Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Sie schon umfangreich auf eine Anfrage der FDP-Fraktion am 1. Dezember geantwortet haben - ich empfehle zur Lektüre die Drucksache 17/7075 über Reichsbürger in Niedersachsen - und dass Sie auf die Frage 7 -Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, ob "Reichsbürger" im niedersächsischen öffentlichen Dienst arbeiten? Wenn ja, in welchem Bereich? ausgeführt haben, dass es einen Lehrbeauftragten an einer Hochschule und eine niedersächsische Versorgungsempfängerin gegeben habe, frage ich die Landesregierung: Wie kommt die Diskrepanz zustande, dass Sie uns heute sagen, keine Erkenntnisse zu haben, weil sie erst abfragen müssen, uns aber schon am 1. Dezember eine Antwort gegeben haben?

(Beifall bei der FDP)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister Pistorius, bitte schön!

#### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich die Beantwortung der Anfrage vom Dezember richtig in Erinnerung habe - ich lese sie gerne noch einmal nach, Herr Oetjen -, dann bezog sich die Auskunft auf einen ehemaligen Lehrbeauftragten und auf einen Versorgungsempfänger. Beide sind keine aktiven Beschäftigten im Landesdienst.

### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön. - Die nächste Frage stellt der Kollege Adasch. Bitte schön!

#### Thomas Adasch (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, auffußend auf meine Frage von eben, möchte ich von Ihnen gerne noch Konkreteres hören, was die Bekämpfung des Reichsbürgertums betrifft. Sie haben darauf hingewiesen, dass sich wohl auch der Verfassungsschutz darüber Gedanken macht. Im Grunde genommen haben alle Sicherheitsbehörden mit diesem Thema zu tun, die Polizei, der Verfassungsschutz und das Landeskriminalamt. Gibt es seitens der Landesregierung ein abgestimmtes Konzept zur Bekämpfung des Reichsbürgertums?

(Zustimmung bei der CDU)

### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön. - Herr Minister!

### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Selbstverständlich, Herr Adasch, gibt es ein abgestimmtes Vorgehen zwischen den Polizeibehörden und dem Verfassungsschutz in der Frage der Beobachtung bzw. der Bekämpfung der Bestrebungen der sogenannten Reichsbürgerszene

(Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Fragen liegen nicht vor. Damit können wir den Tagesordnungspunkt "Dringliche Anfragen" beenden.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 16: Abschließende Beratung:

**Deine Chance, unsere gemeinsame Zukunft** - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/6893 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport - Drs. 17/7286

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Beratung. Das Wort hat Jan-Christoph Oetjen für die FDP-Fraktion. Bitte schön!

### Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf 9 Seiten mit 82 Vorschlägen zur Veränderung der Politik macht Ihnen die FDP-Fraktion heute ein Angebot, wie wir die Zuwanderung in Deutschland regeln können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, derzeit mangelt es in Deutschland nicht an Zuwanderung. Aber in Deutschland mangelt es an Regeln im Rahmen der Zuwanderung, und das wollen wir Freien Demokraten ändern.

### (Beifall bei der FDP)

Dafür gibt es aus unserer Sicht drei Bausteine und drei verschiedene Gruppen von Menschen. Auf der einen Seite gibt es das Grundrecht auf Asyl. Menschen, die verfolgt werden, haben selbstverständlich einen Anspruch darauf, von uns geschützt zu werden, bei uns Zuflucht zu finden und nicht der Verfolgung in ihrem Heimatland ausgesetzt zu sein. Dieses Grundrecht, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eine der Grundsäulen unserer Gesellschaft. Das dürfen wir auch in diesen Zeiten nie vergessen. Das Grundrecht auf Asyl darf niemand antasten.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Ulrich Watermann [SPD])

Auf der anderen Seite gibt es Menschen, die vor Krieg flüchten. Sie kommen in der letzten Zeit insbesondere aus Syrien und aus dem Irak, aber auch aus Afghanistan. Diese Menschen werden nicht individuell verfolgt, wie es für das Grundrecht auf Asyl notwendig ist. Gleichzeitig haben wir aber nicht die Möglichkeit, sie wieder in die Kriegsgebiete zurückzuschicken.

Gerade vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte sollten wir diesen Menschen für den Zeitraum des Krieges in ihrem Heimatland Zuflucht in Deutschland gewähren. Wir Freien Demokraten nennen das vorübergehenden humanitären Schutz mit dem Ziel, dass die Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, am Ende, wenn der Krieg in ihrer Heimat wieder vorbei ist, wieder in ihre Heimat zurückkehren, um ihr Land, ihre Heimat wieder aufzubauen. - Das ist die zweite wichtige Säule in unserem Zuwanderungspapier.

Die dritte Säule ist die gesteuerte Zuwanderung. Wir wissen doch, dass es Abertausende von Menschen gibt, die einen Asylantrag in Deutschland gestellt haben, die aber eigentlich gar nicht in das Asylsystem gehören, sondern die bei uns nach Arbeit suchen, die für sich und ihre Familie eine bessere Zukunft suchen. Für diesen Bereich der Einwanderung brauchen wir klare Regelungen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deswegen braucht Deutschland ein Einwanderungsgesetz, das genau das in Regeln, in Wort und Schrift, in Gesetze gießt.

### (Beifall bei der FDP)

Auf dem Weg dorthin wollen wir die Instrumente, die schon vorhanden sind, verbessern. Dabei geht es um das Job-Seeker-Visum, das wir ausweiten wollen, damit Menschen zu uns kommen, in Deutschland nach Arbeit suchen und kurzfristig eine Arbeit aufnehmen können, und zwar in den Bereichen, in denen wir einen Mangel an Arbeitskräften haben.

Es geht darum, dass wir die Blue Card ausweiten und die notwendige Einkommensgrenze absenken, damit man in Deutschland über die Blue Card einfacher einen Arbeitsplatz finden kann. Aber es geht in diesen Zeiten insbesondere darum - dazu machen wir eine ganze Reihe von Vorschlägen -, die Schnittstelle im Falle derer, die derzeit im Asylverfahren sind und möglicherweise bei uns einen Arbeitsplatz finden, aber nach dem Asylrecht kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben, zu verbessern. Wir müssen dafür sorgen, dass wir den Menschen, die in Deutschland ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen, die auf ihren eigenen Füßen stehen und somit keine Belastung für den Staat sind, sondern diesen Staat bereichern - nicht nur dadurch, dass sie da sind, sondern auch durch, dass sie hier arbeiten -, eine Perspektive geben, bei uns bleiben zu können, wenn sie Arbeit haben. Auch dazu, verehrte Kolleginnen und Kollegen machen wir Vorschläge. Wir würden uns wünschen, dass Sie, dass die anderen Fraktionen dieses Hauses, gerade diese Schnittstelle des Übergangs zwischen Asyl und Arbeitsmarkt stärker in den Blick nehmen. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Kollege Oetjen. - Frau Editha Lorberg, CDU-Fraktion, Sie haben das Wort.

### Editha Lorberg (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist richtig, dass unsere Gesellschaft Zuwanderung braucht und dass darin eine Chance für die Zuwandernden und für die aufnehmende Gesellschaft liegen kann. Richtig ist aber auch, dass Zuwanderung Regeln und Steuerung braucht, damit die aufnehmende Gesellschaft nicht überfordert wird und gegebenenfalls sogar mit Ablehnung auf Zuwanderung reagiert.

Das deutsche Einwanderungsrecht ist eines der liberalsten der Welt, so sagt es die OECD. Darauf können wir einerseits stolz sein, andererseits müssen wir aber auch die unterschiedlichen Formen der Zuwanderung sehr präzise benennen und ebenso präzise umsetzen und immer wieder den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen anpassen.

Die Regelungen der Zuwanderung sind im Aufenthaltsgesetz und im Asylgesetz aufgeführt, hinzukommen noch Regelungen der EU und internationale Abkommen.

Meine Damen und Herren, diese unterschiedlichen Regelungen sind in ihrer jetzigen Form so komplex, dass sie selbst für Fachleute häufig unübersichtlich und unverständlich sind. Damit haben Zuwanderungswillige eine ganz große Problematik vor sich, um überhaupt durch den Dschungel der Behördensprache und der vielen verschiedenen Regelungen durchzusteigen.

Hier möchten wir als CDU ein Dachgesetz schaffen, so wie wir es auch auf unserem Bundesparteitag beschlossen haben, durch das eine bessere Übersichtlichkeit erreicht und eine verantwortungsvolle Steuerung gewährleistet wird. Eine Zuwanderung von qualifizierten Personen in den Arbeitsmarkt kann den Wohlstand unserer Gesellschaft stärken, aber nur, wenn die Zuwandernden beispielsweise ausreichend Zeit haben, um auch in

die Altersvorsorge einzahlen zu können - nichts wäre fataler, als wenn wir Zuwanderung fördern und am Ende die Zugewanderten in der Altersarmut einen ganz schrecklichen Lebensabend verbringen müssten -; nur so können unsere Sozialsysteme geschützt, aber auch unterstützt werden.

Zuwanderung auf Zeit kann auch sinnvoll sein. Denken wir beispielsweise an Praktika oder ans Studium. Das kann sehr von Vorteil sein. Kontakte können für die Forschung, für die Wirtschaft, für die Sprache und für die Kultur geknüpft werden. All das kann von sehr großer Bedeutung sein.

Eine zeitlich begrenzte Zuwanderung aufgrund von Engpässen, beispielsweise in der Gastronomie oder auch in den Pflegebereichen, kann auch sehr zielführend sein und sollte auf jeden Fall Berücksichtigung finden. Wir sehen allerdings ein Problem darin, dass die Gehaltsgrenzen bei der Blue Card noch weiter gesenkt werden könnten; denn das könnte dazu führen, dass ein steigender Druck bei den Arbeitnehmern hervorgerufen wird. Das kann nicht in unserem Interesse sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, wir müssen kritischer mit dem Thema Zuwanderung umgehen, als Sie es hier in Ihrem Antrag getan haben.

Ich sagte bereits eingangs, dass man die aufnehmende Gesellschaft nicht überfordern darf. Das gilt insbesondere auch für die Bereiche des Wohnungsmarktes und der Integration. Daher müssen wir aufpassen, wenn wir weltweit als Einwanderungsland werben wollen, dass wir überhaupt die Grundlagen für einen vermehrten Zuzug schaffen. Denn nur so ist die Akzeptanz in der aufnehmenden Gesellschaft zu erreichen.

#### (Beifall bei der CDU)

Ein Punktesystem, wie es beispielsweise in Kanada gilt und mittlerweile auch zurückgefahren wird, hat sich nicht bewährt, das lehnen wir ab. Vielmehr müssen wir einfache und verständliche Parameter schaffen, die ein Punktesystem entbehrlich machen und eine intelligente Zuwanderung ermöglichen.

### (Zurufe von der CDU)

So genannte Zuwanderung in unsere Sozialsysteme darf hingegen keine Option sein. Hier muss man frühzeitig dafür sorgen, dass das verhindert wird, da das über kurz oder lang zu einem gesellschaftlichen Kollaps führen könnte. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen, dass auch Menschen zu uns kommen, die bei uns Schutz und Sicherheit suchen. Die dafür erforderliche Anerkennung humanitärer Gründe und das damit erwirkte Bleiberecht sollten nicht im Zuge einer gesteuerten Zuwanderung, wie oben beschrieben, diskutiert werden. Humanität braucht eigene Grundlagen und kann kaum gesteuert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn auch viele Punkte in dem FDP-Antrag durchaus Charme haben, umsetzbar sind und einen Schritt in die richtige Richtung bedeuten, finden sich doch auch einige Punkte, denen wir so nicht folgen können. Ich bin mir sicher, dass wir hier in diesem Hohen Hause über die Zuwanderung noch häufiger diskutieren und sprechen werden.

Bei diesem Antrag ist es uns nicht gelungen, auf einen Nenner zu kommen. Gleichwohl - wie gesagt - stimmen wir vielen Punkten zu, aber einigen auch nicht. Aus diesem Grunde wird sich die CDU-Fraktion bei der Abstimmung über diesen Antrag enthalten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Lorberg. - Jetzt hat sich Herr Kollege Belit Onay für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gemeldet. Bitte schön!

### Belit Onay (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diesen Antrag gibt es in zweifacher Ausfertigung, er wurde zunächst eingebracht und dann zurückgezogen, um dann mit redaktionellen Änderungen noch einmal eingebracht zu werden. Zu der ersten Version, die sich jetzt nicht gravierend von der aktuellen unterscheidet, gab es eine Beratung in der Kommission für Migration und Teilhabe, die diesen Antrag im Ergebnis abgelehnt und sich vor allem zu dem Thema "Einwanderungsgesetz" geäußert hat.

Wir sind in der Mehrheit dafür, dass man sich dieser Frage annimmt und darüber diskutiert. Aber die Frage ist natürlich, wie so etwas im Detail aussehen soll. Sie schlagen dafür ein vollständiges Punktesystem vor. Dazu gibt es, wie ich finde, ein sehr, sehr gutes Zitat zu der Situation in Kanada, die ich mir übrigens vor zwei Jahren selbst einmal

anschauen konnte. Dieses Zitat, das ein Mitglied der Kommission aus einem Gespräch mit einer kanadischen Integrationsforscherin mitgebracht hat, will ich dem Plenum nicht vorenthalten. Der Kollege sagte Folgendes: Wenn du in mein Landalso Kanada - kommst, und einen Herzinfarkt erleidest, dann versuche ganz schnell, ein Taxi zu bekommen; denn am Steuer eines Taxis findest du schneller einen Arzt als in einem Krankenhaus.

In Kanada hat das zur Einsicht geführt, dass dieses Punktesystem nicht zielführend war, um qualifizierte Menschen dorthin zu bringen, wo sie hingehören. Das hat meines Erachtens letztendlich dazu geführt, dass Kanada eingelenkt hat und Frau Lorberg hat es erwähnt - von diesem Punktesystem zumindest in Teilen abgerückt ist.

Nichtsdestotrotz sind wir uns einig: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Auch durch die EU-Freizügigkeit wurde vielen Menschen der Anreiz geschaffen, frei zu reisen.

Ich will jetzt auch noch einmal das Thema "Zuwanderung in die Sozialsysteme" aufgreifen. Deutschland profitiert massiv von Zuwanderung, nicht nur kulturell, nicht nur menschlich, sondern auch wirtschaftlich. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung hat in einer Studie aus dem Jahr 2014 vorgestellt, dass allein im Jahr 2012 Ausländer durchschnittlich pro Kopf 3 300 Euro mehr an Steuern und Sozialabgaben zahlten, als sie an Leistungen erhalten haben. Dies ist also ein sattes Plus. Wenn so die Zuwanderung in die Sozialsysteme aussieht, dann herzlich willkommen.

Die Studie sagt auch ganz klar: Je höher die Qualifizierung der jeweiligen Person ist, desto höher - um es kurz gefasst zu sagen - ist der Gewinn für Deutschland und in dem Fall auch für Niedersachsen.

### (Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Oetjen hat es ganz deutlich angesprochen: Es gibt natürlich unterschiedliche Kanäle der Zuwanderung. Wir haben das Asylrecht. Im Zuwanderungsrecht ist die Arbeitszuwanderung von außerhalb des EU-Raums nicht richtig geregelt; es lässt sie nicht wirklich zu. Im Asylbereich haben wir auch noch die ständige Debatte um legale Einreisewege; ich erinnere nur an das Mittelmeer und die tragischen Situationen, die wir dort immer wieder erleben.

Es braucht ganz klare rechtliche Rahmenbedingungen. Deshalb bin ich froh, dass die Niedersächsische Landesregierung eine Initiative in den

Bundesrat eingebracht hat, um ein Einwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen.

Das ist übrigens auch der Grund dafür, dass wir Ihren Antrag im Ergebnis ablehnen. Denn diese Initiative der Landesregierung sieht klare, verständliche Regeln vor. Sie sieht eine breite gesellschaftliche Verständigung, eine breite Debatte vor. Sie sieht auch vor, Indikatoren zu erheben, um Engpassberufe klar zu definieren. Sie sieht auch vor, einen unkomplizierten Familiennachzug zu ermöglichen.

Mein letzter Hinweis betrifft den Zuzug auf Zeit: Das ist natürlich eine Möglichkeit, wenn es gewünscht ist. Aber das ist immer schwierig. Ich will nur an die Gastarbeiterinnen- und Gastarbeitergeneration erinnern - Menschen, die vermeintlich als Gäste kämen und letztendlich für 40, 50 Jahre und darüber hinaus geblieben sind.

Alles in allem kommen wir zu dem Schluss, dass wir mit dieser Initiative hinsichtlich eines Einwanderungsgesetzes auf einem guten Weg zu einer Debatte sind. Wir lehnen diesen Antrag hier deshalb ab

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Onay. - Jetzt hat sich Ulrich Watermann, SPD-Fraktion, gemeldet. Bitte schön!

### Ulrich Watermann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Oetjen, Sie haben in Ihrer Einleitung ganz wichtige Punkte angesprochen, die ich voll und ganz unterstütze.

Bis dato sind wir davon ausgegangen, dass Freizügigkeit etwas ganz Wichtiges ist, auch für die Wirtschaft. Jetzt erleben wir, dass sich die Welt sehr verändert, und zwar in das Gegenteil. Es werden Mauern hochgezogen, in den Vereinigten Staaten, aber auch innerhalb Europas. Ich finde, dem müssen wir begegnen. Wir müssen offen dafür sein, dass Freizügigkeit nicht nur für die Wirtschaft gilt, sondern auch für die Menschen.

Die Menschen, die zu uns kommen, haben ganz unterschiedliche Motive. Ein sehr großer Teil kommt aus der Europäischen Union zu uns. Andere kommen zu uns - Sie haben es gesagt -, weil sie Asyl suchen, weil sie individuell verfolgt wurden oder weil sie aus Kriegsgebieten kommen.

Die sozialdemokratische Fraktion im Niedersächsischen Landtag und ich sind der Überzeugung, dass wir ein Zuwanderungsgesetz brauchen. Dass wir Regeln brauchen, klang bei allen Rednerinnen und Rednern hier durch.

Die vielen Punkte, die Sie in Ihrem Entschließungsantrag aufgezählt haben, können wir nicht voll und ganz teilen. Wir müssen aber auf Bundesebene Druck machen, damit wir ein Zuwanderungsgesetz bekommen. In den Bundesrat - das hat der Kollege schon angesprochen - haben Rheinland-Pfalz und Niedersachsen eine Zehn-Punkte-Initiative für ein Zuwanderungsgesetz eingebracht. Wir glauben, dass diese zehn Punkte eine gute Grundlage sind.

In dieser Zeit, in der wir erleben, dass an vielen Stellen Mauern hochgezogen werden, müssen wir eine offensive Debatte führen. Wir brauchen keine Angst davor zu haben, dass Menschen zu uns kommen. Wir müssen das nur vernünftig und klar regeln. Wir müssen die Abläufe so steuern können, dass wir nicht überfordert werden, wenn die Menschen zu uns kommen. Die Überforderung entsteht nicht durch den Zuzug, sondern dadurch, dass so viele auf einmal zu uns ziehen.

Ich will es ganz deutlich sagen: Debatten, wie wir sie vorhin und gestern hier geführt haben, sind da eher abschreckend. Vielleicht können wir uns dazu durchringen, nach der Phase der Wahlkämpfe zu dem Konsens zurückzukommen, auf den wir uns in diesem Landtag geeinigt hatten: Wir bekennen uns dazu, dass Deutschland ein Zuwanderungsland ist. Zuwanderung braucht Regeln, an die sich jeder zu halten hat. Unser Rechtsstaat setzt den Rahmen, in dem sich alle zu bewegen haben. Verstößeaus welchen Motiven immer - werden verfolgt.

Wir sagen ganz deutlich: Wir brauchen Zuwanderungsregeln. Wir brauchen ein Zuwanderungsgesetz. Wir brauchen Freizügigkeit. Wir müssen eine offene Gesellschaft organisieren. Das ist gut, und deshalb ist der Antrag ein guter Anstoß. Er ist aber ein wenig zu detailreich. Ich glaube, dass diese Details zu Kanada und die vielen anderen Punkten, die schon angesprochen worden sind, nicht so wirkungsvoll sind.

Wir wollen die Menschen mitnehmen, auch was ihre Qualifikationen angeht. Wir müssen unsere Gesellschaft öffnen, damit wir den Menschen, die zu uns gekommen sind, Möglichkeiten geben, dass

sie sich in ihren Berufen weiterqualifizieren oder dass ihre Qualifikationen anerkannt werden.

Deshalb: Es ist im Ganzen ein guter Ansatz. Der Antrag ist aber ein wenig zu detailreich. Die Initiative Niedersachsens im Bundesrat ist ein hilfreicher Weg. Es sollte uns gelingen, unsere Gesellschaft nicht abzuschotten, sondern zu öffnen. Wir brauchen keine Angst vor Veränderung zu haben. Ich glaube, das wäre eine gute Grundlage.

Es tut mir zwar leid, dass wir Ihrem Antrag nicht zustimmen werden. In der Tendenz sind wir aber einer Meinung.

Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Watermann. - Jetzt hat sich der Innenminister gemeldet. Herr Minister Pistorius, bitte schön!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal danke ich der FDP ausdrücklich für ihr Engagement und ihre Vorschläge in den Bereichen Einwanderung und Integration. Es tut gut, zu wissen, dass Sie in dieser Frage auf der richtigen Seite stehen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der vorliegende Antrag fasst im Wesentlichen die Arbeit der Landesregierung zusammen. Einiges davon wurde bereits angeschoben. Vieles ist von uns bereits umgesetzt worden. In will nicht sagen, dass sich der Antrag erübrigt hat. Aber er ist im Grunde genommen längst erledigt.

Einige Forderungen, die Sie erheben, betreffen, wie Sie wissen, die Zuständigkeit des Bundes. Das prominenteste Beispiel dafür ist Ihre Forderung nach einem Einwanderungsgesetz. Dieser Forderung kann ich voll und ganz zustimmen. Mit zwei niedersächsischen Entschließungsanträgen im Bundesrat wird die Bundesregierung aufgefordert, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Leider warten wir bis heute auf eine Entscheidung.

Ich kann Sie nur ermuntern, Ihren Worten und Ihren Anträgen mit uns Taten folgen zu lassen und sich gemeinsam mit uns in den Ländern und beim Bund für eine neue, dem 21. Jahrhundert angemessene Einwanderungspolitik einzusetzen.

Ich denke, wir alle sind uns hier einig: Eine Einwanderung über das Asylrecht, wie wir sie heute faktisch haben, ist nicht das geeignete Mittel. Es ist notwendig und liegt auch in unserem eigenen wirtschaftlichen Interesse, dass es andere Möglichkeiten der Migration nach Deutschland gibt. Wir müssen den Menschen einfach mehr Möglichkeiten bieten, unter bestimmten Voraussetzungen nach Deutschland kommen zu dürfen.

Das ist kein Zukunftsprojekt, das wir irgendwann in ferner Zukunft angehen können. Das müssen wir jetzt anpacken und umsetzen. Es geht dabei um die Schließung der Fachkräftelücke, es geht um die Entlastung des Asylsystems, und es geht nicht zuletzt um eine faire und gesteuerte Zuwanderung, meine Damen und Herren. Hierzu muss Bereitschaft auf politischer Ebene bestehen. Diese Bereitschaft vermisse ich aber leider bei Teilen der CDU.

Es bedarf aber auch einer breiten gesellschaftlichen Debatte über die Einwanderung und die Veränderungen, die mit ihr einhergehen. Wir müssen den Menschen vermitteln, dass Deutschland längst ein Einwanderungsland ist und dass viele Branchen und Regionen schon heute auf ausländische Fachkräfte schlicht angewiesen sind.

Es gilt, die Rahmenbedingungen für die Einwanderung attraktiver zu gestalten, damit gut ausgebildete Menschen zu uns kommen. Sie dürfen nicht gezwungen sein, einen von vornherein aussichtslosen Asylantrag zu stellen und so in einer Sackgasse zu landen.

Ich sagte es bereits: Ich bin Ihnen von der FDP für das nun vorliegende Glossar durchaus dankbar.

Es zeigt uns auch, wie viel in den vergangenen etwa 15 Monaten nicht nur vonseiten der staatlichen Ebenen geleistet worden ist. Deutschland hat in einem sehr kurzen Zeitraum historisch hohe Zugangszahlen verzeichnet. Man kann ohne jede Übertreibung feststellen: Das Land, die Kommunen und die Hilfsorganisationen haben diesen - man kann ihn wirklich so nennen - Stresstest bestanden.

Vor dem Hintergrund so mancher aktuellen Diskussion kann ich daher nur appellieren: Wir sollten den Akteuren in der Verwaltung und in den Hilfsorganisationen nun die notwendige Ruhe und die Rückendeckung geben, die sie brauchen, um aus der Ausnahmesituation die richtigen Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Stärken wir diesen Leistungsträgern gemeinsam den Rücken für ihre wichtige Arbeit!

Ihr Entschließungsantrag ist gut, aber aufgrund der guten Arbeit aller Akteure innerhalb und außerhalb der Landesregierung obsolet.

Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister. - Um zusätzliche Redezeit hat die FDP-Fraktion gebeten. Herr Oetjen, zwei Minuten, bitte!

### Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, ich glaube nicht, dass unser Antrag obsolet geworden ist. Ich möchte dazu nur auf einen Sachverhalt hinweisen, der aus meiner Sicht uns alle beschäftigen sollte.

Angesichts der großen Zahl von Asylanträgen, der dadurch langen Dauer der Bearbeitung, des dadurch langen Aufenthaltes dieser Menschen bei uns in Deutschland und der Möglichkeit, dass siewas wir sehr richtig finden - während des Verfahrens schon frühzeitig eine Arbeit aufnehmen können, laufen wir in die Situation, dass mehr und mehr Menschen bei uns kein Anrecht auf Asylhaben, aber Arbeit gefunden haben und sich bei uns gut integrieren. Wir haben für diese Menschen aber derzeit keine Antwort.

Die Antwort, Herr Minister, dass wir alle ja ein Einwanderungsgesetz wollen, hilft denen nicht. Mir kommen regelmäßig Fälle auf den Schreibtisch, bei denen es heißt: Gut integriert, der Arbeitgeber möchte ihn gerne behalten, ist auf dessen Arbeitskraft angewiesen und Ähnliches.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Sind Sie für einen Spurwechsel, Herr Oetjen?)

Es gibt aber keine Schnittstelle zwischen dem Asylverfahren und der Möglichkeit, in unseren Arbeitsmarkt einzuwandern. Das wird mehr und mehr zum Problem, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Da reicht es nicht aus, zu sagen: Der Antrag ist obsolet, und wir wollen ein Einwanderungsgesetz. - Wir brauchen für diese Menschen vielmehr ganz konkrete Antworten. Diese Antworten bleiben Sie aber bisher schuldig.

(Beifall bei der FDP - Filiz Polat [GRÜNE]: Das stimmt gar nicht!)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Oetjen. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Antrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/6893 ablehnen will, bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit wurde der Beschlussempfehlung gefolgt.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 17 aufrufe, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass wir - nach Absprache unter den Fraktionen - den Tagesordnungspunkt 19 noch vor der Mittagspause behandeln werden. Dann können sich die Redner darauf einstellen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 17: Abschließende Beratung:

Gründerschmiede Niedersachsen - mehr Engagement für eine neue Gründerkultur - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/3533 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Drs. 17/7288 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/7336

Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU zielt auf die Annahme des Antrages in einer anderweitig geänderten Fassung.

Wir kommen zur Beratung. Die Vizepräsidentin Frau Dr. Gabriele Andretta hat sich für die SPD-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön!

### Dr. Gabriele Andretta (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Es handelt sich aber um eine Entschließungsinitiative der FDP-Fraktion. Von daher ist es ein Gebot der Fairness, dass die FDP-Fraktion beginnt.

(Zurufe von der FDP: Ladies first!)

- Sie wollen nicht? - Okay.

### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Ich habe sehr laut "FDP-Fraktion" gesagt. - Frau Vizepräsidentin, es muss an Ihrem Amt liegen, dass Sie zuerst sprechen dürfen. Bitte schön!

(Zuruf: An ihrer Autorität!)

- Auch an ihrer Autorität, ja.

### Dr. Gabriele Andretta (SPD):

Alles klar.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unternehmensgründungen sind ohne Zweifel ein wichtiger Faktor für die Volkswirtschaft eines Landes. Sie bringen Dynamik in eine Wirtschaft, sichern ihre Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit, schaffen neue Arbeitsplätze und sind gut für die soziale Mobilität einer Gesellschaft. Unbestritten ist auch, dass Deutschland und Niedersachsen im Vergleich zu anderen Industrienationen wie den USA - denken Sie aber auch an Kanada oder Israel - bei Gründungen Nachholbedarf haben. Es fehlt in unserem Land an Gründergeist, und das wollen wir ändern.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Den von der FDP eingebrachten Entschließungsantrag haben wir im Ausschuss sehr intensiv beraten. Bei einigen Punkten, liebe Kollegen und Kolleginnen, waren wir uns auch schnell einig, z. B. darüber, dass wir eine bessere Gründerkultur, eine Kultur der zweiten und dritten Chance brauchen.

Ein Beispiel zur Veranschaulichung: Als der amerikanische Erfinder und Wissenschaftler Thomas A. Edison vor 140 Jahren die Idee hatte, New York zu elektrifizieren, gründete er ein "Start-up" - die Edison Electric Light Company - und begann, mit der Glühbirne zu experimentieren. Er brauchte rund 2 000 Anläufe, bis er den ersten Kohlefaden in einer Lampe zum Leuchten bringen konnte. Trocken kommentierte Edison seine 2 000 Fehlversuche mit dem Satz:

"Ein Misserfolg war es nicht. Denn wenigstens kennt man jetzt 2 000 Arten, wie ein Kohlefaden nicht zum Leuchten gebracht werden kann."

Scheitern also nicht als Stigma,

(Christian Dürr [FDP]: Sehr richtig!)

sondern als Voraussetzung für Erfolg! Das ist eine Sichtweise, die uns fremd ist. Doch genau das brauchen wir: eine Gründerkultur als Fehlerkultur.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP -Jens Nacke [CDU]: Das sieht man an der Landesregierung!)

Es muss übrigens, liebe Kollegen und Kolleginnen, nicht immer die außergewöhnliche Idee sein, die Erfindung von etwas Neuem, was ein Start-up innovativ und erfolgreich macht. Der Anteil von Start-ups, die einen Markt revolutionieren, ist sehr gering. Er liegt bei weniger als 5 %. Innovativ kann auch sein, Dinge, die bereits getan werden, anders zu tun, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, Studien zeigen, dass neben der fehlenden Gründerkultur vor allem die Kapitalbeschaffung ein großes Hindernis beim Gründen darstellt. Banken und Investoren - Sie wissen das - halten sich in der Frühphase der Unternehmensgründung zurück. Crowd Funding als Finanzierungsinstrument ist bei uns noch wenig entwickelt, und insbesondere teuren technikaffinen Start-ups mangelt es an Wagniskapital. Ein notwendiges Capital-Venture-Gesetz scheitert bisher am Bundesfinanzminister. Ich habe es von daher sehr begrüßt, liebe Kollegen und Kolleginnen von der CDU, dass Sie diese Forderung in Ihrem Änderungsantrag explizit mit aufgenommen haben.

Umso wichtiger sind für Gründungen öffentliche Förderprogramme und Finanzierungshilfen von EU, Bund und Ländern. Laut KfW-Gründungsmonitor schneidet Niedersachsen hierbei im Vergleich zum Bundesdurchschnitt ganz gut ab. Mit dem Programm MikroSTARTer, dem Niedersachsen-Gründerkredit und dem bundesweit einmaligen Beteiligungsfonds von Land und Niedersachsens Metallarbeitgebern sowie dem neuen Förderprogramm des Bundes "INVEST - Zuschuss für Wagniskapital" wird jungen Unternehmen in Niedersachsen geholfen, eine Finanzierung auf die Beine zu stellen.

Eine weitere Erfolgsgeschichte - Sie kennen Sie aus Ihren Wahlkreisen -: In 30 Technologie- und Gründungszentren des VTN - das ist der Verein Technologie-Centren Niedersachsen - werden heute knapp 700 junge Unternehmen in der Startup-Phase aktiv unterstützt, mit steigender Tendenz. Ich finde, das kann sich sehen lassen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Zu nennen ist auch das EXIST-Programm des Bundes, mit dem Gründungen an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gefördert und das Gründungsklima verbessert werden. Im Bundesvergleich hat Niedersachsen übrigens einen Platz in der Spitzengruppe bei der Gründungsförderung durch die Hochschulen. Auch bei den Gründungslehrstühlen ist Niedersachsen ganz vorne mit dabei. Damit sind unsere Hochschulen, liebe Kolleginnen von FDP und CDU, offenbar schon weiter, als Sie es mitbekommen haben. Wir freuen uns darüber sehr.

Auch hat sich inzwischen einiges in steuerlicher Hinsicht getan, Herr Grascha. Mit dem vom Bundestag im Dezember verabschiedeten Gesetz zur Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften werden zukünftig bei einem Anteilseignerwechsel die Verlustvorträge von jungen, innovativen Start-ups nicht mehr untergehen. Das ist ein gutes Signal für den Wagniskapitalstandort Deutschland.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Darüber hinaus sind aber auch direkte Steueranreize wichtig, und zwar keine mit der Gießkanne, sondern geknüpft an innovationsfreundliche Bedingungen. Deshalb setzt sich Niedersachsen in einer Bundesratsinitiative für Abschreibungsmöglichkeiten auf Ausgaben für Forschung und Entwicklung ein. Jeder Euro, der in einem Unternehmen bei den Forschungskosten anfällt, soll die Steuerlast drücken, wovon insbesondere Start-ups in Tech-Branchen profitieren werden. Eine tolle Initiative, von der wir hoffen, dass sie bald Gesetzeskraft erreichen wird!

(Beifall bei der SPD)

All diese Initiativen, liebe Kollegen und Kolleginnen, zeigen, dass diese Landesregierung einiges auf den Weg gebracht hat, und erste Erfolge werden sichtbar. So weist der neue Start-up-Monitor 2016 neben den fünf bekannten Gründungsregionen Berlin, Hamburg, München, Rhein-Ruhr und Stuttgart erstmals eine weitere, für Gründer attraktive Region - oder, wie es in dieser Sprache heißt: einen Hub - aus: Es ist Oldenburg/Hannover. Wir gratulieren!

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Die Reihenfolge hat mir gefallen!)

- Ja, sie ist genau so! Herr Nacke, auch ich habe mich sehr gewundert.

(Jens Nacke [CDU]: Ich nicht!)

Aber genau so ist sie.

Am Schluss möchte ich auf Edison zurückkommen. Was wir alle an ihm bewundern, ist nicht nur sein Erfinder-, sondern auch sein Gründergeist. Genau deshalb - da sind sich wohl alle Fraktionen in diesem Hause einig - müssen wir diesen Gründergeist verstärkt in unsere Schulen und in die Klassenzimmer bringen, und zwar nicht nur als Thema auf den Lehrplan, wichtiger ist vielmehr das Ausprobieren. Wo geht das besser, als in einer eigenen Schülerfirma? - In Niedersachsen gibt es ein Netzwerk aus inzwischen 820 nachhaltigen Schülerfirmen. Dieses Netzwerk wollen wir weiter ausbauen.

Eine große Chance für mehr Gründergeist in den Schulen bietet die Digitalisierungsoffensive der Landesregierung in der Bildung. Schon heute ist jede fünfte Gründung digital, d. h. der Einsatz von digitalen Technologien ist entscheidend für die Realisierung des Geschäftskonzepts. Ich bin davon überzeugt, dass Schüler und Schülerinnen, die heute lernen, mit digitalen Technologien Probleme zu lösen, die erfolgreichen Gründer und Gründerinnen von morgen werden können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Am Schluss möchte ich mich bei allen Kollegen und Kolleginnen für die sehr konstruktive und intensive Diskussion im Ausschuss bedanken. Es ist schade, dass wir uns am Ende nicht auf eine gemeinsam getragene Entschließung einigen konnten. Aber ich glaube, das Anliegen ist deutlich geworden: mehr Gründergeist, ein besseres Gründerklima für Niedersachsen. Ich glaube, das können wir alle hier unterschreiben. Die SPD-Landtagsfraktion jedenfalls wird weiterhin gemeinsam mit der Landesregierung dafür arbeiten, dass junge Gründer und Gründerinnen die besten Rahmenbedingungen in Niedersachsen haben werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Dr. Andretta. - Es hat sich jetzt Christian Grascha, FDP-Fraktion, zu Wort gemeldet. Bitte schön. Herr Grascha!

## Christian Grascha (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin zunächst einmal sehr erfreut, dass wir hier heute auch von der Kollegin Dr. Andretta einen sehr sachlichen und konstruktiven Beitrag zu diesem aus unserer Sicht sehr wichtigen Thema gehört haben.

Denken wir nur einmal an die erste Beratung dieses Antrags zurück! Der eine oder andere Kollege mag sich noch daran erinnern; das liegt mittlerweile anderthalb Jahre zurück. Damals hat der Kollege Erkan für die SPD-Fraktion gesprochen und hat - ich darf daran erinnern - von "neoliberalen Wertvorstellungen" gesprochen, die wir "unters Volk ... bringen" wollten, von Zeitverschwendung, womit er unseren Antrag meinte, und hat dann auch unsere Kolleginnen in der Fraktion beleidigt, indem er sie als "fleißige FDP-Bienchen" bezeichnet hat.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Das alles hat dann zu einer Geschäftsordnungsdebatte geführt.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Nun kommen Sie doch einmal zur Sache!)

Aber, wie gesagt, darüber sind wir ja glücklicherweise hinweggekommen. So konnten wir in den letzten anderthalb Jahren tatsächlich eine sehr konstruktive Debatte in den Fachausschüssen zu diesem Antrag erleben.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Bedauerlicherweise müssen wir feststellen, dass auch im Jahr 2016 die Gründerdynamik in Deutschland und damit auch in Niedersachsen nachgelassen hat; denn insgesamt ging die Zahl der Gründungen - beispielsweise im gewerblichen Bereich um weitere 6 % - zurück. Das führte wiederum mit dazu, dass sich die Zahl der Unternehmen in Deutschland insgesamt um 33 000 verringert hat.

Das ist in der Tat ein sehr ernst zu nehmendes Problem und eine Wohlstandsgefahr für unser Land. In einem Unternehmen, das nicht mehr existiert, können keine Menschen mehr beschäftigt und keine Familien mehr ernährt werden. Das ist in der Tat eine Wohlstandsgefahr.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Deswegen brauchen wir mehr Gründergeist in unserem Land. Wir brauchen mehr Mut, wir brauchen mehr Mut zu Unternehmertum, und wir brauchen mehr Risikokapital. Wie lautet allerdings Ihre Antwort? - Trotz des charmanten Vortrags muss

ich sie leider kritisieren. - Mit dem Änderungsvorschlag von SPD und Grünen geht es darum, erstens das jetzt schon Vorhandene abzufeiern und zweitens neue Dinge zu prüfen. Dann kriegt das Ganze noch einen grünen Anstrich mit dem Hinweis auf die Green Economy. Aber das wird definitiv nicht reichen, um dieser Herausforderung tatsächlich gerecht zu werden.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Ich habe in den letzten zwei Jahren mit zahlreichen Gründerinnen und Gründern gesprochen. Ich habe während der Vorbereitung auf die heutige Sitzung einmal nachgezählt: Es waren insgesamt 87 Gespräche, die ich zu diesem Thema geführt habe. In diesen Gesprächen wurden mir immer wieder drei ganz konkrete Probleme genannt.

Das erste Problem war die Bürokratie. Wir haben mit einem Car-Sharing-Gründer gesprochen, der sich in den ersten Monaten nach der Gründung mehr mit dem Amt beschäftigt hat als mit seiner Dienstleistung. Aber das kann es doch nicht sein. Es geht also ganz konkret um Fragen wie: Muss ein junger Gründer tatsächlich monatlich eine Umsatzsteuervoranmeldung abgeben? Hat er tatsächlich die entsprechenden Vorgaben bei den Buchführungs- und bei den Bilanzierungspflichten einzuhalten? - Wir treten dafür ein, dass insbesondere für das erste Jahr nach der Gründung Bürokratiefreiheit geschaffen wird. Der Gründer muss sich um sein Produkt und um seine Dienstleistung kümmern - aber nicht um den Amtsschimmel, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Das zweite Problem, das immer wieder angesprochen wurde, war die Rechtssicherheit. Viele Gründer wollen Rechtssicherheit haben, was ihre Situation bei den Sozialversicherungen angeht. Wir haben mit einem Gründer gesprochen, der Hausnotrufgeräte herstellt. Er hat sich selbstständig gemacht und hatte eine etwas kompliziertere Gesellschafterstruktur. Ihm war damals, zwei Jahre nach der Gründung, nicht klar, ob er in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert ist. Meine Damen und Herren, die Gründer brauchen Rechtssicherheit; denn wenn das nicht geklärt ist, kann das zu massiven Nachzahlungen und damit zu einer existenziellen Bedrohung führen.

(Beifall bei der FDP)

Drittens: Die Finanzierung, Stichwort "Risikokapital", die finanzielle Unterstützung in der Gründungsphase beispielsweise durch das von uns vorgeschlagene Gründerstipendium sind ebenfalls Themen, die aufgegriffen werden müssen.

Meine Damen und Herren, das sind konkrete Probleme. Es bedarf konkreter Lösungen, die den Gründern auch tatsächlich helfen. Aber was Sie in den Änderungsantrag geschrieben haben, sind nur Prüfaufträge und damit Placebos, die uns in keiner Weise weiterhelfen.

Ich möchte noch auf einen Punkt hinweisen, der auch sehr wichtig ist. Eine Studie der Handelshochschule in Leipzig hat zutage gebracht, dass insbesondere Menschen, die eine duale, also eine berufliche Ausbildung haben, besonders häufig Unternehmensgründer werden. Bei ihnen ist die Gründungswahrscheinlichkeit deutlich höher als bei denen, die eine akademische Ausbildung haben. Deswegen ist es so wichtig, dass wir auch die duale Berufsausbildung attraktiv machen.

(Glocke des Präsidenten)

Ein weiteres ganz wichtiges Thema ist die Unternehmensnachfolge speziell im Handwerk. Probleme dort können wir insbesondere damit lösen, dass wir die duale Ausbildung attraktiver machen.

Aber man muss ebenso deutlich sagen, dass die Politik hier auch falsche Anreize setzt. In internationalen Studien müssen wir uns als Deutsche beispielswiese immer wieder vorhalten lassen, dass andere Länder bei der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen einen Akademisierungsgrad von 40 % haben. Wir haben "nur" einen Akademisierungsgrad von 25 %. Da wird uns ein Problem eingeredet, das es in Wahrheit aber nicht gibt. Denn wir haben die duale Berufsausbildung, die von der Qualität und den Ergebnissen her wahrlich besser ist als das. was wir vielfach in der Welt sehen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

Deshalb müssen wir unserer Ansicht nach zu einer deutlichen Wertschätzung der dualen Ausbildung kommen. Es darf beispielsweise nicht sein, dass die Politik festlegt, dass das akademische Studium kostenlos ist, aber die Meisterausbildung 5 000 bis 10 000 Euro kostet. Ein Meister muss genauso viel wert sein wie ein Master. Das wäre dann auch wieder ein Grund, warum sich Menschen selbstständig machen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

## Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss!

## Christian Grascha (FDP):

Kurz und gut: Mit dem, was Sie hier vorgelegt haben, mit Prüfaufträgen, wird man die Herausforderungen der Zukunft nicht lösen können. Wir brauchen einen neuen Gründergeist und mutige Schritte. Das ist die Wohlstandsgarantie für unser Land.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

## Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Ich danke Ihnen. - Herr Kollege Fredermann, CDU-Fraktion, Sie haben das Wort. Bitte schön!

#### Rainer Fredermann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon angeklungen: Nach anderthalb Jahren Beratung kommen wir endlich zur Abstimmung über den FDP-Antrag bzw. über die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses.

Bevor ich auf die Inhalte eingehe, möchte ich mich ganz herzlich bei allen Verbänden und Institutionen bedanken, die an der Anhörung teilgenommen haben. Sie haben uns wichtige Impulse für unsere Beratungen gegeben, sie haben uns aber auch an der einen oder anderen Stelle in unseren Auffassungen bestärkt. Im Kern sind sich - sowohl Arbeitgeber- als auch Arbeitnehmerseite - alle einig: Bei den Gründungen in Niedersachsen muss sich etwas bewegen. Es muss wieder zu mehr Neugründungen in Niedersachsen, aber auch in ganz Deutschland kommen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich noch einmal bei Frau Dr. Andretta und den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen für die gute Gesprächsrunde zur Erarbeitung eines gemeinsamen Antrags. Zu einem solchen ist es zwar nicht gekommen, aber im Kern sind wir uns alle einig. Wir wollen, dass sich etwas bewegt, haben aber unterschiedliche Ansätze. So ist das eben.

Meine Damen und Herren, Deutschland ist, wie wir alle wissen, ein rohstoffarmes Land. Wir brauchen Ideen und Innovationen, um wirtschaftlich voranzukommen. Diese Ideen und Innovationen kommen aber nicht nur aus den bestehenden Unternehmen. Wichtig sind deshalb immer wieder neue Impulse durch neue Gründungen. Unternehmensgründungen wirken positiv. Sie sind der Motor einer modernen und innovativen Volkswirtschaft, sie erhöhen den Druck auf die bestehenden Unternehmen, und sie stärken den Wettbewerb um die besten Ideen und letztendlich auch um die besten Köpfe.

Dagegen stehen eine zu große Risikoscheu potenzieller Gründer - aber auch potenzieller Kreditgeber - sowie eine unzureichende Wertschätzung fehlgeschlagener Gründungen durch unsere Gesellschaft. Wir alle möchten eine neue Gründerkultur in Niedersachsen - aus unserer Sicht sowohl im Umfeld der niedersächsischen Hochschulen als auch aus dem Mittelstand heraus.

Die CDU-Landtagsfraktion ist der festen Überzeugung, dass mit gezielten landespolitischen Maßnahmen die Rahmenbedingungen für ein gründungsfreundliches Klima in Niedersachsen geschaffen werden können und müssen. Unser Antrag umfasst zehn Punkte, die die Gründerkultur stärken sollen, ohne in ein unrealistisches "Wünsch-dir-was"-Konzert zu münden. Es geht bei diesem Thema nicht um die Anzahl der Spiegelstriche, sondern um die Inhalte. Weniger ist hier viel mehr. Denn schließlich wissen wir aus den Erfahrungen der letzten vier Jahre, dass sich die Landesregierung sehr leicht im Klein-Klein verzettelt, wenn sie zu viele Bälle in der Luft halten soll.

## (Zustimmung von Adrian Mohr [CDU])

Wichtig ist uns auch: In unseren Forderungen schielen wir nicht nur nach Berlin, sondern beziehen uns vor allem auf Niedersachsen. Hier muss unsere Landesregierung aktiv werden. Niedersachsen muss auf eigenen Beinen stehen und darf nicht an der Hand von Berlin laufen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Lassen Sie mich auf einzelne Punkte eingehen.

Wie kommt es eigentlich zu Neugründungen? - Meines Erachtens beginnt alles in der Schule. Wenn man dort nichts über Wirtschaft erfährt, wenn dort niemand aufzeigt, dass man sich auch selbständig machen kann, wenn dort ständig vermittelt wird, "Abitur ist alles" oder "Such dir einen Job im Büro!", dann braucht man sich nicht zu wundern, dass niemand auf die Idee kommt, sich selbständig zu machen und damit letztendlich sein eigener Herr zu werden. Das fehlt bei uns, und deshalb müssen wir in der Schule ansetzen.

Aus unserer Sicht geht es darum, die Lehrpläne des Unterrichtsfachs "Wirtschaft" an Haupt-, Realund Oberschulen sowie des Unterrichtsfachs "Politik-Wirtschaft" an Gymnasien und den Berufsbildenden Schulen um die Aspekte Unternehmertum und Existenzgründung zu erweitern. Wir wünschen uns Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen - an einigen Schulen in Niedersachsen gibt es sie schon -, um jungen Gründern Mut zu machen. Kurz gesagt: Wir brauchen einen besseren Wirtschaftsunterricht.

# (Zustimmung bei der CDU)

Wir wissen, die Schüler informieren sich immer früher über ihre Zukunftsaussichten, sie überlegen sich immer früher, welchen beruflichen Weg sie einschlagen wollen. Deshalb ist es wichtig, nicht nur Praktika anzubieten, um Einblicke in Berufe zu ermöglichen, sondern auch zu zeigen, dass eine Existenzgründung ein Ziel sein könnte.

Wir wünschen uns, dass Studiengänge wie der Masterstudiengang "Mittelständische Unternehmensführung" in Hannover ausgebaut werden und die Verankerung vergleichbarer Angebote an den anderen niedersächsischen Hochschulen geprüft wird. Ganz wichtig sind für uns auch Mentoring und passgenaue Förder- und Beratungsprogramme, sodass den Studierenden auch aus dem Hochschulumfeld Impulse gegeben werden.

Wenn sich junge Menschen mit dem Gedanken an eine Existenzgründung tragen, ist es wichtig, die Förderkulissen so zu gestalten, dass auch ein Scheitern erlaubt ist.

## (Zustimmung bei der CDU)

Auch beim zweiten und dritten Versuch einer Neugründung sollte Unterstützung gegeben sein. Wir müssen Mut machen, indem wir klarstellen, dass ein Scheitern erlaubt ist.

(Dirk Toepffer [CDU]: Mit Scheitern zum Erfolg!)

Wir können zwar versuchen, ein frühzeitiges Scheitern zu vermeiden, aber wir können es nicht verhindern. Wir können Werkzeuge wie ein Gründungscoaching zur Verfügung stellen und Berichtsund Dokumentationspflichten abschaffen, zumindest für die ersten Jahre. Herr Grascha hat es eben bereits angesprochen: Die Unternehmensgründer sollen sich erst einmal um ihre Gründung kümmern können und sich nicht um den Papierkram kümmern müssen. Und ein Coaching - das wissen wir alle - ist letztendlich auch ein wesentli-

ches Instrument für den Unternehmenserfolg. Dies müssen wir den Unternehmensgründern auch an die Hand geben. Für das erste Jahr der Gründung sollten, wie gesagt, die bürokratischen Belastungen abgeschafft werden. In dieser Zeit sollten sie sich auf die Gründung konzentrieren können.

## (Zustimmung bei der CDU)

In der Anhörung zeigten sich die Kammern und Arbeitgeberverbände sehr offen für dieses Thema. Aus unserer Sicht sollten zur Unterstützung potenzieller Gründer an die IHK-Bezirke angelehnte Gründerzentren mit regionalen bzw. branchenspezifischen Schwerpunkten geschaffen werden. So etwas gibt es z. B. bereits in Garbsen. Ich glaube, das können wir für Niedersachsen flächendeckend ausweiten.

Wir müssen auch genau schauen, warum erfolgversprechende Gründungen scheitern. Vielleicht ist zum Teil das Beratungsangebot nicht praxistauglich, vielleicht mangelt es auch an zu wenig Eigenkapital. Daher brauchen wir Gründerzentren, um das Beratungsangebot zu erweitern.

Wir brauchen auch - Frau Dr. Andretta hat es angesprochen - ein Venture-Capital-Gesetz, das endlich attraktive Rahmenbedingungen für Wagniskapital schafft. Aber nicht nur Gründer müssen etwas wagen, meine Damen und Herren, sondern auch Kreditgeber. Wir brauchen mehr Risikokapital in Deutschland.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir sind davon überzeugt, dass Gründer, wenn die Forderungen aus unserem Antrag umgesetzt werden, mehr emotionale Rückendeckung erhalten. Wir machen damit deutlich, dass sie weitere Chancen haben, innovative Ideen umzusetzen.

Aber auch potenzielle Unternehmensnachfolger dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren.

(Zustimmung bei der CDU - Angelika Jahns [CDU]: Gerade die nicht!)

Es wäre doch schade, wenn gut laufende Unternehmen geschlossen werden müssten, weil sich niemand findet, der bereit ist, sie weiterzuführen. Auch daran müssen wir arbeiten.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, jungen Gründern die Angst vor dem Sprung in die Selbständigkeit zu nehmen, oder diese zumindest zu reduzieren. Ich möchte noch einmal für unseren Antrag werben: Er ist kurz, aber gut.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Kollege Fredermann. - Jetzt hat sich Maaret Westphely zu Wort gemeldet, Bündnis 90/Die Grünen. Sie haben das Wort. Bitte schön!

# (Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann übernimmt den Vorsitz)

# Maaret Westphely (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Diejenigen, die nicht an den Ausschussberatungen teilgenommen haben, wundern sich vielleicht über die Auseinandersetzung. Es liegen drei Anträge vor, die inhaltlich gar nicht so weit auseinanderliegen, aber trotzdem gibt es keine gemeinsam getragene Beschlussempfehlung.

Dazu muss man wissen: Auf Fachebene hatten wir eigentlich schon einen geeinten Antrag erarbeitet. Schade, dass es dann doch nicht geklappt hat.

(Christian Grascha [FDP]: Das stimmt doch gar nicht!)

Hinzu kommt: Die beiden Punkte, die Sie, Herr Grascha, gerade als strittig aufgeführt haben - zum einen die Aufnahme in die gesetzliche Krankenversicherung und zum anderen die Übernahme der Kosten für die Meisterprüfung -, stehen gar nicht in Ihrem Antrag. Dazu ein Hinweis am Rande: Wir Grüne haben auf Bundesebene ein super Konzept vorgelegt: die Bürgerversicherung für alle. Wenn die eingeführt wird, gibt es solche Probleme nicht mehr.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Uns eint die Meinung: Gründer und Gründerinnen tun Deutschland gut; denn sie sorgen für einen beständigen Wettbewerbsdruck, und sie fordern die bestehenden Unternehmen heraus. Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Wirtschaft und macht die Volkswirtschaft fit für die Herausforderungen von morgen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Eine Frage an CDU und FDP: Warum stellen Sie schlecht dar, was eigentlich gut ist? - Niedersachsen ist doch gut aufgestellt. Platz 6 von 13 Flächenbundesländern ist, würde ich sagen, stabiles Mittelfeld; denn Tatsache ist doch, dass wir uns bei einem Thema wie Gründungen nicht ohne weiteres mit Stadtstaaten vergleichen können.

(Christian Grascha [FDP]: Man sollte vielleicht einmal über den Tellerrand hinausschauen!)

Leider ist aufgrund der erfreulich guten Lage des Arbeitsmarktes deutschlandweit ein Rückgang zu verzeichnen. Aber, so sagt Chefvolkswirt Jörg Zeuner von der KfW-Bankengruppe: "Das Gründungsgeschehen hat an Quantität verloren, aber strukturell an Qualität gewonnen." Die Zahl innovativer Gründer stieg im Gegensatz zum sonstigen Trend sogar um 6 % auf 95 000 an. Das macht aus unserer Sicht Hoffnung.

Zwei weitere Punkte, die Gründer behindern können, sind Schwierigkeiten, an Kapital zu kommen, weil zu Beginn die Sicherheiten fehlen - in diese Lücke stoßen wir mit verschiedenen Förderprogrammen und -maßnahmen; nicht nur auf Bundesebene, sondern ergänzend auch auf Landesebene haben wir gute Sachen auf den Weg gebracht -, und ist die Bürokratie. Dazu folgender Hinweis: Wir haben wirklich jede einzelne Forderung, die die FDP in ihren Antrag geschrieben hat, um Bürokratie abzubauen, intensiv geprüft. Leider ist nicht viel davon übrig geblieben.

(Jörg Hillmer [CDU]: Das ist ja das Problem!)

Denn entweder sind die Forderungen widersinnig, oder die Regelungen, die es bereits gibt, sind wichtige Bausteine zur Verhinderung von Umsatzsteuerbetrug, z. B. von Karussellgeschäften. Wir können leider nicht dabei mitmachen, unter dem Deckmantel einer freundlichen Gründerkultur die Bekämpfung von Betrug und Steuerhinterziehung zu behindern.

(Christian Grascha [FDP]: Das ist Ihr Problem! Sie sehen hinter jedem Unternehmer einen Betrüger!)

Abgesehen von der Gründungsförderung in Niedersachsen, die auch weiterhin für alle Branchen offen sein wird, will ich auf drei Schwerpunkte eingehen.

Zuerst zum Thema Gründungen aus Unis heraus. In diesem Bereich ist Niedersachsen jetzt schon führend. Zusammen mit Bayern und NRW gehören wir bundesweit zur Spitzengruppe. Das gilt auch für die Anzahl der Entrepreneurship-Professuren: Mit 15 Lehrstühlen sind wir ganz weit vorne. Aber auch Gründungen und Betriebsübernahmen, vor allem im Handwerk, werden im Moment und sollen auch zukünftig gut begleitet und gefördert werden.

Der zweite Bereich: In den starken Zukunftsmärkten in Niedersachsen wie der Green Economy mit erneuerbaren Energien, der Kreislaufwirtschaft und der nachhaltigen Mobilität können Gründungen einen wesentlichen Beitrag bei der Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen leisten. Wir bauen darauf, dass Niedersachsen bei Existenzgründungen und Start-ups in diesem Bereich die führende Rolle behält.

Drittens bringen wir die Frauen nach vorne. Frauen gründen immer noch weniger, sie gründen anders als Männer, sie sind weniger risikofreudig, aber dafür nachhaltiger. Sie wollen wir auch weiterhin stark unterstützen. In Hannover haben wir z. B. seit Jahren eine sehr lebendige Gründerinnenszene, u. a. im Bereich der Kreativwirtschaft. Auch das Land unterstützt die auf diese Zielgruppe zugeschnittene Beratung und hat damit viel Erfolg.

Schade, dass die FDP in diesem Fall dem Wahlkampf mehr Gewicht gibt als den Inhalten. Ein gemeinsamer Antrag wäre ein starkes Signal gewesen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Grascha, möchten Sie kurzintervenieren? -Dann dürfen Sie das für 90 Sekunden. Bitte schön!

# Christian Grascha (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Kollegin Westphely, uns hier Wahlkampf vorzuwerfen, geht komplett an der Sache vorbei; denn schließlich haben wir den Antrag ja schon im Juni 2015 gestellt.

(Beifall bei der FDP)

Dass wir die Beratungen nicht schneller abschließen konnten, lag daran, dass wir zahlreiche Anhörungen durchgeführt haben. Das ist auch völlig in

Ordnung. Aber wie gesagt: Der Vorwurf "Wahlkampf" geht an der Sache völlig vorbei.

Ich habe mich allerdings wegen eines anderen Punktes gemeldet. Darin wird der grundsätzliche Unterschied zwischen der Sichtweise Ihrer Partei und der meiner Partei deutlich. Ich meine den Bürokratieabbau. Sie haben gesagt, Sie hätten das geprüft, und am Ende sei nichts mehr übrig geblieben, weil man, beispielsweise über die monatlichen Umsatzsteuervoranmeldungen, den Steuerbetrug bekämpfen wolle.

Darin liegt genau der Unterschied! Wir sehen eben nicht hinter jedem Unternehmer einen Verbrecher und einen Betrüger, sondern wir sehen darin erst einmal jemanden, der Verantwortung für die Gesellschaft übernimmt.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Diese Misstrauenskultur wollen wir nicht fördern. Wir wollen stattdessen Mut machen zum Unternehmertum. Aber das schafft man nicht dadurch, dass man permanent Misstrauen sät, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Grascha. - Möchte jemand von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erwidern? - Nein, Sie verzichten darauf. Dann ist jetzt für die Landesregierung Herr Minister Olaf Lies dran. Ich erteile ihm das Wort. Bitte, Herr Minister!

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ungeachtet kleiner abweichender Details ist in der politischen Diskussion eine Grundhaltung deutlich geworden: Existenzgründungen und Start-ups sind für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen wichtig. Dadurch werden neue Impulse gesetzt. Zwar kann der neue Impuls auf der einen Seite Dinge auf der anderen Seite erübrigen. Aber wenn wir diese Impulse nicht setzen, dann setzen sie andere, und deswegen ist das der richtige Weg. Dadurch entsteht auch Wettbewerb.

Außerdem bieten Existenzgründungen und Startups die Chance, dass neue Arbeitsplätze entstehen. Nur darauf zu setzen, dass unsere großen Unternehmen auch morgen noch die Arbeitsplätze sichern, ist zu wenig. Viele neue kreative Ideen können dazu führen, in größerer Zahl Arbeitsplätze zu haben.

Deswegen ist die grundsätzlich positive Haltung, die auch hier im Landtag deutlich wird, ein ganz entscheidendes Signal nach außen, in die Regionen und an die Menschen, die eine Gründungsidee haben und sich fragen, ob es überhaupt wertgeschätzt wird, wenn sie einen solchen Weg gehen. Trotzdem merken wir, dass das nicht so ganz einfach ist, und dann kommt immer die Debatte auf, warum das eigentlich so ist.

Zuerst möchte ich sagen: Niedersachsen ist das Land der Ideen und der Innovationen. Wir müssen also aufpassen, dass wir nicht eine falsche Debatte führen im Sinne von: In Niedersachsen funktioniert das noch gar nicht, in Niedersachsen werden Innovationen nicht gefördert. Denn das ist nicht der Fall! Wir sind das Land der Ideen und Innovationen, und darauf können wir stolz sein. Dafür gibt es übrigens gute Beispiele.

Heutzutage wird die Einschätzung, ob man eine gute Start-up-Kultur hat, ja daran festgemacht, ob es viele junge Leute gibt, die in merkwürdigen Räumlichkeiten sitzen und sich dort kreative IT-Ideen überlegen. - Aber das ist nicht Start-up, wie wir es verstehen, sondern nur ein Teil davon.

(Christian Grascha [FDP]: Auch!)

- Auch, genau! Man kann auch in einem ganz normalen Arbeitsumfeld arbeiten.

Ich stelle fest: Wir haben die Start-up-Kultur schlechthin. Ich schaue dabei Karl-Heinz Bley an. Das Handwerk ist der Beleg dafür. Wir haben viele Unternehmen, die sich mit neuen Ideen, neuen Dienstleistungen und neuen Angeboten selbstständig machen. Deswegen meine ich, dass man schon sagen kann, dass das Handwerk in den vergangenen Jahrzehnten sozusagen die Start-up-Schmiede in Niedersachsen gewesen ist. Ich finde, dass man diesen Aspekt positiv darstellen kann.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

# Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Minister, haben Sie gesehen, dass der Kollege Bley den Arm gehoben hat? - Er möchte Ihnen eine Frage stellen.

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Okay, ich spreche künftig niemanden mehr persönlich an. Aber Herr Bley kann mir gerne eine Frage stellen.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Er wollte doch nur zustimmen!)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Bitte schön, Herr Bley!

## Karl-Heinz Bley (CDU):

Herr Präsident! Lieber Minister Olaf Lies, wir wissen, dass Sie den Status quo loben, also das, was alles gut ist. Bevor ich meine Frage stelle, möchte ich darauf hinweisen, dass in Niedersachsen mittlerweile an die 35 % der Unternehmen Probleme haben, einen Nachfolger zu finden. Ich darf eigene Erfahrungen, gesammelt im eigenen Unternehmen, schildern. Ich habe einen Kompagnon, der 50 % der Anteile an einem Unternehmen hat, das seit 35 Jahren besteht. Er möchte mit 70 Jahren aussteigen und seine Anteile an meinen Junior verkaufen. Das Problem ist: Das, was es von der KfW gibt, unterscheidet sich kaum von dem, was die Hausbanken liefern. Was fehlt, ist eine Bürgschaft. Wenn der Junior keinen Vater hätte, der finanziell helfen würde, wäre das nicht machbar. -Wenn es hier vonseiten des Staates Hilfestellung gäbe, wäre es schön, wenn Sie mir die aufzeigen würden.

# Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Bley, jetzt müssen Sie aber die Zwischenfrage stellen.

(Petra Tiemann [SPD]: Das ist hier doch keine Beratungsstunde!)

# Karl-Heinz Bley (CDU):

Deswegen frage ich: Was tun Sie, damit Dinge wie Unternehmensnachfolgen in der Zukunft gelöst werden? - Ich erkenne in Ihrem Antrag keine Lösungen, sondern nur Prüfaufträge.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

# Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Bitte, Herr Minister!

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Sehr geehrter Herr Bley, ich spreche zwei Dinge an. Auch ich meine, dass das Übergangsmanagement ein Thema ist, das man in den Bereich Startup einbeziehen kann, weil die Übernahme für den jungen Mann oder die junge Frau, die das Unternehmen übernehmen, eine Existenzgründungschance ist.

Wir führen diese Beratung durch, übrigens auch über die Kammer, wie Sie wissen. Wir suchen auch nach Möglichkeiten, um an den geeigneten Stellen Bürgschaften zu vergeben; denn das macht Sinn. Für Beratung stehe ich Ihnen wie auch allen anderen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Ich finde, dass es ein wichtiger Hinweis ist, nicht nur auf die Gründung neuer Unternehmen zu setzen, sondern - das ist Ihr Ansatz gewesen - auch dafür zu sorgen, dass erfolgreiche Unternehmen weitergeführt werden können. Das gehört definitiv dazu, und daher nehmen wir das auch sehr ernst. Ich meine aber, dass das nicht der inhaltliche Schwerpunkt dieses Antrages gewesen ist. Insofern müssen wir die Thematik ein bisschen differenziert betrachten.

Wir sind erfolgreiche Start-up-Gründer. Das Beispiel von Edison, das Frau Vizepräsidentin Andretta nannte, ist richtig. Ein solches Beispiel haben wir aber auch in Niedersachsen, nämlich Enercon. Dieses Unternehmen ist in einer Garage entstanden. Der Unternehmer Aloys Wobben hatte die verrückte Idee, dass man überall im Land Windenergieanlagen aufstellen könnte. Das hat niemand ernst genommen. Es hat am Anfang - die Hausbank ärgert sich übrigens heute noch darüber, dass sie keine Chance hat, mit ihm Geld zu verdienen - gar keine Bank gegeben, die das finanziert hat. Aber es ist eine Innovation, eine Idee aus unserem Land.

Wir müssen aufpassen, dass wir die Erfolge Niedersachsens dort, wo wir Gründer sind, wo wir Innovationen und Entwicklungen vorantreiben, in den Vordergrund stellen. Denn wenn wir sagen "Hier geht das nicht!", dann kommt auch keiner.

Wir müssen zeigen, wie erfolgreich wir sind. Wir haben tolle Beispiele in Niedersachen, die das wirklich eindrucksvoll belegen. Man könnte auch in den Süden zu Otto Bock gehen. Dort sehen wir es in genau der gleichen Form in einer ganz anderen Branche. Das zeigt, wie stark wir an der Stelle sind

und dass der Gründergeist Gott sei Dank schon seit Jahrzehnten vorhanden ist. Darauf müssen wir aufsetzen und aufbauen.

Natürlich sehen wir auch, dass die Dynamik, die wir uns wünschen, nicht ganz so eintritt. Auf 10 000 Erwerbfähige gab es im Bundesdurchschnitt 29 Gründungen, in Niedersachsen 26 Gründungen. Da wünschen wir uns mehr Dynamik.

Aber auch da - wir haben darüber beim letzten Mal diskutiert - machen wir uns mit Blick auf den wirklich guten Arbeitsmarkt nichts vor. Wir reden auf der einen Seite über Fachkräftesicherung und die Chancen, dass junge, gut qualifizierte Menschen hervorragende Jobangebote bekommen. Auf der anderen Seite steht dazu alternativ die Idee: Mach dich doch selbstständig! - Das ist eine Konkurrenzsituation, die fast ärgerlich ist.

(Christian Dürr [FDP]: Ja!)

Denn die vielen klugen Ideen, die sie haben, gehen natürlich ein Stück weit verloren.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Deswegen ist es auch richtig, sehr stark dagegen zu setzen und das anzureizen, damit wir junge Leute dafür gewinnen. Da ist noch Luft nach oben.

(Christian Dürr [FDP]: Ja!)

Die Zahlen auf dem Arbeitsmarkt zeigen aber, wie gut er gerade ist. Deswegen sehen wir die Schwankungen: Ist der Arbeitsmarkt schwierig, steigt die Anzahl der Gründungen. Ist der Arbeitsmarkt gut, sinkt sie wieder. Aber das ist keine Grundlage - da sind wir uns einig -, auf der wir uns ausruhen sollten.

Von KPMG sind Untersuchungen gemacht worden, der "Deutsche Startup Monitor 2016". Darüber ist berichtet worden - übrigens auch darüber, wie intensiv unsere Regionen unterwegs sind. Oldenburg - wir nehmen das wahr wie auch diejenigen, die oft da sind: das TGO und die vielen anderen Bereiche - ist inzwischen zu einer interessanten Region geworden. Das gilt für Hannover, das gilt übrigens auch für Osnabrück in starkem Maße z. B. gerade im Bereich Agrar und Ernährung.

Das genau ist der Unterschied, den wir in Niedersachsen deutlich machen müssen. In Berlin kann man eine Startup-Szene im FinTech-Bereich gründen. Das kann man sich ansehen, weil es vielleicht gerade hip sein mag.

Wenn man aber eine Gründung machen will, die in enger Kooperation mit führenden Unternehmen dieser Branche stattfindet, dann geht das in Niedersachsen, weil wir alle Branchen haben. Deshalb müssen wir uns kein Abbild von Berlin erzeugen und sagen: Wir wollen eine hippe Stadt in Niedersachsen haben. - Wir müssen vielmehr deutlich machen, dass wir all die Schwerpunktbranchen haben, die Chancen für Existenzgründer bieten - übrigens weit verteilt in dem Flächenland Niedersachsen. Das ist eine Riesenchance, die wir nutzen sollten, weil das auch die Flächenregionen in Niedersachsen und vor allen Dingen die Hochschulqualitäten, die wir dort vor Ort haben, stärkt. Alle diese Dinge müssen wir voranbringen.

Wir müssen übrigens auch fördern und darstellen, wie erfolgreich wir sind. Ich möchte nur ein Unternehmen nennen, welches das sehr deutlich vorangebracht hat. Das ist das Unternehmen FOVEA, das sich sozusagen selber mitbegleiten konnte, weil es damals 2013 den "DurchSTARTer-Gründerpreis" bekommen hat und weil es inzwischen eine Reihe von Förderungen gab. Sie haben das gesehen. Es hat eine App entwickelt, mit der man das Volumen von Hölzern bestimmen kann. Während einige am Anfang noch gedacht haben "Na ja, gut, die messen da irgendwo im Wald, wie viel Holz da liegt", ist daraus inzwischen eine enorme Geschäftsidee entstanden, wie man mit optischen Messverfahren Volumenberechnungen - übrigens völlig losgelöst von dem Thema Holz - machen kann und wie man mathematisch in der Lage ist, IT zu entwickeln.

Da ist eine enorme Idee entwickelt worden, aus der Arbeitsplätze entstehen und mit der wir in Niedersachsen zeigen können, dass wir damit hervorragend aufgestellt sind. Diese Idee wurde übrigens auch gefördert. Das zeigt, dass das funktioniert. Wir haben erst im letzten Jahr einen Förderbescheid über 800 000 Euro übergeben, um dieses Projekt weiter voranzubringen.

Man sieht an diesen Beispielen, dass es gut funktioniert und dass dort viele Möglichkeiten vorhanden sind.

Zu Recht hat Herr Fredermann das Beispiel genannt, dass wir so früh wie möglich anfangen müssen. Ich finde, auch das Thema Schülerfirmen ist ein gutes Beispiel. Warum denn nicht jungen Schülern schon einmal eine Idee eröffnen, wie Selbstständigkeit funktionieren kann? Übrigens sind da zum Teil - ich habe oft die Gelegenheit genutzt und habe mir das angesehen - tolle kreative Ideen entstanden. Die werden vielleicht keine nachhaltige Geschäftsidee sein, mit der man Geld verdient. Aber sie wecken in diesen jungen Leuten eine Begeisterung, die so schnell nicht vergessen wird und die auch hilft.

Dafür haben wir die Programme. Ich will sie nicht alle aufzählen, aber ich möchte das Programm "MikroSTARTer Niedersachsen" für Einsteiger nennen: 25 000 Euro ohne Sicherheit. Der "Niedersachsen-Gründerkredit" ermöglicht Kredite für die Investitions- und Betriebsmittel bis zu 500 000 Euro; denn das Thema Eigenkapital spielt eine ganz große Rolle. Zu nennen sind auch der Beteiligungsfonds der NBank, den wir mit rund 50 Millionen Euro aufgelegt haben, und die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Niedersachsen.

Wir sehen: Auch da haben wir durchgängig Förderinstrumente, die dazu beitragen, das Ganze voranzubringen und zu nutzen. Dazu kommt die lineare Förderung: Klassischerweise besucht jemand die Schule, absolviert ein Studium und macht sich danach selbstständig. Auch diese lineare Struktur fördern wir.

Ich habe vorhin die Technologie- und Gründerzentren angesprochen, von denen wir immerhin 24 Mitglieder im niedersächsischen Verband haben, die ein gutes Instrument dafür sind. Ehrlicherweise muss man aber sagen: Gründungen in unserem Land finden nicht nur statt, indem man die Hochschule besucht und auf Gründungen vorbereitet wird.

(Zuruf von der FDP: So ist es!)

Gründungen in unserem Land finden statt, indem Menschen, egal ob jung oder älter, kreative Ideen haben und wir gemeinsam - dazu leistet der Antrag einen guten Beitrag - dafür sorgen, dass sie auch eine Chance haben, diese umzusetzen. Das ist gut für Niedersachsen.

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Minister, bevor Sie jetzt zum Ende Ihrer Rede kommen - ich gehe davon aus, dass Sie dazu ansetzen -, gibt es zwei Wortmeldungen zu Zwischenfragen. Würden Sie die noch zulassen?

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Ja, sicher. Selbstverständlich.

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Dann ist erst einmal Herr Dürr dran. Bitte!

#### Christian Dürr (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Vielen Dank, Herr Minister, für die Gelegenheit. Das war ja jetzt ein flammendes Plädoyer für den ursprünglichen Antrag meiner Fraktion. Ich freue mich darüber und bin ausdrücklich Ihrer Meinung, was Sie zum Thema Gründerkultur gesagt haben.

Herr Minister, da Sie nicht nur Landesminister, sondern auch Abgeordneter dieses Hauses sind, frage ich Sie: Darf ich davon ausgehen, dass Sie gleich gegen den inhaltsleeren Änderungsantrag von Rot-Grün stimmen und dem Antrag meiner Fraktion zustimmen werden?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Minister, bitte! - Danach ist Herr Fredermann dran.

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dürr, jetzt war ich leider nicht mehr zu meinem letzten Satz gekommen. Alle diese von uns geplanten und notwendigen Maßnahmen sind in dem Antrag, den die regierungstragenden Fraktionen gestellt haben, aufgenommen.

(Christian Dürr [FDP] lacht)

Deswegen stimme ich natürlich diesem Antrag zu und bitte ich Sie ebenfalls um Unterstützung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Grascha [FDP]: Gerade noch so die Kurve gekriegt!)

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Jetzt Herr Fredermann, bitte!

#### Rainer Fredermann (CDU):

Herr Minister, Sie sprachen davon: Niedersachsen ist das Land der Ideen und Innovationen. So steht das auf den Schildern an den Autobahnen. Aber diese Landesregierung möchte jetzt "Niedersachsen. Klar." als Claim haben. Werden dann die Innovationen und Ideen verschwinden?

(Beifall bei der CDU - Jens Nacke [CDU]: Das ist eine gute Frage! - Christian Dürr [FDP]: Die Antwort lautet: Klar!)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Minister, bitte!

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Fredermann, es ist klar, dass wir weiterhin das Land der Ideen und Innovationen bleiben. Darüber müssen Sie sich keine Sorgen machen. Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen werden genau dieses Thema weiterhin eng im Fokus haben und voranbringen. Das steht für uns fest. Das ist klar.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Das ist ein standardisiertes Verfahren des Innenministers!)

# Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen liegen zu Tagesordnungspunkt 17 nicht vor. Deswegen schließen wir die Beratung und kommen wir zur Abstimmung.

Im vorliegenden Fall lässt sich nicht zweifelsfrei feststellen, ob sich die auf eine Annahme in einer geänderten Fassung zielende Beschlussempfehlung des Ausschusses oder der vorliegende Änderungsantrag inhaltlich weiter von dem Ursprungsantrag entfernt.

Deswegen halte ich Sie damit einverstanden, dass wir - wie es das übliche Verfahren ist - zunächst über den Änderungsantrag und im Fall von dessen Ablehnung anschließend über die Beschlussempfehlung abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/7336 zustimmen will, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Das ist die CDU-Fraktion. - Ich frage nach Gegenstimmen. - Das sind die übrigen Fraktionen des Hauses. - Enthaltungen? - Sehe ich nicht. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wir kommen deswegen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der FDP in der sich aus der Beschlussempfehlung ergebenden geänderten Fassung annehmen will, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. - Ich frage nach Gegenstimmen. - Ich frage nach Enthaltungen. - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist das Haus der Beschlussempfehlung des Ausschusses gefolgt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie vereinbart, rufe ich jetzt den für die Nachmittagssitzung vorgesehenen Tagesordnungspunkt 19 auf. Die Fraktionen haben dem zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 19:

Erste Beratung:

Die Landesregierung soll der Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten im Bundesrat zustimmen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/7275

Zur Einbringung des Antrags hat für die CDU-Fraktion Kollegin Angelika Jahns das Wort. Bitte, Frau Kollegin!

#### Angelika Jahns (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir eine persönliche Bemerkung, bevor ich zum Antrag meiner Fraktion spreche. Ich habe den Stenografischen Bericht über die gestrige Sitzung nachgelesen und möchte darauf hinweisen, dass Herr Minister Pistorius am Schluss seiner Rede zu Tagesordnungspunkt 10 Folgendes gesagt hat:

"Was wir ebenfalls nicht brauchen, ist ein Antrag einer CDU, deren innenpolitische Sprecherin unsere Vorschläge aus dem Maßnahmenpaket kommentiert, ohne sie gelesen zu haben. Sie wusste nicht einmal, dass in dem Entwurf Kontaktverbote und die Beschlagnahmung von Handys enthalten sind."

Ich weise diesen Vorwurf zurück. Ich habe mich zu derartigen Dingen nicht geäußert.

(Minister Boris Pistorius: Ich habe es im Protokoll korrigiert!)

- Gut. Das ist nett. Danke.

Jetzt zu unserem Antrag, meine Damen und Herren. Auch wenn es gegenwärtig einen erheblichen Rückgang bei der Zahl der Flüchtlinge gibt, steht Deutschland dennoch vor großen Herausforderungen. Insbesondere müssen wir eine hohe Zahl von Asylbewerbern aus den unterschiedlichsten Ländern aufnehmen und die Asylanträge prüfen lassen. Wir wollen dabei denjenigen Menschen, die einen Anspruch auf Asyl aus humanitären Gründen haben, helfen und sie unterstützen.

Allerdings muss auch klar sein, dass diejenigen, die keinen Anspruch auf Asyl haben, unser Land wieder verlassen müssen. Dabei haben wir es mit unterschiedlichen Rechtsstrukturen zu tun. Es gibt Menschen, die seit vielen Jahren in Deutschland leben, deren Asylanträge aber abschließend beschieden wurden und die ausreisepflichtig sind, oder andere, die, aus welchen Gründen auch immer, geduldet sind, aber nicht rückgeführt werden können.

Ich möchte mich, wie in unserem Antrag aufgeführt, auf die Asylbewerber aus Tunesien, Algerien und Marokko konzentrieren, deren Zahl in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist. Die Schutzquote dieser Asylbewerber ist sehr gering. Nahezu alle Asylanträge werden abgelehnt.

Darüber hinaus gibt es Auffälligkeiten bei der Kriminalität. Es besteht der Eindruck, dass unter Asylbewerbern aus diesen Staaten einige kriminell sind. Laut Bundeskriminalamt sollen Tatverdächtige aus diesen Herkunftsländern insbesondere mit Diebstahls-, Vermögens- und Fälschungsdelikten, aber auch mit den Angriffen in Köln in Verbindung gebracht werden. Auch das Attentat in Berlin hat ein Tunesier begangen. Gerade erst gestern wurde in Hessen ein Tunesier verhaftet, der einen Terrorakt in Deutschland geplant haben soll.

Das bedeutet, dass nicht nur wegen der hohen Anzahl an abgelehnten Asylanträgen viele dieser Menschen rückgeführt werden müssen. Da aber die Maghreb-Staaten noch nicht als sichere Herkunftsstaaten eingestuft sind, ist dies nur bedingt möglich.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Bundesregierung und der Bundestag haben die Maghreb-Staaten schon im vergangenen Jahr als sichere Herkunftsstaaten gemäß § 29 a des Asylgesetzes eingestuft. Jetzt geht es darum, dass auch der Bundesrat zustimmt. Hierdurch würden das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und auch die Verwaltungsgerichte deutlich entlastet.

## (Beifall bei der CDU)

Leider gab es dafür bisher aufgrund der Verweigerungshaltung der rot-grün regierten Länder keine Mehrheit. Auch Niedersachsen hat sich bisher der Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer verweigert, wobei diese Landesregierung ständig Forderungen an die Bundesregierung stellt, aber nichts dazu beiträgt, eine effektive Steuerung der Zuwanderung zu erreichen und

damit auch die Situation für die Ausländerbehörden zu verbessern.

#### (Beifall bei der CDU)

Lediglich die Baden-Württembergische Landesregierung mit ihrem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann hat angekündigt, im Bundesrat zuzustimmen.

Wenn Sie, Herr Ministerpräsident Weil, Ihre Blockadehaltung aufgeben würden, könnte man eine erheblich höhere Akzeptanz des Asylrechts in der Bevölkerung erreichen.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinweisen, dass es natürlich unterschiedliche Auffassungen im Rahmen der Bewertung eines Staates als sicherer Herkunftsstaat geben kann. So gibt es nicht nur bei den Parteien unterschiedliche Auffassungen hierzu, sondern auch bei verschiedenen Organisationen, wie z. B. beim Flüchtlingsrat, der die Fraktionen jetzt auch noch einmal angeschrieben hat. Eine Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer wird vom Flüchtlingsrat abgelehnt.

Wie bereits gesagt, kann man hier unterschiedlicher Auffassung sein. Aber pauschal zu bewerten, dass es unter den Asylbewerbern aus diesen Ländern keine Kriminalität gibt, ist zu einfach. Zahlen des Bundeskriminalamtes belegen das.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Darum geht es doch gar nicht!)

Aber selbstverständlich ist die Einstufung eines Staates als sicheres Herkunftsland keine Blaupause, keinen einzigen Antrag mehr positiv zu bescheiden. Selbstverständlich wird auch weiterhin jeder Antrag individuell geprüft und nach den entsprechenden Kriterien bewertet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das wird genauso praktiziert wie auch bei Angehörigen aus den Balkanstaaten. Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Jeder Asylbewerber, der nach der Prüfung seines Antrags Anspruch auf Asyl hat, soll dies auch bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn also z. B. eine Verfolgungslage bestätigt ist, werden die Betroffenen selbstverständlich auch unterstützt.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, sollte also ein Asylgrund bei Menschen aus diesen Ländern bestehen, so wird auch weiterhin ein Aufenthaltsrecht gewährt, genau wie auch bei den Betroffenen aus dem Kosovo.

Die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer hätte aber eine erhebliche Signalwirkung auf die Anzahl der Asylanträge, wie am Beispiel der Balkanstaaten zu erkennen ist. Man kann auch den Umkehrschluss aufstellen und aus der rückläufigen Zahl von Asylbewerbern aus den Balkanstaaten schließen, dass die Asylgründe durch die Einstufung dieser Staaten als sichere Herkunftsstaaten bereits im Heimatland doch noch einmal überlegt werden.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, durch die Einstufung eines Landes als sicherer Herkunftsstaat wird das Asylrecht keineswegs ausgehebelt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deutschland ist das Land, welches humanitäre Hilfe in einem sehr hohen Maß gewährt und in der ganzen Welt als vorbildlich gilt. Das zeigt auch der Wunsch vieler Menschen, nach Deutschland zu kommen. Unserer Bundesregierung muss aber auch zugestanden werden, klare Regelungen für die Zuwanderung zu schaffen und sie zu steuern. Denn sonst besteht die Gefahr, dass die breite Akzeptanz, die es bisher in unserer Bevölkerung für die Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern gegeben hat, nachlässt. Ich bin fest davon überzeugt, dass niemand diesen Rückgang von Akzeptanz für Flüchtlinge und Menschen in Not möchte. Wie viele Menschen haben sich gerade in den letzten Monaten mit hohem ehrenamtlichen Engagement für die Menschen eingesetzt, die unserer Hilfe und Unterstützung bedürfen! Dafür müssen wir dankbar sein. Das dürfen wir aber auch nicht aufs Spiel setzen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, mit der Einstufung als sicheres Herkunftsland lässt sich nicht alles lösen. Aber auch für uns besteht damit die Chance, die Zuwanderung zu steuern.

Meine Damen und Herren, damit ist die Problematik bei den Abschiebungen aber noch nicht behoben. Der neue Bundesaußenminister Gabriel muss diese Staaten dann auch zur Rücknahme ihrer Landsleute bewegen. Deshalb, Herr Ministerpräsident Weil, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, stimmen Sie der Einstufung der Demokra-

tischen Volksrepublik Algerien, des Königsreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsländer im Bundesrat zu!

(Beifall bei der CDU)

Dadurch würden wir auch erreichen, dass für andere Personen aus anderen Staaten die Asylverfahren hier in Deutschland beschleunigt werden. Dieser Schritt könnte dann auch in den Landesaufnahmebehörden sehr, sehr entspannend wirken, sodass wir auch dort nicht mehr mit derartigen Vorkommnissen rechnen müssen, über die wir in den letzten Tagen diskutiert haben. Gehen Sie ein Stück in sich, meine Damen und Herren! Stimmen Sie der Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten im Bundesrat zu! Sie tun damit auch unserer Bevölkerung einen großen Gefallen

(Filiz Polat [GRÜNE]: Das ist ja wohl ein komisches Argument!)

und einen Schritt in die richtige Richtung. Auch die Akzeptanz in der Bevölkerung, von der ich gerade gesprochen habe, ist wichtig. Denn wenn wir hier in Deutschland nicht mehr in die Lage versetzt werden, den Menschen zu helfen, dann möchte ich wissen, was in der Welt passiert und welche anderen Staaten dann so aktiv helfen werden wie wir.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Jahns. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt das Wort Frau Kollegin Doris Schröder-Köpf.

#### Doris Schröder-Köpf (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! In diesen Tagen, an denen eine der großen Demokratien der Welt Menschen allein wegen ihrer Religionszugehörigkeit den Zutritt verweigert, Flüchtlinge pauschal zurückweist und sogar mit dem Bau einer Mauer zum Nachbarland beginnt, entdecken manche Bürgerin und mancher Bürger den Wert der Grundwerte Europas wieder. In diesen Tagen, an denen die Wirkungskreise von Demagogen und Despoten bis an die Grenzen unseres Landes heranreichen, erkennen vielleicht viele zum ersten Mal den Wert von verlässlichem Recht, den Wert des Grundgesetzes.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dieses Grundgesetz regelt im sogenannten Asylrechtsartikel 16 a Abs. 3 auch die Frage nach den sogenannten sicheren Herkunftsstaaten. Darin heißt es - ich zitiere -:

"Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet."

Seit mehr als 20 Jahren ist dieses Konzept der sicheren Herkunftsstaaten ein fester Bestandteil des Asylrechts und wird vom Grundgesetz - ich habe es gerade gesagt - ebenso anerkannt wie von der EU in ihrer Asylverfahrensrichtlinie, in der Mindestnormen für die Durchführung von Asylverfahren festgelegt sind.

In einer Analyse beschreibt Professor Dr. Daniel Thym, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Europarecht und Völkerrecht an der Universität Konstanz, die Intention. Es gehe immer auch - Zitat -

"um eine symbolische Wirkung. Der Gesetzgeber will der eigenen Bevölkerung zeigen, dass er etwas unternimmt, und vor allem auch ein Signal in die Herkunftsstaaten senden, damit weniger Personen ohne Asylberechtigung sich auf den Weg nach Deutschland machen."

#### Und weiter:

"Tatsächlich zeigen ethnologische Studien, dass Wanderungsentscheidungen häufig durch eine unklare Informationslage geprägt sind, sodass öffentlichkeitswirksame Maßnahmen etwas bewirken können."

Aus Sicht des Ko-Direktors des Konstanzer Forschungszentrums für Ausländer- und Asylrecht gibt es weitere Vorteile: "die leichtere Begründung der Asylentscheidung, weil die Behörden und Gerichte sich nur noch auf den Einzelfall beziehen und nicht mehr die allgemeine Situation im Land beschreiben müssen", und "die Verfahrensbeschleunigung", weil kürzere Bearbeitungsfristen und Klagefristen von nur noch einer Woche gelten. Ich sage das einmal ganz wertfrei.

Doch auch der Völkerrechtsexperte, der an dem Konzept der sicheren Herkunftsstaaten grundsätz-

lich nichts auszusetzen hat, weist auf den problematischen Punkt hin. Ich zitiere:

"Weniger klar ist jedoch, wie man die Situation in bestimmten Ländern einschätzt, …"

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, genau darum geht es im Fall der Maghreb-Staaten. Denn auch wenn die Bezeichnung "Maghreb-Staaten" anderes suggeriert, handelt es sich doch um drei höchst unterschiedliche Staaten, nämlich Algerien, Marokko und Tunesien. Übrigens gehört keiner dieser drei Staaten zu den zehn Hauptherkunftsländern von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Deutschland.

Nach Einschätzung der Stiftung Wissenschaft und Politik sind die Unterschiede zwischen den drei Ländern sogar ganz enorm:

Algerien, das Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International den Zutritt zum Land verweigert, aus dem von Folter und geschlechtsspezifischer Gewalt berichtet wird und in dem das Strafgesetzbuch vorsieht, dass Männer nach Vergewaltigung von minderjährigen Mädchen straffrei bleiben, wenn sie diese heiraten.

Marokko, in dem selbst nach Einschätzung des Bundesinnenministers - ich zitiere aus seiner Rede vom 13. Mai vergangenen Jahres in Berlin - "Aktivisten mit staatlichem Druck rechnen [müssen], wenn sie den Anspruch Marokkos auf die Region Westsahara kritisieren".

Und dann Tunesien, das als einziger arabischer Staat eine weitgehende Demokratisierung durchlaufen hat und nach Einschätzung von Forschern der renommierten Stiftung Wissenschaft und Politik über eine - Zitat - "aktive Zivilgesellschaft" verfügt, über eine "ausdifferenzierte Presselandschaft" sowie "lokale Menschenrechtsorganisationen, die ihre Arbeit weitgehend ungehindert ausüben" können

Sehr geehrte Damen und Herren, doch gerade aus Tunesien, dessen Gesellschaft sich der westlichen wohl am weitesten angenähert hat, kommen besonders viele Dschihadisten. Frau Jahns hat gerade auch davon gesprochen. Eine Ursache dürfte in der Arbeits- und Hoffnungslosigkeit und der daher rührenden Verführbarkeit der dortigen Jugend liegen. Eine leichte Beute für radikale Rattenfänger!

Nach Studien des Tunesischen Forums für ökonomische und soziale Rechte (FTDES) liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei rund 40 %. Das bestä-

tigt auch die OECD. 45 % aller jungen Tunesier sind dieser Studie zufolge bereit, das Land zu verlassen und irgendwo einzuwandern, legal oder illegal.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie sehen: *Die* Maghreb-Staaten gibt es nicht als einheitlichen gesellschaftlichen Raum.

Selbst die größte Migrationsbehörde in Deutschland, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, sieht einem ZEIT-Online-Bericht zufolge die Lage in Tunesien, Algerien und Marokko als unsicherer an als der eigene vorgesetzte Innenminister de Maizière. In den sogenannten Herkunftsländerleitlinien der Behörde soll laut ZEIT-Online stehen, dass in Marokko und Algerien - ich zitiere - politische Verfolgung vonseiten des Staates nicht auszuschließen sei. Selbst in Tunesien könne bei Bekanntwerden von Homosexualität eine "schutzrelevante Verfolgung durch Behörden drohen".

Meine sehr geehrten Damen und Herren, 1996 hat das Bundesverfassungsgericht geurteilt, welche Bedingungen für die Bestimmung eines Staates zum sicheren Herkunftsstaat erfüllt sein müssen. Danach muss in den betreffenden Staaten - ich zitiere - "die Sicherheit vor politischer Verfolgung landesweit und für alle Personen- und Bevölkerungsgruppen bestehen".

Sehr geehrte Damen und Herren, das ist ja eben fraglich. Doch selbst wenn die Hürde Bundesverfassungsgericht genommen werden könnte - was durchaus nicht sicher ist -, bleibt das bisher größte Abschiebehindernis bestehen: Eine nennenswerte Verbesserung kann nämlich nur erreicht werden, wenn mit den Maghreb-Staaten wirksame Rückübernahmeverfahren vereinbart werden. Das, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, ist nun einmal die Aufgabe Ihres Innenministers de Maizière und nicht etwa des neuen Außenministers. Ihr Innenminister muss in Verhandlungen mit diesen Ländern zu entsprechenden Vereinbarungen kommen.

(Jörg Hillmer [CDU]: Der Außenminister hießt Gabriel!)

Da der vorliegende Antrag Ihrer Fraktion dazu keinerlei Aussagen trifft, kann die SPD-Fraktion auch nicht zustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, Sie wollen abschrecken und abschieben. Auch wir wollen, dass die Signale aus Deutschland gehört werden und dass im Sinne der wirklich Verfolgten Recht durchgesetzt wird, wenngleich wir den Weg des

niedersächsischen Innenministeriums mit dem Konzept der freiwilligen Rückkehr für nachhaltiger und humaner halten.

Wenn Sie das BAMF und die Gerichte wirklich entlasten wollen - so begründen Sie ja Ihren Antrag -, wäre es am allerbesten, die jungen Menschen aus den Maghreb-Staaten würden sich erst gar nicht auf den Weg machen. Bayerischprägnant hat das Entwicklungsminister Gerd Müller von der CSU ausgedrückt. Ich zitiere:

"Die Menschen brauchen zu Hause Arbeit und Zukunft, sonst kommen sie zu uns."

Lassen Sie uns in diesem Sinn zusammenarbeiten und Sicherheit schaffen - hier und in den Maghreb-Staaten!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin, würden Sie noch einen Moment stehen bleiben? Ich muss Ihnen eine Frage stellen. Noch während Ihrer Rede hat sich die Kollegin Jahns zu einer Zwischenfrage gemeldet. Würden Sie diese Zwischenfrage noch zulassen und beantworten?

#### Doris Schröder-Köpf (SPD):

Wenn ich sie beantworten kann, gerne.

(Jens Nacke [CDU]: Dazu muss sie erst gestellt werden!)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Bitte schön, Frau Jahns!

## Angelika Jahns (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Schröder-Köpf, ich hätte gerne von Ihnen gewusst, ob Sie wissen, wie die SPD im Bundestag zu diesem Thema abgestimmt hat.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Das weiß sie bestimmt!)

Denn Sie haben ja gesagt, dass die SPD hier gegen den Antrag stimmt. Wie hat denn die SPD auf Bundesebene im Bundestag gestimmt?

(Beifall bei der CDU)

# Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Bitte schön, Frau Schröder-Köpf!

#### Doris Schröder-Köpf (SPD):

Ich weiß, wie die SPD im Bundestag gestimmt hat. Wir vertreten hier unsere Meinung. Wir sind die SPD-Fraktion des Niedersächsischen Landtags.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Das nennt man wohl "Gängelband des Koalitionspartners"! - Gegenruf von Johanne Modder [SPD]: Ach, Herr Nacke meldet sich mal wieder! - Gegenruf von Jens Nacke [CDU]: Ich würde mich schämen!)

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Jetzt hat für die FDP-Fraktion Herr Kollege Jan-Christoph Oetjen das Wort.

#### Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Sehr verehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen in der Asyldebatte manchmal den Realitäten ins Auge sehen.

(Beifall bei der FDP)

Die Realitäten sind: Im Jahre 2015 sind 26 000 Menschen aus Algerien, Tunesien und Marokko nach Deutschland eingereist. Davon haben zwei zwei! - einen positiven Asylbescheid bekommen. 53 haben den Flüchtlingsstatus zuerkannt bekommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren. das sind Größenordnungen ähnlich denen, die wir bei der Einstufung der Balkanstaaten als sichere Herkunftsstaaten auch zur Grundlage hatten. Das heißt also, von Menschen, die aus diesen Ländern zu uns kommen, bekommt fast keiner Asyl - fast keiner. Es gibt keine Asylgründe. Ich glaube, verehrte Kolleginnen und Kollegen, nicht, dass die Situation in Algerien, Marokko oder Tunesien einfach ist. Ich glaube auch, dass es da viel Arbeitslosigkeit gibt und dass Menschen dort nach einer Perspektive suchen. Aber darum geht es an dieser Stelle nicht, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den Grünen, sondern es geht um die Frage, ob es Asylgründe in diesen Ländern gibt. Die Zahlen sprechen hier eine klare Sprache: Nein, diese Asylgründe liegen in Algerien, Marokko und Tunesien nicht vor.

(Jörg Bode [FDP]: Ganz einfach!)

Deswegen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, plädieren wir als Freie Demokraten auch dafür, diese drei Länder als sichere Herkunftsstaaten anzuerkennen. Das wäre nur konsequent, verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wenn Sie konsequent in Ihrem Handeln wären, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, aber insbesondere auch von den Grünen - Sie haben damals mit der gleichen Argumentation akzeptiert, dass die Staaten des Balkans als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden -, dann würden Sie das auch bei den Maghreb-Staaten so nachvollziehen. Aber scheinbar fehlt Ihnen diese Konsequenz.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich möchte auf ein anderes wichtiges Problem hinweisen. Das ist das Problem, dass diese Staaten zum Teil nicht bei der Rücknahme ihrer eigenen Bürgerinnen und Bürger kooperieren.

(Jörg Bode [FDP]: Genau!)

Ich halte es für einen wirklichen Skandal, dass wir es nicht hinbekommen, mit diesen Ländern in Abkommen zu vereinbaren, dass die Rücknahme ihrer Bürgerinnen und Bürger tatsächlich in jedem Fall gewährleistet ist.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kann doch nicht sein, dass ein Land sagt: "Nein, wir nehmen unsere eigenen Bürgerinnen und Bürger nicht zurück." Ich erwarte von der Bundesregierung auch, dass wir, wenn solche Länder in diesen Fragen nicht kooperieren, aufhören, ihnen im Rahmen von Entwicklungshilfe und Ähnlichem das Geld hinterherzuwerfen. Wer nicht im Rahmen des Rechts mit uns kooperiert, der soll auch nicht davon profitieren - aus meiner Sicht jedenfalls -, wenn wir mit Entwicklungshilfe arbeiten. Das wäre aus meiner Sicht nur konsequent.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Deswegen sage ich klar für meine Fraktion: Wir unterstützen den Antrag der CDU-Landtagsfraktion. Ich wünsche mir und erwarte von dieser Landesregierung, dass sie im Bundesrat der Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten zustimmt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

# Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Oetjen. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt der Kollege Belit Onay das Wort.

## Belit Onay (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu der Diskussion und zu dem vorliegenden Antrag - das hatte Frau Jahns schon gesagt - gibt es einen offenen Brief des Flüchtlingsrats, aus dem ich gerne einige Zeilen zitieren möchte. In diesem Schreiben wird der Antrag, der als populistisch bewertet wird, wie folgt analysiert. Es heißt:

"Er"

#### - also der Antrag -

"zielt darauf, die gesamte Gruppe der Maghreb-Flüchtlinge unter Generalverdacht zu stellen. Der Duktus des Antrags ist völlig verfehlt, ja teilweise gefährlich. Wenn die CDU die Gruppe der Maghreb-Flüchtlinge pauschal unter Kriminalitätsverdacht setzt, in vagem Konjunktiv einen Zusammenhang zu den Kölner Silvesterübergriffen auf Frauen herstellt und nicht vergisst zu erwähnen, dass auch der Berliner Attentäter Amri aus einem Maghreb-Staat stammt, wird man ihr den Vorwurf nicht ersparen können, dass sie versucht, durch die pauschale Diffamierung einer Bevölkerungsgruppe politisches Kapital zu schlagen."

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das kann man, glaube ich, so stehen lassen.

(Björn Thümler [CDU]: Das ist falsch! Das ist Unsinn!)

Man muss sich noch einmal klarmachen: Damit sind wir im Grunde genommen wieder bei der Debatte, bei der wir heute Morgen waren, nämlich dass Sie die Unschuldsvermutung ausdrücklich unter den Teppich kehren und außer Acht lassen. Denn der Großteil dieser Menschen ist eben nicht straffällig, sondern ist schutzsuchend.

Außerdem geht es bei der Festlegung zur Frage sicherer Herkunftsstaaten auch nicht um die Frage von Kriminalitätsraten, sondern um die Verfolgungssituation, um die politische Situation in diesen Herkunftsländern, und da lohnt es sich, sich die Maghreb-Staaten einmal genauer anzuschauen; denn "die" Maghreb-Staaten - auch das ist hier erwähnt worden - gibt es so pauschal nicht.

## (Zustimmung bei den GRÜNEN)

Es geht um das Königreich Marokko, um Algerien, das mehr oder weniger in Form einer greisen Militärdiktatur geführt wird, und um Tunesien, wo es das Bemühen gibt, demokratische Standards für möglichst viele Menschen zugänglich zu machen. Aber spannend ist - da teile ich ausdrücklich Ihre Meinung, Frau Jahns -: Es gibt unterschiedliche Bewertungen diverser unterschiedlicher Organisationen. Selbst in der Bundesregierung, im Bundesinnenministerium, gibt es unterschiedliche Bewertungen. Das BAMF bewertet die Situation in diesen drei Ländern völlig anders als das Innenministerium, das den Antrag, um den es ging, verfasst hat

(Angelika Jahns [CDU] meldet sich zu Wort)

- ich lasse die Frage gleich zu - und damit die Einschätzung des BAMF unterdrückt. Das BAMF spricht nämlich davon, dass ganze Bevölkerungsgruppen verfolgt werden, nämlich Oppositionelle, Minderheiten wie zum Beispiel im Fall von Marokko in Westsahara, Frauen und auch Homosexuelle.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, politische Verfolgung und auch Folter sind in diesen Ländern ausweislich der BAMF-Einschätzung an der Tagesordnung und auch anzutreffen. Insofern kann hier meines Erachtens nicht von sicheren Herkunftsstaaten die Rede sein.

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin Jahns, Herr Kollege Onay lässt die Frage zu. Bitte schön!

## Angelika Jahns (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Onay, ich hätte gerne von Ihnen gewusst, wie Sie denn die Einschätzung des badenwürttembergischen Ministerpräsidenten Kretschmann bewerten, der ja nun bekanntlich von den Grünen stammt, wenn Sie unsere Aufforderung, dieser Einstufung zuzustimmen, ablehnen. Es ist nicht nur unsere eigene Meinung, sondern auch die Zahlen belegen es, wie die Asylanträge insgesamt geprüft und bewertet werden. Das können Sie nicht einfach von der Hand weisen.

# Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Es ist keine Rede, Frau Kollegin.

# Angelika Jahns (CDU):

Okay, alles klar. - Meine Frage lautet also: Wie bewerten Sie die Einstellung des badenwürttembergischen Ministerpräsidenten?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Onay, bitte schön!

# Belit Onay (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Kollegin Jahns, die CDU-Fraktion weiß ja selbst, wie es mit süddeutschen Schwesterparteien und deren Meinung manchmal ist

> (Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Das ist keine Schwesterpartei! Das ist Ihre eigene Partei!)

Aber ich komme noch einmal ausdrücklich darauf zurück, dass wir hier eine eigene Bewertung haben und ausdrücklich die Bewertung des BAMF in dieser Frage teilen. Ich würde auch dem Ministerpräsidenten aus Baden-Württemberg nahelegen er hat über Angela Merkel sicherlich einen guten Draht, um an BAMF-Unterlagen zu kommen -, sich diese Einschätzung noch einmal zur Gemüte zu führen.

(Björn Thümler [CDU]: Die kennt er!)

- Das würde es noch viel schlimmer machen, Herr Thümler.

Eine solche Einstufung würde aber eben auch zu Folgen hier in Deutschland führen, dass nämlich die Integrationsmöglichkeiten, die Integrationsoptionen dieser Menschen, die hier sind, verschlossen werden: Arbeitsverbote und kein Zugang zu Integrationskursen. Im Ergebnis hätte es auch nicht den Effekt, meine sehr geehrten Damen und Herren, den Sie sich erhoffen; denn die Rückführung dieses Personenkreises scheitert nicht an der Einstufung der Länder, sondern scheitert häufig daran, dass eben keine oder nur eine geringe Aufnahmebereitschaft besteht oder dass EU-Passierscheine nicht anerkannt werden.

In diesem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss man einfach festhalten, dass dieser Antrag nichts bringen wird und dass er die Realitäten verkennt. Deshalb werden wir ihn ablehnen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Onay. - Das Wort hat jetzt Herr Innenminister Pistorius.

#### Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten ist eine Entscheidung, die wir uns nicht allzu leicht machen dürfen. Eine solche Bezeichnung sollte kein leichtfertig vergebenes politisches Label dafür sein, dass Menschen ohne Asylanspruch dann einfach weg sind; denn das wird ganz sicher nicht passieren. Wir sollten uns dem Wortsinn entsprechend schon weitestgehend sicher sein, dass die Länder für diese Menschen sicher sind.

Liebe Frau Jahns, in Ihrer gestrigen Pressemittelung beziehen Sie sich mit keinem Wort darauf, ob die sogenannten Maghreb-Staaten diese Sicherheit gewährleisten können. Es spielt offenbar keine Rolle, was mit diesen Menschen passiert. Dafür stellen Sie fest - ich zitiere wörtlich -, dass "die Kriminalitätsrate bei Asylbewerbern aus diesen Ländern im Durchschnitt deutlich höher als bei Migranten aus anderen Staaten ist". Aha!

Ich will Ihnen sehr deutlich sagen: Kriminalität ist ein sachfremdes Kriterium für die Frage der Einstufung als sicheres Herkunftsland. Kriminalität ist bestenfalls ein Kriterium, um den gemeinsamen Wunsch zu teilen, zu artikulieren und umzusetzen, diese Menschen nach einem erfolglosen Asylverfahren so schnell wie möglich wieder loszuwerden, definitiv aber nicht für die Frage der Einstufung als sicheres Herkunftsland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, Sie machen es sich in dieser Frage leider wieder einmal zu leicht.

(Björn Thümler [CDU]: Ja, sicher!)

Das Prinzip "Aus den Augen, aus dem Sinn" greift bei solch schwerwiegenden Entscheidungen wie der Einstufung von Ländern als sichere Herkunftsstaaten nicht.

Ich möchte klarstellen, welche Folgen mit der Einstufung als sichere Herkunftsstaaten verknüpft sind. Eine Einstufung dient in erster Linie der Beschleunigung des Asylverfahrens, da sowohl die Frist für eine freiwillige Ausreise als auch die Rechtsmittelfrist verkürzt werden. Darüber hinaus gelten für Staatangehörige aus sicheren Herkunftsstaaten besondere Einschränkungen. Sie unterliegen als Asylsuchende und abgelehnte Asylsuchende einem Beschäftigungsverbot. Zudem sind sie verpflichtet, für die Dauer des Asylverfahrens und im Falle der Ablehnung des Asylantrags bis zur Ausreise oder bis zum Vollzug der

Abschiebungsandrohung oder -anordnung in der Erstaufnahmerichtung zu wohnen.

Meine Damen und Herren, um es ganz deutlich zu sagen: Die Einstufung als sicherer Herkunftsstaat bietet hingegen keine Gewähr für eine schnellere Rückführung. Insoweit stellen sich insbesondere die Herausforderungen der Identitätsklärung und Passersatzpapierbeschaffung in gleicher Weise wie bei abgelehnten Asylsuchenden aus nicht als sicher eingestuften Herkunftsstaaten.

Ihre wenig von humanitärem Geist geprägte Forderung ist vielmehr wieder einmal der Rückgriff auf abgegriffene Law-and-order-Rhetorik, der Sie u. a. zu verdanken haben, meine Damen und Herren, dass Sie in der Opposition sitzen.

Die Realität ist doch eine ganz andere; denn auch bei einer viel größeren Zahl von Menschen, die wir rückführen müssten, bräuchten wir vor allem Herkunftsländer, die die Menschen aufnehmen. Beschleunigte Asylverfahren ergeben nur dann Sinn, wenn abgelehnte Asylbewerber auch tatsächlich in die Herkunftsländer zurückgeführt werden können. Das ist derzeit nur bedingt der Fall. Hierzu die aktuellen Zahlen des BAMF: Von 2 932 abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern beispielsweise aus Algerien wurden zwischen Januar und November 2016 lediglich 140 Menschen abgeschoben. Für die weiteren Maghreb-Staaten sind die Zahlen nicht wirklich viel höher. Dies zeigt: Es mangelt an der Aufnahmewilligkeit der Herkunftsstaaten. Daher hilft auch keine Einstufung als sichere Herkunftsstaaten: nichts hilft das!

Die von Ihnen prognostizierten schnelleren Rückführungen sind nicht mehr und nicht weniger als eine politische Fata Morgana: Es sieht toll aus, ist aber nichts anderes als heiße Luft.

Der Aufnahmewille der Herkunftsstaaten ist der Dreh- und Angelpunkt eines reibungslosen Rückführungsverfahrens. Darauf haben wir in Niedersachsen immer wieder hingewiesen.

Lassen Sie mich noch etwas sagen: Wir können natürlich darüber spekulieren, was denn hilft, um die Aufnahmefähigkeit zu erhöhen. Wir können über Kürzungen von Entwicklungshilfe und der Zusammenarbeit sprechen. Aber was bringt uns ein destabilisierter nordafrikanischer Raum, der wirtschaftlich weiter nach unten geht und der mehr Menschen dazu zwingt, ihre Zukunft woanders zu suchen? - Eine solche Entwicklung wäre extrem kontraproduktiv und gefährlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Susanne Menge [GRÜNE])

Über den Bundesrat haben wir dennoch die Bundesregierung aufgefordert, weiter auf eine erhöhte Akzeptanz von EU-Laissez-passer-Dokumenten oder die beschleunigte Ausstellung von Passersatzpapieren hinzuwirken. Auch wenn es in der Kooperation mit den Maghreb-Staaten gegenwärtig erste Fortschritte gibt, sind wir erst am Anfang des Weges.

Unabhängig von diesen Problemen bei den Rückführungen bin ich der Überzeugung, dass wir nicht leichtfertig die Sicherheit für ein ganzes Land und seine Bürger pauschal feststellen sollten. Wir brauchen eine umfassende Bewertung der noch offenen Fragen, um diese Entscheidung verantwortungsbewusst treffen zu können. Die aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten zeigen, dass diese Fragen noch nicht hinreichend geklärt sind. Ihr Entschließungsantrag ist daher ein Schnellschuss, den wir ebenfalls ablehnen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die CDU-Fraktion hat noch eine Redezeit von 2:28 Minuten, die ich wegen der Überziehung der Redezeit durch die Landesregierung auf drei Minuten aufrunde. Die möchte jetzt der Kollege Nacke in Anspruch nehmen, dem ich das Wort erteile. Bitte!

## Jens Nacke (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, ich würde gerne kurz auf Ihren Redebeitrag eingehen, weil man, wenn man Ihnen zugehört hat, ein Déjà-vu haben kann. Dieselbe Argumentation, die Sie gerade an den Tag gelegt haben, haben Sie auch bei den Balkanflüchtlingen an den Tag gelegt. Mit derselben Argumentation wurde hier vorgetragen, dass man dies ablehnen will.

Jetzt lassen Sie sich dafür abfeiern,

(Johanne Modder [SPD]: Feiern sieht anders aus!)

dass die freiwillige Rückreise, die von den Landkreisen organisiert werden kann, weil Regelungen zu sicheren Drittstaaten in Kraft getreten sind, nun endlich funktioniert. Jetzt sagen Sie: Prima, das Programm meines Ministeriums hat funktioniert. Nichts haben Sie dazu beigetragen! Diese Landesregierung hat im Bundesrat nicht einmal zugestimmt. Sie musste sich enthalten, weil Herr Weil nicht zustimmen durfte, obwohl er wollte, weil die Grünen es ihm verboten hatten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Schon damals musste man sich auf Herrn Kretschmann und Baden-Württemberg verlassen, damit das, was richtig ist, auch tatsächlich in Kraft tritt.

Jetzt erzählen Sie mir doch nicht, die SPD in Niedersachsen hätte eine ganz eigene Auffassung gegenüber der Bundes-SPD! Die Wahrheit ist, dass Ihr Ministerpräsident Ihnen wahrscheinlich gesagt hat, dass er nicht noch einmal in die Situation kommen will, sich enthalten zu müssen, weil die Grünen ihn dazu zwingen, weil sie es nicht wollen. Es sind allein die Grünen in diesem Hause, die das verhindern. Alles andere ist unglaubwürdig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich sage Ihnen noch etwas: Das, was beim Balkan wunderbar funktioniert hat, wird auch hier funktionieren. Sie tun gerade so, als hätte Frau Jahns gesagt, dass letzten Endes die Kriminalitätsquote das entscheidende Kriterium ist. Nein, es sind dieselben Zahlen wie beim Balkan. Die Ablehnungsquote bei den Anträgen auf Asyl, die gestellt worden sind, ist doch von Herrn Oetjen vorgetragen worden. Sagen Sie doch einmal etwas dazu, dass Tausende von Anträgen gestellt werden, dass aber - bis auf ein, zwei Ausnahmen - kein Antrag auf Asyl bewilligt wird!

Das ist dieselbe Quote wie beim Balkan, dieselbe Situation wie beim Balkan und dieselbe Chance, hier eine vernünftige Regelung auf den Weg zu bringen, die freiwillige Rückreisen, vernünftige Absprachen und ein vernünftiges Miteinander überhaupt erst möglich machen. Sie verweigern sich einer ordentlichen Politik, weil die Grünen Sie nicht lassen. Deswegen gehört diese Regierung abgewählt!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Nacke. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. (Björn Thümler [CDU]: Doch! Frau Schröder-Köpf möchte eine Kurzintervention machen!)

- Das ist hier nicht angekommen. Frau Schröder-Köpf, möchten Sie reden?

(Zuruf)

- Ich habe es nicht gesehen. Ich bin auch nicht darauf hingewiesen worden.

Frau Schröder-Köpf, Sie möchten eine Kurzintervention machen. War das während der Rede? - Dann haben Sie die Gelegenheit. Sie können die Kurzintervention auch von hier vorne machen.

# Doris Schröder-Köpf (SPD):

Ich bleibe lieber hier hinten am Saalmikrofon.

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Okay. 90 Sekunden, bitte!

# Doris Schröder-Köpf (SPD):

Ich möchte Herrn Nacke fragen, ob er es für ausgeschlossen hält, dass ich als Frau und Landesbeauftragte meine eigene persönliche Meinung vertrete. Sie haben doch aufmerksam zugehört. Denken Sie, es ist normal, dass man sich so etwas verordnen lässt?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Das war eine sehr kurze Kurzintervention. - Sie möchten antworten. Bitte, Herr Nacke!

## Jens Nacke (CDU):

Liebe Frau Kollegin Schröder-Köpf, ich halte es jedenfalls für sehr wahrscheinlich, dass es innerhalb der SPD Niedersachsens dieselbe Vernunft gibt, die auch bei der Bundes-SPD eingesetzt hat. Ich halte das auch deswegen für sehr wahrscheinlich, weil der Herr Ministerpräsident mit einem wütenden Ausdruck direkt in der Vorhalle des Bundesrates erklärt hat: "So etwas wird es nicht noch einmal geben, dass ich mich hier hinstellen muss und die Grünen mir verbieten, wie ich abstimmen will, und Herr Wenzel gleichzeitig sagt: "So hat dieses Land das nun einmal gemacht"".

Ich bin mir sicher, dass man dann, wenn dieser Ministerpräsident könnte, wie er wollte, und wenn dieser Innenminister dürfte, wie er wollte, der Regelung über sichere Drittstaaten zustimmen würde. Alles andere, was Sie hier erzählen, sind lediglich Luftnummern. Die Grünen zwingen Sie zu dieser Position, und Sie haben sie hier auch noch vertreten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Jetzt gucke ich sicherheitshalber noch einmal im Saal herum. - Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Deswegen kann ich die Beratung schließen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zur vorgesehenen Ausschussüberweisung.

Vorgesehen ist, den Ausschuss für Inneres und Sport mit diesem Antrag zu befassen. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist nach der Geschäftsordnung ausreichend unterstützt und wird so geschehen.

Ich unterbreche die Plenarsitzung bis zum Ende der vorgesehenen Mittagspause um 14 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung von 12.29 Uhr bis 14.01 Uhr)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, Sie hatten eine angenehme Mittagspause. Wir setzen jetzt die Beratungen fort. Bitte nehmen Sie Ihre Plätze ein.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 18:

39. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 17/7290 - strittige und unstrittige Eingaben - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/7335 - Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/7342

Sie kennen das Prozedere. Ich rufe zunächst die Eingaben auf, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer zu diesen Eingaben der Ausschussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das war einstimmig, den Empfehlungen wurde gefolgt.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich rufe nun die Eingaben aus der 39. Übersicht in der Drucksache 17/7290 auf, zu denen die erwähnten Änderungsanträge vorliegen.

Ich eröffne die Beratung. Wir beginnen mit der Eingabe 01891/11/17. Das ist die Eingabe betreffend die Rückkehr der Wölfe.

Das Wort hat für die FDP-Fraktion Herr Kollege Dr. Hocker.

(Unruhe)

- Ich darf um etwas Ruhe bitten, sodass wir in die Beratung einsteigen können. Ich bitte die Kollegen, Platz zu nehmen. - Bitte, Herr Kollege!

# Dr. Gero Hocker (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe großes Verständnis für diese Petition. Man kann fachlich unterschiedlicher Meinung sein, Herr Minister Wenzel, aber die Arroganz, mit der Sie sich seit einigen Monaten dem Thema Wolfsmigration nähern,

(Widerspruch bei den GRÜNEN -Hans-Joachim Janßen [GRÜNE]: Die Arroganz, mit der Sie darüber reden! -Unruhe - Glocke der Präsidentin)

schlägt mittlerweile dem Fass den Boden aus.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte das gerne mit drei Beispielen unterlegen.

Erstens. Der Minister besucht vor einigen Tagen einen Weidetierhalter, wo wenige Tage zuvor Nutztierrisse erfolgt sind. Alles, was er ihm mitbringt, ist die Empfehlung, er möge doch künftig höhere Zäune bauen, meine sehr verehrten Damen und Herren. - Das ist arrogant.

(Beifall bei der FDP)

Es ist arrogant, meine Damen und Herren, wenn seit Monaten, ja seit Jahren sogar, die Anträge und Gesetzentwürfe, die meine Fraktion in dieses Haus eingebracht hat, einfach niedergestimmt werden, während Sie nichts Eigenes auf der Pfanne haben, Herr Minister.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung Lutz Winkelmann [CDU])

Und es ist arrogant, meine sehr verehrten Damen und Herren - es ist sogar ignorant -, wenn jetzt als

Letztes sozusagen der Schwarze Peter auch noch der Landesjägerschaft zugeschoben werden soll mit dem Argument,

(Petra Tiemann [SPD]: Reden Sie auch zur Petition?)

die Jäger hätten in der Vergangenheit zu wenig Rotwild geschossen. Das sei der Grund, warum die Wölfe kommen. Es ist unerträglich, wie Sie mit eigenem Nichthandeln Probleme provozieren

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

und den Schwarzen Peter dann anderen zuschieben wollen. So funktioniert das nicht. Das ist nicht nur arrogant, das ist nicht nur ignorant, sondern das ist auch eine fachliche Unkenntnis, mit der Sie da zu Werke gehen, die eines Umweltministers nicht würdig ist. Handeln Sie endlich! Es wird allerhöchste Eisenbahn, weil die Menschen draußen endlich wieder eine Perspektive brauchen. Deswegen plädieren wir für "Berücksichtigung".

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU - Petra Tiemann [SPD]: Sie haben nicht ein Wort zur Petition gesagt!)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Zur gleichen Petition erhält nun Herr Kollege Winkelmann von der CDU-Fraktion das Wort.

(Zurufe von der FDP)

- Ich darf um Ruhe im Plenarsaal bitten!

Bitte, Herr Kollege!

#### Lutz Winkelmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als Sie, Frau Präsidentin, nachdem ich meinen Wortmeldezettel abgegeben hatte, fragten, ob das die Petition sei, in der es um den Wolf gehe, habe ich fälschlicherweise zunächst Ja gesagt. Dann habe ich noch einmal nachgedacht. Eigentlich geht es hier, meine Damen und Herren, nicht um den Wolf, sondern es geht um Menschen, es geht um Nutztiere, und es geht um betriebliche Existenzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Petentin ist selber Betreiberin eines Pferdezuchtbetriebes mit 20 Zuchtstuten, gleichzeitig ist sie auch Verbandsvorsitzende, die nicht nur für Pferdezüchter, sondern auch für andere Nutztierhalter spricht.

Im Petitionsausschuss wurde, als ich beantragt habe, die Petentin und noch weitere Fachleute anzuhören, dies mit der Einstimmenmehrheit von Rot-Grün abgelehnt, nach dem Motto: Wir wollen doch im Rahmen einer Petition keine Politik machen. - Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass wir das Thema Wolf doch bereits gehabt hätten.

(Christian Grascha [FDP]: Unglaublich! - Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Wir haben gesagt, dass wir dazu schon eine Anhörung gehabt haben! Das war der Grund!)

Meine Damen und Herren, das Thema Wolf entwickelt sich fortwährend weiter. Man muss sich das einmal vor Augen halten: Wir, die CDU-Fraktion, plädieren für "Berücksichtigung".

(Christian Grascha [FDP]: Wir auch!)

In dem Votum "Berücksichtigung" ist die Vokabel "Rücksicht" enthalten. Meine Damen und Herren, ich vermisse in der Politik der Landesregierung, aber, meine lieben Kolleginnen und Kollegen aus den Reihen der Abgeordneten, ich vermisse auch bei Ihnen eine Rücksichtnahme, eine rücksichtsvolle innere Haltung gegenüber dem, worum es hier geht. Die Petentin betreibt - ich habe ihren Betrieb gegoogelt, ich habe auch mit ihr telefoniert, damit ich weiß, worum es hier im Hintergrund geht - mit ihrer Familie einen Pferdezuchtbetrieb in der dritten Generation. Die Kinder arbeiten, auch wenn sie zum Teil noch einen landwirtschaftsfremden Beruf ausüben, im Betrieb mit. Wir haben es hier mit einem nennenswerten Betrieb, für den in der Vergangenheit viel Aufbauleistung erbracht wurde, zu tun. Hier geht es auch darum, eine Existenz auf dem flachen Lande zu erhalten.

Meine Damen und Herren, Menschen, die im ländlichen Raum Wertschöpfung betreiben, ob nun in der Landwirtschaft durch Weidetierhaltung mit einer Mutterkuhherde oder mit Schafhaltung oder wie hier mit einem Pferdebetrieb, verdienen Respekt vor ihrem Eigentum. Das ist ein Gesichtspunkt, der nach meinem Dafürhalten bei den ganzen Diskussionen im Zusammenhang mit der Rückkehr des Wolfes viel zu wenig Berücksichtigung gefunden hat.

Meine Damen und Herren, es gibt eine Eigentumsgarantie, nicht nur in der Europäischen Menschenrechtskonvention, sondern auch im Grundgesetz. Zu dem Eigentum - das wissen alle hier im

Saal befindlichen Volljuristen - gehört auch das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb. Das heißt, der Gewerbetreibende, ob das nun der Halter einer Mutterkuhherde ist oder wie hier ein Pferdezuchtbetrieb, kann verlangen, dass staatliche Einrichtungen sein Eigentum respektieren.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Ja, und Eigentum verpflichtet auch!)

Niemand aus den Reihen von Rot-Grün war beispielsweise bei der Vorstellung des Films "Weidetierhaltung: Geliebt. Gewollt. Geopfert?", ein hoch innovativer Film, der anderthalb Stunden gedauert hat

(Volker Bajus [GRÜNE]: Wir waren da!)

- ich habe Sie dort nicht gesehen -, ein Film, den die Weidetierhalter in Nord-Ost-Niedersachsen und der Verein zur Förderung der Schafzucht e. V. vorgestellt haben.

Meine Damen und Herren, dass die Schafhaltung generell - nicht nur in den Deichregionen, sondern auch in anderen Bereichen Niedersachsens und Deutschlands - durch die Rückkehr des Wolfes infrage gestellt ist, dass Landschaftspflege infrage gestellt ist, das muss Ihnen zu denken geben. Aber mit diesen sachlichen Argumenten scheinen Sie sich nicht zu befassen.

Die Petentin hat u. a. folgende Forderungen aufgestellt: Sie möchte, dass wolfsfreie Gebiete ausgewiesen werden, zu denen auch der Landkreis Diepholz gehören sollte. Sie möchte einen Rechtsanspruch für geschädigte Weidetierhalter, und zwar einen, der nicht nach oben limitiert ist. Dazu möchte sie auch eine Umkehr der Beweislast haben. Sie möchte, dass die Wölfe nicht im Ergebnis über Nutztiere gestellt werden.

Meine Damen und Herren, Sie lehnen es ab, sich überhaupt mit diesen Forderungen, die klar und in sich schlüssig sind und für die auch juristischenämlich verfassungsrechtliche - Argumente streiten, zu befassen.

(Wiard Siebels [SPD]: Der Petitionsausschuss hat sich damit befasst!)

Ich vermisse in der ganzen Wolfsproblematik ein Konzept: Wie viele Wölfe soll es eines Tages in Deutschland und jetzt akut in Niedersachsen geben? Wo sollen diese Wölfe leben?

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Eine unsinnige Herangehensweise!)

Wie will man vermeiden, dass Wölfe aufgrund reiner Passivität dieser Landesregierung in unsere Dörfer kommen?

(Gerald Heere [GRÜNE]: Mal ernsthaft: wolfsfreie Gebiete? - Unruhe)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Herr Kollege Winkelmann! - Es ist hier im Plenarsaal wirklich zu laut. Es geht um eine Petition. Das Petitionsrecht wird von uns sehr wertgeschätzt. Ich bitte wirklich um Ruhe im Plenarsaal, bevor wir hier fortfahren. - Ihre Zeit, Herr Winkelmann, ist angehalten.

(Anhaltende Unruhe)

 Sie alle haben übrigens auch noch die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden, um vom Mikrofon zu sprechen, sodass Sie das nicht von Ihren Plätzen aus tun müssen.

Bitte, Herr Kollege Winkelmann!

## Lutz Winkelmann (CDU):

Frau Präsidentin, ich danke für Ihre Fürsorge. Es überrascht mich aber nicht, dass Rot-Grün nicht gewillt ist, hier sachlich zuzuhören.

(Widerspruch bei den GRÜNEN - Gerd Ludwig Will [SPD]: Kann man auch unsachlich zuhören? - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Es ist ganz einfach, meine Damen und Herren: In Niedersachsen haben wir nicht zu Unrecht im Landeswappen ein Pferd.

(Wiard Siebels [SPD]: Vielleicht kommen Sie einmal zum Thema zurück!)

Der Wolf gehört da auch nicht hin. Die Nutztierhalter, meine Damen und Herren, leisten einen erheblichen Beitrag zur Wertschöpfung im ländlichen Raum. Aus den Erträgen, die Nutztierhalter und Pferdebetriebe erwirtschaften, werden Handwerkerrechnungen bezahlt. Es wird Ausbildung betrieben. Arbeitsplätze entstehen.

Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass wir zugunsten eines Tieres, nämlich des Wolfes, nicht nur die Wertschöpfung im ländlichen Raum opfern wollen, sondern auch noch die Artenvielfalt.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Schafe transportieren sowohl in ihrer Wolle als auch in ihren Hufen viele, viele Pflanzensamen - Pflanzensamen auch von bedrohten Arten.

(Wiard Siebels [SPD]: Ich dachte, es geht um Pferde!)

Sie, meine Damen und Herren, erklären an allen Stellen, dass Sie für den Artenschutz in unserer Natur sind. Hier negieren Sie einfach schlichte Wahrheiten. Hier folgen Sie den Einschätzungen von fehlgeleiteten urbanen Eliten.

(Zustimmung bei der CDU - Lachen bei der SPD - Glocke der Präsidenten)

anstatt sich mit dem Wissen von Fachleuten auseinanderzusetzen. Sie scheuen eine Auseinandersetzung mit der wissenschaftlichen Ebene. Da, wo es um den Wolf geht, wollen Sie keine Anhörung.

(Wiard Siebels [SPD]: Das ist nicht wahr!)

Sie wiegeln einfach ab, weil Sie glauben, Ihre Wählerklientel, die ideologisch eingestellt ist und nicht wissensgebunden agiert, bedienen zu können.

(Zustimmung von Frank Oesterhelweg [CDU] - Zurufe von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, damit werden Sie bei den Menschen im ländlichen Raum kein positives Echo finden.

Wir stimmen für "Berücksichtigung".

Danke.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Winkelmann. - Zur selben Petition erhält Herr Kollege Janßen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort. Bitte!

#### Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal: Von der populistischen Diktion der FDP und dem Überflug des Kollegen Winkelmann

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Tiefflug!)

zurück zur Sache!

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Hier liegt nämlich eine sehr konkrete Petition vor. Ich glaube, sie hat es verdient, dass man darauf eingeht.

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Sehr gut!)

In der vorliegenden Petition einer Pferdezüchterin aus dem Landkreis Diepholz kommt die Sorge zum Ausdruck, ihre Pferde vor Wolfsangriffen schützen zu wollen. Das ist verständlich. Der Wolf war in Niedersachsen jahrzehntelag ausgerottet. Die Rückkehr dieses Wildtieres stellt Weidetierhalter nun vor völlig neue Situationen. Das erfordert mehr Schutz für die eigenen Tier, und es verbleibt ein gewisses - wenn auch für Pferde eher geringes - Risiko. Nachgewiesen in Niedersachsen ist übrigens kein Pferderiss; ein Fall konnte nicht abschließend bewertet werden.

Die Forderungen jedoch, die die Petentin aus ihren Befürchtungen ableitet, teilen wir nicht. "Berücksichtigung", meine Damen und Herren - hier spreche ich insbesondere die CDU an -, ist keine angemessene Entscheidung und dürfte es eigentlich auch aus Ihrer Sicht nicht sein.

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]: Warum "eigentlich"?)

- Ich überlasse Ihnen, was Sie daraus machen. Sie können ja weiter zuhören. Das wäre eine gute Idee.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Zuruf von Jörg Hillmer [CDU])

Meine Damen und Herren, die Forderungen der Petition eins zu eins umzusetzen, ist rechtlich schlicht nicht möglich und sachlich nicht gerechtfertigt.

(Zuruf von Jörg Hillmer [CDU] - Gegenruf von Ottmar von Holtz [GRÜ-NE]: Hören Sie doch einmal zu!)

Ich will auf zwei Beispiele eingehen:

Diese Petition enthält die Forderung, das heimische Wild vor dem Wolf zu schützen. Wenn das Wild einen solchen Schutzstatus erhielte, müssten wir das Wild auch vor dem Jäger schützen.

(Zuruf von der CDU: Auf jeden Fall vor den Grünen!)

Die Forderung verkennt überdies schlicht, dass das Schlagen zu Beute genauso Teil eines natürlichen Verhaltens und natürlicher Prozesse ist wie z. B. von Schälen von Wild an Bäumen. Wollte man diese Prozesse unterbinden, hieße das, die Natur insgesamt aus unserem Umfeld zu verbannen. Meine Damen und Herren, das ist nicht möglich.

Zwischenfragen möchte ich nicht zulassen.

Überdies fordert die Petentin die Schaffung wolfsfreier Gebiete u. a. in der Region Diepholz. Wer die Region Diepholz kennt, weiß eigentlich, dass die Region Diepholz nicht sonderlich anders strukturiert ist als viele, viele andere Regionen in Niedersachsen.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig!)

Wollte man also den Landkreis Diepholz, wie gefordert, zur wolfsfreien Region erklären, müsste diese Zielsetzung auch für nahezu alle anderen Regionen in Niedersachsen gelten. Die Folge wäre dann schlicht: In Niedersachsen hat der Wolf keinen Lebensraum und auch kein Lebensrecht, jedenfalls nicht außerhalb von eingezäunten Truppenübungsplätzen, auf denen man dann natürlich auch regelmäßig den Wolf schießen müsste, da ein normales Abwanderungsverhalten nicht mehr möglich wäre. Vom Wildtier zur Zoohaltung - so stellen Sie sich den Wolfsschutz in Niedersachsen vor.

Artenschutzrechtlich ist das nicht zulässig, weil sich Europa und diese Bundesrepublik dazu entschieden haben, dass heimische Tierarten ein Existenzrecht in Natur und Landschaft haben, und zwar in Freiheit, nicht im Zoo. Das gilt auch für den Wolf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Konsequenz dieser Petition wäre: Artenschutz mögen andere betreiben - wir Niedersachsen jedenfalls nicht. Was das dann für den Artenschutz weltweit bedeuten würde, kann sich jeder selbst ausmalen.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Herr Kollege, waren Sie mit in Finnland?)

Die Lebensräume des Menschen und des Wolfesdas ist die Konsequenz daraus - werden sich auch in Zukunft überlappen. Das, was wir tun müssen und was diese Landesregierung auch tut, ist, dem Wolf Grenzen zu setzen

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Das tut sie eben nicht!)

und Tierhalter in dem Bemühen zu unterstützen, ihre Tiere vor Wölfen zu schützen.

(Jörg Hillmer [CDU]: Gar nichts tut sie!)

- Sie wissen es besser.

Der Bau von wolfsabwehrenden Zäunen wird in Niedersachsen mit 80 % bezuschusst. Verluste von Schäfern und Tierhaltern werden ersetzt.

Die Maßnahmen, meine Damen und Herren, werden kontinuierlich weiterentwickelt.

Bei der Errichtung wolfsabweisender Zäune werden Herdenhalter künftig noch besser unterstützt. Die De-minimis-Regelung - darüber haben wir im Ausschuss oft genug gesprochen - soll künftig deutlich angehoben werden. Ein entsprechender Antrag ist bei der EU.

Das Umweltministerium baut ein Soforthilfeteam auf, das praktische Hilfe nach Wolfsangriffen leistet und nötigenfalls auch kurzfristig Herdenschutzhunde einsetzen kann.

Gerade über die Beziehung von Pferd und Wolf wissen wir relativ wenig. Der Arbeitskreis "Pferd und Wolf", dem Experten und Wissenschaftler u. a. auch von Pferdezuchtverbänden angehören, trägt derzeit in wissenschaftlichen Untersuchungen Erfahrungen über die Interaktion von Pferden und Wölfen zusammen. Auch wenn es nach derzeitiger Kenntnis zu panikartigen Reaktionen von Pferden eher nicht kommt, soll hier natürlich dennoch geklärt werden, welche zusätzlichen Schutzmaßnahmen gerade bei Pferden möglich und sinnvoll sind. Diese Bestrebungen gerade der Pferdehalter unterstützen wir.

Meine Damen und Herren von der CDU, wir werden auf "Sach- und Rechtslage" entscheiden. Und ehrlich: Gehen Sie noch einmal in sich, und tun Sie das auch! Ein wolfsfreies Niedersachsen, wie die Petition es im Ergebnis fordert, dürfte auch Ihr Ziel nicht sein.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Das steht da nicht drin! Blödsinn!)

Meine Damen und Herren von der CDU, ich habe Sie doch zumindest bisweilen durchaus als Kollegen kennengelernt, die sehr wohl differenziert auf ein Problem eingehen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von der CDU: Oh!)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Janßen. - Zu dieser Petition liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich rufe jetzt die Petition 02912/11/17 mit Folgesatz auf. Es geht um Windkraftanlagen bzw. gesundheitliche Folgen durch Infraschall.

Das Wort hat für die FDP-Fraktion Herr Kollege Dr. Hocker. Bitte!

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Jetzt sagt er dasselbe und ersetzt "Wolf" durch "Windkraft"!)

## Dr. Gero Hocker (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß, dass die Mehrheitsfraktionen in diesem Hause die Hoffnung gehabt haben, das Thema würde nach der Kommunalwahl an Bedeutung verlieren. Wir haben Hunderte Petitionen in den vergangenen Monaten hier in diesem Hohen Hause beraten.

(Petra Tiemann [SPD]: Diese Rede haben wir auch schon hundertmal gehört!)

Ich sehe, dass Sie enttäuscht sind, dass sich Ihre Hoffnungen nicht erfüllt haben. Auch nach der Kommunalwahl bewegt dieses Thema die Menschen da draußen nach wie vor. Wir von der FDP-Fraktion werden nicht müde, diese Menschen da draußen zu unterstützen - egal, ob eine Wahl ansteht oder nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

#### (Beifall bei der FDP)

An den Ängsten hat sich da draußen doch nichts geändert. Die Menschen haben nach wie vor Angst um ihr Eigentum und fürchten den Wertverlust ihrer Immobilie. Sie haben auch vor Einschnitten in Flora und Fauna Angst, vor weniger Artenvielfalt.

Nicht zuletzt - und damit komme ich auf die Petition zu sprechen - haben sie Angst um ihre eigene Gesundheit, weil das Thema Infraschall noch immer nicht komplett abgeräumt ist und niemand wirklich ausschließen kann, dass es nicht auch gesundheitliche Gefährdungen durch Infraschall gibt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen empfehle ich dieser Landesregierung: Nehmen Sie endlich die Ängste der Menschen da draußen ernst! Handeln Sie endlich!

Deswegen plädieren wir wieder einmal auf "Berücksichtigung". Ich kann Ihnen sagen, das werden wir auch bei künftigen Petitionen machen, die sich mit diesem Thema in dieser Art und Weise beschäftigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir nun über die Eingaben abstimmen, zu denen Änderungsanträge vorliegen.

Ich rufe sie einzeln bzw. bei gleichem Sachinhalt im Block auf und lasse zunächst über die Änderungsanträge und, falls diese abgelehnt werden, dann über die Ausschussempfehlung abstimmen.

Ich rufe die laufende Nr. 1 der Eingabenübersicht auf, die Eingabe 02684/11/17 betr. den Versorgungsausgleich.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP vor. Er empfiehlt "Erwägung", soweit die Zuständigkeit des Landes berührt ist, im Übrigen "Sach- und Rechtslage". Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Sie lautet "Material", soweit die Zuständigkeit des Landes berührt ist, im Übrigen "Sach- und Rechtslage". Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Ausschussempfehlung wurde mit Mehrheit gefolgt.

Ich rufe die laufende Nr. 2 der Eingabenübersicht auf, die Eingabe 01891/11/17 betr. die Rückkehr der Wölfe in unsere Region.

Hierzu liegen gleichlautende Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der FDP vor. Sie empfehlen "Berücksichtigung". Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die beiden Änderungsanträge wurden mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Sie lautet "Sachund Rechtslage". Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit wurde der Beschlussempfehlung gefolgt.

Ich rufe die laufenden Nrn. 28 und 29 der Eingabenübersicht auf, die Eingabe 02912/11/17 und einen Folgesatz, betr. die Windkraftanlagen, gesundheitliche Folgen durch Infraschall.

Auch hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP vor. Er lautet "Berücksichtigung". Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Sie lautet "Sach- und Rechtslage". Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde gefolgt.

Ich rufe die laufende Nr. 32 der Eingabenübersicht auf, die Eingabe 02942/11/17, betr. Kommunalabgaben, Erhebung von Zweitwohnungssteuer.

Auch hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP vor. Er empfiehlt "Material". Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Sie lautet "Sach- und Rechtslage". Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses mit Mehrheit gefolgt.

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt und rufe auf den

Tagesordnungspunkt 20: Abschließende Beratung:

Handwerksbetriebe entlasten - Änderung der Abfallverzeichnis-Verordnung zurücknehmen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/6895 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klimaschutz - Drs. 17/7277

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort für die FDP-Fraktion Herrn Kollegen Dr. Hocker. Bitte!

#### Dr. Gero Hocker (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Häufig genug wird Politik der Vorwurf gemacht - häufig genug zu Recht -, sie laufe Entwicklungen nur hinterher und agiere nicht vorausschauend.

Es ist richtig, dass wir gemeinsam durch die Aussetzung der Anwendung der Abfallverzeichnis-Verordnung Luft und Zeit gewonnen haben. Aber ich möchte Ihnen gerne ins Gedächtnis rufen, wie die Situation vor wenigen Wochen bei vielen Handwerksbetrieben in Niedersachsen und in ganz Deutschland gewesen ist, als sich das Styropor auf Betriebshöfen gestapelt hat. Es konnte nicht entsorgt werden, Aufträge konnten nicht angenommen werden, und es sind sogar Jobs in Gefahr gewesen.

Jetzt haben wir Zeit zu handeln, und meines Erachtens müssen wir fordern, dass die Politik in dieser Zeit alles dafür tut, damit sich die gleiche Situation in wenigen Monaten nicht wieder zeigt und wir dann nicht wieder in der Situation sind, dass Handwerksbetrieben die Luft abgeschnürt wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir sind aufgefordert, jetzt zu handeln. Deswegen appelliere ich an Sie, dafür zu sorgen, dass bereits jetzt die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass sich die Zustände des Oktobers und Novembers 2016 nicht wiederholen. Wenn etwas unsinnig ist, muss man das auch als Unsinn bezeichnen können.

Wir fordern die Landesregierung auf - wir würden uns freuen, wenn wir hierfür in diesem Hohen Hause doch noch Unterstützung bekämen -, dass man bereits jetzt alles in die Wege leitet, damit sich solche Zustände nicht wiederholen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Hocker. - Das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Kollege Bajus. Bitte!

## Volker Bajus (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dass das Flammschutzmittel Hexabromcyclododecan (HBCD) ein Umweltgift ist, lässt sich nicht wegdiskutieren. HBCD steht im Verdacht, Schäden bei ungeborenen Kindern und Säuglingen auszulösen. HBCD ist sehr langlebig und kann in der Umwelt schlecht abgebaut werden. Der Stoff verteilt sich weltweit und reichert sich in Lebewesen an. Sogar in Vögeln und Fischen in der Arktis wurde der Stoff bereits nachgewiesen.

Wem also die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger und eine intakte Umwelt ernsthaft wichtig sind, für den ist die Notwendigkeit einer sicheren Entsorgung dieses Giftstoffes keine Frage.

Übrigens: Auch wenn wegen all dieser Eigenschaften HBCD nach der EU-Chemikalienverordnung als "besonders besorgniserregender Stoff" gilt und auch international geächtet ist, muss sich, wer noch in einem Haus mit HBCD-haltigen Dämmplatten wohnt, keine Sorgen machen. Nach Angaben des Umweltbundesamtes gasen die verputzten Platten nur wenig aus.

Heute geht es aber nicht um die Nutzung, sondern um die Entsorgung der belasteten Dämmstoffe. Hierzu fordert der vorliegende Antrag eigentlich einfach ein "Weiter so wie bisher!" nach dem Motto: Gesundheit und Umweltschutz sind uns egal.

Meine Damen und Herren, diese Haltung kann doch nicht ernsthaft Grundlage für verantwortungsvolle politische Entscheidungen sein! Die Forderung der FDP nach einer Bundesratsinitiative hat sich aber auch aus ganz anderen Gründen längst erledigt.

In Niedersachsen sind die Weichen für eine sachgemäße Entsorgung von HBCD-haltigen Dämmplatten zeitgerecht gestellt worden.

(Zuruf von Martin Bäumer [CDU])

Das Ministerium hat frühzeitig im Gespräch - Herr Bäumer, das wissen Sie aus der Ausschussberatung - gemeinsam mit der Abfallwirtschaft die nötigen Vorkehrungen getroffen, um eine sichere Entsorgung zu ermöglichen.

Richtig ist: In anderen Bundesländern gab es erhebliche Schwierigkeiten, auch Entsorgungsengpässe.

Offensichtlich haben viele in der Entsorgungsbranche - obwohl rechtzeitig informiert - das Thema mehr oder minder absichtsvoll verschlafen. Statt die notwendigen Genehmigungen zu besorgen oder entsprechende Investitionen in die Technik vorzunehmen, gab es verbreitet Versuche, das Bauhandwerk und Bauherren mit Phantasiepreisen abzuzocken.

Darauf hat der Bundesrat reagiert und sich vor wenigen Tagen auf eine einjährige Verlängerung der Übergangsfrist verständigt. Zeit genug also, um deutschlandweit eine sichere Entsorgung zu organisieren.

Einer erneuten Bundesratsinitiative bedarf es daher nicht; sie hätte auch keine Chance.

Meine Damen und Herren, es kann doch nicht sein, dass sich Politik vor ihrer gesundheits- und umweltpolitischen Verantwortung drückt und Teile der Entsorgungswirtschaft nach Belieben und ihren Eigeninteressen entscheiden, wie entsorgt wird. Es ist unsere Aufgabe - die der Politik! -, über den Rechtsrahmen der Abfallwirtschaft, über den Umgang mit gefährlichen Stoffen zu entscheiden, und zwar allein mit Blick auf das Allgemeinwohl. Dafür, meine Damen und Herren, steht rot-grüne Politik in Niedersachsen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Der Redner begibt sich zu seinem Platz)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Kollege Bajus, ich darf Sie bitten zurückzukommen. Herr Kollege Dr. Siemer hat darum gebeten, eine Frage stellen zu dürfen.

## Volker Bajus (GRÜNE):

Aber gerne.

(Jens Nacke [CDU]: Das finde ich gut und souverän!)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Bitte, Herr Kollege!

## Dr. Stephan Siemer (CDU):

Herr Bajus, Sie hatten erwähnt, dass Sie davon ausgehen, dass die Entsorgungswirtschaft die Kunden abzockt. Können Sie sich vorstellen, dass natürlich hohe Kosten entstehen, wenn seitens der Müllverbrennungsanlagen überhaupt keine Kapazitäten für Styropor zur Verfügung gestellt werden und Entsorgungsunternehmen das sehr voluminöse Material annehmen, ohne dass eine Entsorgung in Aussicht gestellt werden kann, weil man nicht weiß, wie man es los wird? Können Sie sich also vorstellen, dass das Problem eher bei der nicht zur Verfügung stehenden Verbrennungsanlagenkapazität liegt?

(Zustimmung bei der CDU)

# Volker Bajus (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Dr. Siemer, für die Frage; denn ich glaube, in dieser Pauschalität habe ich es nicht gesagt. Ich habe nicht pauschal von *der* Entsorgungswirtschaft gesprochen, die das gemacht hat, sondern einzelne Unternehmen haben darauf gesetzt. Gerade in Niedersachsen ist dieser Entsorgungsengpass genau in dieser Form nicht entstanden, weil das Ministerium frühzeitig den Kon-

takt gesucht und mit der Entsorgungswirtschaft gesprochen hat.

Es gibt die Option und die Möglichkeit, sich entsprechende Genehmigungen für die Anlagen zu besorgen oder Anlagen nachzurüsten.

Noch einmal: Die Lösung des Problems kann doch nicht darin liegen, weiterzumachen wie bisher, weil es schwierig ist, das Problem technisch zu lösen. -Das stimmt so eben nicht. Es ist vielmehr möglich, einen sicheren Entsorgungsweg auch in der vorhandenen Entsorgungswirtschaft zu wählen. Aber das setzt voraus, dass sich die Entsorgungswirtschaft in ihrer Gesamtheit bewegt, sich auf den Weg macht und bereit ist, dafür zu investieren und sich der Aufgabe zu stellen, und eben nicht die Not des Bauhandwerks oder der Bauherren ausnutzt. -Das war der Kern meiner Kritik, und er bezieht sich ausdrücklich auf Einzelne. Am Ende hat man hierbei versucht, selbst über Lobbyarbeit Politik zu machen, statt dem umweltpolitischen Primat der Politik zu folgen.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich kann nicht verstehen, warum Sie dieses Spiel am Ende mitmachen, falls Sie diesen Antrag unterstützen.

Vielen Dank.

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Herr Dr. Siemer würde jetzt gerne noch eine Frage stellen.

## Volker Bajus (GRÜNE):

Solange wir nicht zum Dialog kommen - ich glaube, damit würden wir die anderen langweilen -, gerne.

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Nein, von Langeweile ist keine Spur. - Bitte!

(Jens Nacke [CDU]: Das würde ich so nicht unterschreiben!)

## Dr. Stephan Siemer (CDU):

Sie antworten hier auf den Antrag und sagen, es habe in Niedersachsen kein Problem gegeben. Ich kenne aber Entsorgungsunternehmen. Zufällig ist meine Mutter Miteigentümerin eines Entsorgungsunternehmens. Dieses hatte das Problem, dass es in Niedersachsen in der Tat Probleme gab. Auch Kollegen in dieser Branche konnten diese Abfälle nicht loswerden. Es gab hier also in Niedersachsen ein enormes Entsorgungsproblem aufgrund dieser Problematik.

## Volker Bajus (GRÜNE):

Noch einmal vielen Dank, Herr Siemer. - Ich glaube, jede Rechtsänderung bedarf bei den Akteuren auch einer gewissen Bereitschaft, sich auf Änderungen einzulassen. Dass das nicht an jedem Ort zu jeder Zeit rechtzeitig der Fall war, kann ich mir gut vorstellen. Aber Sie selbst haben gerade die Vergangenheitsform gewählt: Es "gab" an der einen oder anderen Stelle auch in Niedersachsen Probleme. Ich glaube aber, das ist bei jeder Umstellung des Rechtsrahmens der Fall. Wie Sie selbst gesagt haben: Das war so. - Und es ist gut, dass es jetzt nicht mehr so ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Bajus. - Wir fahren fort. Das Wort hat jetzt für die SPD-Fraktion Herr Kollege Brammer. Bitte!

#### Axel Brammer (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach der Unterrichtung durch das Umweltministerium im Umweltausschuss im Dezember war ich der festen Überzeugung, die FDP-Fraktion zieht diesen Antrag zurück. Das hat sie jedoch nicht getan.

(Christian Grascha [FDP]: Stimmt!)

Nachdem es in etlichen Bundesländern zu vielen Problemen kam, wurde am 16. Dezember 2016 vom Bundesrat ein einjähriges Moratorium für die Einstufung von HBCD-haltigen Abfällen als gefährlicher Abfall beschlossen. Nach Zustimmung durch das Bundeskabinett wurde dieser Beschluss durch Bundesverordnung vom 22. Dezember 2016 umgesetzt. Damit ist der Bund dem Ansinnen des Antrages gefolgt, und deshalb ist dieser Antrag auch entbehrlich. Was bereits umgesetzt ist, müssen wir nicht auch noch beschließen.

(Jörg Hillmer [CDU]: Das ist ja ganz neu!)

Innerhalb eines Jahres müssen jetzt endgültige Lösungen gefunden werden. Diese sollten bundesweit einheitlich umgesetzt werden. Deshalb wäre auch ein einheitliches Vorgehen wünschenswert. Aufgrund der guten Vorarbeit und der schnellen Reaktion des niedersächsischen Umweltministeriums gehe ich davon aus, dass die Umsetzung in unserem Bundesland kein Problem sein wird.

Auch die Betreiber der Müllverbrennungsanlagen werden sich nach entsprechenden Gesprächen an einer schnellen Lösung beteiligen. Sie können sich darauf verlassen, dass wir ein Auge darauf haben.

Auch wenn die FDP in einem Jahr eventuell nicht mehr dabei ist - - -

(Jörg Bode [FDP]: Wovon träumen Sie nachts?)

- Herr Dürr hat sich doch schon abgemeldet.

(Jörg Bode [FDP]: Weil er dann im Bundestag sitzt! - Dr. Stephan Siemer [CDU]: Der wird Minister!)

Wenn es dazu kommt, werden wir auf jeden Fall, auch ohne Sie, dafür sorgen, dass es zu tragfähigen Entscheidungen kommt. Das kann ich Ihnen hier versprechen.

(Jörg Bode [FDP]: Weil wir dann die Mehrheit haben!)

Allerdings reden wir hier dann nicht nur über die wirtschaftlichen Auswirkungen, sondern auch über die Umweltverträglichkeit. HBCD ist aufgrund seiner Persistenz ein Stoff, der sich weltweit verteilt und in die Nahrungskette gelangt. Herr Bajus hat es vorhin schon gesagt: Er ist bis in die Arktis nachgewiesen. Es muss also eine Lösung gefunden werden, damit dieser Stoff nicht weiter in die Umwelt gelangen kann.

Ihr Antrag hat sich durch das Handeln des Landes und im zweiten Schritt des Bundes erledigt. Sie hätten ihn wirklich zurückziehen sollen. Aber dass Sie das nicht getan haben, gibt mir die Gelegenheit, der Landesregierung an dieser Stelle für ihr Engagement zu danken. Es ist der Landesregierung gemeinsam mit den anderen Ländern gelungen, Pflöcke einzuschlagen. Sie weisen in die richtige Richtung. Wir sind da auf einem guten Weg.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Das ist den eigenen Mitarbeitern unangenehm, was Sie da loben!)

Ihr Antrag war eigentlich schon zu dem Zeitpunkt überflüssig, zu dem er gestellt wurde. Das Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz hatte bereits im Juli 2016 als erstes Ministerium bundesweit einen entsprechenden Erlass herausgegeben. Bei dessen rechtzeitiger Umsetzung vor Ort wären die kurzzeitigen Probleme überhaupt nicht entstanden. Das ist der entscheidende Punkt. Dennoch war der Antrag aufgrund dieser kurzzeitigen Probleme logisch. Schön, dass wir mal drüber

gesprochen haben. Durch das Handeln der Landesregierung und des Bundesrates ist er aber mittlerweile, wie bereits erwähnt, entbehrlich. Deshalb werden wir ihn heute ablehnen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die CDU-Fraktion hat nun das Wort Herr Kollege Bäumer. Bitte!

#### Martin Bäumer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, wenn die Welt so wäre, wie Rot-Grün sie beschreibt, dann wäre eigentlich alles in Ordnung. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, nichts ist in Ordnung in diesem Staate, und nichts ist so, wie es die beiden Kollegen von SPD und Grünen beschrieben haben. Die Wahrheit ist eine andere, und genau deswegen haben Sie ein Problem.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Man sollte ja für bestimmte Zustände immer bestimmte Zitate zur Hand haben.

(Wiard Siebels [SPD]: Dann erzählen Sie mal!)

- Gerne. Eines meiner Lieblingszitate ist: Wenn man nicht mehr weiter weiß, dann macht man einen Arbeitskreis.

> (Anja Piel [GRÜNE]: Das hören wir zum ersten Mal! Haben wir noch nie gehört! - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN - Glocke der Präsidentin)

Aber gestern Abend, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist mir ein neues Zitat zu Ohren gekommen.

(Anja Piel [GRÜNE]: Nein! Ganz neu?)

Das will ich Ihnen nicht vorenthalten, liebe Frau Kollegin Piel.

(Anja Piel [GRÜNE]: Ich bin auch ganz gespannt!)

Und zwar kann man den Zustand, der hier gerade herrscht, ganz einfach beschreiben: Eiert der Minister rum, macht er Moratorium.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der

SPD: Oh! - Ottmar von Holtz [GRÜ-NE]: Den Spruch müssen Sie mal nach Köln schicken!)

Genau das ist nämlich der gegenwärtige Zustand, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist genau das, was momentan in diesem Lande vorfinden. Wenn der Kollege Brammer gesagt hat, "da gab es einen Erlass, und wenn sich die Wirtschaft daran gehalten hätte, dann wäre doch alles gut gewesen", dann muss man der Wahrheit halber auch sagen: Es gibt mittlerweile vier Erlasse, in denen versucht worden ist, diesen Zustand zu regeln. Das Ganze hat aber am Ende nichts gebracht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz deutlich: Wenn Sie in diesem Land vernünftige Umweltpolitik machen wollen, wenn Sie gemeinsam mit der Wirtschaft arbeiten wollen, dann müssen Sie für unsere Wirtschaft vernünftige, verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Die hat es aber an dieser Stelle nicht gegeben. Verlässlichkeit sieht deutlich anders aus.

# (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir reden hier über einen Stoff, der vor einem Jahr noch als harmlos eingeschätzt wurde. Ab dem 1. Oktober war dieser Stoff dann auf einmal gefährlich. Seit Ende Dezember ist der Stoff wieder harmlos. Und in einem Jahr soll er wieder gefährlich sein.

## (Zustimmung von Dr. Gero Hocker [FDP])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie wollen Sie einem Unternehmer oder irgendeinem Bürger draußen erklären, dass sich innerhalb von 15 Monaten so dramatisch viel ändert?

#### (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn man sich jetzt freut, dass man ein Moratorium gemacht hat, dann weckt das bei mir ganz große Ängste. Denn wir haben in diesem Land schon einmal erlebt, was während eines Moratoriums passieren kann. Es war damals ein grüner Bundesumweltminister, der gemeinsam mit einem SPD-Bundeskanzler gesagt hat: Wir machen in Sachen Gorleben mal ein Moratorium. - Und was gehört zur Wahrheit dazu? - Während dieses Moratoriums für Gorleben hat man nicht konkret an dem Thema gearbeitet; es ist überhaupt nichts passiert, und wir haben wertvolle Zeit verloren.

> (Beifall bei der CDU und bei der FDP -Zurufe von der SPD - Glocke der Präsidentin)

Liebe aufgeregte Kolleginnen und Kollegen von der linken Seite, als ich gestern mit dem Baugewerbe telefoniert habe, wurde mir gesagt: Momentan ist das in Ordnung. Aber das Baugewerbe hat die große Sorge, dass man diese Zeit, die man durch das Moratorium gewonnen hat, nicht dafür nutzt, die Dinge zu regeln. Irgendwann ab Mai, Juni, Juli werden Bauunternehmer in Niedersachsen aufgefordert werden, Angebote für Bauleistungen zu machen, die sie im nächsten Jahr ausführen werden. Der Bauunternehmer, mit dem ich telefoniert habe, hat mich gefragt: Was soll ich denn in mein Angebot hineinschreiben? Ich habe doch überhaupt keine Verlässlichkeit, zu welchem Preis ich diese Stoffe - dieses Polystyrol, dieses Styropor, dieses HBCD - ab dem 1. Januar 2017 entsorgen kann.

Wenn dieser Minister einen guten Job machen will, dann ist es seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, so schnell wie möglich dafür zu sorgen, dass unsere Bauunternehmer, unsere Wirtschaft Klarheit darüber hat, zu welchem Preis sie diese Stoffe ab nächstem Jahr entsorgen können.

Ich glaube, wenn Sie ein wenig auf Ihre rote Bundesumweltministerin Hendricks gehört hätten, die Ihnen deutlich gesagt hat: "Bitte lasst das an der Stelle, das gibt Chaos!", dann hätten wir dieses Chaos vermeiden können.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Lassen Sie mich noch ausführen, wie die rot-grüne Wahrnehmung ist: Als wir das erste Mal über dieses Thema diskutiert haben, haben Sie auf der linken Seiten dieses Hauses gesagt: Die gesamte Welt, alles ist in Ordnung. - Dann haben wir gemeinsam erlebt, wie auf niedersächsischen Baustellen, auf den Betriebshöfen der Unternehmer das Chaos ausbrach. Dann haben Sie ein Moratorium beschlossen. Und seitdem es das Moratorium gibt, sagen die Kollegen von SPD und Grünen: Alles ist in Ordnung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wann war denn nun alles in Ordnung? - Vor dem Moratorium, als das Chaos ausgebrochen ist, oder jetzt, wo das Moratorium besteht? - Das zeigt, glaube ich, sehr deutlich, wo SPD und Grüne mittlerweile hingekommen sind. Sie machen hier Pippi-Langstrumpf-Politik, Sie machen sich die Welt, wie sie Ihnen gefällt. FDP und CDU in Niedersachsen dagegen machen konkrete Politik.

Wir als CDU werden natürlich vernünftigerweise für den FDP-Antrag stimmen, damit Sie aufgefordert werden, Ihre Arbeit zu tun. Und wenn Sie mir sagen, dass Sie da ein Auge drauf haben, dann reicht mir das nicht. Nehmen Sie den Griffel in die Hand! Arbeiten Sie, und sorgen Sie dafür, dass die Wirtschaft in Niedersachsen verlässliche Rahmenbedingungen hat! Die braucht sie nämlich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Bäumer. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt noch Frau Kollegin König das Wort. Bevor ich ihr das Wort erteile, darf ich um etwas mehr Ruhe im Plenarsaal bitten. - Einen Moment noch, Frau König! Wir warten noch einen kleinen Moment, bis Ruhe eingekehrt ist. - Bitte!

## Gabriela König (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Machen wir uns doch erst einmal klar, wie es überhaupt zu diesem Problem kommen konnte. Die Vorgaben, dass Gebäude dermaßen stark gedämmt werden müssen, sind doch schon damals erlassen worden; das ist doch ein Problem von vorgestern. Und es ist entstanden, weil die Grünen glaubten, sie müssten vor Ort wer weiß wie viel für die Umwelt tun - egal, wie die Situation ist.

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Die bösen Grünen! - Anja Piel [GRÜNE]: Es ist ja auch erschütternd, dass wir so viel für die Umwelt tun wollen! - Glocke der Präsidentin)

- Sie haben immer gesagt: Vor Ort muss viel mehr dafür getan werden.

Damit fingen die Probleme an. Die Kommunen haben ihre Bauordnungen geändert und die vorgeschriebene Dämmstärke auf bis zu 16 cm erhöht. Die Dämmung begann aber zu schimmeln, sodass Pestizide zugesetzt werden mussten, damit sie länger hält. Jetzt haben wir das Problem, dass einerseits die Pestizide vom Regen ausgewaschen werden und sich im Boden befinden und dass andererseits ein großer Teil der Dämmung - 800 Millionen m² befinden sich schon an den Gebäuden irgendwann wieder abgenommen und entsorgt werden muss.

Sie glauben nun, dass man diese Entsorgung innerhalb eines Jahres vernünftig gewährleisten könnte. Darüber kann ich aber nur lachen. Das können Sie sich abschminken; das wird so nicht funktionieren. Wir müssen vernünftige Rahmenbedingungen schaffen und dieses Problem angehen. Da helfen keine Moratorien, sondern da muss wirklich etwas geschehen. Denn letztendlich werden zum Schluss die Verursacher zur Kasse gebeten. Das sind in der Regel die Bauherren, die das Ganze vor ihrer Haustür haben, die es abreißen und die irgendwann für die Entsorgung sorgen müssen. Und weil das Sondermüll ist, wird sie das teuer zu stehen kommen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin König. - Für die Landesregierung hat nun Herr Umweltminister Wenzel das Wort. Bitte, Herr Minister!

**Stefan Wenzel**, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau König, sehr geehrter Herr Bäumer, es ist immer so eine Sache, wenn man ein Thema nicht im Zusammenhang betrachtet.

Dieser Stoff, HBCD, wurde anlässlich der sechsten Vertragsstaatenkonferenz in das Stockholmer Übereinkommen aufgenommen. Wer war damals Minister? - Der Kollege Peter Altmaier! Und wer war mit in der Koalition? - Die FDP! Sie sind also damals zu der Auffassung gekommen, dass dieser Stoff in die POP-Konvention aufgenommen werden soll, dass es also ein persistenter Stoff ist, der sich in der Umwelt anreichert und unerwünschte Folgen haben kann, beispielsweise eine fruchtschädigende Wirkung, und das selbst an weit entfernten Orten. Diese Erkenntnis ist offenbar im zweiten Kabinett Merkel gereift.

Die Länder sind für die Umsetzung zuständig. Entsprechend wussten alle Beteiligten einige Jahre vorher, dass dieser Beschluss letztendlich auch umgesetzt werden muss, und konnten sich entsprechend darauf vorbereiten. Das hat die Landesregierung auch getan. Sie hat im Zusammenhang mit der Entscheidung des Bundesrates, der das schlussendlich in Bundesrecht übersetzt hat, entsprechende handlungsleitende Erlasse auf den Weg gebracht. Sie hat auch beispielsweise mit den Betreibern von Verbrennungsanlagen Gespräche geführt, um möglichst unbürokratisch Wege der Entsorgung zu ermöglichen.

In Niedersachsen hat das insgesamt sehr gut geklappt. Ich persönlich habe sogar von der Bauwirtschaft ausdrücklichen Dank entgegennehmen können, weil man sich in Niedersachsen sehr intensiv darum gekümmert hat.

In anderen Bundesländern gab es zum Teil Schwierigkeiten, auch größere Schwierigkeiten, die Entsorgung zu bewerkstelligen. Wir haben aber festgestellt, dass selbst auf dem Höhepunkt dieser Debatte bundesweit etwa 40 bis 50 Anlagen zur Annahme dieser Stoffe bereit waren.

Gleichwohl hat der Bundesrat den Ländern, die noch nicht so weit waren, Gelegenheit gegeben, sich in der Vorbereitung entsprechend weiterzuentwickeln, und über dieses einjährige Moratorium den Weg geöffnet, in der Zwischenzeit in allen Bundesländern diesen Stand der Planung zu erreichen. Ich hoffe, dass es jetzt gelingt, wirklich flächendeckend die Voraussetzungen zu schaffen und damit dann zu einem geordneten Entsorgungsweg zu kommen.

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Minister Wenzel, ich darf Sie kurz unterbrechen. Herr Kollege Dr. Siemer bittet darum, eine Frage stellen zu können.

**Stefan Wenzel**, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Nein. Lassen Sie mich zu Ende ausführen!

Wir haben die entsprechenden Gespräche mit der Entsorgungswirtschaft geführt und sind hierüber in einem guten Dialog mit dem Bund. Ich glaube, dass sie einen guten Weg nehmen werden. Deswegen hat sich dieser Antrag überlebt.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister Wenzel. - Es liegt nun eine weitere Wortmeldung des Kollegen Dr. Siemer vor. Die CDU hat noch eine Restredezeit von 1:04 Minuten. Bitte!

## Dr. Stephan Siemer (CDU):

Sehr geehrte Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich schaffe das in einer Minute, weil ich dem Minister nur eine Frage stellen will. Es gibt nicht überall Entsorgungsanlagen, und Styropor ist sehr voluminös. Können Sie sich vorstellen, Herr Minister, dass eine Anlage in Bayern, die diese Materialien annimmt, einem norddeutschen Unternehmen gar nichts nützt? Denn weil Styropor so voluminös ist, würden extrem hohe Entsorgungs- und Transportkosten entstehen. Deshalb hilft eine so pauschale Bemerkung wie die, die Sie gemacht haben - dass im Prinzip Anlagen zur Verfügung stünden - den Betroffenen auch nicht weiter.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Herr Minister Wenzel hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte!

**Stefan Wenzel**, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Vielen Dank für diese Nachfrage, Herr Siemer.

Wir haben uns natürlich kundig gemacht, wie es hier in Norddeutschland aussieht. Wir haben zusammen mit den norddeutschen Bundesländern geguckt, welche Anlagen hier zur Verfügung stehen, und wir haben uns auch das Preisregime angeguckt, weil wir natürlich auch nicht wollen, dass ein möglicher Engpass ausgenutzt werden kann.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir in Niedersachsen sehr schnell Anlagen gefunden haben, die die entsprechenden Stoffe angenommen haben. Und in den benachbarten Bundesländern war das auch der Fall.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister Wenzel. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, sodass ich die Beratungen schließe.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Antrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/6895 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit wurde der Beschlussempfehlung des Ausschusses gefolgt.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 21:

Erste (und abschließende) Beratung:

Der Lang-Lkw gehört zum Logistikstandort und Transitland Niedersachsen! - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/7272

Zur Einbringung erteile ich für die FDP-Fraktion der Kollegin König das Wort. Bitte! - Kolleginnen und Kollegen, die dieser Debatte nicht folgen wollen, haben jetzt die Chance, den Plenarsaal zu verlassen, sodass hier Ruhe einkehrt. Das betrifft auch die Beratungen an der Regierungsbank. - Bitte, Frau Kollegin!

## Gabriela König (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich erst einmal erfreut darüber zeigen, dass man hier vom Saulus zum Paulus geworden ist. Es hat meinen hohen Respekt, wenn man seine Meinung ändert.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister Lies äußerte sich zur abschließenden Auswertung des Projektes des Bundes so: "Unsere positiven Erfahrungen werden durch den jetzt vorliegenden Abschlussbericht der Bundesanstalt bestätigt". Weiteres kann man in der Begründung unseres Antrages nachlesen. Dann zählte er die positiven Eigenschaften auf. Wir haben sie in der Begründung dieses Antrages allesamt wiedergegeben. Seine Aussage war durchweg erfreulich.

In Ihrer Oppositionszeit sah das hier allerdings noch ganz anders aus. Eigentlich müssten sich den Grünen und der SPD doch die Nackenhaare sträuben, haben sich doch beide immer vehement gegen den Gigaliner ausgesprochen. Von Straßen und Brückenschäden war die Rede, von Unfällen und von schwierigsten Überholmanövern. Frau Menge konnte gar nicht ausschweifend genug das "Ungeheuer Monstertruck" in Szene setzen. - Wenig Kenntnis, aber große Ablehnung! Frau Menge, ich darf Sie im Übrigen gerne aufklären: Monstertrucks sind mit Traktorreifen bestückte Pickups von 3,5 t. Ich weiß nicht, ob Sie die damals meinten.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Schon 2006 hat Minister Hirche die Zeichen der Zeit erkannt und in Niedersachsen einen Pilotversuch gestartet. Speditionen aus dem Emsland, aus Schüttorf, Osnabrück, Hannover, Braunschweig oder Hildesheim haben sich daran beteiligt, haben erfahrene Fahrer eingesetzt, neue Technologien aufgenommen und sind auf unseren Autobahnen und ausgewählten Bundesstraßen gefahren. Alle waren begeistert und von der umweltschonenden, wirtschaftlichen Transportweise angetan.

Hinzu kam, dass es einen erheblichen Mangel an Lkw-Fahrern gab und auch heute noch gibt. Die 25,25 m lange Eurokombis beweisen, dass zwei Lkw drei ersetzen können, womit jeder dritte Fahrer entbehrlich wird. 25 % an Treibstoff wurden gespart. - Aber all das haben wir hier immer wieder durchexerziert. Das weiß hier jeder.

Diese Tatsache erschrak die Grünen aber so sehr, dass sie sogleich die Transporte von der Bahn auf die Straße verfrachtet sahen. Noch dazu verfielen sie in den Wahn, dass dadurch die Straßen und Brücken stärker zerstört und sich die Unfallhäufigkeit erhöhen würde. Aber, Frau Menge, Adam Riese lässt sich nicht manipulieren: 40 t, verteilt auf neun Achsen, sind eine geringere Belastung als 40 t, verteilt auf fünf Achsen: Statt 8 t sind es nur 4,89 t. Und wenn man dann auch noch Zwillingsreifen, die auf nicht lenkbaren Achsen zum Standard zählen, nehmen würde, würde man das Gewicht sogar noch weiter verringern.

Auch das Bremsverhalten wird durch die Anzahl der Achsen klar verbessert. Es verkürzt sich auf ungefähr 6 m. Von daher ist das auch unter dem Sicherheitsaspekt ein besseres Ergebnis.

Ebenso ist die Annahme eines überlangen Überholmanövers falsch. Das Überholmanöver verlängert sich bei einer Geschwindigkeitsdifferenz von 20 km/h um lediglich 1,5 Sekunden, und der maximale Überholvorgang ist sowieso nur bis 25 km/h erlaubt.

Selbst die Leitplanken stellen kein größeres Risiko dar als bei normalen 40-Tonnern. Sie sind allgemein auf 38 t ausgelegt und dementsprechend für jedes Fahrzeug angesagt. Das ist also nicht anders als bei den heutigen Lkw.

Der neue bundesweite Versuch hat sich nicht nur von unserem unterschieden, sondern er hat signifikante Stellen untermauert. 2006 waren Mega-Lkw das Schlimmste, was passieren konnte. Heute ist immerhin Minister Lies geläutert - dafür danke ich Ihnen ganz besonders - und zieht Adam Riese nicht mehr in Zweifel.

In der Bundesrepublik fahren im Moment 159 Trucks im Feldversuch. Daran sind 14 Länder beteiligt. Das Saarland und Rheinland Pfalz sind als Letzte hinzugekommen. Daimler nutzt die Strecke von Hamburg nach Baden-Württemberg. VW transportiert Autoteile. Dämmmaterial, Wellpappe, Kleidung - viele leichte und voluminöse Materialien werden auf bislang 11 600 km freigegebener Strecke transportiert.

Schweden, Norwegen, Finnland und die Niederlande lassen teils lange schon Eurokombis fahren, allerdings mit weit mehr Gewicht - was wir hier in Deutschland gar nicht wollen. Belgien, Frankreich, Österreich und die Schweiz unternehmen neue Versuche.

Schaut man sich die Güterverkehrsentwicklung einmal genauer an, so stellt man fest, dass sich das Lkw-Aufkommen bis 2025 auf Basis der Erhebung von 2012 um 55 % erhöht.

Wie soll es weitergehen? - Wir hatten bereits signifikante Zuwächse, die zu Problemen im Individualverkehr führen. Die Bahn, von der immer gesagt wird, sie solle mehr Güter übernehmen - eine Forderung, die wir alle unterstützen -, kann das aber nicht schultern. Sie wird bestenfalls auf 50 % ihrer jetzigen Leistung kommen. Das bedeutet ungefähr 152 Milliarden Tonnenkilometer. Zum Vergleich: Die Straße bewältigt 704 Milliarden Tonnenkilometer. Das ist knapp das Fünffache. Wo soll das denn hinführen? - Wir müssen also neue Möglichkeiten schaffen, um das alles vernünftig zu bewältigen.

Herr Minister Lies, bleiben Sie Ihren Erkenntnissen treu und tragen Sie zur Entspannung bei! Geben Sie die Lückenschlüsse frei! Sorgen Sie für ein kohärentes Positivnetz! Verständigen Sie sich mit den Logistikern und Speditionen! Schaffen Sie Stellplätze an den Streckenbereichen und unterstützen Sie die Bundesratsinitiative zur Änderung der Straßenverkehrsordnung!

Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen hat Angst um seine Unternehmen und spricht in seinem Antrag vom 25. Januar, der dort auch gestellt wurde, von Wettbewerbsnachteilen. - Richtig so! Das ist genau der Punkt. Auch dort ist eine Einsicht erlangt. Das sollte bzw. müsste Ihnen zu denken geben.

Die Zeit drängt. Deswegen bitte ich, diesen Antrag zur sofortigen Abstimmung vorzusehen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin König. - Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Will das Wort. Bitte!

## Gerd Ludwig Will (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Einsatz von Lang-Lkw in Deutschland wurde durch einen fünfjährigen Feldversuch des Bundesverkehrsministeriums in einer Reihe von Bundesländern getestet. Dazu gehörte auch Niedersachsen.

Die Bundesanstalt für Straßenwesen hat im Herbst 2016 einen Abschlussbericht zu den Ergebnissen des Feldversuches veröffentlicht. Darin wird dem Lang-Lkw durchaus Praxistauglichkeit bescheinigt. Allerdings werden auch die Risiken benannt.

Nunmehr hat Bundesverkehrsminister Dobrindt die Lang-Lkw ab dem 1. Januar 2017 bundesweit und dauerhaft auf den dafür geeigneten Strecken zugelassen. Zwischenzeitlich haben 14 Bundesländer auf einzelnen Strecken den unbefristeten Regelbetrieb von Lang-Lkw ermöglicht, darunter auch unser Bundesland. Angrenzende Bundesländer darunter Nordrhein-Westfalen, obwohl es ursprünglich nicht am Feldversuch teilgenommen hat - ermöglichen nun auch den Regelbetrieb. Das Gleiche gilt im Übrigen auch für das Königreich der Niederlande.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der flächendeckende Einsatz von Lang-Lkw macht nur dann Sinn, wenn sich alle Bundesländer daran beteiligen. Wir können den Verkehr ja nicht an den Landesgrenzen unterbrechen und einen Flickenteppich entstehen lassen. Das gilt insbesondere für Niedersachsen als Logistikdrehscheibe und wichtiges Transitland.

Jetzt möchte ich Ihre Betrachtungsweise einschieben, Frau König. Sie haben ja nur die Vorteile benannt. Man muss natürlich eine Gesamtbetrachtung vornehmen - dazu komme ich gleich -, weil man die Wechselwirkungen zwischen Bahn und Straße nicht unterschlagen darf.

Sie haben die Bahn nur sozusagen als Beobachter definiert. Die Bahn kämpft ja um Marktanteile. Die Bahn kämpft auch um wesentliche Anteile am Güterverkehr, um dafür zu sorgen, dass er relativ umweltfreundlich die Bestimmungsorte erreicht.

Demgegenüber haben wir beim Lang-Lkw nur die Möglichkeit, zwischen wichtigen großen Streckenentfernungen ab einer bestimmten Kilometerzahl die Vorteile zu nutzen.

Kritisch ist anzumerken, dass durch den Einsatz von Lang-Lkw zusätzlich 1,7 Millionen Lkw-Fahrten jährlich entstehen werden. Es werden ja nicht in dem Maße, wie Lang-Lkw eingesetzt werden, Kurz-Lkw herausgenommen werden. Sie werden auch nicht verschrottet. Sie werden den Markt-Mix verändern, was bundesweit im Übrigen ca. 7 000 Fahrten pro Tag zusätzlich entspricht. Der ökologische positive Effekt der Einführung von Lang-Lkw wird dadurch relativiert, weil die alten Fahrzeuge nach wie vor im Einsatz sein werden und auch Güter befördern werden.

(Zuruf von der FDP: Logisch!)

Außerdem ergibt sich beim Transportpotenzial von geschätzten 8 Milliarden Tonnenkilometern jährlich ein logistischer Effekt zulasten des Güterschienenverkehrs. Das ist aus gesamtverkehrspolitischer Betrachtung jedoch nicht wünschenswert. Sinnvoll ist es daher, dass der Bund den Schienengüterverkehr so begleitet, dass fairer Wettbewerb gesichert bleibt und Ausbaupotenziale für den Güterverkehr auf der Schiene stattfinden und auch gesichert wird.

Ein weiterer Aspekt, der beim Einsatz von Lang-Lkw berücksichtigt werden muss, ist der Ausbaustand der ausgesuchten Strecken. Hierbei sind die Länge der Nothaltebuchten, Abbiegespuren, Einfädelungsspuren und Durchmesser von Kreisverkehren zu nennen und nicht nur, wie in dem von der FDP-Fraktion eingebrachten Antrag verkürzt gefordert, die Verfügbarkeit von Parkplätzen entlang der Strecken.

Meine Damen und Herren, der uns vorliegende Antrag der FDP-Fraktion geht selbst davon aus, dass eine Reihe von Voraussetzungen an Bundesfernstraßen derzeit nicht erfüllt ist. Aber schlank fordern kann man ja, obwohl man selbst den Fahrversuch in der Vergangenheit mit auf den Weg gebracht hat. - Herr Bode ist jetzt leider nicht da, aber er trägt ja ein Stück Verantwortung dafür. - Gleichzeitig sind in diesen Jahren aber die Voraussetzungen dafür und die Vorbereitung für die Umsetzung überhaupt nicht angegangen worden.

(Christian Dürr [FDP]: Zumal die anderen Landesregierungen dagegen waren! Wir waren teilweise die Einzigen!)

- Ja, da hat es doch schon den Versuch gegeben und haben Sie immer gesagt: Das ist aber toll, das muss jetzt zum Regelbetrieb werden. - Jetzt haben wir den Regelbetrieb. Aber Sie haben in der Zeit Ihrer Verantwortung nichts dafür getan, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Meine Damen und Herren, auch hier hat Herr Bode versagt. Ich sage Ihnen das deutlich.

(Christian Dürr [FDP]: Das ist doch Quatsch! Unsinn!)

Der FDP-Antrag ist aus unserer Sicht ein Sammelsurium aus sehr straßenbetonten Forderungen und Wünschen. Viele Themen sind bereits durch das Regierungshandeln der Landesregierung auf den Weg gebracht worden. Vieles ist in Ihrem Antrag allerdings überflüssig und stellt die Verkehrspolitik auf der Straße auf den Kopf nach dem Motto: Fordern für den Lang-Lkw - wie auch immer!

Den Lang-Lkw pauschal und kritiklos zur besseren Wahl für Niedersachsen zu erklären, greift zu kurz und entspricht nicht unserem Verständnis einer verantwortungsvollen Verkehrspolitik, die sämtliche Verkehrsträger in den Blick nimmt und mit Weitsicht zukunftsträchtige Gesamtlösungen erarbeitet.

(Zustimmung von Gabriela König [FDP] - Christian Grascha [FDP]: Sind Sie jetzt dafür oder dagegen?)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, in Anbetracht dieser Erwägungen ist der vorliegende Antrag überflüssig. Wir werden ihn folgerichtig in den weiteren Beratungen nicht unterstützen. Sie haben sofortige Abstimmung beantragt. Das können wir nur unterstreichen. Damit ist dieser Spuk dann auch schneller zu Ende.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Will. - Es gibt eine Kurzintervention der Frau Kollegin König von der FDP-Fraktion auf Sie. Bitte, Frau Kollegin König!

(Christian Grascha [FDP]: Es wäre schön, wenn die SPD dazu eine Haltung hätte!)

#### Gabriela König (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Will, Sie konterkarieren genau das, was Herr Minister Lies im Vorfeld in Gesprächen gesagt hat.

(Beifall bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Er hat sich völlig anders zu diesem Thema ausgelassen. Wir haben im Prinzip das aufgenommen,

was er im Vorfeld in der Presse gesagt hat, was er von sich aus immer ausgelöst hat.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es! Richtig!)

Ich habe versucht, Ihnen zu erklären, warum das überhaupt nichts mit der Bahn zu tun hat. Auch das hat Herr Minister Lies ganz klar herausgestellt.

(Zustimmung von Christian Grascha [FDP] - Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Die Bahn ist gar nicht in der Lage, mehr als 50 % ihres jetzigen belasteten Materials auf der Schiene zu übernehmen. Das geht nicht. Dann ist die Schiene mehr als übervoll. Natürlich wollen wir, dass mehr Güter auf die Bahn kommen. Das wird auch geschehen. Das Verkehrswachstum ist nun einmal da. Das können wir nicht einfach ausradieren und wegdenken. Das wird kommen.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Ob die zusätzlichen Tonnen auf der Straße, die uns möglicherweise entgegenkommen, auf Tausenden kleiner Lkw transportiert werden oder auf etwas weniger der großen Lkw transportiert werden, die die kleinen Lkw eventuell ersetzen werden, das ist der Faktor.

Wir wollen die Straße dadurch in einem gewissen Bereich von diesen vielen Lkw entlasten, die uns manchmal sogar auf der Überholspur sehr viele Probleme bereiten. Genau das haben Sie überhaupt nicht begriffen.

(Christian Dürr [FDP]: Richtig!)

Reden Sie noch einmal mit Ihrem Minister! Ich glaube, er kann Ihnen das viel besser erklären.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Christian Dürr [FDP]: Wir stehen an der Seite des Verkehrsministers!)

### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Es antwortet Ihnen Herr Kollege Will. Bitte!

(Zuruf von Christian Grascha [FDP])

- Herr Grascha, darf ich auch um Ihre Aufmerksamkeit bitten?

Bitte, Herr Will!

## Gerd Ludwig Will (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Frau König, ich werde das in der Tat meinen Minister noch einmal fragen; denn aus Ihrem Vortrag bin ich nicht klug geworden, er war nicht sehr erhellend.

(Christian Dürr [FDP]: Was wollen Sie denn?)

Ich will Ihnen dazu noch einmal Folgendes erklären, damit auch Sie das verstehen: Kritisch ist durchaus anzumerken, dass durch den Einsatz von Lang-Lkw zusätzlich 1,7 Millionen Lkw-Fahrten jährlich entstehen werden. Das entspricht bundesweit ca. 7 000 Fahrten pro Tag. Der positive ökologische Effekt der Einführung von Lang-Lkw wird dadurch relativiert. Und sie schwächen die Bahn im Wettbewerb. Auch das ist keine Frage.

(Christian Dürr [FDP]: Sie sind gegen den Lang-Lkw!)

- Nein, Sie müssen dann erklären, was Sie für die Bahn tun wollen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Was ist denn die Haltung von Rot-Grün?)

Sie haben doch gerade gesagt: Die Bahn ist nicht in der Lage. - Und dann legen Sie die Hände in den Schoß. Sie müssen die Bahn so begleiten, dass sie in der Lage ist, im Wettbewerb zu bestehen. Dann können wir ja beide Systeme im Wettbewerb gegeneinander arbeiten lassen. Wir dürfen aber nicht nur den Wettbewerb für den Lang-Lkw unterstützen, gleichzeitig jedoch beklagen, dass die Bahn nicht in der Lage ist, mehr zu leisten.

(Christian Dürr [FDP]: Was? - Christian Grascha [FDP]: Da klatschen ja nicht mal die eigenen Leute!)

### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Wir fahren nun fort in der Rednerliste. Herr Kollege Heineking, CDU-Fraktion, bitte!

# Karsten Heineking (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gut, dass wir heute Nachmittag über den Lang-Lkw debattieren. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, welche Bezeichnung Ihnen besser gefällt. Wir haben in der Vergangenheit über "Riesenlaster", über "Monstertrucks" und über "Gigaliner" immer dann diskutiert, wenn eher die Kritiker zu Wort gekommen sind. Was die "Ökoliner" angeht, hatte ich eher immer den Verdacht, dass die Befürworter sie so nennen, weil die ökologische Bilanz dieser Lang-Lkw durchaus positiv ist.

Mir persönlich gefällt dieser Ausdruck "Lang-Lkw" besonders gut, weil er eigentlich das beschreibt, worauf es ankommt. Die herkömmlichen Lkw sind 18,75 m lang. Wir haben jetzt den Lang-Lkw, der 6,5 m länger, also 25,5 m lang ist.

Man muss sich einmal fragen, was eigentlich "lang" ist. Ist das jetzt schon richtig lang, oder ist es eher nicht so lang? - Man kann ja auch einmal den Blick über den Teich werfen und gucken, wie lang die Lkw sind, die in Australien fahren. - Die sind 50 m lang!

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Die fahren auch in die Städte, oder was? - Zuruf von der SPD: Dort gibt es sogar Kängurus!)

- Ja, genau.

Das alles mag miteinander nichts zu tun haben. Darum will ich auch gerne zugeben, dass Deutschland nicht Australien ist. Aber trotz alledem ist der Australier ja nicht dumm.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Richtig!)

Er sagt: Ich nehme diese Lkw, weil sie ein besonders gutes Fortbewegungsmittel sind und ich auf 50 m Länge entsprechend Volumen transportieren kann.

(Christian Dürr [FDP]: So ist das!)

Vor diesem Hintergrund sollten wir uns überlegen, ob der Lang-Lkw nicht auch hier ein gutes Transportmittel sein könnte.

Wir diskutieren darüber schon seit vielen Jahren. Frau Kollegin König von der FDP hat ja schon gesagt: Vor zehn Jahren haben wir uns in unserer Verantwortung für das Land Niedersachsen auf den Weg gemacht, diese Dinge gemeinsam voranzubringen, Herr Will. Wir haben eben nicht nichts gemacht, sondern wir haben uns bewegt und auch für ein Umdenken zumindest in Ihrer Partei gesorgt.

(Christian Dürr [FDP]: In Teilen!)

Jetzt kann man ja fragen: Warum müssen wir überhaupt etwas machen? Kann es nicht so bleiben, wie es ist? - Nein, es kann nicht so bleiben, wie es ist; denn auch unsere Zugkapazitäten kommen an ihre Grenzen. Züge haben eine Länge von 700 m bis 800 m; dann hört es irgendwann auf. Auch unsere Schiffe können nicht immer noch größer, breiter und länger werden und mehr Tiefgang haben. Bei 22 000 Containern ist zurzeit

Feierabend. Ganz viel mehr soll es auch gar nicht werden. Die Verkehre nehmen zu. Die Zahl der Container nimmt zu. Hier mit dem Lang-Lkw eine vernünftige Alternative zu haben, das macht doch Sinn!

Jetzt gibt es sowohl Vor- als auch Nachteile, die von den Befürwortern bzw. Kritikern angesprochen werden. Ich will es noch einmal auf den Punkt bringen: Wir haben weniger Staus! Wenn wir mehr Ladung auf einen Lkw bekommen, dann müssen andere nicht zusätzlich fahren.

(Jörg Bode [FDP]: Richtig!)

Bei unseren vielen Verkehren bedeutet das weniger Staus.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Richtig!)

Wir haben ein geringeres Verkehrsaufkommen. Das können wir alle gemeinsam doch nur begrüßen!

Wenn die Lkw mehr Ladung transportieren können, brauchen wir auch weniger Fahrer. Seitens der Spediteure gibt es eine große Nachfrage nach Fahrern. Auch insofern kommen Lang-Lkw den Spediteuren zugute.

Wir haben ferner schärfere Vorschriften für den Lang-Lkw. Das bedeutet auch mehr Sicherheit im Straßenverkehr.

Schließlich fährt der Lang-Lkw nicht auf allen Strecken, sondern es gibt ausgesuchte Netze. Herr Will, da haben Sie völlig recht: Alle Bundesländer müssen dabei mitmachen. Schön ist auch, dass die, die sich lange nicht bewegt haben, jetzt doch gesagt haben, dass sie dabei mitmachen.

Viele Betriebe, die die Inhalte der Container verarbeiten, befinden sich an den Bundesautobahnen. Da 70 % unserer Strecken ja Bundesautobahnen sind, ist es richtig, den Lang-Lkw einzusetzen. Am Ende können wir auch noch 15 bis 25 % bei den Kosten für Brennstoff und Energie einsparen und den CO<sub>2</sub>-Ausstoß mindern. Das ist also ein ökologisch sinnvolles Projekt. Zwei statt drei Fahrten angesichts dessen kann man doch nur dafür sein!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn zu befürchten ist - die Kritiker haben es ja gesagt -, dass wir weniger Verkehre auf der Schiene haben werden, dann, Herr Will, bringt auch ein vermehrtes Wiegen einer Sau oder eines Schweines kein größeres Gewicht. Also: Wenn Sie es immer wieder wiederholen, wird es dadurch nicht richtiger.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Erfahrung ist ganz einfach die, dass die Verkehre auf der Bahn nicht abgenommen haben. Es hat auch keine Arbeitsplätze gekostet. Also: Keine zusätzlichen Verkehre durch die Lang-Lkw auf den Straßen und auch nicht weniger Verkehre auf der Schiene.

Auch hinsichtlich der Kritik, dass die Straßen durch Lang-Lkw beschädigt würden, hat meine Kollegin Frau König von der FDP deutlich gemacht, dass es bei mehr Achsen weniger Belastung gibt. Also auch dieser Punkt konnte im Rahmen des Modellversuchs ausgeräumt werden.

Wie geht es jetzt weiter? - Meiner Meinung nach liegt es auf der Hand. Wir haben hier einen schönen Antrag, in dem die Dinge noch einmal vernünftig zusammengefasst worden sind. Er sollte als Leitlinie für das Handeln unserer Landesregierung gelten. Die Ergebnisse dieses bundesweiten Feldversuchs müssen wir einfach anerkennen. Wir sollten den Testbetrieb in einen Regelbetrieb überführen. Das ist sinnvoll.

(Christian Dürr [FDP]: So ist das!)

Wir sollten für ein vernünftiges Positivnetz in Deutschland sorgen.

Wir brauchen zudem noch ein paar Parkplätze für Lang-Lkw. Auch dafür sollte sich die Landesregierung einsetzen. Wir helfen dabei. Auch die Bundesratsinitiative, die darauf abzielt, dass unsere Straßenverkehrsordnung zu einer guten Ordnung wird, sollten wir unterstützen.

Liebe Frau König, die CDU wird Ihren Antrag unterstützen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun das Wort Frau Kollegin Menge.

(Unruhe)

- Wir werden erst fortfahren, wenn hier im Plenarsaal wieder etwas mehr Ruhe eingekehrt ist. Einen Moment noch, Frau Kollegin! - Bitte!

# Susanne Menge (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor knapp drei Jahren - Frau König hat darauf hingewiesen - habe ich mich auf der Basis meiner damaligen Informationen in einer Fachzeitschrift und auch hier im Plenum sehr kritisch und ablehnend gegenüber Gigalinern geäußert. Der anschließende Besuch bei Speditionen im Ammerland und in Celle sowie auch fortlaufende Gespräche mit Spediteuren und dem GVN sind wichtig gewesen; denn einige Überzeugungen habe ich revidieren müssen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Die Fahrt im Gigaliner hat zumindest alle meine bis dato vorhandenen technischen und sicherheitsrelevanten Bedenken ausräumen können, vorausgesetzt sie werden auch von den Spediteuren und den Fahrerinnen und Fahrern eingehalten. Alle am Markt vorhandenen aktiven und passiven Sicherheitssysteme, wie z. B. Fahrerassistenzsysteme, Abstandshaltung, geregelte Bremssysteme usw., sollten eigentlich für jeden Lkw gelten.

In puncto Schadstoffregulierung fahren alle Feldversuchs-Gigaliner mit Euro-6-Norm. Das ist aktuell die höchste Klassifizierungsstufe für den schadstoffreduzierten Antrieb.

Meine Damen und Herren, glaubt man also den Befürwortern, dann sind Lang-Lkw durchweg eine Win-win-Lösung für alle: für die Unternehmen und offenbar auch für die Umwelt. Dann sind da aber auch die Spielverderberinnen wie ich, die Skeptiker und diejenigen, die Wasser in den vermeintlichen Wein gießen. Zitat: "Die Lang-Lkw werden uns die Umweltbilanz verhageln, weil wir wissen, dass die Trassenpreise den Transport über die Straße billiger machen." Das ist der zentrale Aspekt, Frau König, warum die Politik dringend aufgefordert ist, hier nachzubessern.

Also: Die Verbilligung macht die Schiene teurer. Das heißt, dass die Maßnahmen aus dem Hause Dobrindt den Straßengüterverkehr gegenüber der Schiene und der Wasserstraße mittelfristig bevorzugen und damit aus unserer Sicht dem Klimaschutz schaden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Erneut aufgeflammt ist die alte Debatte mit den bekannten Linien durch den Start in den Regelbetrieb mit Beginn 2017 - fünf Jahre nach dem Start des Modellversuchs, an dem sich nicht alle Bundesländer beteiligt hatten, aber auch Niedersachsen teilgenommen hatte. 158 Lkw aus 59 Speditionen waren während der Testphase im Einsatz.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, wohin und worauf die Gigaliner im sogenannten Normalbetrieb fahren dürfen. Erstens halte ich es aber für unzumutbar, mehr als 25 m Ladefläche durch Städte und Gemeinden oder womöglich direkt zu den Supermärkten fahren zu lassen. Das ist überhaupt nicht festgelegt. Schon jetzt beklagen Anwohnerinnen und Anwohner in Wohnbereichen die zunehmende nächtliche und frühmorgendliche Lärmbelästigung durch Lieferverkehre.

Zweitens bedarf es für den ungebremsten Konsum und dessen Produktion einer ständig wachsenden Infrastruktur. Das sind neben den Straßen auch Ruhe- und Parkflächen. Wohin soll es denn führen, wenn wir ganz pauschal, egal für wie viele Lang-Lkw, immer mehr - Zitat - "die Verfügbarkeit von Parkplätzen für Lang-Lkw entlang der Strecken des Positivnetzes dem jeweiligen Bedarf" anpassen, wie Sie es, werte FDP, in Punkt 5 fordern?

Drittens muss die Bundesregierung Ziele für einen umweltverträglichen Gütertransport entwickeln. Diese könnten z. B. in einer interdisziplinär zusammengesetzten Expertenkommission entwickelt werden.

Viertens würde die Regierung außerdem Gewerbegebiete nur dort zulassen, wo Gleisanschlüsse oder Gewässer, die für den Transportverkehr tauglich sind, vorhanden sind.

#### (Glocke der Präsidentin)

Fünftens ist darüber hinaus ein Gesamtblick auf die Branche wichtig. Handel und Speditionen arbeiten unter Rahmenbedingungen, die den Konkurrenzkampf zulasten der Umwelt und der Menschen erhöhen. Innerhalb Europas gibt es bis heute keine einheitliche Mautregelung und auch keine Sanktionen, sodass auch diesbezüglich eine Wettbewerbsverzerrung zugunsten derjenigen entsteht, für die Sanktionen folgenlos bleiben.

Mit Blick auf die Uhr - was mich jetzt sehr erstaunt - muss ich leider zum Ende kommen. Ich habe in meiner Rede die Auswertung durch die Bundesanstalt für Straßenwesen genauer unter die Lupe genommen. Meiner Ansicht nach fehlen wesentliche Aspekte, die es erlauben würden, die wissenschaftliche Datenbasis so zu unterfüttern, dass ich sagen könnte: Das ist hinreichend abge-

prüft; insofern brauchen wir zu dieser Entscheidung überhaupt keine Bedenken mehr zu äußern.

Lassen Sie mich ergänzend Folgendes sagen: Wir warten seit Ende 2015 auf die Auswertung des Schutzstreifenmodells für Fahrräder außerorts. Mit der nach der Anfrage der Grünen formulierten Begründung, dass eine sorgfältige Auswertung Zeit brauche, ist diese Auswertung bis heute nicht erfolgt. In dieser kurzen Zeit aber die Lang-Lkw-Auswertung in dieser Qualität oder eher Quantität vorzulegen, spricht Bände.

### (Glocke der Präsidentin)

Ich komme zum Schluss. Meine Damen und Herren, Gigaliner sind der Versuch, eine optimierte Antwort auf ein eigentlich falsches System zu finden, das ganze Lagerhaltungen auf die Straße verlagert. Wir sind gefordert, in diesem Sinne auch wirtschaftsethisch - das stünde uns allen vielleicht gut zu Gesicht - die Dinge noch etwas vertiefter zu betrachten. Deshalb werden wir, wenn Sie heute die sofortige Abstimmung verlangen, auf jeden Fall dagegen stimmen.

Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin Menge. - Es gibt eine Kurzintervention auf Sie von der FDP-Fraktion. Bitte, Frau König!

# Gabriela König (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Menge, Sie sind gut gestartet - wie ein kleiner Löwe -, aber dann leider als Bettvorleger gelandet.

(Christian Dürr [FDP]: Ja! - Petra Tiemann [SPD]: Welcher Kategorie gehören Sie denn an?)

Gelenkbusse in Städten - haben Sie von diesem Thema schon einmal gehört? Wissen Sie, wie lang die sind? Die können durch alle Städte fahren, und es gibt überhaupt kein Problem dabei. Aber wenn es um einen solchen Lkw mit fast der gleichen Länge geht - er ist gerade einmal 25 cm länger -, dann haben Sie damit plötzlich Probleme.

Abgesehen davon ist überhaupt nicht daran gedacht, dass Lang-Lkw durch Städte fahren. Sie haben das Prinzip nicht begriffen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Wissen Sie, was für ein Prinzip das ist? - Das Prinzip bedeutet, dass Lang-Lkw Transporte auf längeren Strecken - im Moment sogar noch auf ausgewählten Strecken - durchführen sollen. Diese Strecken sollen durch ganz Deutschland zusammenhängend erfolgen, und zwar möglichst schnell, damit diese Straßen, auf denen im Moment zum Teil auch andere Lkw fahren, entlastet werden. Das Ziel ist, dass alles etwas besser und schneller geht und die Autobahnen nicht zu sehr durch die Staus belastet werden, was dazu führen würde, dass irgendwann alle Lkw über Landesstraßen und Bundesstraßen und dann woandershin abgeleitet werden müssten.

(Christian Dürr [FDP]: Richtig!)

Wir wollen eine vernünftige, ordentliche Verkehrssituation auf unseren Autobahnen, und wir wollen, dass unsere Güter vernünftig transportiert werden.

Wie ich Ihnen schon mehrfach gesagt habe, hat die Bahn dadurch überhaupt keine Nachteile. Ihre 50 %, die sie auflegen kann, wird sie auch auflegen. Darüber hinaus wird sie es nicht schaffen.

Deswegen: Verabschieden Sie sich bitte davon! Und setzen Sie nicht Schutzstreifen an Landstraßen oder an Kreisstraßen in Relation zu Autobahnen! Die Unfallgefahr ist eine völlig andere.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

# Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. Es antwortet Ihnen Frau Kollegin Menge. - Bitte!

# Susanne Menge (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau König, ich finde es nicht in Ordnung, wenn man so miteinander umgeht. Ich respektiere Sie, und ich respektiere auch solche Anträge. Aber "Sie haben irgendetwas nicht verstanden" oder "Sie haben es nicht kapiert"

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Ja, das ist niveaulos!)

darf hier überhaupt nicht zum Tragen kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich habe eine andere Haltung, und zwar deshalb, weil ich - übrigens genauso wie meine Partei und diese Fraktion - nicht den Fokus auf die einseitige Betrachtung lege, wie Lang-Lkw und die Auswertung sind positiv; jetzt müssen wir einmal richtig an diese Geschichte herangehen!

(Gabriela König [FDP]: Fragen Sie doch einmal NRW, wie die das machen! Gucken Sie sich auch einmal den Antrag an! Das ist ein Trauerspiel!)

Dabei ergeben sich Fragen, die ungeklärt sind. Es ergeben sich auch wissenschaftliche Fragen, die in dieser Auswertung zum Tragen kommen. Wir gucken uns das genauer an.

Zur Schienenpolitik: Auch das ist eine ganzheitliche Betrachtung. Herr Will hat das vorhin schon deutlich gemacht. Soll ich denn jetzt sagen, dass wir das noch länger ad acta legen? Wir haben doch aus der Vergangenheit gelernt, dass zehn Jahre und länger nicht investiert worden ist. Das alles holen wir doch jetzt erst nach und nach auf. Dann kann ich doch die Schwerpunkte jetzt nicht einseitig auf die Straße verlagern und damit Zukunftsoptionen verbauen.

Das Schutzstreifen-Beispiel habe ich einzig und allein deshalb angeführt, um deutlich zu machen, welche Prioritäten gesetzt werden, wenn solche Untersuchungen anstehen. Die Prioritäten werden wieder einmal auf eine Lkw-zentrierte und straßenzentrierte Betrachtung für Güterverkehr gelegt. Es gibt auch andere Fahrzeuge, die Auswertungen erwarten.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Landesregierung hat nun Herr Wirtschaftsminister Lies das Wort. Bitte!

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass wir das Thema wieder ein bisschen auf das reduzieren müssen, was es ist. Der Lang-Lkw ist nicht die Rettung der Logistik. Er ist ein Bestandteil einer insgesamt funktionierenden Kette. Er darf und soll auch gar nicht dafür sorgen, dass wir auf anderen Verkehrsträgern weniger Verkehr haben und weniger transportieren. Deswegen ist es sicherlich sinnvoll, darüber nachzudenken, wie die Ausweitung insgesamt aussehen kann. So habe ich die Diskussion auch empfunden.

Es bedarf nicht dieses Antrags; denn es ist ja alles erledigt. Das Ganze ist freigegeben. Wir brauchen uns nicht mehr an den Bund zu wenden. Es ist alles abgearbeitet.

Jetzt geht es um etwas ganz Entscheidendes, nämlich darum, die Kriterien ausreichend zu berücksichtigen. Das finde ich sehr gut; denn wir haben einen riesigen Handlungsbedarf. Wir haben eine Menge Güter, die wir auf die Verkehrsträger bringen müssen. Deswegen ist es erstens absolut richtig, den Wasserstraßenausbau voranzutreiben, den Schieneninfrastrukturausbau voranzutreiben und den Straßeninfrastrukturausbau voranzutreiben.

Zweitens ist es absolut wichtig, über kluge Lösungen nachzudenken. Ich glaube, dass in den Verkehrssystemen eine Menge Potenzial steckt sowohl verkehrsträgerübergreifend als auch innerhalb eines Verkehrsträgers.

Drittens geht es darum, wie wir sie vernünftig ausnutzen. Wie ich immer gesagt habe - übrigens auch schon vor dem Regierungswechsel -, kann der Lang-Lkw einen Teil dazu beitragen, weil am Ende tatsächlich nicht mehr Gewicht, sondern ein größeres Volumen transportiert wird, für das man ansonsten drei Lkw statt zwei Lkw braucht. Das ist erst einmal sachlich richtig. Dazu kann man auch gar nichts sagen. Das ist sachlich richtig. Es ist völlig in Ordnung und macht auch Sinn.

## (Zustimmung von Christian Dürr [FDP])

Deswegen glaube ich an eines nicht: Es geht den Logistikern nicht darum, mehr Lkw auf die Straße zu bringen. Wer heute mit Logistikern in Niedersachsen spricht, der hört: Ich habe auch gerne weniger Lkw auf der Straße. - Sie warten nur - das ist die Aufgabe; so hat Frau Menge es auch gesagt - auf attraktive Angebote, auch die Schiene und Wasserstraßen effizient nutzen zu können. Deswegen sind wir ja gerade dabei - Stichwort "Schleuse Lüneburg" -, attraktive Angebote zu machen. Denn wenn es teurer ist, geht keiner auf die Wasserstraße. Deswegen brauchen wir auch dort vernünftige Angebote, die die Wirtschaftlichkeit ermöglichen. Da sind wir, finde ich, auf einem vernünftigen Weg.

Die sachliche Bewertung muss das ganz Entscheidende sein. Die sachliche Bewertung zeigt für mich, dass es in Niedersachsen gute Beispiele für Fälle gibt, in denen es überhaupt keinen Sinn machen würde, auf den Lang-Lkw zu verzichten und daraus wieder Einzel-Lkw zu machen. Das macht

überhaupt keinen Sinn; das muss man offen sagen. Es macht aber auch keinen Sinn, gänzlich auf den Normal-Lkw zu verzichten und gänzlich auf den Lang-Lkw zu setzen, weil wir - und dazu gehört die Statistik - in der Regel schon die Vollauslastung an Gewicht haben. Das heißt, es bringt überhaupt nichts, den Lang-Lkw zu nehmen, weil man ohnehin nicht mehr transportieren könnte, sondern nur mehr Volumen hätte. Ich finde, das gehört zur Versachlichung der Diskussion, mit der wir weiterkommen können.

Bei dem Thema Lang-Lkw ist entscheidend, dass wir die 40-Tonnen-Begrenzung haben, dass wir mitlenkende Achsen und sogar weniger Beeinflussung der Infrastruktur haben. Außerdem haben wir weniger Belastung für die Straße. Das darf man objektiv so bewerten, ohne Befürworter oder Gegner zu sein, weil das einfach nur eine sachliche Betrachtung ist. Heute machen wir mit den Vorschriften, die für die Lang-Lkw gelten, übrigens deutlich höhere Vorgaben hinsichtlich der Fahrerassistenz- und Sicherheitssysteme. Das heißt, wir können ein System auf die Straße bringen, wo wir Vorgaben machen. Das ist ja das Interessante daran: Wir machen Vorgaben für das System, und die Länder, die weiterhin die Genehmigungsbehörde bleiben, entscheiden dementsprechend: Geht das denn überhaupt? Ist das auf der Straße möglich? Führt es zu einer Beeinflussung? Auch da macht es absolut Sinn, diesen Weg zu gehen.

Wir sind bei dem entscheidenden Punkt. Ich bin froh, dass es ein derart langes Testverfahren gab. Das Testverfahren hat ergeben, dass der Einsatz im Regelbetrieb möglich ist. Deswegen brauchen wir dazu keinen Beschluss mehr zu fassen. Der Regelbetrieb ist vom Bund genehmigt. Es bleibt dabei, dass das Land die Hoheit hat, zu entscheiden, auf welchen Strecken das überhaupt möglich ist. Die Entfristung der Ausnahmeverordnung, wie Sie sie fordern, gibt es schon; die ist durch. Insofern gibt es an dieser Stelle keinen Handlungsbedarf.

Ich kann nur dafür plädieren, dass wir eines eben nicht machen, nämlich dass wir nicht sagen, es gibt nur eine Lösung, und die lautet: "Nein zum Lang-Lkw", oder sie lautet: "Nur der Lang-Lkw bietet uns die Chancen, die wir brauchen", sondern wir brauchen eine differenzierte Betrachtung. Ich bin sicher, dass der Lang-Lkw dazu beitragen wird, dass Logistik effizient möglich ist. Er wird aber nicht dazu beitragen, dass wir die Schiene oder die Wasserstraße vernachlässigen. Eines müssen wir aber machen: Wir müssen in unseren Debatten,

die wir führen, deutlicher machen, dass gerade im Bereich Schiene und Wasserstraße in Zukunft mehr Investitionen nötig sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden mit dem Lang-Lkw alleine nicht hinkommen, sondern wir brauchen mehr Investitionen in Schiene und Wasserstraße, und dann haben wir, glaube ich, einen guten Weg gefunden, die gesamte Infrastruktur, die wir haben, effizient, sinnvoll und auch ökologisch sinnvoll zu nutzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Minister Lies, Frau Kollegin König hat darum gebeten, eine Frage stellen zu dürfen.

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Ja, gerne.

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Bitte, Frau Kollegin!

## Gabriela König (FDP):

Herr Minister Lies, ich bin genau Ihrer Meinung, dass wir den Lang-Lkw zusätzlich brauchen und dass wir nicht alle andere Lkw durch den Lang-Lkw ersetzen, sondern nur einen bestimmten Anteil. Das sagen auch alle Logistiker und Speditionen.

Ich habe allerdings nicht verstanden, dass Frau Menge sagt, die Wirtschaftlichkeit sollte nicht gewährleistet werden, damit es für die Unternehmen nicht günstiger wird, auf der Straße zu fahren, als beispielsweise mit der Bahn. Das wollte ich von Ihnen noch einmal wissen.

Die zweite Frage lautet: Warum hat NRW Ihrer Meinung nach unter genau dieser Prämisse einen Antrag gestellt - dieser Antrag ist am 25. Januar gestellt worden -, in dem die Überlegung angestellt wird, ob die dortigen Unternehmen eventuell ins Hintertreffen gerieten, wenn dort nicht beschlossen würde und man sich nicht dafür einsetzen würde, dass der Lang-Lkw auch in Nordrhein-Westfalen so schnell wie möglich auf die Straße kommt?

**Olaf Lies**, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau König, das will ich gerne beantworten. NRW musste das erst ein-

mal beschließen, weil dort bisher abgelehnt wurde, dass der Lang-Lkw fahren darf. Es ist also eine ganze Ausgangssituation. Wir brauchen diese Beschlüsse nicht mehr. Wir haben den Testbetrieb gemacht und gehen automatisch in einen Regelbetrieb. Deswegen brauchen wir an dieser Stelle keine Beschlüsse.

Die Botschaft ist sozusagen implizit in der Maut-Diskussion schon enthalten: Die Mautzahlung erfolgt je nach Gewichtsklasse und Achse. Der Ansatz von Frau Menge, den ich gehört habe, ist folgender: Bisher haben wir die Grenze, dass die Zahlung ab fünf Achsen für alle gleich ist. Jetzt könnte man theoretisch auch die Debatte führen: Wenn es so sinnvoll ist, differenziert man weiter und sieht eine weitere Achsklasse von sechs oder sieben Achsen und mehr Achsen vor, um damit den Lang-Lkw Rechnung zu tragen. Diese Debatte kann man gerne führen.

Ich glaube, am Ende wird der Unternehmer immer das wirtschaftlichste Angebot nehmen. Jeder Logistiker hat ein großes Interesse daran, weniger Lkw auf die Straße zu bringen, weil er die größten Probleme hat, angesichts der aktuellen Verkehrssituation auf der Straße pünktlich die Zielorte zu erreichen. Wir sollten also nicht dem Logistiker unterstellen, dass er gerne mehr Lkw haben will, sondern wir sollten unserer Logistik als logistischem Herz von Europa die Angebote machen, die wir wirklich brauchen, und dann wird der Wettbewerb entscheiden.

Deswegen ist mein Ansatz: Lasst uns in Schiene und Wasserstraße in gleichem Maße investieren, damit wir dort im Vergleich zur Straße wettbewerbsfähig sind. Das muss doch die vernünftige wirtschaftliche Antwort sein.

(Beifall bei der SPD)

# Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Frau Kollegin Menge hat nach § 71 Abs. 3 zusätzliche Redezeit beantragt. Frau Kollegin Menge, anderthalb Minuten für Sie.

# Susanne Menge (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau König, ich möchte auch das korrigieren. Ich zitiere noch einmal, was ich gesagt habe:

"Ein Gesamtblick sei auf die Branche notwendig. Handel und Speditionen arbeiten unter Rahmenbedingungen, die den Konkurrenzkampf zulasten der Umwelt und der Menschen erhöhen. Innerhalb Europas gibt es bis heute keine einheitlichen Mautregelungen und Sanktionen, sodass auch diesbezüglich eine Wettbewerbsverzerrung zugunsten derjenigen entsteht, für die die Sanktionen folgenlos bleiben."

Sie hören aus diesem Zitat, dass ich mitnichten über eine wirtschaftliche Relation gesprochen habe, sondern dass ich über Sanktionen spreche. Ich möchte in der europäischen Debatte jetzt überhaupt nicht darauf eingehen, um wen es dabei im speziellen Fall geht, aber den Spediteurinnen und Spediteuren geht es darum, dass man eine Idee davon entwickeln muss, wie Sanktionen, die für die deutschen Spediteure gelten und die sie zu zahlen haben, auch auf die international Fahrenden angewendet werden können. Dass wir diesbezüglich Nachbesserungsbedarf im Vergleich zu den Niederlanden, zu Frankreich oder auch zu anderen Ländern haben, ist offensichtlich. Deshalb der Appell, den Blick breiter auf diese Fragestellung zu wenden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Beratung jetzt schließen kann.

Die Fraktion der FDP hat für ihren Antrag in der Drucksache 17/7272 beantragt, die zweite Beratung und damit die Entscheidung über den Antrag sofort anzuschließen. Der Landtag kann dies nach § 39 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung beschließen, sofern nicht mindestens 30 Mitglieder des Landtags für eine Überweisung des Antrags stimmen.

Ich frage deshalb zunächst, ob eine Ausschussüberweisung beantragt wird. - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wir kommen daher jetzt zur Abstimmung in der Sache.

Wer den Antrag in der Drucksache 17/7272 annehmen möchte, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit wurde der Antrag abgelehnt.

Ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 22:

Erste Beratung:

**Einbruchskriminalität effektiv bekämpfen!** - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/7273

Zur Einbringung erteile ich Herrn Kollegen Becker von der SPD-Fraktion das Wort.

(Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann übernimmt den Vorsitz)

# Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege, Sie haben das Wort. Bitte!

### Karsten Becker (SPD):

Sehr verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben in der Vergangenheit bereits mehrfach Fragen der inneren Sicherheit und der Kriminalitätsentwicklung erörtert. Im Mittelpunkt standen aber häufig die Fallzahlen bei der Einbruchskriminalität. Das ist natürlich keine schöne Entwicklung. Ich will hier aber sehr deutlich feststellen, dass wir die Reaktion der niedersächsischen Polizei auf diese Entwicklung für absolut angemessen und hoch wirksam halten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die niedersächsische Polizei legt im Bereich der Einbruchskriminalität natürlich die gleiche Professionalität und die gleiche Konsequenz an den Tag wie bei der Bekämpfung aller anderen Kriminalitätsphänomene auch. Ich stelle das hier auch aus dem Grunde fest, weil Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, in der Vergangenheit der Versuchung nicht immer widerstehen konnten, den Anstieg der Einbruchskriminalität isoliert zu bewerten. Ich kann Ihre Motivlage gut nachvollziehen, aber Ihre Argumentation ist mir da ein bisschen zu schlicht. Dieser unzulässig verkürzte Rückschluss - die Fallzahlen der Einbruchskriminalität steigen, ergo arbeitet die Polizei schlecht -, dieser verkürzte Ansatz ist zu einfach und führt auch zu fehlerhaften Ableitungen.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Wer hat das behauptet?)

- Darüber können wir uns gleich unterhalten, natürlich. Wenn Sie sich die Gesamtcharakteristik Ihrer Anträge vor Augen führen, werden Sie feststellen, dass das der Kontext ist, in dem Sie argumentie-

ren. Sie betrachten das isoliert. Ich komme noch dazu.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Wie kommen Sie dazu, das da herauslesen zu wollen?)

Meine Damen und Herren, Herr Oetjen, es verbietet sich per se, den Sicherheitsstatus im Land ausschließlich anhand der Entwicklung eines einzelnen Phänomenbereichs zu bewerten. Denn Sicherheit ist mehr als die Summe der Fallzahlen eines einzelnen Bereichs. Ich unterstelle einmal, das wissen auch Sie genau.

Gleichzeitig sinken die wesentlichen Kennzahlen in der Kriminalitätsstatistik, die in ihrer Summe Auskunft über den tatsächlichen Sicherheitsstatus in Niedersachsen geben.

Die Gesamtzahl der Straftaten ist gegenüber dem Jahr 2006 um ca. 5,9 % zurückgegangen. Die Zahl der Kriminalitätsopfer ist das dritte Mal in Folge auf den insgesamt niedrigsten Stand zurückgegangen, nämlich von ca. 101 000 im Jahr 2006 auf jetzt 94 000. Die Aufklärungsquote ist in den vergangenen zehn Jahren von ca. 55,5 % auf ca. 61,2 % gestiegen. Der bundesweite Durchschnitt der Aufklärungsquote liegt bei ca. 55 %, um einmal den Abstand zu anderen Bundesländern bewertungsfähig zu machen.

Meine Damen und Herren, eine Argumentation, die darauf hinausläuft, dass die Polizei in einem Phänomenbereich schlecht arbeitet, in allen anderen aber super Ergebnisse zutage fördert, ist schlicht absurd.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Das sagt auch niemand!)

Ein zweiter Punkt, der Ihre Argumentation widerlegt, ist der länderübergreifende Vergleich. Die Fälle der Einbruchskriminalität nehmen bundesweit zu, nicht nur in Niedersachsen. Auch hier liegt Niedersachsen mit seiner Aufklärungsquote von ca. 22,2 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Der Durchschnitt der Bundesländer liegt nämlich bei ca. 15 bis 16 %. Damit hat Niedersachsen eine um ca. 50 % höhere Aufklärungsquote bei Einbruchsdiebstählen als der Durchschnitt der Länder.

(Zustimmung von Ulrich Watermann [SPD])

Wer also nach den Gründen für den Anstieg der Einbruchskriminalität sucht, der wird wenig Anhaltspunkte dafür finden, dass die Ursachen für dieses Phänomen im Handeln der niedersächsischen Polizei liegt.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Nein, bei der Landesregierung liegt!)

- Sie können gleich einmal versuchen, das zu belegen.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Das erzähle ich Ihnen gleich!)

Meine Damen und Herren, wer Ursachen sucht, sollte - darin unterscheiden wir uns ganz offensichtlich - das Verhalten der Täter untersuchen.

Es spricht viel dafür, dass den Wohnungseinbrüchen auch ein Ausweichverhalten der Täter zugrunde liegt, nämlich weg vom unattraktiv gewordenen Diebstahl von Kraftfahrzeugen. An dieser Stelle wird es nun interessant. Die Zahl der Kraftfahrzeugdiebstähle ist nicht zurückgegangen, weil die Täter alle geläutert worden wären oder weil man mit gestohlenen Autos kein Geld mehr verdienen könnte. Die Zahl der Kraftfahrzeugdiebstähle, meine Damen und Herren, ist deshalb zurückgegangen, weil die technische Diebstahlsicherung in den vergangenen Jahren deutlich weiterentwickelt worden ist und die Täter einen großen Aufwand betreiben müssen, um die Wegfahrsperren eines modernen Fahrzeugs zu überwinden.

Meine Damen und Herren, das ist ein deutlicher Beleg dafür, dass es klug ist, den ersichtlich wirksamsten Ansatz zur Bekämpfung von Eigentumsdelikten, nämlich die vorbeugende technische Sicherung, auch auf die Wohnungseinbruchskriminalität zu übertragen. Das leistet unsere Polizei bereits mit einer ortsnahen Beratung von Mietern, Wohnungseigentümern, Bauherren, Planern und Wohnungsgesellschaften, indem sie über die technischen Sicherungsmöglichkeiten von Wohnobjekten informiert. Damit erhöhen wir einerseits den Schutz der Objekte. Vor allem dürfen wir andererseits erwarten, dass mehr und besser verwertbare Spuren gefunden werden und daraus deutlichere Täterhinweise ermittelt werden können.

Meine Damen und Herren, in Niedersachsen sind wir auf diesem Weg schon ein ordentliches Stück vorangekommen. Wir haben mittlerweile eine Quote der im Versuchsstadium stecken gebliebenen Taten von ca. 40 %. Auch damit liegen wir bundesweit ziemlich weit vorne. Das ist ein Erfolg der Schwerpunktsetzung in der Vergangenheit, den wir zugunsten der zukünftigen Entwicklung jetzt weiter ausbauen müssen. Dazu - dies möchte ich ausdrücklich hervorheben - waren die Anträge der

Fraktionen der CDU und der FDP durchaus hilfreich, weil sie zu einer Anhörung geführt haben, in der sich Hinweise ergeben haben, wie dieser präventive Ansatz konstruktiv weiterentwickelt und ausgebaut werden kann.

Meine Damen und Herren, wenn Wohnungsmieter faktisch schlechter gestellt werden, weil sie für einen Einbau von technischen Einbruchsschutzmaßnahmen auf die Zustimmung des Vermieters angewiesen sind und diese Einbauten bei einem Auszug aus der Wohnung im Zweifel wieder entfernt werden müssen, dann hemmt das natürlich die Bereitschaft zur Investition in Sicherheitstechnik empfindlich. Wenn wir den präventiven Einbruchsschutz auch in Mietwohnungen nachhaltig verbessern wollen, müssen wir die Rechtsposition der Mieter so verbessern, dass ihnen aus dem Einbau technischer Einbruchshemmnisse nach Beendigung des Mietverhältnisses keine wirtschaftlichen Nachteile erwachsen.

Meine Damen und Herren, in die gleiche Richtung geht auch der Ansatz, das Programm mit der KfW-Förderung für den Einbau von Sicherheitstechnik über 2017 hinaus fortzusetzen und die zur Verfügung stehenden Mittel auch für private Neubauten finanziell aufzustocken.

Wir haben in Deutschland, im Gegensatz zur Automobiltechnik - da gibt es sogar Bußgeldtatbestände für den Fall, dass die Sicherungstechnik eines Fahrzeugs nicht genutzt wird -, keine gesetzlichen Standards für die technische Einbruchssicherung von Wohngebäuden. Der Einbau hochwertiger Sicherheitstechnik ist daher noch immer ein Stiefkind von Architekten und Bauherren. Investitionsanreize durch finanzielle Förderung können aber dazu beitragen, die Quote sicherheitstechnisch optimierter Neubauten zu erhöhen.

Meine Damen und Herren, auch in der Gestaltung unserer Städte und des öffentlichen Raums sehen wir weitere Potenziale für eine wirksame Kriminalprävention. Auch die wollen wir weiter ausbauen, und zwar durch die Weiterentwicklung der Sicherheitspartnerschaften im Städtebau. Das ist ein Verfahren, bei dem Sicherheitsaspekte im gesamten Wohnquartier betrachtet und von den Aufgabenträgern gemeinsam umgesetzt werden. Dazu wollen wir das Erfahrungswissen und die statistische Datenbasis, die unsere Polizei vorhält, den Stadtplanern, den Architekten, den Bauverwaltungen und der Wohnungswirtschaft noch offensiver zur Verfügung stellen, damit die dort bestehenden

kriminalpräventiven Potenziale noch wirksamer genutzt werden können.

Last, but not least: Wir wissen, dass die Täter zunehmend über nationale Grenzen hinweg agieren. Eine bloß regional oder national verortete Bekämpfungsstrategie greift darum zu kurz. Der Datenund Informationsaustausch über Länder- und Staatsgrenzen hinweg und gemeinsam abgestimmte operative Aktionen können die Aufklärung von Taten und die Ergreifung von Tätern erleichtern und damit auch zur Erhöhung des subjektiven Entdeckungsrisikos aufseiten der Täter beitragen.

Die Zusammenarbeit von Niedersachsen mit den Nachbarstaaten Belgien und den Niederlanden sowie den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz geht da in die richtige Richtung und kann zu einem Muster für solche Kooperationen werden. Auch das ist ein guter Grund, warum dieses Kooperationsmodell zu einem Erfolg gebracht werden sollte, weil dadurch auch andere ein praktisches Beispiel vorgeführt bekommen, dass es sich lohnt, die Zusammenarbeit zu intensivieren

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Becker. - Ich erteile jetzt dem Kollegen Jan-Christoph Oetjen für die FDP-Fraktion das Wort. Bitte!

## Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Becker, man muss schon eine ganz schöne Chuzpe haben, sich hier hinzustellen und CDU und FDP vorzuwerfen, dass wir die Polizei für ihre Arbeit kritisieren. Das schlägt doch wirklich dem Fass den Boden aus, Herr Kollege Becker!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Niemand hier kritisiert die Polizei für ihre Arbeit. Aber wir stellen fest, dass diese Landesregierung das Thema Einbruchskriminalität nicht auf dem Schirm hatte und dort keinen Schwerpunkt gesetzt hat. Das ist doch die Wahrheit in diesem Hause, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Nun sagen Sie: Wir, SPD und Grüne, haben jetzt einen super Antrag eingebracht. Wir nehmen jetzt

einmal die vorbeugende technische Sicherheit als Schwerpunkt. - Vor zweieinhalb Jahren - genauer gesagt: am 16. September 2014 - hat die FDP-Fraktion den ersten Antrag zum Thema Einbruchskriminalität in den Landtag eingebracht. Seitdem wurde über 30 000-mal in Niedersachsen eingebrochen, Herr Kollege Becker. Aber diese Landesregierung hat das noch immer nicht zum Schwerpunktthema gemacht, verehrte Kolleginnen und Kollegen. So etwas geht doch nicht! Das geht doch nicht, Herr Minister!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Christian Dürr [FDP]: Richtig!)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Das regt mich richtig auf. Es regt mich richtig auf, dass wir das immer wieder thematisieren und sagen müssen: "Da muss etwas passieren", und eigene Vorschläge machen müssen, während es dann aber im Innenausschuss, Herr Kollege Watermann, heißt: Wir wissen das. Wir möchten einen eigenen Änderungsvorschlag zu den Anträgen der FDP und der CDU einbringen. Die liegen schon so lange. - In der nächsten Sitzung fragen wir wieder nach. Dann heißt es: Wir arbeiten daran, sind noch in einer engen Abstimmung mit dem Innenministerium. -Und dann entdecken wir einen solchen Antrag auf der Tagesordnung, in dem eine Seite Feststellungsteil ist und erklärt wird, dass das alles eigentlich gar nicht so schlimm ist in Niedersachsen.

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]: Das ist auch nicht schlimm!)

Da heißt es dann: Das ist ein bundesweites Phänomen. Die Einbruchskriminalität nimmt überall zu. Daran können wir gar nichts machen. - Was ist das denn für ein Anspruch von Politik, verehrte Kolleginnen und Kollegen?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -Jörg Bode [FDP]: Unglaublich ist das! Das ist die Manipulation des Rechtsstaates!)

Fragen Sie einmal diejenigen, bei denen eingebrochen wurde, wie die sich fühlen!

(Angelika Jahns [CDU]: Genau!)

Wir sind überhaupt nicht auseinander, dass wir bei der vorbeugenden technischen Sicherheit etwas verbessern und dass wir da auch Impulse setzen müssen, damit die Leute ihre Häuser besser sichern. Wir wissen, dass die Frage, wie schnell die Einbrecher in ein Haus kommen, entscheidend dafür ist, ob der Einbruch tatsächlich durchgeführt

wird oder nicht. Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, zu dem Entscheidenden, wo wir auch ansetzen können, nämlich zu der Frage der Aufklärung solcher Straftaten, sagen Sie überhaupt nichts. Wir haben Ihnen hier schon wiederholt vorgeschlagen, besondere Ermittlungsgruppen "Einbruch" einzurichten.

(Gudrun Pieper [CDU]: Die hatten wir ja!)

- Die hatten Sie ja im Heidekreis, ganz genau, und es hat super funktioniert. Die Aufklärungsquote ist richtig nach oben gegangen.

(Gudrun Pieper [CDU]: Ja!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die besondere Ermittlungsgruppe "Einbruch", die länderübergreifend mit den Niederlanden, NRW und Belgien noch arbeitet, hat gerade erreicht, dass vor Kurzem 33 Einbrüche aufgeklärt werden konnten. Das zeigt doch, dass solche besonderen Ermittlungseinheiten gut funktionieren, dass klassische Polizeiarbeit dabei helfen kann, die Aufklärungsquote hochzubringen. Aber genau dieses Instrument, Herr Kollege Becker, bei dem man natürlich einen Schwerpunkt setzen muss, wofür man Kolleginnen und Kollegen von der Polizei braucht, die diese Arbeit vor Ort machen, nehmen Sie in Ihren Antrag nicht auf. Sie haben bei der Einbruchskriminalität immer noch nicht den Schuss aehört.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie setzen hierbei keinen Schwerpunkt, und das ist fahrlässig, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

# Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Oetjen. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Thomas Adasch das Wort.

## Thomas Adasch (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gut vier Jahre nach Regierungsübernahme durch Rot-Grün legen Sie von SPD und Grünen uns heute den Antrag "Einbruchskriminalität effektiv bekämpfen" vor.

(Zuruf von der CDU: Guten Morgen!)

Die Landesvorsitzende der Grünen, die Kollegin Janssen-Kucz, lässt sich in der Hannoverschen Neuen Presse mit diesen Worten zitieren: Wir dür-

fen nicht immer nur die steigenden Einbruchzahlen kritisieren, wir müssen etwas verändern.

(Zurufe von der CDU und von der FDP - Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Dafür war die Anhörung sehr gut, Herr Kollege!)

Ja, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen: Nicht nur kritisieren, sondern auch etwas verändern! Das nennt man eigentlich Regierungsverantwortung, Frau Kollegin.

Dass Sie jetzt kurz vor Toresschluss mit einem solchen Antrag daherkommen, ist peinlich, für die Polizei höchst unbefriedigend und für die Opfer von Einbruchskriminalität ein sehr schwacher Trost.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bereits vor knapp einem Jahr haben wir hier im Landtag unseren Antrag "Deutlicher Anstieg der Einbruchskriminalität - Niedersachsen muss bei der Bekämpfung der Einbruchskriminalität besser werden" eingebracht. Anfang 2016 haben wir den Antrag "Mehr Polizei für Niedersachsens Sicherheit" gestellt und vor fast genau einem Jahr die Aktuelle Stunde zum Thema "Wird Niedersachsen zum Paradies für Einbrecher und Kleinkriminelle?" beantragt. Bereits Mitte 2015 hat meine Fraktion darüber hinaus den Antrag "Vorausschauende Polizeiarbeit ermöglichen - Einbruchskriminalität effektiver bekämpfen, Menschen in Niedersachsen vor Einbrecherbanden schützen" gestellt.

(Zurufe von der CDU: Und er wurde abgelehnt!)

Die Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion haben ihrerseits im Mai 2016 einen Entschließungsantrag eingebracht,

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Den zweiten schon!)

dessen Titel Ihnen bekannt sein dürfte, er lautete "Einbruchskriminalität effektiv bekämpfen".

(Zurufe von der CDU: Ach was!)

Außerdem haben wir bereits im Jahr 2014 in diesem Hohen Hause den Antrag "Einbruchskriminalität effektiv bekämpfen - Beute zurückgeben" der FDP-Fraktion debattiert. Bereits damals habe ich für meine Fraktion zu diesem wichtigen Thema sprechen dürfen. Geändert hat sich seitdem leider nichts.

Sie, Herr Minister Pistorius, haben die Entwicklungen der vergangenen Jahre verschlafen oder aus rein ideologischen Gründen ignoriert und verfallen nun kurz vor der Wahl in puren Aktionismus, indem Sie, hopplahopp, einzelne Bausteine unserer Sicherheitsstrategie für Niedersachsen kopieren und damit nicht mehr als sicherheitspolitisches Stückwerk produzieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nehmen wir beispielsweise die Stärkung der Polizei um 1 000 zusätzliche Stellen, auf die Sie in Ihrem Antrag verweisen und die wir seit Langem gefordert haben. Hier werden einfach die Mehreinstellungen von Polizeianwärtern aus dem Nachtragshaushalt 2015 umgewidmet. Tatsächlich soll mit den zusätzlichen Anwärtern aber der Mangel an Abiturienten infolge der Wiedereinführung des G 9 ausgeglichen werden. Hinzu kommen Luftbuchungen durch Aufgabenübertragungen oder Freisetzungen, Stellen werden eingerechnet, die nur aufgrund des Hinausschiebens von Ruhestand oder der Neustrukturierung von IT-Infrastrukturen auf dem Papier als scheinbar neue Stellen auftauchen.

So basteln Sie sich ein Tausenderprogramm zusammen, das seinen Namen nicht verdient hat, unsere Polizei nicht entlastet und den Bürgern nicht mehr Sicherheit bringt. Die Polizistinnen und Polizisten merken das doch, genauso wie die Bürgerinnen und Bürger: Immer mehr Polizeistationen verlieren Personal, Öffnungszeiten werden verkürzt oder kleine Polizeistationen gleich ganz geschlossen. Gerade in Südniedersachsen scheint dies ein großes Problem zu sein, wie mir von Kolleginnen und Kollegen immer wieder berichtet wird.

Ein anderes Thema, auch hier die gleichen handwerklichen Fehler. Aufgrund unserer Initiative und des öffentlichen Drucks haben Sie sich endlich des Themas "Predictive Policing" - vorausschauende Polizeiarbeit - angenommen, das gerade im Bereich der Einbruchskriminalität ein erfolgversprechendes Instrument sein kann. Wie haben Sie aber dieses Thema umgesetzt? - Während Anbieter auf dem freien Markt Jahre brauchen, um ein prognosefähiges Instrumentarium zu entwickeln, gelingt dies Herrn Minister Pistorius innerhalb weniger Wochen. Ein echtes Wunder?

(Jörg Bode [FDP]: IT-Guru!)

Wohl kaum. Viel wahrscheinlicher ist es, dass man einfach vergangene Delikte auf der Basis eines kartografischen Systems visualisiert hat. Mit anderen Worten: eine digitale Version der klassischen Landkarte mit Zahnstochern, Fähnchen und roten Bindfäden, die wir alle aus Krimiserien der 80er-Jahre kennen. Das hat aber nun rein gar nichts mit vorausschauender Polizeiarbeit zu tun, sondern ist eine reine Visualisierung von Delikten aus der Retrospektive. Mit einem Budget von 100 000 Euro, in die die Beschaffung von 35 Tablets und die Entwicklung einer eigenen App bereits mit eingerechnet sind, ist etwas anderes auch gar nicht umsetzbar.

Insofern ist es nichts weiter als purer Aktionismus, der viel Aufmerksamkeit bringt, wenig kostet und am Ende im besten Fall zu einer Optimierung von Lagebildern beitragen kann. Einbruchskriminalität hochmobiler Banden werden Sie damit nicht erfolgreich bekämpfen.

Insgesamt - das muss man leider sagen - ist Ihr vorliegender Antrag ein Antrag fürs politische Schaufenster, ein Antrag, um kleinste Verbesserungen zu bejubeln, die den kleinsten gemeinsamen Nenner mit den Grünen darstellen. Es wird kein eigenes Geld für den Einbruchschutz investiert, wie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen oder Schleswig-Holstein, sondern der Bund soll es wieder richten gemeinsam mit Hauseigentümern und Mietern. Es gibt nach wie vor kein Konzept, wie man internationale Banden, die entlang unserer Autobahnen auf Raubzug gehen, effektiv bekämpfen soll. Kennzeichenlesegeräte werden für die Bundespolizei angeschafft, für die niedersächsische Polizei sollen sie verboten werden. Das hindert Sie allerdings nicht daran, in Ihrem Antrag den länderübergreifenden Daten- und Informationsaustausch zu begrüßen.

Sie fordern in Ihrem Antrag die Unterstützung präventiver Handlungsstrategien, auch im Bereich der eigenen Vorsorge durch bauliche Maßnahmen, gleichzeitig hat die Bauministerin Rundt keinerlei Initiative für die Verschärfung von Baustandards zur Prävention gestartet.

Sie sehen, nach vier Jahren Desinteresse beginnt nun die große Hektik. Politisch werden Sie von SPD und Grünen immer nur dann und da aktiv, wo der politische und öffentliche Druck zu groß wurde. Dann war es allerdings meistens schon zu spät. Gute Politik handelt vorausschauend, um drohende Missstände zu beseitigen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Adasch. - Das Wort hat jetzt die Kollegin Meta Janssen-Kucz, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

### Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich halte hier einfach mal fest: Niedersachsen war und Niedersachsen ist gut in Sachen Bekämpfung der Einbruchskriminalität.

(Gudrun Pieper [CDU]: Ach?)

Es ist vieles auf einem guten Weg. Wir müssen uns hier keine gegenseitigen Vorwürfe machen. Ein Teil dieser Anträge war einfach überzogen. Es wird laufend nachjustiert. So haben Sie unter Schwarz-Gelb gearbeitet, so arbeiten wir, weil sich die Lagen verändern. Dieses Nachjustieren, die Taktik, übernimmt die Polizei. In der Taktik - das sage ich Ihnen einmal ganz deutlich - hat die Politik am besten gar nichts zu suchen, weil keiner von uns dafür eigentlich eine Ausbildung hat.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Das stimmt nicht! Der Kollege Adasch hat dafür eine Ausbildung!)

Wir sollen Vorgaben machen und das auch begleiten. Das ist mir einfach wichtig.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin, der Kollege Oetjen - - -

## Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Nein, das möchte ich jetzt erst einmal nicht. Das mache ich gerne im Anschluss, Jan-Christoph.

Mir ist einfach wichtig: Ihre Anträge sind in Teilen aufgenommen worden. Wir hatten umfangreiche Unterrichtungen. Wir hatten auch eine sehr gute Anhörung mit unterschiedlichen Akteuren.

Im Laufe dieses Prozesses ist sehr deutlich geworden, dass wir länderübergreifend arbeiten, dass das Land Niedersachsen keine einsame Insel ist, dass wir den richtigen Weg gehen - länderübergreifend und international - und dass das ein neuer Weg ist, den wir unter Rot-Grün schon eingeschlagen haben.

Aus dieser Auswertung heraus, aus dieser Zusammenarbeit - auch anhand der Pilotprojekte in anderen Bundesländern - heraus gibt es jetzt die aktive Erprobungsphase der Programme zur automatisierten Lagebildanalyse, der sogenannten Prognosesoftware. Da müssen wir nicht den Firmen auf den Leim gehen. Da kann man auf Erfahrungen der anderen Bundesländer aufbauen und ein Programm für Niedersachsen entwickeln. Genau das ist passiert.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Parallel haben wir den Baustein "Verstärkung der Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen" erweitert.

Wir haben die präventive Öffentlichkeitsarbeit, die intensive Beratung vor Ort laufend ausgebaut. Jeder weiß, wie präsent dieser Fachbereich der jeweiligen Polizeiinspektion ist - auf regionalen Messen, auf Altennachmittagen - und dass er auch zu jedem Einzelnen nach Hause kommt. Vielen Dank an unsere Polizeiinspektionen, dass sie da so aktiv sind!

Ich finde einfach, die Strategie der niedersächsischen Polizei zur Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen hat sich bewährt. Sie ist hier nicht schlechtzureden. Wir sollten dankbar sein, dass wir diesen Weg gehen.

Aber die Strategie der Einbrecher, vor allem internationaler Banden, verändert sich. Die versuchen natürlich, die Taktik und die Strategie der Polizei zu unterlaufen. Deshalb müssen sich auch die Taktik und die Strategie der Polizei laufend verändern. Alle Bundesländer stehen vor der Herausforderung, die Einbruchskriminalität laufend zu bekämpfen.

Sie steigt einfach weiter? - Da haben Sie ja recht. Aber das ist nicht nur in Niedersachsen so. Eine positive Ausnahme ist Niedersachsen jedoch bei der Aufklärungsquote.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Sie könnte aber besser sein!)

Im Bundesschnitt beträgt sie 16 %. Bei uns sind es 22 %. Alles kann noch besser sein. - Jan-Christoph, lass uns gemeinsam daran arbeiten!

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Mit der personellen Stärkung der Polizei und der Verbesserung ihrer technischen Ausstattung sind wir doch auf dem richtigen Weg. Natürlich müssen die Anstrengungen weiter intensiviert werden.

Ein Punkt, den wir übernommen haben, ist die Aufstockung der Kapazitäten für die DNA-Spuren-

analyse. Die Bearbeitungszeiten müssen noch kürzer werden, damit man das zeitnah auswerten und Täter festsetzen kann.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Wie viel Geld habt ihr denn da investiert, Meta?)

- Wir sind da doch gemeinsam auf dem Weg. Da ist doch damals auf eurer Seite auch nichts gelaufen.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich führe nur einmal an, dass das LKA auf acht Standorte verstreut ist. Wir führen es gerade erst wieder zusammen.

(Jens Nacke [CDU]: Jetzt wundert mich gar nichts mehr!)

Gerade die präventiven Maßnahmen - dazu will ich meine letzten 40 Sekunden Redezeit nutzen - sind wichtig, neben den Sicherheitspartnerschaften zwischen der Polizei, den Kommunen, und, und, und. Wir müssen diesen großen Baustein genauso bedienen wie die Polizeiarbeit, und, und, und.

Das heißt auch, dass man die Stellung der Mieter verbessern muss. Das heißt auch, dass wir eine Bundesratsinitiative im Mietrecht brauchen. Wir müssen die technischen Maßnahmen einfach stärken. Es ist doch ein bisschen absurd, wenn ein Mieter, der eine technische Maßnahme ergreift, bei seinem Auszug die Technik wieder entfernen muss. Das macht doch sinnvolle Maßnahmen eigentlich unattraktiv.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU] lacht)

Bei der Sozialen Stadt funktioniert es doch.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Wie können denn sinnvolle Maßnahmen unattraktiv sein?)

- Weil ich sie nicht mitnehmen kann. Vielleicht muss man als Opposition alles falsch verstehen.

Es wäre schön, wenn wir die Aufstockung und Verlängerung des KfW-Programms gemeinsam auf den Weg bringen könnten. Der Bedarf ist da, und es dient der Sicherheit.

Lassen Sie uns doch gemeinsam auf der Grundlage, die wir eingebracht haben, noch einmal in die Beratung gehen! Wir sind doch zusammen auf einem guten Weg. Es lohnt sich nicht, die Arbeit der Polizei -

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin, die Redezeit!

# Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

- schlechtzureden.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

# Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Sie hatten dem Kollegen Oetjen in Aussicht gestellt, eine Zwischenfrage stellen zu dürfen.

# Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Entschuldigung, Jan-Christoph!

### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Das ziehen wir jetzt noch durch. Es wird ja sowieso nicht auf die Redezeit angerechnet. - Herr Oetjen, bitte schön!

## Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Ganz herzlichen Dank, Herr Präsident.

Verehrte Kollegin Janssen-Kucz, Sie haben die verschiedenen Anhörungen angesprochen. Sie können sich sicherlich auch an die sehr interessante Stellungnahme des Kriminologischen Forschungsinstituts erinnern.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Ja!)

Das Institut hat u. a. gesagt, dass der Vorschlag im Entschließungsantrag der FDP, besondere Ermittlungsgruppen einzurichten, besonders Erfolg versprechend ist. Aber genau dieses Instrument der besonderen Ermittlungsgruppen fehlt in Ihrem Entschließungsantrag.

Erstens. Sehen Sie nicht den Bedarf, Ihren Antrag in dieser Richtung nachzubessern?

Zweitens. Sind Sie bereit, durch Fremdvergabe die Kapazität für DNA-Spurenanalysen zu erhöhen? Denn durch eigene Maßnahmen schaffen Sie es nicht, die Kapazität kurzfristig zu erhöhen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin, bitte schön!

# Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Kollege Oetjen, vielen Dank für die Fragen.

Die besonderen Ermittlungsgruppen, auf die das Forschungsinstitut hingewiesen hat, arbeiten bereits. Sie arbeiten aber nicht flächendeckend, sondern nach Bedarf. Diese Art von Sonderkommissionen wird vor Ort eingesetzt, ob das bei mir in Ostfriesland und woanders ist. So arbeiten sie auch sehr gut.

(Zuruf von Angelika Jahns [CDU])

Es wäre ein Fehler, sie einfach flächendeckend in jeder PI einzusetzen. Es geht um die Bedarfe, es geht einfach um die Brennpunkte. Wir können uns aber im Rahmen der Beratung gerne noch einmal darüber austauschen und noch einmal eine Stellungnahme des LKA einholen, das es genau so dargestellt hat.

Auch das Kriminologische Forschungsinstitut hat sehr deutlich gemacht: Das ist ein Weg, aber man muss ihn nicht flächendeckend gehen. - Darüber können wir jedoch gerne noch einmal beraten.

Zur Fremdvergabe von DNA-Analysen: Das passiert doch schon in Teilen. Das wissen auch Sie.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Ja, in anderen Bundesländern!)

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Bleiben Sie ruhig in der Nähe! Sie haben gleich die Möglichkeit, auf die Kurzintervention des Kollegen Adasch zu antworten, der jetzt für 90 Sekunden das Wort hat. Bitte!

### Thomas Adasch (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Janssen-Kucz, wir sind hier nicht in der polizeipolitischen Märchenstunde.

(Zustimmung bei der CDU)

Einiges bedarf hier der Richtigstellung bzw. der Klarstellung.

Sie zitieren hier immer wieder - der Kollege Becker auch - aus der Anhörung. Die Anhörung hätte es ohne CDU und FDP, ohne unsere Initiativen, ohne unsere Anträge gar nicht gegeben. Das wollen wir hier zunächst einmal feststellen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben angesprochen: Warum soll man Firmen auf den Leim gehen, die in Sachen Prognosesoftware unterwegs sind? - Mehrere Bundesländer, aber auch andere Länder in Europa - als Beispiel darf ich die Schweiz nennen - sind diesen Firmen

erfolgreich auf den Leim gegangen. Sie haben schon längst Prognosesoftware eingeführt.

Sie sagen: Das ist alles nicht notwendig. - Wir hätten die längst einführen können und hätten längst erfolgreich unterwegs sein können. Sie haben doch immer wieder zugewartet. Sie haben doch immer wieder in den Ausschusssitzungen gesagt: Wir müssen erst die Erfahrungen der anderen Länder abwarten, und dann können wir überlegen, ob auch wir das machen.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Genau!)

Sie haben nur zugewartet. Sie haben überhaupt keine Anstrengungen unternommen, auf diesem Feld in irgendeiner Form weiterzukommen.

Auch bei den DNA-Untersuchungen sind Sie schlecht unterwegs. Es dauert immer noch sechs Monate

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Mindestens!)

- mindestens -, bis die ausgewertet werden. Das gehört doch zur Wahrheit, Frau Kollegin. Und wenn Sie hier sagen, man würde - - -

# Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege, Sie wissen: Ich halte die 90 Sekunden immer ein.

### Thomas Adasch (CDU):

Letzter Satz!

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Nein, nein! 90 Sekunden für alle.

# Thomas Adasch (CDU):

Ich hoffe, dass Sie bei anderen auch so genau sind.

# Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Ja, immer. Das kennen Sie von mir bei den Kurzinterventionen. Ich mache das so, wie das früher eine Kollegin gemacht hat, ganz stringent, bei allen. Aber das muss ich hier nicht rechtfertigen. Das wissen Sie.

Jetzt hat Frau Kollegen Janssen-Kucz die Möglichkeit, zu antworten - ebenfalls 90 Sekunden und nicht mehr.

# Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Kollege Adasch, vielen Dank für Ihre Fragen.

Falls es eben nicht angekommen ist: Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal für die Unterrichtung, aber auch für die Anhörung bedanken, die wirklich gut waren, die wir gemeinsam beschlossen haben und die natürlich auch auf Ihren Anträgen beruhten. So, das ist das eine.

Das andere ist: Es ist wieder sehr daneben, hier zu behaupten, dass wir uns in einer polizeipolitischen Märchenstunde befinden. Das würde ich Ihnen nicht vorwerfen, und das sollten Sie auch mir nicht vorwerfen.

Das andere ist die Prognosesoftware. Vielleicht können Sie sich an die zweimalige Unterrichtung durch das LKA dazu erinnern, wie das in der länderübergreifenden Zusammenarbeit funktioniert. Man hat sich geeinigt, dass Baden-Württemberg und Bayern diese Software ausprobieren, dass das dann ausgewertet wird und dass die anderen Bundesländer daran partizipieren. So funktioniert Zusammenarbeit. Sonst verbrennt man auch unnütz Geld. Wir alle wissen, dass wir in diesem Bereich der Gefahrenabwehr wirklich einen hohen Finanzierungsbedarf haben.

Zu dem Thema DNA: Es ist auch mir bekannt, dass diese sechs Monate immer noch zu lang sind, und diese unterschiedliche Priorisierung von Straftaten - - -

(Der Präsident schaltet der Rednerin das Mikrofon ab)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

So, die Redezeit gilt auch für die Kollegin Janssen-Kucz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

90 Sekunden sind 90 Sekunden, und man hat die Uhr vor sich stehen. Man kann sich darauf einstellen.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Das ist okay!)

Der Kollege Becker möchte die Restredezeit der SPD-Fraktion in Anspruch nehmen, knapp über eine Minute. Bitte, Herr Kollege!

# Karsten Becker (SPD):

Danke schön, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Herr Oetjen, eine Minute habe ich noch. Die will ich nutzen. Ihre Kritik, dass die Landesregierung und die Polizei zwei verschiedene Dinge seien, ist unsinnig. Das Innenministerium ist die oberste Landesbehörde der Polizei. Die Abteilung 2 ist das Landespolizeipräsidium.

(Jens Nacke [CDU]: Ach was? Wissen die das auch?)

Wenn dort ein Schwerpunkt gesetzt wird, und Sie sagen, der sei in der Organisation nicht wahrnehmbar, ist das eine Kritik an den einzelnen Dienststellen, die das - ich teile Ihre Einschätzung ausdrücklich nicht - angeblich nicht umsetzen. Das ist eine völlig künstlich herbeigeredete Kritik, der jegliche Grundlage fehlt.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: An der Führung! Und an diesem Minister! Nicht an den Kolleginnen und Kollegen vor Ort!)

Zur Frage der Ermittlungsgruppen, Herr Oetjen: Es gibt Ermittlungsgruppen in Niedersachsen, und zwar überall dort, wo Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Führungsverantwortung sagen: Bei uns ist das sinnvoll, bei uns macht das Sinn.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Da, wo sie genug Leute haben! Sie stellen nicht genug Leute zur Verfügung! Das wissen Sie auch ganz genau!)

Sie zitieren Hamburg, Sie zitieren Nordrhein-Westfalen. Die haben diese Ermittlungsgruppen flächendeckend eingesetzt. Wir halten diesen pauschalen Ansatz für falsch, der Polizei vorzuschreiben: So müsst Ihr das machen. - Ich sehe mich als Parlamentarier überhaupt nicht in der Lage, hier den großen Entwurf zu entwickeln und zu sagen: So geht es.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das wissen die besser. Die haben das drei Jahre lang studiert und haben eine Menge Erfahrung. Die richten die Ermittlungsgruppen ein, wo es Sinn macht, sie einzurichten.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Die würden gerne! Die haben nur nicht genug Leute!)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Becker, letzter Satz!

# Karsten Becker (SPD):

Mit Hamburg und mit Nordrhein-Westfalen zitieren Sie ausgerechnet die Bundesländer, die eine deutlich schlechtere Bilanz im Bereich der Bekämpfung von Einbruchskriminalität als Niedersachsen haben - deutlich schlechter!

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: 5 % Abnahme seit Rot-Grün!)

Und die machen Sie zum Vorbild.

### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Becker, es ist - - -

### Karsten Becker (SPD):

Das kennzeichnet die Seriosität Ihrer Vorschläge.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank. - Mir liegt jetzt noch die Wortmeldung der Landesregierung vor. Das Wort hat Herr Minister Pistorius.

## Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Niedersächsische Landesregierung nimmt die Entwicklung der vergangenen Jahre bei der Einbruchskriminalität äußerst ernst. Um die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen zu schützen, haben wir zahlreiche präventive und repressive Maßnahmen umgesetzt.

Das ist mir auch persönlich ein ganz wichtiges Anliegen. Einbrüche treffen die Menschen in ihrer intimsten Privatsphäre. Neben dem materiellen Schaden sind besonders die psychischen Folgen bei den Betroffenen oft erheblich. Daher ist gerade die Prävention in diesem Bereich so wichtig. Wir wollen nach Möglichkeit gar nicht erst zulassen, dass es überhaupt zu Einbrüchen kommt. Ein Beispiel unserer Präventionsmaßnahmen ist das Projekt PreMAP. Mit einer App wird anhand der begangenen Einbrüche eruiert, wo die Wahrscheinlichkeit weiterer Wohnungseinbrüche am höchsten ist.

Das Pilotprojekt ist in diesem Monat in der Stadt Wolfsburg sowie im Bereich der Polizeiinspektion Salzgitter/Peine/Wolfenbüttel gestartet. PreMAP können die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte auch auf den mobilen Endgeräten nutzen, die wir im Einsatz- und Streifendienst in Niedersachsen sukzessive flächendeckend einführen. Damit modernisieren wir die Polizeiarbeit ganz erheblich und statten die Polizei mit neuesten technischen Möglichkeiten für eine wirksame Bekämpfung der Ein-

bruchskriminalität aus. Diesen Weg werden wir fortsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Adasch, wenn Sie hier in bemerkenswerter Attitüde diese Software als etwas verunglimpfen, was Sie aus den Krimis der 80er-Jahre kennen - mit Stecknadeln und roten Fäden -, dann kann ich Ihnen nur empfehlen: Lassen Sie sich mal von Frau Berg von der Zentralen Polizeidirektion Hannover einladen, und lassen Sie sich die Software vorstellen! Dann wissen Sie auch, worüber Sie reden. Das ist das Modernste, was es auf dem Markt gibt. Wir haben uns für diese Software entschieden, weil wir sie schneller an Start kriegen als jede einzukaufende und weil z.B. PRECOBS bis heute auf mobilen Endgeräten nicht lauffähig ist. Wenn Sie sich besser informieren würden, als Sie es offenbar getan haben, würden Sie hier nicht so etwas erzählen, lieber Herr Adasch.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir wissen aus den Einbruchsstatistiken, dass etwa 36 oder 37 % aller Einbrüche, die in der Statistik auftauchen, nicht vollendet werden. Das heißt, wir wissen auch: Je länger der Einbruchsversuch dauert, desto eher geben die Kriminellen auf. Je schwerer es ist hereinzukommen, desto besser!

Daher ist bei der Präventionsarbeit auch eine stärkere staatliche Förderung des Einbruchsschutzes wichtig. Wir als Landesregierung werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das Förderprogramm der KfW für Bestandsbauten fortgeführt wird. Es ist aber notwendig und geradezu sachlogisch, dass nicht nur bei Bestandsbauten, sondern auch bei Neubauten spezielle finanzielle Förderanreize für die Bürgerinnen und Bürger gesetzt werden. Es ist nicht nachvollziehbar, ja schlicht nicht erklärbar, dass diejenigen, die ein neues Haus bauen, von dieser Förderung ausgeschlossen werden. Auch hierbei werden wir uns für eine Neuregelung einsetzen.

Neben den Hausbesitzern müssen wir ebenfalls die Mieterinnen und Mieter im Blick haben. Schließlich wird auch in Wohnungen eingebrochen. Insoweit werden wir sehen, wie wir den Sicherheitsbedürfnissen von Mietern besser gerecht werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Aufklärungsquote ist schon genannt worden. Sie lag bundesweit im Jahr 2015 für Einbrüche bei knapp 15 %. Niedersachsen liegt mit 22 % zwar über dem Überdurchschnitt - und ist damit gut -; dennoch ist es unser zentrales Anliegen, diese Aufklärungsquote weiter zu verbessern. Dafür ist es natürlich notwendig, auch stärker repressiv vorzugehen. Häufig stecken professionelle und gut vernetzte internationale Banden hinter Einbruchsserien.

Ende Oktober vergangenen Jahres habe ich in Aachen mit den Innenministern aus den Niederlanden, Belgien, Deutschland, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz daher beschlossen, die grenzübergreifende Zusammenarbeit zu verstärken. Diese Kooperation trägt bereits Früchte. Mehr als 33 Taten konnten auch dank der gemeinsamen Polizeiarbeit aufgeklärt und 7 Täter festgenommen werden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang, Herr Oetjen, auch die akribische Ermittlungsarbeit der Beamtinnen und Beamten in den Polizeidirektionen und -inspektionen in Niedersachsen loben. Die regional eingerichteten Koordinierungsstellen, Sonderkommissionen und Ermittlungsgruppen machen eine hervorragende Arbeit und konnten mehr Einbruchsdelikte aufklären und Tatverdächtige ermitteln. Deswegen geht Ihr Vorwurf, es gebe so etwas nicht, komplett ins Leere. Es gibt sie genau da, wo die Polizeidirektionen, wo die Flächenbehörden sie für angezeigt halten, nach den spezifischen Erfordernissen, die es vor Ort festzuhalten gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung und die Strafverfolgungsbehörden werden auch weiterhin repressiv und nachhaltig präventiv gegen Einbruchskriminalität vorgehen. Der jetzige Entschließungsantrag beinhaltet viele sinnvolle Vorschläge, die den Kurs der Landesregierung bestätigen und die wir ausdrücklich begrüßen. Ich freue mich daher auf die Ergebnisse, die sich in den Ausschussberatungen ergeben werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

# Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Der Kollege Oetjen hat um zusätzliche Redezeit gebeten. Ich erteile Ihnen anderthalb Minuten, Herr Oetjen.

# Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herzlichen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, Sie sagten gerade, es gebe die besonderen Ermittlungsgruppen. Wir haben den Zwischenruf von Frau Pieper gehört: Auch im Heidekreis gab es so eine Gruppe, sie musste aber wieder eingestellt werden, weil nicht genügend Personal vorhanden gewesen ist.

Mein Eindruck ist, dass in vielen Polizeiinspektionen die Kolleginnen und Kollegen gerne solche besonderen Ermittlungsgruppen einrichten würden, dass aber eben nicht genügend Leute vorhanden sind, die diese Arbeit machen können.

Sehr geehrter Herr Minister, sagen Sie doch hier an dieser Stelle mal: Wie viele dieser Schwerpunkte gibt es im Lande Niedersachsen, wo es angeblich bereits notwendig ist, besondere Ermittlungsgruppen einzurichten, und wo Sie das dann auch getan haben? Sagen Sie doch mal: Wie viele gibt es hier tatsächlich?

Sagen Sie hier an dieser Stelle bitte auch mal: Wie wollen Sie das Problem mit den DNA-Analysen lösen? - Wir haben damit ein echtes Problem. Auch Sie wissen, dass der Stau riesig ist und dass wir zum Teil Probleme haben, dass die DNA-Proben, die bei Einbrüchen genommen werden, überhaupt rechtzeitig analysiert werden. Das wissen Sie! Andere Bundesländer gehen den Weg der Fremdvergabe. Nach meiner Kenntnis macht Niedersachsen das aber bisher nicht. Warum blockieren Sie an dieser Stelle? - Gerade die Frage der DNA-Analyse ist von entscheidender Bedeutung.

Legen Sie also einen Zahn zu! Die Bürgerinnen und Bürger warten darauf, dass im Bereich der Einbruchskriminalität vonseiten dieser Landesregierung endlich etwas passiert.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

# Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Oetjen. - Zwei Minuten zusätzliche Redezeit für Herrn Adasch für die CDU-Fraktion. Bitte schön!

# Thomas Adasch (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, ich bin schon ziemlich verwundert. Wenn Ihre Technik von der ZPD wirklich so großartig ist, wie Sie es hier dargestellt haben, warum führen Sie diese dann nur in Wolfsburg ein und nicht im ganzen Lande Niedersachsen?

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Herr Adasch, hören Sie einfach einmal zu!)

Was haben Sie die letzten Jahre getan, Herr Minister? - Sie haben es schlichtweg verschlafen und verfallen jetzt in blinden Aktionismus. Das ist doch die Wahrheit.

### (Zustimmung bei der CDU)

Die Wahrheit ist doch auch: Jetzt finden Kontrollen auch auf den Bundes- und Landesstraßen statt. Genau diese Kontrollen wollten Sie noch vor wenigen Wochen verhindern, indem Sie mit dem Entwurf des Gefahrenabwehrgesetzes die Regelung des § 12 Abs. 6 aus dem SOG streichen wollten. Dann wären diese Kontrollen in der Form nämlich nicht mehr möglich gewesen. Das ist die Wahrheit.

# (Beifall bei der CDU)

Das ist das Bild Ihrer Innen- und Sicherheitspolitik: ohne Kompass und nur blinder Aktionismus. Immer dann, wenn es eng wird, kommen Sie mit neuen Vorschlägen um die Ecke.

Außerdem haben Sie irgendwann in einer vorangegangenen Debatte gesagt: Ein jeder Polizist, den wir zusätzlich einstellen, hilft doch nicht, um die Einbruchskriminalität zu bekämpfen. - Ich kann Ihnen nur sagen: Eine solche Äußerung hier im Landtag ist ein wirkliches Armutszeugnis für diese Landesregierung.

### (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im Übrigen habe ich von Ihnen heute erwartet, dass Sie auch auf die Entwicklung der Einbruchs-kriminalität eingehen. Sagen Sie doch mal was zu den Zahlen, zu der wirklichen Entwicklung zwischen 2013 und 2016!

Dieser blinde Aktionismus, weil Sie merken, dass Ihnen dieses Thema gegen das Bein läuft! Und jetzt meinen Sie, Sie müssten ganz schnell etwas machen. Und dann sagen Sie hier auch noch, dass Sie der große Verhinderer der Einbruchskriminalität sind. Das nimmt Ihnen in diesem Lande doch kein Mensch mehr ab.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Adasch. - Weitere Wortmeldungen liegen dem Sitzungsvorstand nicht vor. Wir schließen daher die erste Beratung über den Entschließungsantrag und kommen zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll sich damit der Ausschuss für Inneres und Sport und mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen befassen. Wer das so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind deutlich mehr als die 30 Stimmen, die für eine Ausschussüberweisung benötigt werden. Das ist so beschlossen.

Ich rufe dann auf den

Tagesordnungspunkt 23:

Erste Beratung:

**Doppelte Staatsangehörigkeit erhalten!** - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/7274

Die Einbringung hat der Kollege Dr. Christos Pantazis, SPD-Fraktion, übernommen, dem ich das Wort erteile. Bitte, Herr Kollege!

# Dr. Christos Pantazis (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Laut einer Studie ist nach den Vereinigten Staaten die Bundesrepublik Deutschland das zweitbeliebteste Einwanderungsland der Welt. Sehr richtig: Deutschland ist ein Einwanderungsland, auch wenn wir uns lange Zeit nicht dazu bekannt haben.

Es bleibt allerdings festzuhalten, dass unser Land vor dem historischen Kontext schon immer ein bedeutendes Einwanderungsland im Herzen Europas war und ist.

Historisch gesehen, wanderten beispielsweise im 16. und 17. Jahrhundert Hugenotten aus Frankreich nach Deutschland aus. Zur Zeit der Industrialisierung kamen vermehrt sogenannte Ruhrpolen in das damalige Deutsche Kaiserreich. Im vergangenen Jahrhundert waren es in den 60er- und 70er-Jahren schließlich die Gastarbeiter. Gegen Ende der 80er-Jahre kam eine große Zahl von Einwanderern aus den ehemaligen Sowjetrepubliken und Polen. Diese Beispiele ließen sich nahtlos fortführen, ganz abgesehen vom erhöhten Zuzug von Flüchtlingen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, schaut man sich die Fakten genau an, so stellt man fest, dass mittlerweile Einwanderer aus über 190 Ländern Deutschland ihre Heimat nennen und sich der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung auf ca. 19 % - in Zahlen: 15 Millionen Einwohner - beläuft. Der Anteil

der Einwohner ohne deutsche Staatsbürgerschaft an der Bevölkerung beläuft sich aktuell auf knapp 9 %, das sind ca. 7 Millionen Einwohner.

Der kanadische Premierminister Justin Trudeau hat diesen für sein Einwanderungsland vergleichbaren Umstand wie folgt beschrieben: "Diversity is our strength." - Vielfalt ist unsere Stärke. Auch unser Land bezieht seine Stärke aus der Vielfalt, dem Engagement und den Ideen von Menschen unterschiedlichster Herkunft. Genau aus diesem Grund gilt es, sich für ein weltoffenes Niedersachsen einzusetzen und Vielfalt und Teilhabe zu stärken.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zwingende Voraussetzung einer solchen teilhabeorientierten Politik ist eine gelebte Willkommensund Anerkennungskultur gegenüber zugewanderten Menschen und ihren hier geborenen Nachkommen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, einen elementaren Bestandteil stellt dabei ein modernes und aufgeklärtes Staatbürgerschaftsrecht dar, das der gesellschaftlichen Realität entsprechen muss. In unserem Fall erfordert es das klare Bekenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und dass die doppelte Staatsbürgerschaft elementar dazugehört.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dieser gesellschaftlichen Wirklichkeit ist leider erst im Jahre 2000 Rechnung getragen worden. Sah bis dato das Grundgesetz in Artikel 116 weiterhin eine Definition der Staatsangehörigkeit über die Abstammung vor, so wurde dieses Prinzip erst durch die rot-grüne Bundesregierung um das Geburtsortsprinzip erweitert. Dafür - ich wiederhole es gern - gebührt der damaligen Bundesregierung unter Gerhard Schröder auch heute noch Respekt und Anerkennung.

(Beifall bei der SPD)

Die damalige Modernisierung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts war ein wichtiger Fortschritt, weil hierdurch auch die doppelte Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene Kinder ermöglicht wurde. Mittlerweile ist die doppelte Staatsangehörigkeit nicht nur bei EU-Bürgerinnen und -Bürgern, sondern in vielen weiteren Fällenwie beispielsweise für Kinder aus binationalen Familien oder für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler - ohne Weiteres möglich und wurde bisher nicht infrage gestellt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir müssen allerdings zur Kenntnis nehmen, dass bei Debatten rund um Staatsbürgerschaftsrecht, Integration, Leitkultur sowie die europäische Integration emotional aufgeladene Welten hinsichtlich des Staatsund Gesellschaftsverständnisses aufeinanderprallen. Auf der einen Seite steht der verfassungspatriotische Ansatz als Alternative zum ethnischen Staatsverständnis und auf der anderen genau dieser ethnisch-emotional geprägte nationalpatriotische Ansatz.

Dieser emotional aufgeladene Gegensatz kann wahltaktisch sehr wohl instrumentalisiert werden. Roland Koch beispielsweise hat sich genau diesen Gegensatz 1999 zunutze gemacht, indem er in der unsäglichen Unterschriftenkampagne "Ja zur Integration. Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft" mit groben Argumenten an Überfremdungsängste in der deutschen Bevölkerung appellierte und gegen die damalige Reform des Staatsbürgerschaftsrechts vorging.

Unter diesem Eindruck war der Preis dieser Reform die Einführung eines Optionszwanges für die hier geborenen Kinder ausländischer Eltern. Dieser Preis zwang die betroffenen jungen Menschen in eine unzumutbare Situation, mussten sich diese mit Vollendung des 18. Lebensjahres zwischen ihrer Lebenswirklichkeit als Deutsche und ihrer Verbundenheit mit den familiären Wurzeln entscheiden. Sich als Deutscher zu fühlen, allerdings zu wissen, dass man dieses nur unter Vorbehalt ist, weil man seine Loyalität zu Deutschland bezeugen muss, indem man seine Verbindungen zu seinen familiären Wurzeln zu trennen hat, hat mit Willkommen- und Anerkennungskultur rein gar nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Man muss sich doch nicht von seinen Wurzeln trennen!)

Die diskriminierende Praxis des Optionszwanges konnte in der Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene 2013 weitgehend beseitigt werden. An dieser Einigung waren Sie, sehr geehrter Herr Minister Pistorius, maßgeblich beteiligt. Dafür gebührt Ihnen Dank. Herzlichen Dank, nochmals!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mit dem Erstarken des Rechtspopulismus und dem erodierenden Wählerpotenzial am rechten Rand unserer Gesellschaft ist die wahltaktisch motivierte Debatte um die doppelte Staatsbürgerschaft erneut entflammt, wobei dieselben Ausgrenzungsmechanismen an den Tag gelegt werden wie seinerzeit 1999.

(Ulf Thiele [CDU]: Von wem?)

Da werden im Überbietungswettbewerb scharfmacherische Vorschläge zu Symbolthemen wie aktuell dem Burkaverbot, Deutsch im Grundgesetz und eben auch der Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft gemacht. Ihren traurigen Höhepunkt fand diese populistisch geführte Debatte in dem symbolischen Beschluss des Essener CDU-Bundesparteitages - gegen das Votum der Parteispitze! -, den Optionszwang für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern wieder einzuführen und entsprechend zum Wahlkampfthema zu machen.

Lassen Sie mich hier eines klarstellen! Ich halte die hier geführte neue, alte Debatte für hochgefährlich,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

weil durch die wahltaktisch sicherlich gewünschten Schlagzeilen letztlich ein Klima der Unsicherheit und Angst erzeugt wird. Und Angst ist die Triebfeder für Populismus.

Und nicht nur das: Hier wird eine wichtige Errungenschaft der Integration - die der doppelten Staatsbürgerschaft - mit dem vermeintlichen Sicherheits- und Loyalitätsrisiko vermengt. Das ist schlichtweg unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und das in einer Zeit, in der unter dem Eindruck der fortschreitenden Globalisierung zunehmend Grenzen erodieren und in unserem Einwanderungsland - ich sprach es zu Beginn an - immer mehr Menschen bikulturell aufwachsen. Ich erinnere nur daran, dass es auch in diesem Hause mittlerweile etliche Kolleginnen und Kollegen gibt, die mehr als eine Staatsbürgerschaft besitzen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, vor diesem Hintergrund fordern wir in diesem Entschließungsantrag die Landesregierung auf, sich allen Versuchen, die doppelte Staatsbürgerschaft einzuschränken, abzuwerten oder gar abzuschaffen, entgegenzustellen. Wir tun dies, weil wir der festen

Überzeugung sind, dass die doppelte Staatsangehörigkeit elementarer Bestandteil eines modernen und aufgeklärten Staatsbürgerschaftsrechts ist

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

und ferner der Lebensrealität vieler Menschen, die sich in zwei Kulturen und Staaten zu Hause fühlen, gerecht wird.

Lassen Sie mich daher als Verfassungspatriot abschließend an Sie alle appellieren, hier und heute gemeinsam ein unmissverständliches Zeichen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu setzen, indem wir alle durch Zustimmung zu diesem Antrag in der Frage des Staatsbürgerschaftsrechts Anstand und Haltung zeigen und Ausgrenzung und Spaltung eine klare Absage erteilen.

Ich beantrage die sofortige Abstimmung und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Dr. Pantazis. - Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Jan-Christoph Oetjen, FDP-Fraktion. Bitte, Herr Kollege!

### Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe einen Verdacht.

(Zurufe von der FDP und von der SPD: Oh! - Dr. Christos Pantazis [SPD]: Herr Bäumer!)

Ich habe den Verdacht, dass Rot und Grün diesen Antrag nur deshalb in das Plenum eingebracht haben, weil sie so gerne meine Reden zur doppelten Staatsbürgerschaft hören.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der CDU - Grant Hendrik Tonne [SPD]: Ertappt! - Helge Limburg [GRÜNE]: Sherlock Oetjen! - Ulrich Watermann [SPD]: Sie haben uns durchschaut!)

Sie wissen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass wir Freien Demokraten zur doppelten Staatsbürgerschaft stehen. Wir halten sie für einen Ausdruck des gesellschaftlichen Fortschritts. Nach der letzten Debatte, die ja noch gar nicht so lange her ist, habe ich viele Rückmeldungen bekommen von Menschen, die gesagt haben: Ich weiß nicht, ob das alles so richtig ist mit der doppelten Staatsbürgerschaft in der jetzigen Zeit. Wir haben doch in der Türkei so viele große Probleme; wir haben Angst davor, dass diese Probleme zu uns nach Deutschland getragen werden.

Ich kann die Menschen, die solche Ängste haben, verstehen - das sage ich hier frank und frei. Ich habe diesen Menschen geantwortet, dass das aber nichts mit der doppelten Staatsbürgerschaft zu tun hat. Denn die Menschen hier, die türkischstämmig sind bzw. deren Familien türkische Wurzeln haben, können die Probleme unabhängig davon, ob sie die deutsche oder die türkische Staatsbürgerschaft haben, nach Deutschland tragen. Das alles hat nichts miteinander zu tun.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, versetzen wir uns einmal in die Situation eines jungen Paares, das in Deutschland lebt und hier ein Kind bekommt - unabhängig davon, ob beide Elternteile eine nicht deutsche Nationalität haben oder nur eines. Es ist es doch verständlich - ich kann das jedenfalls nachvollziehen, weil ich in der gleichen Situation bin -, dass diese Menschen dann versuchen, ihrem Kind seine Wurzeln, seine Herkunft zu vermitteln, ihm zu vermitteln, wie die Eltern und die Großeltern gelebt haben, wie die Kultur und die Bräuche in dem Ursprungsland sind.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Genau!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Stefan Zweig hat einmal gesagt: "Wer seine Wurzeln nicht kennt, kennt keinen Halt." Ich finde, dass es unheimlich wichtig ist, einem Kind, einem jungen Menschen seine Wurzeln nahe zu bringen.

(Beifall bei der FDP, bei SPD und bei den GRÜNEN)

Gleichzeitig ist es natürlich unheimlich wichtig, einem Kind, einem jungen Menschen beizubringen, welche Werte und Grundlagen in dem Land gelten, in dem es lebt. Wir wollen junge Menschen zu Verfassungspatrioten erziehen, die zu unserem Staat stehen, die die Regeln nicht nur anerkennen, sondern sie auch verteidigen wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die doppelte Staatsbürgerschaft ist deshalb Ausdruck dafür, dass jemand auf der einen Seite seine Wurzeln kennt und respektiert und sich diesbezüglich heimisch fühlt und auf der anderen Seite auch zu Deutschland steht, zu unserem Grundgesetz und

unseren anderen Gesetzen, und dieses Land und seine Gesetze achtet und mit verteidigen will.

Deswegen, meine verehrten Damen und Herren, sind Menschen, die eine doppelte Staatsbürgerschaft haben, Menschen, die im besten Sinne verwurzelt sind, die aber ihre Wurzeln nicht nur in der Vergangenheit in der Tradition ihrer Eltern haben, sondern im Hier und Jetzt in diesem Land leben.

Deswegen stehen wir Freien Demokraten zur doppelten Staatsbürgerschaft und werden den Antrag von SPD und Grünen heute unterstützen.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Oetjen. - Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Ulf Thiele das Wort.

# Ulf Thiele (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! SPD und Grüne haben mit ihrem Antrag zum Erhalt der doppelten Staatsangehörigkeit hier im Landtag ein Thema zur Diskussion gestellt, das eigentlich in die Regelungskompetenz des Bundes fällt. Das ist legitim, aber es muss einen Grund geben, dass Sie das tun.

Ich sehe zwei mögliche Gründe.

(Ulrich Watermann [SPD]: Weil wir Herrn Oetjen so gerne reden hören!)

- Das mag der dritte Grund sein; den hatte ich nicht auf dem Zettel.

Der erste mögliche Grund, den ich auf dem Zettel habe, ergibt sich aus dem Protokoll der Aktuellen Stunde vom 13. Dezember 2016 zu diesem Thema. Da lese ich insbesondere diverse Fragen und Zwischenrufe der Grünen, die darauf hindeutendie Grünen haben zu dem jetzigen Tagesordnungspunkt zwar noch nicht geredet, aber die Tatsache, dass die SPD sofortige Abstimmung beantragt hat, legt den Schluss nahe, dass hier Ähnliches passiert -, dass es weniger darum gehen könnte, darüber zu diskutieren, was ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht ausmacht und an welchen Stellen es Veränderungsbedarfe geben könnte, sondern dass es schlicht um Wahlkampf geht.

(Belit Onay [GRÜNE]: Dann machen Sie doch mal Vorschläge! Die Debatte greifen wir gerne auf!)

Der zweite mögliche Grund wäre mir sympathischer. Dann würden wir nämlich darüber reden, welche Veränderungen im Staatsangehörigkeitsrecht in Deutschland notwendig und sinnvoll sein könnten. Darüber kann man inhaltlich trefflich streiten, gerade vor dem Hintergrund, dass wir - wie Sie, Herr Pantazis - Deutschland als Einwanderungsland definieren. Daraus ergeben sich aber Konsequenzen. Die erste ist, dass es dann auch eines stringenten Einwanderungsgesetzes bedarf. Die zweite ist, dass dem ein modernes und sehr klares Staatsangehörigkeitsrecht zugrunde gelegt sein muss. Ob das jetzige Staatsangehörigkeitsrecht den Ansprüchen, die man an ein Einwanderungsland stellen kann, Genüge tut, darf man durchaus strittig stellen.

### (Zustimmung bei der CDU)

Ich will hier ausdrücklich eines sagen: Weder ein "Wir halten am Status quo ohne Wenn und Aber fest" noch eine einfache Wiedereinführung der von SPD und Grünen 2000 eingeführten Optionspflichtregelung sind ein wirklich zukunftsorientiertes Vorgehen in dieser Debatte.

## (Zustimmung bei der CDU)

Deshalb möchte ich Ihnen drei Themenfelder vorschlagen, über die wir in den nächsten Wochen diskutieren sollten. Daraus können Sie auch schon schließen, dass wir dem Antrag auf sofortige Abstimmung nicht zustimmen werden.

Ein Themenfeld ist der Umgang mit Konflikten, die sich aus dem Rechtsrahmen anderer Staaten ergeben, dem sich Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit in einer in Rechten und Pflichten definierten Loyalität gleichzeitig verpflichtet sehen könnten - woraus dann Loyalitätskonflikte entstehen könnten. Dazu gehören die Wehrpflicht und insbesondere der Kriegsdienst.

(Belit Onay [GRÜNE]: Das ist größtenteils geregelt!)

Dazu gehört die Wahlpflicht, und dazu gehören auch das gegensätzliche Steuerrecht, das gegensätzliche Zivilrecht und insbesondere das gegensätzliche Familien-, Adoptions- und Scheidungsrecht. Zwar wird das bisher im Regelfall staatsvertraglich geregelt. Aber in Einzelfällen ist eine solche Regelung nicht möglich gewesen. Die Türkei ist ein Beispiel für einen Fall, in dem es zu Konflikten kommen kann. Hier müsste möglicherweise eine weitere gesetzliche oder untergesetzliche Ausgestaltung erfolgen.

Ich will Ihnen anhand des Beispiels der Türkei deutlich machen, was ich meine. Die Türkei entlässt ihre Staatsbürger nicht aus der türkischen Staatsbürgerschaft.

(Belit Onay [GRÜNE]: Das ist nicht richtig!)

Regelmäßig tut sie es nicht. Wenn die türkische Staatsbürgerschaft in Deutschland niedergelegt wurde, kann sie in der Türkei ohne Schwierigkeiten wieder neu angenommen werden. Das ist auch regelmäßig der Fall.

(Belit Onay [GRÜNE]: Auch das ist falsch!)

Und das ist ja der Kernpunkt, über den wir reden. Das ist ja die größte Gruppe. Gleichzeitig verlangt die Türkei von ihren Staatsbürgern - auch den Doppelstaatsbürgern - eine ethnisch-nationalistisch begründete Identifikation mit dem türkischen Staat und seinen Interessen. Daraus kann ein Konflikt entstehen. Wir haben beispielsweise gravierende Probleme im Scheidungs- und im Adoptionsfall.

(Zuruf von Belit Onay [GRÜNE])

- Doch, die haben wir, weil wir dafür keine staatsvertragliche Grundlage haben.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Was ist mit binationalen Ehen?)

- Woran liegt es eigentlich, dass die Grünen mich bei diesem Thema nie ausreden lassen?

(Belit Onay [GRÜNE]: Weil das, was Sie dazu ausführen, nicht ganz richtig ist! - Helge Limburg [GRÜNE]: Wir wollen mit Ihnen in einen Dialog treten!)

- Nein. Das machen wir in der weiteren Beratung im Ausschuss. Hier weise ich Sie im Moment nur auf die Themenfelder hin, bei denen ich Konflikte sehe. Dazu gehört das Familienrecht. Dazu gehört das Problem, dass sich verurteilte Straftäter im Einzelfall dem Strafvollzug entziehen, indem sie Deutschland verlassen und in die Türkei zurückgehen, aus der sie nicht ausgeliefert werden. Darüber muss gesprochen werden.

Damit komme ich zu dem zweiten Thema. Das gravierendste Problem bei der jetzigen Regelung ist die Gültigkeitsdauer. Sie ist nämlich endlos, und das hat folgende Konsequenz: Ich will Ihnen ausdrücklich sagen, dass die erste, die zweite und, ja, auch die dritte Generation Vertrauensschutz genießen muss. Da darf es keine Unsicherheiten

geben. Aber es muss die Frage erlaubt sein, ob die doppelte Staatsbürgerschaft auch in die vierte, die fünfte und die sechste Generation, also in die Generation der Urenkel und Ururenkeln, übertragbar sein muss oder ob wir nicht doch über den Vorschlag des Sachverständigenrates diskutieren sollten, einen Generationenschnitt in das Gesetz aufzunehmen. Ich finde, es würde sich lohnen, diese Debatte ergebnisoffen zu führen.

(Belit Onay [GRÜNE]: Darüber hat Ihre Partei auf dem Parteitag aber nicht gesprochen!)

Das dritte Thema - das hat der Innenminister heute Vormittag übrigens schon angesprochen - ist die Kriminalitäts- und Terrorbekämpfung. Auch das ist in diesem Gesetzesrahmen zu regeln. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir einen Weg finden müssen, um nicht nur den Menschen, die in einer fremden Armee dienen, die deutsche Staatsangehörigkeit abzuerkennen - für die ist das nach unserem Staatsangehörigkeitsrecht jetzt schon möglich -, sondern auch denjenigen, die beispielsweise für den Islamischen Staat kämpfen. Wir brauchen also eine Ergänzung des § 28 des Staatsangehörigkeitsgesetzes.

Auch die Frage, ob das möglicherweise auch für Schwerstkriminelle gelten soll, die sich der Verurteilung und des Strafantritts in Deutschland entziehen, indem sie Deutschland verlassen, ist berechtigt.

Genauso ist die Frage berechtigt, ob es eigentlich sinnvoll ist, dass man die doppelte Staatsbürgerschaft automatisch auch solchen jungen Menschen überträgt, von denen man weiß, dass sie Mitglied einer verfassungsfeindlichen Organisation sind. Auch hier muss man die Frage stellen, ob es in diesen Einzelfällen nicht möglich sein muss, die deutsche Staatsangehörigkeit zu verwirken.

Meine Damen, meine Herren, lange Rede, kurzer Sinn: Ihr Antrag, mal eben schnell zu sagen, dass alles so bleiben soll, wie es ist, und dass es keinen Diskussionsbedarf gibt, springt viel zu kurz.

> (Widerspruch bei den GRÜNEN und bei der SPD - Belit Onay [GRÜNE]: Nein, das hat keiner gesagt!)

Es gibt erheblichen Diskussionsbedarf über die zukunftsorientierte Ausgestaltung des Staatsangehörigkeitsrechts und der doppelten Staatsbürgerschaft in Deutschland. Deswegen werden wir Ihrem Antrag auf sofortige Abstimmung nicht zustimmen, sondern freuen uns auf die intensive

inhaltliche Debatte in den Ausschüssen und dann wieder hier im Landtag.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Thiele. - Das Wort hat jetzt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Belit Onay.

# Belit Onay (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Thiele, ich habe Ihren Ausführungen sehr interessiert gelauscht. Über die Punkte, die Sie angesprochen haben, kann man gerne diskutieren. Aber sie wurden nicht auf Ihrem Parteitag diskutiert, sondern der hat sich allein mit der Frage beschäftigt - - -

(Ulf Thiele [CDU]: "Parteitag" steht doch gar nicht in Ihrem Antrag! - Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

- Darf ich kurz ausführen? - Ich habe noch nicht einmal meinen ersten Satz zu Ende gesprochen, und schon geht es los!

Ihr Parteitag hat sich allein mit der Frage beschäftigt, ob der Optionszwang, also dieser Kompromiss, der aktuell in der Großen Koalition auf Bundesebene beschlossen wurde, zurückgenommen werden soll. Dafür gab es eine Mehrheit.

Dies wäre meines Erachtens aber in zweierlei Hinsicht falsch. Zum einen in politischer Hinsicht - das hat der Kollege Pantazis ausgeführt -, weil man damit nach meinem Eindruck ganz bewusst - man kann aus Jens Spahns Rede sehr gut herauslesen, welche Diktion hinter diesem Vorhaben stand - in Zeiten von Populismus einen gewissen konservativen bzw. rechten Rand bedienen wollte. Das war leider mehrheitsfähig, wird aber nicht von der Gesamtheit der Union getragen.

(Ulf Thiele [CDU] meldet sich zu Wort)

- Lassen Sie mich diesen Satz noch ausführen, dann lasse ich die Frage zu.

Das war leider ein fatales Signal, weil man genau damit den Populisten auf den Leim geht. Wenn man genauso wie die Populisten eine Bevölkerungsgruppe als Problem benennt, dann macht man sich damit deren Position zu eigen. Und das,

meine Damen und Herren, ist in diesen Zeiten ein fatales politisches Signal.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Jetzt die Frage, Herr Thiele, wenn Sie möchten!

(Ulf Thiele [CDU]: Wenn der Präsident es zulässt?)

- Wenn der Präsident es zulässt.

# Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Ich hatte nicht ganz verstanden, ob Sie die Wortmeldung zum Schluss oder jetzt zulassen wollen. -Herr Thiele, bitte!

## Ulf Thiele (CDU):

Herzlichen Dank, Herr Präsident.

Herr Onay, ich habe hier Ihren Antrag. Ich finde weder im Antragstext noch in der Antragsbegründung einen Bezug zum CDU-Bundesparteitag. Vielmehr beziehen Sie sich auf die doppelte Staatsangehörigkeit, und zwar im Generellen, und fordern die Landesregierung auf, sich allen Versuchen entgegenzustellen, diese einzuschränken, abzuwenden oder gar abzuschaffen.

Das ist also ein viel breiterer Rahmen, ohne Bezug auf die Debatten, die wir in der CDU geführt haben. Bei uns spielt natürlich die Frage des, im Einzelfall, Entzugs der doppelten Staatsbürgerschaft im Sinne von Terrorbekämpfung eine Rolle, ebenso wie die Frage, wie man mit Kriminellen umgeht, die sich der Bestrafung entziehen, die Frage, wie man mit Radikalen umgeht, und die Frage, wie man mit den Unterschieden im Familienrecht und Ähnlichem umgeht.

Dies würde ich hier nicht einfach damit abtun, dass es Ihnen gerade nur um unseren Parteitag geht. Nein, darüber müssen wir inhaltlich reden. - Ich hoffe, dass wir da einer Meinung sind.

## Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege, bitte halten Sie jetzt keine Rede! Die Intention der Zwischenfrage ist angekommen. Sie können jetzt aber nicht noch eine begründende umfassende Rede halten. - Herr Onay, bitte schön!

# Belit Onay (GRÜNE):

Vielen Dank.

Ich möchte gerne darauf antworten. Ich habe Ihre Ausführungen zum Anlass genommen, noch einmal darauf einzugehen, wie die Union sich positioniert hat. Von den Ausführungen, die Sie hier gerade gemacht haben und die ich ausdrücklich begrüße - darüber können wir uns gerne unterhalten -, war auf dem Parteitag aber überhaupt nichts zu hören. Auf dem Parteitag gab es eine ganz andere Stoßrichtung, nämlich die, die ich gerade aufgezeigt habe.

Ein Punkt, den Sie richtigerweise ansprechen, ist die Terrorismusbekämpfung. Zu den anderen Konfliktpunkten komme ich gleich noch. Wenn jemand in der Terrorgruppe Islamischer Staat - ich will das gar nicht "Armee" nennen - kämpft, mordet oder was auch immer tut, dann fällt das nicht unter die von Ihnen genannte Regelung, weil man beim Islamischen Staat ja nicht von einem Staatskonstrukt ausgehen würde. Dort geht es also um Terrorismusbekämpfung.

Bei anderen Staaten - beispielsweise der Türkei, die Sie als Beispiel genannt haben - ist die Wehrdienstfrage im Rahmen der Nato-Abkommen völlig anders geregelt.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig! So ist es! Ganz genau!)

Das weiß ich aus meiner eigenen Vita als jemand mit einer doppelten Staatsbürgerschaft. Selbst wenn man in Deutschland Zivildienst geleistet hat, wird das aufgrund der Nato-Abkommen in der Türkei anerkannt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Und so gibt es eine Reihe von zwischenstaatlichen Abkommen, in der neben der Frage der Wehrpflicht auch familienrechtliche Fragen geklärt sind.

Darüber hinaus sind gerade jetzt neben den Fehlern, die Sie schon angesprochen haben, viele weitere sachliche Fehler deutlich geworden. So beispielsweise der Fortbestand der Optionspflicht. Wir hatten damals, bei dem Kompromiss, immer gesagt, dass wir ihn zwar mitgehen, dass wir uns aber noch mehr vorstellen könnten. Deshalb bin ich dankbar für die Diskussion. Wir können diese Diskussion gerne führen.

Aber Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, haben auf Ihrem Parteitag einen gedanklichen Fehler begangen. Sie haben gesagt, Sie wollen die alte Fassung wieder einführen, also das abschaffen, was der Kompromiss hergegeben hat. Aber das würde im Ergebnis dazu führen, dass Kinder, die hier geboren und aufgewachsen sind, die also hier sozialisiert sind, die Teil unserer

Gesellschaft sind, im Zweifelsfall nur noch die türkische, nur noch die russische, jedenfalls nicht mehr die deutsche Staatsbürgerschaft haben können. - Das ist der Beschluss, den Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, auf Ihrem Bundesparteitag gefasst haben.

Eine solche Politik wäre sachlich absolut falsch und integrationsfeindlich. Sie würde wieder dazu führen, dass Deutsche anderen Deutschen beweisen müssen, dass sie deutsch genug sind, um Deutsche bleiben zu können. Insofern ist diese Optionspflicht doch absoluter Irrsinn, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Ulf Thiele [CDU]: Das ist schon ein bemerkenswertes Weltbild!)

Das geht, wie hier wiederholt dargestellt worden ist, an der Realität vorbei: an der Bikulturalität, an der Bilingualität und an den unterschiedlichen Lebensentwürfen, die in Niedersachsen und Deutschland gelebt werden - auch bei der CDU.

Darauf habe ich schon in der Debatte im Dezember am Beispiel von David McAllister hingewiesen. Darüber waren Sie etwas verschnupft, aber das ist ein wundervolles Beispiel. Man mag David McAllister politisch kritisieren. Aber an seiner Person kann man doch ablesen, welche positiven Früchte eine doppelte Staatsbürgerschaft tragen kann. Und bei David McAllister stellen Sie die Loyalitätsfrage ausdrücklich nicht, obwohl sie eigentlich auch bei ihm gestellt werden könnte. Ich stelle sie jetzt im Zusammenhang mit dem Brexit: Wie wird sich David McAllister als EU-Parlamentarier verhalten? - Wenn Sie die Loyalitätsfrage stellen, wäre ich sehr dankbar, wenn Sie sagen könnten, ob es Anhaltspunkte für einen solchen Loyalitätskonflikt gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Den gibt es ausdrücklich nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, weder hier im Landtag, noch bei anderen Menschen.

Ich glaube aber, diese Loyalitätsfrage eignet sich überhaupt nicht für eine Diskussion. Was ist das Maß, was sind die Kriterien für Loyalität?

Vergessen wir einmal das Beispiel Niedersachsen. Schauen wir einmal nach Bayern. Da haben wir einen Horst Seehofer - unstrittig ein bayerischer Junge; Verzeihung, ein bayerischer Mensch - und Claudia Roth, ebenfalls gebürtige Bayerin. Wer ist

nun das Maß für Integration, für Loyalität, beispielsweise für eine deutsche Leitkultur, wie es bei der CDU bzw. der Union immer wieder aufschlägt? Wer ist das Maß der Dinge für Loyalität?

Gehen wir noch weiter in die Extreme: Was machen wir mit den Menschen, die das System Deutschland kritisieren, die Deutschland skeptisch gegenüberstehen, die montags beispielsweise in Dresden mit Russlandfahnen, mit Deutschlandfahnen skandieren und Merkel, die Bundesregierung und das System beleidigen? Was machen wir da? Ist bei diesen Menschen die Loyalität gegeben, die die Deutschlandfahne sogar noch hochhalten? Was machen wir mit denjenigen, die Putin feiern, die Trump feiern? - Da sind wir dann auch wieder bei Seehofer, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Heiterkeit bei der CDU - Jens Nacke [CDU]: Also alle, die nicht bei den Grünen sind?)

- Claudia Roth habe ich doch genannt!

(Glocke des Präsidenten)

Ich möchte noch einmal auf das Beispiel Türkei und Erdoğan zurückkommen. Da stellt sich die Loyalitätsfrage. Herr Thiele, Sie haben das Beispiel genannt.

(Jens Nacke [CDU]: Das ist keine ernsthafte Diskussion! Das ist eine Kalauer-Rede!)

- Herr Nacke, lassen Sie mich doch aussprechen! Das bringt doch gar nichts, wenn Sie hier zwischenbrüllen. Wir kommen in dieser Debatte mit Ihren Einlassungen nicht voran.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ja, das ist wirklich eine sehr ernsthafte Rede! Sie müssen nur zuhören!)

### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Ich sage es noch einmal: Zwischenrufe sind die Würze in der Debatte in einem Parlament. Aber dauernde Zwischenrufe sind nicht zulässig, weil das in Reden aus dem Plenum ausartet, Herr Nacke. Das gibt es nicht!

(Jens Nacke [CDU]: Auf welchem Kurs sind Sie?)

- Das Wort hat Herr Onay und nicht Sie, Herr Nacke.

Bitte!

# Belit Onay (GRÜNE):

Schauen wir uns einmal die Präsidentschaftswahlen in der Türkei an - dabei waren die türkischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger hier in Deutschland wahlberechtigt, 1,4 Millionen bundesweit -: Zur Wahl gegangen sind letztlich 100 000 Menschen. 77 000 Menschen haben für Erdoğan gestimmt, 35 000 Menschen für die anderen Kandidaten. Politische Begeisterung sieht für mich etwas anders aus, wenn von 1,4 Millionen Menschen bloß 77 000 für Erdoğan stimmen.

(Glocke des Präsidenten)

Auch da muss man, glaube ich, die Loyalitätsfrage ausdrücklich relativieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um zum Schluss zu kommen:

# Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Das müssen Sie auch. Letzter Satz!

### Belit Onay (GRÜNE):

Es geht doch vor allem nicht nur um die Loyalitätsfrage, sondern auch um die Frage von mehr Teilhabe. Wenn wir Menschen einbürgern, sie teilhaben lassen, auch politisch teilhaben lassen, dann sind sie noch stärker Teil dieses Systems, dieser Gesellschaft, dieses Landes. Darauf muss es doch ankommen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Da sind solche Debatten, wie sie auf dem Parteitag geführt worden sind, absolut hinderlich.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD sowie Zustimmung von Dr. Gero Hocker [FDP] und von Dr. Stefan Birkner [FDP])

#### Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Onay. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir schließen damit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung.

Die Fraktion der SPD hat durch ihren Redner für die beiden antragstellenden Fraktionen beantragt, die zweite Beratung und damit die Entscheidung über den Antrag sofort anzuschließen. Der Landtag könnte dies nach § 39 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung beschließen, sofern nicht mindestens 30 Mitglieder des Landtags für eine Überweisung des Antrages an einen Ausschuss stimmen.

Herr Kollege Thiele hat in seiner Rede deutlich gemacht, dass die CDU-Fraktion diese Ausschussüberweisung beantragt. Ich lasse jetzt abstimmen, ob sie von den mindestens 30 Stimmen, die dafür erforderlich sind, unterstützt wird.

Wer diese Ausschussüberweisung unterstützt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind mehr als 30 Stimmen. Damit ist die Ausschussüberweisung vom Parlament gewollt.

(Zurufe)

- Nach der Geschäftsordnung ist das so.

Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, den Ausschuss für Inneres und Sport damit zu befassen. Wer so entscheiden will, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch das ist ausreichend unterstützt.

Damit schließe ich den Tagesordnungspunkt 23.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 24: Abschließende Beratung:

Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen sinnvoll steuern - das Instrument der Landesplanung anwenden - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/5831 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung - Drs. 17/7258

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wir treten in die Beratung ein. Für die Antragsteller hat das Wort der Kollege Dirk Toepffer, CDU-Fraktion. Bitte, Herr Kollege!

#### Dirk Toepffer (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einige Worte zur Geschichte dieses Antrags sagen. Dieser Antrag ist in einer Zeit geboren, in der man in den Zeitungen vieles über Flüchtlingszahlen gelesen hat. Ich zitiere den *Tagesspiegel* vom 20. Januar 2016:

"Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil rechnet für 2016 mit mehr als 2 Millionen Flüchtlingen in Deutschland …" Wie vieles, was diese Landesregierung prognostiziert hat, ist auch das nicht eingetreten. Aber es sind schon einige gekommen. Wir gehen davon aus, dass auch weiterhin Flüchtlinge zu uns kommen werden.

Nun haben wir damals gesessen und gerechnet: 2 Millionen Flüchtlinge für Deutschland, 200 000 Flüchtlinge für Niedersachsen. Als wir im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung über das Landes-Raumordnungsprogramm gesprochen haben, haben wir uns gefragt: Welche Folgen hat dieser Bevölkerungszuwachs für die Landesraumordnung?

# (Vizepräsident Karl-Heinz Klare übernimmt den Vorsitz)

Dem lagen folgende Überlegungen zugrunde: Wenn Hunderttausende Menschen nach Niedersachsen kommen, dann muss man sich die Frage stellen: Wo werden sie leben? - Irgendwo müssen sie ja hin. Leben sie in den Städten? Leben sie auf dem flachen Land? Leben sie im Norden, im Süden?

Wenn man weiß, wo sie künftig leben werden, muss man sich die Frage stellen, ob man möglicherweise die Landesraumordnung den veränderten Prognosen über die Bevölkerungsentwicklung anpassen muss. Das war die simple Frage, mit der es losging.

Die Antworten der Landesregierung waren dann für uns doch überraschend. Zunächst wurde gesagt: Wir können überhaupt keine Auswirkungen der Flüchtlingsbewegung für die Landesraumordnung erkennen. - Bei weiterem Nachfragen wurde dann gesagt: Im Übrigen gehen Flüchtlinge dorthin, wo sie hinwollen. - Wie soll man das eigentlich steuern und beeinflussen? Wenn man es nicht steuern und nicht beeinflussen kann, dann muss man auch nicht im Rahmen der Landesraumordnung darauf eingehen.

Das ist der Ansatzpunkt dieses Antrages. Meine Damen und Herren, wir glauben, dass man Flüchtlingsbewegungen sehr wohl beeinflussen und steuern kann. Wir glauben auch, dass man Flüchtlingsbewegungen beeinflussen und steuern muss. Ich will Ihnen dafür ein praktisches Beispiel nennen, damit man es wirklich versteht.

Wir hatten vor einigen Monaten den Vorschlag des Oberbürgermeisters von Goslar, der gesagt hat: In meiner Stadt gibt es extrem viele leerstehende Häuser und Wohnungen. Ich will mehr Flüchtlinge in meiner Stadt haben. - Ich muss ganz ehrlich sagen, ich empfand diesen Vorschlag damals als zu kurz gesprungen, weil ich mich gefragt habe: Was nützt es, wenn die Flüchtlinge nach Goslar kommen? Da sitzen sie dann in den Wohnungen, aber ihnen fehlen Arbeitsplätze, und sie fühlen sich dort eigentlich nicht wohl, nicht zu Hause und können nicht integriert werden.

Aber anders wird ein Schuh daraus, wenn man weiß, dass in derselben Stadt Arbeitsplätze frei sind.

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]: Wo denn?)

- Im Bereich des Fremdenverkehrsgewerbes, weil Bedienungen in Hotels und in der Gastronomie gesucht werden. Ja, auch dort sind Arbeitsplätze frei.

Insofern stellt sich die Frage: Was kann man jetzt tun, um das alles zueinander zu bringen? - Ich will die Frage vom Beispiel Goslar Ioslösen, liebe Frau Emmerich-Kopatsch, weil Sie da aufgrund persönlicher Befindlichkeiten - so habe ich den Eindruck - irgendwie persönlich betroffen sind. Wenn es in Niedersachsen Städte gibt, die sagen: "Ja, wir haben Wohnraum, wir haben Arbeitsplätze, wir könnten Menschen und Fachkräfte gebrauchen!", dann muss man doch versuchen, das zusammenzubringen.

Da macht man dann Folgendes und sagt: Ja, hier ist der Wohnraum. Wir geben den Eigentümern der Häuser die Möglichkeit, sie ein bisschen zu sanieren. Wir legen Sprachkurse genau in diese Kommunen. Wir sehen zu, dass die Leute dort eine Berufsausbildung in den Berufen erhalten, die gebraucht werden. So schafft man eine Win-Win-Situation, mit der man allen hilft.

(Editha Lorberg [CDU]: Genau!)

Deswegen ist dieser Antrag entwickelt worden. Er nennt sechs Instrumente, mit denen man an dieser Entwicklung arbeiten kann. Da gibt es zum einen die Generalklausel, die besagt: Wir müssen bestimmte Regionen attraktiver machen. Darüber, wie man es machen kann, muss man diskutieren.

Ich gebe zu, es gibt viele Punkte zum Bereich Wohnraum. Dieser Antrag ist vielleicht ein bisschen wohnraumlastig. Es stellt sich auch die Frage: Muss man das Landes-Raumordnungsprogramm möglicherweise anpassen, wenn man feststellt, dass eine bestimmte Anzahl von Menschen in einem bestimmten Raum angesiedelt wird, dass

es dort mehr werden und wir möglicherweise Infrastruktur oder so etwas anpassen müssen? - Das sind die Dinge, die zu diskutieren sind.

Im Ausschuss gab es dann eine interessante Anhörung. Ich habe festgestellt: Es gab eigentlich nur einen einzigen Anzuhörenden, nämlich den Vertreter des Leibniz-Forums für Raumwissenschaften, der sich überwiegend kritisch geäußert hat, weil er der Meinung war, dass man Flüchtlinge in der Fläche nicht integrieren kann. Es gab aber auch andere. Ich zitiere:

"Wir halten den Antrag deshalb für einen guten Beitrag zu einer sehr wichtigen Debatte, weil er die Schaffung von notwendigen Rahmenbedingungen bei der Integration von geflüchteten Menschen in den Fokus nimmt."

Das war der Deutsche Gewerkschaftsbund.

(Zustimmung bei der CDU - Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]: Der hat aber noch etwas anderes gesagt!)

- Ja, im Detail hat er auch etwas anderes gesagt.
 In der Überschrift aber heißt es zunächst einmal:
 Es ist gut.

Der Flüchtlingsrat fand den Antrag - ich zitiere -"als Idee und Ansatz in manchen Teilen bemerkenswert".

Der Bürgermeister von Schladen-Werla erklärte:

"Uns Bürgermeister plagt zurzeit die fehlende Vorgabe und Einflussnahme des Landes bei ganzheitlichen, umfassenden Integrationskonzepten."

Frau Emmerich-Kopatsch, so war das. Alle haben gesagt: Das ist ein guter und richtiger Antrag. - Alle haben gesagt: Über einzelne Punkte muss noch geredet werden. - Aber alle haben gesagt: Das ist die richtige Richtung.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir haben dann in der Tat auf eine Diskussion gehofft, weil auch Kritisches benannt worden ist, keine Frage. Aber statt mit uns darüber zu diskutieren, was man vielleicht verändern und verbessern könnte - wir haben gesagt: wir reden über alles -, kamen vom Kollegen Schmidt ausschließlich Nachfragen zum Landes-Raumordnungsprogramm. Was ich am peinlichsten fand: Von den Vertreterinnen der Grünen kam zu diesem Antrag nichts. Keine einzige Nachfrage, kein Wort! Eine Diskussion war nicht erwünscht. Es bestand

schlichtes Desinteresse daran, was wir mit den Menschen, die zu uns kommen, langfristig machen wollen. Wie wir sie integrieren wollen, hat die Grünen schlichtweg nicht interessiert.

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist deswegen so schade und auch wirklich peinlich, weil man eines feststellen muss: Mit diesem Antrag, der zum Ziel hatte, zu klären, wie Niedersachsen von diesem Zuzug von Menschen künftig profitieren kann, hätten wir ein positives Signal nach draußen senden können. Wir würden nicht nur reden über Sozialbetrug, Safia S. und Gefährder, sondern wir hätten hier die Möglichkeit, das Thema Flüchtlingsbewegung positiv zu besetzen. Das haben Sie von Rot-Grün aber nicht gewollt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Kollege Toepffer. - Jetzt hat das Wort Petra Emmerich-Kopatsch, SPD-Fraktion. Bitte schön!

#### Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Lieber Herr Toepffer! Liebe CDU! Folgt man der Argumentation Ihres Antrags, hätte die Bundesregierung ebenso reagieren und alle Flüchtlinge nicht quotal verteilen, sondern sagen müssen: Wir geben alle Flüchtlinge zunächst einmal in die östlichen Bundesländer; denn da ist Platz, da sind viele weggezogen, da gibt es häufig Leerstände. - Das hat sie aber nicht gemacht; wahrscheinlich auch aus gutem Grund. Es ist nämlich gerechter, die Leistungsfähigen in die Aufnahme von Flüchtlingen mit einzubeziehen. Das ist sinnvoll. Nur zu sagen "Da gibt es einen Bevölkerungsschwund, die entstehenden Lücken füllen wir jetzt mit Flüchtlingen auf", ist eigentlich nicht der richtige Ansatz. Deshalb hat es auch die Bundesregierung nicht getan.

Weil Sie gerade Goslar angesprochen haben: Es ist ja schon bezeichnend, dann, wenn Leute nicht in der Gastronomie arbeiten wollen, diese Potenziale mit Flüchtlingen auffüllen zu wollen. Man muss zunächst einmal fragen: Will ein Flüchtling in der Gastronomie arbeiten und, wenn ja, zu welchen Bedingungen? - Man muss sich auch einmal Gedanken über Arbeitsbedingungen für Menschen im Allgemeinen und auch Gedanken über die Finanzierung sowie die Löhne und die Berufe insgesamt

machen. Man kann sich hierbei nicht nur auf die Flüchtlinge kaprizieren und sagen: Alles, was ein Deutscher nicht machen will, lassen wir jetzt die Flüchtlinge übernehmen! - Das ist ein Verständnis, das wir so nicht haben.

Es gibt auch viele freie Arbeitsplätze in der Chemie. In der Chemie werden aber schon seit Langem keine Kräfte mehr unter Chemiefacharbeiterniveau eingestellt und dürfen auch nicht eingestellt werden, weil es sich in der Regel um gefahrgeneigte Anlagen handelt.

Auch der viel zitierte Leerstand in der Stadt Goslar existiert überhaupt nicht. Das, was Sie zitiert haben, ist schlichtweg eine Werbemaßnahme eines einzelnen Herrn, der damit überregional bekannt wurde. Bei der Kommunalwahl - darüber sollten Sie einmal nachdenken - hat diese Maßnahme letztendlich aber keine Früchte gezeigt. Die CDU ist dort in der Stadt und im Landkreis um 10 oder 11 Prozentpunkte heruntergegangen. Vielleicht wollten nicht alle dieses Geplärre: Wir brauchen mehr Flüchtlinge! Hier steht alles leer! Hier stirbt alles ab! - Das war eine Werbung, die Goslar nicht vertragen, vor allem aber auch nicht verdient hat. Deswegen waren wir dagegen und sind nach wie vor dagegen. Wir kümmern uns um unsere Flüchtlinge, die uns zugeteilt werden, und zwar anstän-

Hinzu kommt, dass der Bürgermeister von Goslar

(Christian Grascha [FDP]: Oberbürgermeister!)

für Flüchtlinge keinerlei Zuständigkeit besitzt. Keinerlei Zuständigkeit! Alle Integrationsarbeiten, alle Unterbringungsmaßnahmen werden vom Landkreis sehr gut durchgeführt. Dafür brauchen wir in dieser Frage keine Belehrungen und auch keine täglichen neuen Vorschläge eines einzelnen Bürgermeisters. Bei uns ist die Welt so weit in Ordnung. Wir brauchen niemanden, der im ZDF sagt - - -

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Frau Kollegin, darf ich Sie ganz kurz unterbrechen? - Herr Hillmer würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen. - Nein, sie wird nicht zugelassen. Bitte schön!

# Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Also: Ihre recht einfache und schlichte Weltsicht, die Sie mit Ihrem Antrag zum Ausdruck bringen, zeigt sich in der Realität so nicht - zurzeit sowieso

nicht. Im Moment kommen ungefähr 40 Flüchtlinge am Tag ins Land. Es waren ja schon einmal - wenn wir uns erinnern - mehr als 2 000 Flüchtlinge am Tag. Selbst der Landkreis Harburg beklagt jetzt, dass er zu wenig Flüchtlinge hat. Der hatte ja Probleme bei der Unterbringung und auch Probleme mit den hohen Kosten. Aber selbst da ist es jetzt schon schwierig, die geschaffenen Kapazitäten auszulasten.

Alle Kommunen in Niedersachsen haben ihre Aufgabe aber auch angesichts der hohen Anforderungen, die es aufgrund der großen Zahl von Flüchtlingen gab, hervorragend gemeistert. Wie Sie selbst festgestellt haben, wäre das Landes-Raumordnungsprogramm mit Sicherheit nicht das richtige Instrument, um Siedlungsentwicklungen so oder so zu beeinflussen.

Ich möchte noch einmal das wirklich vorbildliche Netzwerk "Niedersachsen packt an!", das schnell gegründet wurde, dankend hervorheben. Diesem Netzwerk und anderen ist es gelungen, sich mit Kirchen, Kommunen, Gewerkschaften, Arbeitgebern und vielen, vielen Ehrenamtlichen engagiert um die Flüchtlinge und deren schnelle Integration zu kümmern. Wir haben uns hier im Landtag sehr frühzeitig darauf verständigt, den erforderlichen Wohnraum zu schaffen, und zwar sowohl in der Fläche als auch in den Ballungszentren. Wir haben die Mittel für den sozialen Wohnungsbau von 40 Millionen Euro auf 800 Millionen Euro bis zum Jahr 2019 erhöht, damit überall dort, wo es notwendig ist, Wohnraum geschaffen werden kann, selbstverständlich nicht nur für Geflüchtete. Dazu wurden - auch das steht in Ihrem Antrag - einzelne Bauvorschriften flexibilisiert, sodass man schnell vorankommt.

Was bleibt also von Ihrem Antrag? - Eigentlich nichts. Wichtig für die Flüchtlinge ist, dass es für sie angemessenen Wohnraum gibt, dass sie die Möglichkeit des Spracherwerbs haben, dass sie eine Erwerbstätigkeit aufnehmen können und dabei unterstützt werden, dass die Integration in die Gesellschaft ermöglicht wird und dass es einen funktionierenden ÖPNV gibt, sodass man flexibel und mobil ist; denn nicht jede Flüchtlingsfamilie hat drei Autos auf dem Hof stehen.

Wir sind der Meinung, dass dort, wo es eventuell zahlreiche freie Wohnungen gibt - aber auch das sind alles nur Trübsalsbilder, die der Wirklichkeit nur sehr selten entsprechen -, oft auch eine angespannte Arbeitsmarktsituation vorherrscht. Und umgekehrt: Dort, wo ein hoher Arbeitskräftebedarf

ist, sind die Kosten sehr hoch und gibt es auch einen Wohnungsmangel. Das gilt für Einheimische ebenso wie für Flüchtlinge.

Hinzu kommen die verständlichen Wünsche der Geflüchteten, sich dort aufzuhalten, wo sie Verwandte haben, wo sie eine Arbeit finden können und wo es eine ausreichende Infrastruktur gibt. Aus unserer Sicht ist es ein Irrglaube, dass man gefährdete Infrastrukturen in schrumpfenden Regionen durch eine erhöhte Zuweisung von Asylbewerbern retten kann. Wäre dem so, wäre etwa am Rande Brandenburgs wahrscheinlich eine große Anzahl von Asylbewerbern anzutreffen. Das ist aber nicht so. Denn dort, wo es keine Arbeitsplätze gibt, werden auch anerkannte Asylbewerber keine Arbeitsplätze finden können und werden sie verständlicherweise ebenfalls abwandern wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der ländliche Raum hat statistisch schon jetzt die meisten Flüchtlinge untergebracht, und zwar sehr gut. Deshalb gibt es für uns überhaupt keine Veranlassung, Ihrem Antrag zuzustimmen.

Wir stellen fest: Nachhaltige Integration und Teilhabe sind von ganz anderen Faktoren abhängig zu machen, nämlich von ausreichend vielen Sprachkursen, von ausreichenden Plätzen in Kitas und Schulen, von einer guten Situation am Arbeits- und Ausbildungsmarkt und von der Möglichkeit zur Nachqualifikation. Liebe CDU, Flüchtlinge verhalten sich wie alle anderen Menschen auch: Sie ziehen dorthin, wo sie die besten Aussichten für sich und ihre Familie haben.

Vielen Dank. Für Ihren Antrag sehen wir keinen Bedarf.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Emmerich-Kopatsch. - Jetzt hat sich Herr Kollege Toepffer zu einer Kurzintervention gemeldet. Das lassen wir zu.

(Dirk Toepffer [CDU]: Das ist sehr freundlich, Herr Präsident!)

- Selbstverständlich.

# Dirk Toepffer (CDU):

Ich bin mir - - - Nein, keine Kritik am Präsidium! Ich sage nichts.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Emmerich-Kopatsch, es geht nicht darum, dass wir mit diesem Antrag Flüchtlinge primär im ländlichen Raum ansiedeln wollen. Wir wollen sie dort ansiedeln, wo sie gebraucht werden. Das können auch Städte sein. Die Flüchtlinge sollen natürlich dorthin gehen, wo sie hingehen wollen. Die Frage ist nur, ob man sie mit einem besonderen Anreizsystem dazu bewegen kann, freiwillig eine solche Entscheidung zu treffen.

Deswegen hätte ich mich jetzt aber nicht gemeldet. Ich melde mich aus einem anderen Grund. Da können Sie mir meine Verärgerung wirklich abnehmen. Ich habe aus gutem Grund gesagt: Fangen Sie mal an und lösen Sie mal Ihre Diskussionsbeiträge zu diesem Thema von der persönlichen Betroffenheit in Bezug auf Goslar! - Sie haben es trotzdem gemacht. Frau Emmerich-Kopatsch, lesen Sie mal im Protokoll nach, was Sie hier eben gesagt haben!

Dass Sie sich hier hinstellen und ein vermeintlich schlechtes CDU-Wahlergebnis in Goslar mit der Tatsache erklären wollen, dass der dortige Oberbürgermeister für die vermehrte Aufnahme von Flüchtlingen geworben hat, ist wirklich empörend. Das ist ganz und gar nicht tolerabel.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

# Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Toepffer. - Sie wollen antworten. Bitte schön, Frau Emmerich-Kopatsch!

#### Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Lieber Herr Kollege Dirk Toepffer, dass das Wahlergebnis der CDU mit dem Ruf nach mehr Flüchtlingen zusammenhängt, habe ich überhaupt nicht darstellen wollen.

(Zurufe von der CDU: Das haben Sie gesagt!)

Ich wollte vornehmlich sagen, dass es aus Goslar immer wieder Vorschläge zu allen möglichen Themen gibt, und zwar regelmäßig neu. Vielleicht sollte man einmal darüber nachdenken, ob man Werbemaßnahmen in eigener Sache tatsächlich so weit vorantreiben sollte oder ob man sich auf sachliche Arbeit, die der Region und der Stadt nützt, beziehen sollte.

Ansonsten habe ich da gar keine Probleme. Ich habe auch keine persönliche Betroffenheit. Wir machen im Kreistag und im Landtag ruhig und sachlich unsere Arbeit für unsere Region. Wenn andere das anders machen wollen, dann müssen sie das machen.

Wir haben hier auch schon ganz andere Gespräche gehabt zu verschiedenen Initiativen, die aus dieser Richtung kamen: Ich gründe mal mit dem Kollegen Schünemann ein Vorzeige-Integrationszentrum. - Sie haben kein Geld, keine Zuständigkeit und keine Flüchtlinge, aber gründen es dann trotzdem. Dass das bei denen, die Bescheid wissen, manchmal Kopfschütteln hervorruft, sollte auch Ihnen klar sein.

Wenn jemand die Zuständigkeit für Ausländerangelegenheiten an den Landkreis abgibt, um hinterher zu sagen: "Ich weiß sowieso alles besser; ihr seid doof" - übersetzt; das war jetzt frei übersetzt -, dann weiß ich nicht, ob das ein kollegialer Umgang ist. So etwas kennen wir nicht und wollen wir nicht. Wir machen das seriös und ordentlich. Das muss reichen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

#### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Wortmeldung kommt von Horst Kortlang, FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Kortlang!

# Horst Kortlang (FDP):

Hohes Präsidium! Meine werten Kolleginnen und Kollegen! Den Zuzug von Flüchtlingen sinnvoll zu steuern, ist wichtig und richtig, wie wir finden. Aber dafür das Instrument der Landesplanung anzuwenden, sehen wir als falschen Ansatz an.

(Beifall bei der FDP)

Die Flüchtlinge werden während des laufenden Asylverfahrens den Landkreisen und Kommunen entsprechend ihrer Einwohnerzahl zugewiesen. Während viele Regionen - das ist hier schon angeklungen - überfordert sind, weil sie keine geeigneten Unterkünfte vorhalten, klagen andere Regionen über Leerstände und Bevölkerungsrückgänge, beispielsweise die Harz-Region, die bemüht war, vermehrt Flüchtlinge aufzunehmen, weil ausreichend Wohnraum vorhanden war.

Würde man künftig neben den Einwohnerzahlen auch die Wünsche der Landkreise und der Kommunen berücksichtigen, könnten freie Unterkünfte wieder genutzt und Bevölkerungsrückstände vermindert werden - so die Theorie. Es braucht aber, um das durchführen zu können, Arbeitsplätze und Infrastruktur. Das wurde hier von der anderen Seite auch schon vorgetragen. Denn in diesen Regionen fehlen - das ist ja der Hauptgrund - die Infrastruktur und die Arbeitsplätze.

Flüchtlinge, die anerkannt sind oder geduldet werden, dürfen zurzeit ihren Wohnsitz, wie wir alle wissen, frei wählen. Sie ziehen aber verstärkt in Zentren, weil sie dort bessere Arbeitschancen vermuten und auch erhalten. Aber Oberzentren, wie z. B. Oldenburg, leiden schon seit Jahren unter Wohnungsknappheit. Der vermehrte Zuzug von Flüchtlingen verstärkt dieses Problem noch. Hier könnte eine Steuerung erfolgen, indem die Wohnsitznahme auch nach Anerkennung oder Duldung für einen bestimmten Zeitraum verbindlich geregelt wird. Die Flüchtlinge würden dann in den Kommunen bleiben, denen sie während des Asylverfahrens zugewiesen waren. Für die Kommunen ist es besser planbar, dort die Integration der Flüchtlinge auch in einem weiteren Zeitraum zu verfolgen und zu begleiten.

Wie schon mehrfach gesagt, ist das aber ohne Arbeitsplätze mit großen sozialen Schwierigkeiten verbunden. Ohne Arbeit ist eine erfolgreiche Integration nur schwer zu erreichen.

Wer glaubt, man brauche Probleme nur aufeinanderzulegen, um sie zum Verschwinden zu bringen, der irrt gewaltig. Denn die Steigerung der Attraktivität von Regionen durch Schaffung von finanziellen Anreizen - das wissen Sie alle - ist sehr teuer. Dazu wurden von Herrn Toepffer eben schon Zahlen genannt. Das ist nicht unerheblich. Ob diese Anreize dann tatsächlich ausreichen, Flüchtlinge dort zu halten oder zum Zuzug zu bewegen, ist aus unserer Sicht fraglich. Aber eines wird man mit Sicherheit schaffen: Die Neiddebatte wird losgetreten.

Auch die nächste Sache ist nicht hilfreich: In Ballungszentren fehlt es nämlich schon jetzt an Wohnraum.

(Unruhe)

### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kortlang, eine Sekunde! - Meine Damen und Herren, auf der rechten Seite in der letzten Bank ist sehr viel Unruhe. Das, was Sie da besprechen, mag ja alles sachlich sein. Aber machen Sie es bitte draußen! Herr Kollege Kortlang hält hier eine wunderbare Rede. Da könnten Sie auch zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Bitte schön!

## Horst Kortlang (FDP):

Ich bin eigentlich durchsetzungsfähig. Vom Stimmvolumen her kann ich noch einiges zulegen.

### Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Ich helfe doch gerne!

# **Horst Kortlang** (FDP):

Aber danke, Herr Präsident! Das ist nett. Sie sind so gut zu mir! Danke.

(Heiterkeit und Beifall)

In Ballungszentren fehlt es schon jetzt an Wohnraum für die Bevölkerung. Die Förderung der Schaffung von Wohnraum speziell für Flüchtlinge würde diese Situation nach unserer Meinung nicht verbessern, sondern Neid schüren. Wenn Wohnraumförderprogramme laufen sollen, sollten Kriterien wie sozialer Wohnungsbau entscheidend sein - und nicht der Aufenthaltsstatus der zukünftigen Bewohner.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Änderungen von Rahmenbedingungen bei der Dorferneuerung oder von rechtlichen Rahmenbedingungen bei der Umnutzung von Räumen in ländlichen Räumen werden unserer Meinung nach nicht helfen, den Zuzug von Flüchtlingen zu steuern. Das machen die ganz alleine.

Deshalb - ich komme zum Ende - stimmt die FDP der Ausschussempfehlung, wie wir das beschlossen haben, zu.

Ich danke fürs Zuhören und schließe meine Rede.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

## Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Wortmeldung kommt von der Kollegin Regina Asendorf, Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön!

## Regina Asendorf (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt wohl kaum ein Planungsinstrument, das so oft missverstanden und fehlgedeutet wird wie die Landesplanung. Sie koordiniert die verschiedenen Planungen im Land, wie z. B. die Verkehrsplanung, und zwar im Maßstab 1:500 000, womit sie eine sehr grobe Planung ist. Menschen werden damit niemals direkt gesteuert nach Herkunft und Ethnien schon gar nicht. Das würde u. a. den Artikel 2 unseres Grundgesetzes allgemeine Handlungsfreiheit -, den Artikel 3 - Gleichheitsgrundsatz - und den Artikel 11 - Freizügigkeit - betreffen.

Die Raumordnung hat eine der Gesellschaft dienende Funktion. Sie greift an keinem Punkt in die gesellschaftlichen Verhältnisse ein. Vielmehr soll sie möglichst ausgeglichene Lebensverhältnisse überall im Land schaffen.

Eine Steuerung von Asylbewerbern und Flüchtlingen kann daher nicht stattfinden - eine Förderung von Entwicklungen, die eine Ansiedlung von Menschen nach sich zieht, sehr wohl.

Da wäre zuerst einmal die Infrastruktur zu nennen: Ausbildungsmöglichkeiten für sich und die Kinder sowie Wohnraum. Der wichtigste Aspekt sind Arbeitsplätze. Arbeit und entsprechende Daseinsvorsorge zusammen genommen bilden die Grundlage für die Anziehungskraft einer Region.

Bei Migranten, aber auch bei allen übrigen Neubürgern kommt noch die Willkommenskultur hinzu. Wer geht schon gerne dorthin, wo er nicht willkommen ist? Kommunen, die sich hier besonders engagieren und entsprechende Förderprogramme nutzen, haben am ehesten die Chance, Neubürger zu werben.

Das beinhaltet auch ein Konzept für eine Integration, um eine Isolierung einzelner Gruppen gar nicht erst aufkommen zu lassen. Und seien wir einmal ehrlich: Viele Neubaugebiete, die sich an alte Ortskerne anschließen, sind ebenfalls nicht integriert, weil man daran nicht genügend gedacht hat. Aber hier hat die Raumordnung ihre Grenzen. An dieser Stelle müssen die Kommunen vor Ort tätig werden. Soziale Strukturen können nur bedingt geplant werden. Vieles ist davon abhängig, wie aktiv z. B. eine Dorfgemeinschaft ist. Ich möchte nur an das Engagement der Sportvereine zur Integration der Flüchtlinge erinnern. Denken Sie an die vielen ehrenamtlichen Helfer, die für eine Kultur des Willkommens gesorgt haben - welcher Plan hätte das

wohl vermocht? Sie sind das eigentliche Barometer dessen, was eine Gemeinschaft bewegen kann. Das sollten wir uns von niemandem kleinreden lassen.

Das Planungsrecht ist also eher eingeschränkt für die Integration von Migranten zu nutzen. Gezielter können Förderprogramme eingesetzt werden, z. B. das LEADER-Programm und die Städtebauförderung des Bundes. Die Wohnraumförderung des Landes dient insbesondere einkommensschwächeren Haushalten. Gut sind auch Beschlüsse auf der Ebene der Bauleitplanung, in Neubaugebieten einen gewissen Prozentsatz an neu geschaffenen Wohnungen für einkommensschwache Familien vorzuhalten, um der Entflechtung der verschiedenen Einkommensgruppen in einer Kommune entgegenzuwirken.

Das Instrument der regionalen Raumordnung ist, wenn es richtig gemacht ist, eine gute Chance, mit den Menschen zusammen zu planen, wie ihre Region aussehen soll. Planungen, an denen die Bevölkerung teilnehmen kann, finden viel mehr Akzeptanz. In der Region Hannover haben ungefähr 12 000 Menschen die Möglichkeit der Mitgestaltung genutzt und sich im Regionalen Raumordnungsprogramm in Diskussionsforen, Workshops und im Internet beteiligt und sieben Zukunftsbilder herausgearbeitet. Nr. 1 heißt: "Faire Chancen für alle von Jung bis Alt". Eine Unterscheidung nach bestimmten Gruppen wurde nirgendwo gemacht, und so soll es auch bleiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

# Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Asendorf. - Der Minister hat sich gemeldet. Herr Minister Meyer, bitte schön!

**Christian Meyer**, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, mindestens drei Fraktionen, aber vielleicht auch dem Kollegen Toepffer ist durch die Beratungen klar geworden, dass das Landes-Raumordnungsprogramm, dessen zweiten Entwurf Sie ändern wollen, kein geeignetes Instrument ist, um den Zuzug von Flüchtlingen zu steuern. Noch nicht einmal der Raumordnungsund Heimatminister aus Bayern, Herr Söder, ist auf die Idee gekommen, dafür über das Raumordnungsprogramm Vorgaben zu machen.

Aber es ist natürlich richtig, dass wir geschaut haben, wie wir die vielen Initiativen gerade auf dem Lande, für die ich sehr danken muss - von den Landfrauen, von der Landwirtschaftskammer, wenn es um die Ausbildung von Flüchtlingen geht, von den vielen Vereinen und Verbänden vor Ort, die sich tatkräftig mit Unterstützung Ehrenamtlicher für die Integration von Flüchtlingen auf dem Lande einsetzen -, mit Förderprogrammen unterstützen können.

Wir sind da auch umgehend tätig geworden, haben die Förderprogramme für den ländlichen Raum zielgerichtet geprüft und dahin gehend erweitert, dass die zu allererst notwendige Schaffung rasch nutzbaren Wohnraums erfolgen kann. Hierüber hat die Landesregierung dem zuständigen Ausschuss im September letzten Jahres sehr ausführlich Bericht erstattet. Wir haben z. B. im Zusammenhang mit der ELER-Förderung, also der Förderung für den ländlichen Raum, für die ich zuständig bin, die Möglichkeit zur Umnutzung von geförderten Gebäuden wie dörfliche Gemeinschaftseinrichtungen für die befristete Flüchtlingsunterbringung eröffnet. Wir haben unsere Dorferneuerungsprogramme, unsere Förderprogramme also dort entsprechend ausgerichtet.

Darüber hinaus können über ELER Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die in der Landwirtschaft oder im Gartenbau beschäftigt sind, was sicherlich ein wichtiges Potenzial ist, von einer Förderung für Bildungsmaßnahmen zur beruflichen Qualifizierung profitieren.

Außerdem hat eine ganze Reihe von LEADER-Regionen - Sie wissen, wir geben 100 Millionen Euro für die Entwicklung vor Ort aus, deutlich mehr als während Ihrer Regierungszeit - das Thema "Integration von Flüchtlingen und Asylbewerberinnen und Asylbewerbern" aufgegriffen und Projektideen entwickelt. Ich könnte Ihnen jetzt ganz viele nennen, beispielhaft die Schaffung eines Koordinators für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit, Existenzgründungsschulungen für Flüchtlinge. Einige dieser Projekte sind eben auch aus unseren Töpfen, aus LEADER-Mitteln, finanziert oder werden daraus finanziert und sollen über das Regionalmanagement initiiert und begleitet werden.

Auch in Fragen der Verbesserung bei der Wohnraumschaffung haben wir bereits Anfang 2016 das Wohnraumförderprogramm angepasst, um Verbesserungen bei der Wohnraumversorgung von Flüchtlingen zu erreichen. Die Anpassung der Förderrichtlinien erfolgt übrigens im Zusammenhang mit der Entscheidung der Landesregierung im Sommer 2015 - also bereits vor anderthalb Jahren -, die Mittel für das Wohnraumförderprogramm um 400 Millionen Euro aufzustocken. Das nützt in den Städten genauso wie auf dem Lande. Mit dieser Maßnahme hat die Landesregierung auf die insgesamt gestiegene Wohnraumnachfrage reagiert, sodass damit nicht nur Flüchtlinge, sondern letztlich alle Menschen, die angemessenen Wohnraum brauchen, unterstützt werden.

Die Schaffung von dauerhaftem Wohnraum auch für Flüchtlinge haben wir, auch was die Planungen der Kommunen angeht, unterstützt. Wir haben im Baurecht - wie von Ihnen gefordert, aber schon lange umgesetzt - eine Reihe von Vereinfachungen zu Beschleunigungspotenzialen gemacht. Erinnert sei an das von diesem Landtag beschlossene Niedersächsische Gesetz zur Erleichterung der Schaffung von Unterkünften für Flüchtlinge oder Asylbegehrende vom 12. November 2015. Dort haben wir die Möglichkeit geschaffen, bestimmte Regelungen befristet bis Ende 2019 nicht anzuwenden, wenn es um bauliche Anlagen für Flüchtlinge oder Asylbegehrende geht. Unter bestimmten Voraussetzungen ist bei Nutzungsänderungen bestehender baulicher Anlagen bis Ende 2019 sogar keine Baugenehmigung erforderlich. Von daher kommt Ihr Antrag sehr spät.

Außerdem unterstützen wir die Kommunen - gerade auch auf dem Lande - mit der Niedersächsischen Landgesellschaft. Das ist ein Unternehmen, das mehrheitlich dem Land gehört und das die Entwicklung für den ländlichen Raum unterstützt. Ich habe Ihnen noch einmal die Broschüre "Bezahlbarer Wohnraum und Integration" mitgebracht. Sie ist für die vielen Gemeinden und Dörfer im Lande gedacht, die Unterstützung bei Integrationskonzepten brauchen, auch um sie mit unseren Dorferneuerungsmaßnahmen in Verbindung zu bringen. Dort geht es um Flächenmanagement, Wohnungsbau und Integration in unseren Dörfern, denn das gehört zur Vielfalt auf dem Lande.

Sie sehen: Wir fördern mit unseren Programmen schon eine ganze Reihe von Maßnahmen, aber es ist nicht nötig, über das Raumordnungsprogramm irgendwelche Vorranggebiete für Menschen festzulegen, sondern es geht darum, dass wir attraktive Lebensverhältnisse im ganzen Lande schaffen müssen, und dafür bedarf es Ihres Antrags nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

# Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister Meyer.

Ich gehe noch einmal auf eine Zwischenbemerkung ein. Das Wort "doof", das vorhin genannt wurde, galt einem ganz normalen Sachverhalt. Es war ein nicht auf eine Person bezogenes Adjektiv. Dafür gibt es keinen Ordnungsruf.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Antrag der Fraktion der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/5831 ablehnen will, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung des zweiten Tages. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg bzw. einen schönen Abend.

Schluss der Sitzung: 17.28 Uhr.